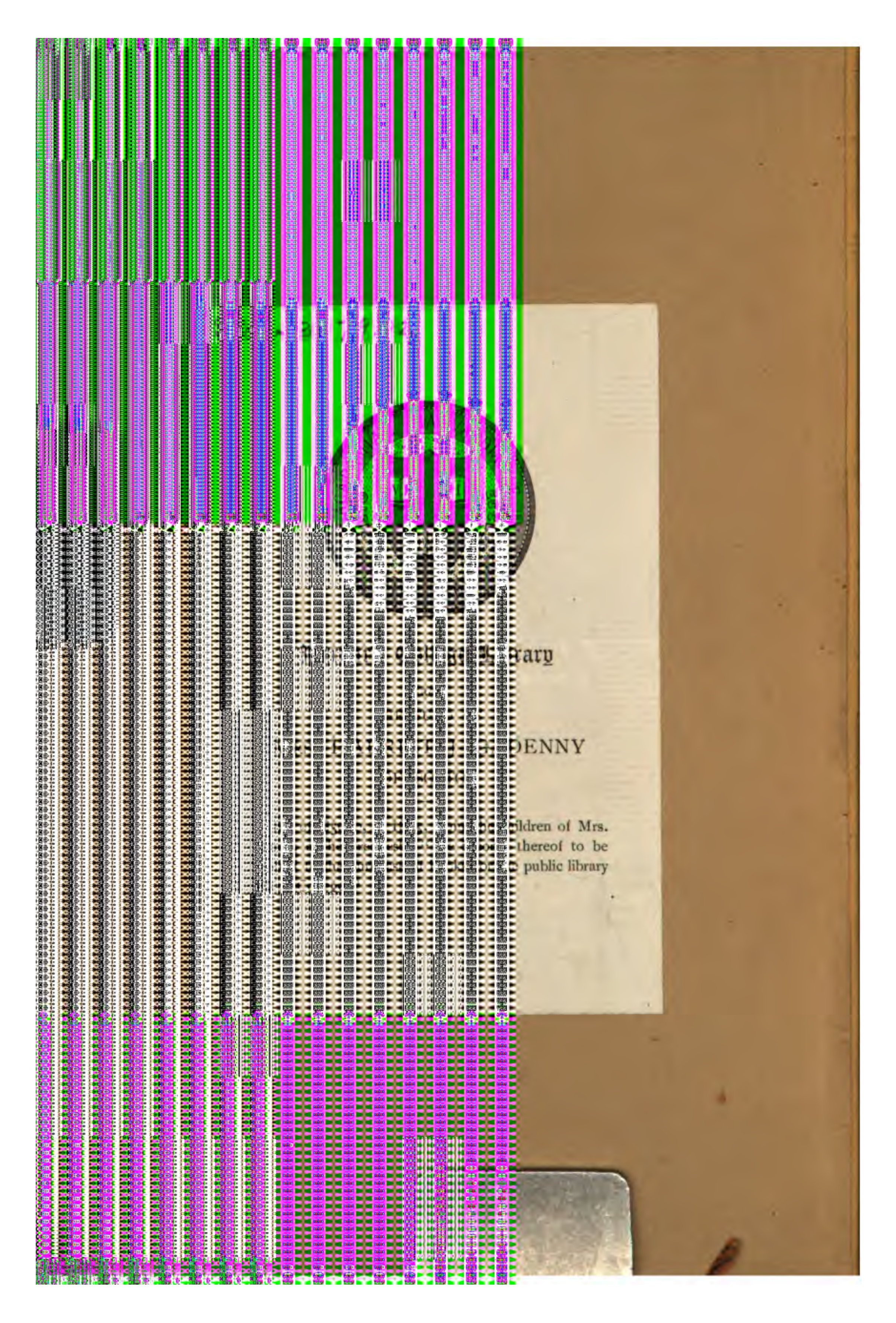


DAS

HEUTIGE RUSSLAND

KULTURSTUDIEN

VON

ERNST VON DER BRÜGGEN



LEIPZIG
VERLAG VON VEIT & COMP.
1902

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig

VORWORT

Wenn man bei den beiden grofsen wirtschaftlichen Parteien in Deutschland eine Umfrage darüber veranstalten wollte, wie sie sich Rufsland im allgemeinen wünschen, so würde man sehr wahrscheinlich folgende Antworten erhalten; die einen würden sagen: „Wir wünschen Rufsland reich genug, um unsere Fabrikate zu kaufen," die anderen: „Wir wünschen Rufsland reich genug, um die Früchte seines Bodens für die eigene Nahrung zu verwenden." Industrielle wie Agrarier haben also bei uns durchaus freundliche Wünsche für die Zukunft des grofsen Nachbars. Man kann sagen, dafs das Interesse Deutschlands, soweit es ein wirtschaftliches ist, auf das Wohlergehen Rufslands gerichtet ist.

Andererseits haben wir ein mehr theoretisches Interesse an dem Prozefs der Entwickelung eines Staates, der bisher eine ganz absolutistische Verfassung sich bewahrte, während er zugleich in vielen Kulturzweigen einen Weg eingeschlagen hat, der anderswo stets zu einer Änderung dieser Art von Verfassung geführt hat. Das moderne wirtschaftliche und geistige Volksleben ist so mannigfaltig, so trieblustig, so unruhig, so leicht verletzbar geworden, dafs es die alten Formen büreaukratischer Allwissenheit und Allmacht nicht mehr erträgt. Wenn ein Staat geistig und wirtschaftlich modern werden, die neuen Gliederungen privaten Schaffens und Seins annehmen will, wird er auch öffentlich zu neuen gesellschaftlichen und endlich auch staatlichen Formen gedrängt. In

Rufsland macht man heute den Versuch, sich finanziell und wirtschaftlich dem Gange der europäischen Entwickelung anzuschliefsen, wie man es bisher politisch gethan hat, insoweit die internationalen Interessen in Frage kamen. Es kann nicht ausbleiben, dafs der wirtschaftlichen Belebung, wenn sie anhalten soll, die Belebung der geistigen Kräfte nachfolgt, deren eine moderne Volkswirtschaft bedarf. Und wenn diese Richtung eingehalten wird, so kann weiter nicht ausbleiben, dafs die Formen des staatlichen Organismus sich ändern, indem sie sich den Bedürfnissen eines differenzierteren Volkslebens anpassen. Nach unseren europäischen Erfahrungen ist diese staatliche Änderung unvermeidlich und führt der gewaltsame Widerstand gegen sie zur Revolution oder zur Erschöpfung. Und wir bemerken seit geraumer Zeit bei unseren Nachbarn Symptome für die eine wie für die andere Erkrankung.

Ich habe mich bemüht, nach den Ursachen dieser Krankheitssymptome zu forschen und bin zu einem für den deutschen Leser, wenigstens sofern er zu den erwerbenden Klassen gehört, nicht erfreulichen Ergebnis gelangt. Aber wenn Rufsland einer inneren Krisis zutreibt, so ist es wünschenswert, dafs sowohl Industrielle als betrachtende Politiker von kommenden Ereignissen nicht überrascht werden. Solcher Überraschung vorzubeugen und zugleich auf die geschichtlich interessanten Kämpfe im Innern des übergrofsen Reiches hinzuweisen, ist der Wunsch, mit dem ich dieses Buch dem Leser vorlege.



INHALT



ERSTES KAPITEL

ÄUSSERES WACHSTUM

Vor Zeiten war Rufsland in mehr denn 70 Kleinstaaten zersplittert. Es war vielleicht die glücklichste Zeit, die es erlebt hat. Aber schon am Schlufs des 16. Jahrhunderts hatte Moskau fast alle die Teilfürstentümer zertrümmert. Ein Jahrhundert weiter, und Peter I verwandelte das asiatisch-kulturlose Grofsfürstentum Moskau in ein halbeuropäisches Kaisertum Rufsland. Ein ungeheures Reich, hervorgegangen aus äufseren Kämpfen mit Schweden und der Türkei, wie das neue Deutschland aus den österreichischen und französischen Kriegen. Und doch, wie ganz anders im Innern als dieses! Ohne eigene Kultur, trat es von Haus aus der europäischen Kulturwelt mit dem Anspruch der äufseren Gleichberechtigung gegenüber. In so heilloser Verwirrung und Ermattung Peter es zurückgelassen hatte, er hatte doch wenigstens die Absicht, die Kräfte des Volkes kulturlich zu entwickeln und er versuchte an hundert Stellen es aus dem Schlummer zu reifsen. Seine Nachfolger liefsen Begonnenes verfallen und thaten für die Entwickelung des Volkes fast nichts. In hundert Jahren wurde nicht geschaffen, was Friedrich Wilhelm I für Preufsen schaffte. Auch Katharina hat für das Wohl ihres Volkes nur wenig geleistet. Seit Peter wurde in Verwaltung und Gesetzgebung experimentiert, hier etwas eingeführt, da etwas abgeschafft, launenhaft, ohne Ausdauer, meist ohne Verständnis. Hundert Jahre nach dem ersten Auftreten des grofsen Reformators war Rufsland eine gewaltige europäische Macht, aber im Innern war es nur wenig weiter gekommen auf dem Wege materiellen und geistigen Wachstums. Schein und wieder Schein nach aufsen, im

Innern aber das alte Elend, die Bettelarmut, die Bestechung, die Unwissenheit, die äufsere Kirchlichkeit, die Willkür der Beamten. Erreicht hatte man nur drei Dinge: einen glänzenden Hof, ein grofses Kriegsheer und die Durchführung der Unfreiheit aller Volksklassen.

Diese drei Dinge waren nötig, um die Rolle der Grofsmacht spielen zu können, auf die seit Peter alles politische Streben hinging. Ein glänzender Hof, um das neue Kaisertum zu illustrieren, ein grofses Heer, um zu erobern und in Europa Gewicht zu haben, die Dienstpflicht des Adels, die Fesselung des Städters an die die Stadt, die Leibeigenschaft des Bauers — alles nur zur Stärkung der staatlichen Gewalt, nur um Beamte, Soldaten, Geld zu haben. Für diese Ziele des Ruhmes, der äufseren Macht wurden die vorhandenen schwachen Volkskräfte nie geschont.

Es sind zwei Jahrhunderte gewaltiger äufserer Erfolge, fortgesetzter räumlicher Ausdehnung. Man hat über das Anwachsen Rufslands folgende Berechnung aufgestellt:

Der tägliche Zuwachs an Bodenfläche betrug: vom Jahre 1500 bis 1900 130 Quadratmeilen oder ca. 6380 qkm, vom Jahre 1676 (Tod Alexeis, des Vaters Peters I) bis 1876 90 Quadratmeilen oder ca. 4410 qkm.; von der Thronbesteigung Katharinas II, 1762, bis zur Thronbesteigung Alexanders II, 1856, 80 Quadratmeilen oder ca. 3920 qkm.[1] Berechnet man nun weiter den Ländererwerb von der Thronbesteigung Alexanders II. bis zur Thronbesteigung Nikolaus II im Jahre 1894, in welchem Jahre Rufsland 22400000 qkm umfafst, so stellen sich als täglicher Zuwachs ca. 438 qkm heraus, wobei indessen zu berücksichtigen ist, dafs in dieser Periode das amerikanische Gebiet Rufslands mit 17500 Quadratmeilen oder 857500 qkm an die Vereinigten Staaten verkauft worden ist. Das Wachstum hat also allmählich an Geschwindigkeit wohl abgenommen, ist aber doch noch so bedeutend, dafs wenn Deutschland Tag aus Tag ein seine Grenzen — nicht einbegriffen die überseeischen Kolonieen — um 438 qkm erweiterte, man bald nicht mehr wissen würde, wohin man mit dem Reichtum sollte. Alle sechs Monate etwa ein Landzuwachs von der Gröfse Bayerns, alle Jahre 160000 qkm Vergröfserung des Reiches — dafür reichte unsere staatliche und kulturliche Verdauungskraft schwerlich aus, so landhungrig wir auch trotz aller Kolonieen noch

[1] BRÜCKNER, Die Europäisierung Rufslands.

sind und für lange bleiben werden. Auch Rufsland hat diese Landmenge bis in die neuere Zeit, bis vor etwa 40 Jahren, nicht verdaut — kulturlich verarbeitet, sondern blos staatlich verschluckt, und wenn das Wachstum seit 50 Jahren an Geschwindigkeit abgenommen hat, so ist es doch noch keineswegs abgeschlossen, wie die neuesten Vorgänge im Amurgebiet und in der Mandschurei zeigen.

Hat dieses Wachstum Rufslands nun dem russischen Volk, dem Steuern zahlenden Russen, zum Wohl gereicht? Denn zuletzt hat doch alle Staatskunst nur das eine Ziel: dem Wohl des Volkes zu dienen, und alle politische Entwickelung nur den Sinn, dafs sie dem Volke zu gute komme, von dessen Kräften sie getragen wurde. Zwar, Waffenruhm und Herrschermacht gehören auch zu den Gütern, die ein kriegerisches, ein ehrgeiziges Volk hoch hält. Je roher ein Volk ist, um so höher schätzt es gemeiniglich diese Dinge, soweit sie aus der Bethätigung der eigenen rohen Kraft hervorgehen. Zur Zeit der Völkerwanderung galt Kriegsruhm bei den meisten Völkern für das höchste Gut; die Hunnen Attilas, die Mongolen Dschingis-Khans rechneten ohne Zweifel es ihren Herrschern als höchste That an, zu immer neuen Kämpfen geführt zu werden, weite Länder zu erobern und zu beherrschen. Allein wir urteilen heute nicht aus der Denkweise von Hunnen und Mongolen heraus, sondern als Glieder von Kulturvölkern. Wir sind nicht unempfindlich für Kriegsruhm und Herrschaft, aber wir schätzen sie nicht mehr an sich, als Selbstzweck, sondern nur insoweit, als sie mit Kulturzwecken verbunden sind, als sie die Mittel liefern, um uns materiell, geistig, sittlich zu reifen, zu stärken. Nicht blos äufserer Ruhm und Macht gehören zum Volkswohl, sondern auch alles das, was die Kraft giebt, sie im Sinne friedlicher innerer Kultur und Zivilisation zu behaupten, und die Fähigkeit, sie dem wirklichen Wohl des Volkes nutzbar zu machen. Ja, Krieg und Eroberung sind soweit im Werte gesunken, dafs sie heute als Übel gelten, die nur im äufsersten Notfall oder um grofser Kulturzwecke willen hingenommen werden. Dies ist wenigstens die Richtung, in der das Bewufstsein der Kulturvölker Europas gegenwärtig schreitet.

Sind etwa Kriegslust und Herrschsucht nationale Eigenschaften des russischen Volkes? Wenn man die Vergangenheit daraufhin prüft, wird man diese Frage schwerlich bejahen können.

Als die Normannen ihre Herrschaft aufrichteten, begegneten sie einem angesichts ihrer geringen Kriegerzahl auffallend schwachen Widerstand gerade bei den slawischen Stämmen. Türkische und mongolische Völker, wie Polowzer, Petschenegen, Chasaren, machten ihnen weit mehr zu schaffen. Ebenso schwach war der Widerstand gegen die im 13. Jahrhundert einbrechenden Mongolen. Kriegerisch und herrschsüchtig waren nicht die slawischen Völker, wohl aber die normannischen Teilfürsten, auch dann, als nur der Fürst von Moskau als Machthaber nachgeblieben war. Mit dem Aussterben dieser moskauer normannischen Dynastie liefsen Kriegslust und Eroberungslust nach, denn die polnischen Kämpfe des 17. Jahrhunderts gingen von Polen, nicht von Moskau aus. Erst Peter griff wieder zum erobernden Schwert aus eigenem Antriebe, und auch nach ihm kam der Anstofs zu den häufigen Kriegen nicht vom Volk, sondern von dem Ehrgeiz, der Habsucht einzelner Grofsen und von dem Bedürfnis der Herrscher fremden Blutes, dem Thron Glanz zu verleihen.

Im Volke fand schon Peter eine sehr starke und deutliche Abneigung gegen seine erobernde Politik. Was der Prinz Alexei und die altrussische Partei, an deren Spitze er stand, wollten, war ausdrücklich Verzicht auf Krieg und Eroberung; das neue Rufsland hafsten sie, sie wollten die eroberten Länder wieder den früheren Besitzern zurückgeben, wollten das Kaisertum vernichten, um das alte Grofsfürstentum mit asiatischer Ruhe und Sitte wieder herzustellen. Alexei und viele andere büfsten dafür mit dem Tode, aber der Gedanke, dem sie gelebt hatten, starb nicht mit ihnen, sondern tauchte immer wieder auf, in abgeschwächter Form zwar, aber im Grunde doch stets als derselbe: der Gedanke, sich von Europa wieder abzuwenden, in Moskau das alte nationale Behagen sich wieder zu schaffen, ohne Herrschaft über europäische fremde Länder, ohne Kriege und mit weniger Steuern. Dahin waren die Wünsche der GOLIZYN und DOLGORUKI unter Peter II, unter Anna gerichtet. Der Versuch, Annas Alleinherrschaft zu beschränken, war im Grunde auf dasselbe Ziel gerichtet, das die Partei Alexeis im Auge gehabt hatte; eben das Gleiche hoffte man durch die Erhebung Elisabeths auf den Thron zu erringen. Und ohne allen Zweifel waren diese von den angesehensten Geschlechtern des Landes verfolgten Ziele durchaus volkstümlich. Die grofse Masse der leitenden Stände wollte mit der ehrgeizigen Politik Peters und

seiner Schüler, den OSTERMANN, MÜNNICH, BESTUSCHEW brechen, wollte weder gegen Türken, noch Perser, noch Schweden noch Preufsen kämpfen und wäre hundert Jahre nach Peters Auftreten noch bereit gewesen, Petersburg selbst aufzugeben und aller Einmischung in europäische Händel zu entsagen. National russisch war diese moskauer Partei — nicht Peter noch seine Nachfolger, und man darf noch heute zweifeln, ob das Recht, ob die politische Vernunft auf seiten der Petriner und nicht vielmehr bei deren Gegnern war. Denn die Erfolge der petrinischen Politik entsprechen nicht den Opfern, die das russische Volk für sie bringen mufste. Nach hundert Jahren der Siege, Eroberungen, des Ruhmes war der Zustand, in dem Adel, Geistlichkeit und Bauer lebten, nicht besser, sondern elender als vorher.

Das haben damals einsichtige Männer erkannt und ihre warnenden Stimmen vernehmen lassen. Ein Elsässer[1] schrieb zur Zeit Katharinas II folgendes: „Vor allem mufs Rufsland den Krieg vermeiden.“ „Niemals wird Rufsland die Früchte von Peters Bemühungen ernten, nie die Wagschale des Handels auf seine Seite bringen, nie aufgeklärt und blühend werden, bis es der Eroberungssucht entsagt hat.“ Selten wohl hat ein Prophet richtiger prophezeit, als dieser Elsässer. Und nicht lange nach ihm schrieb der Minister PANIN in einem Memorial vom Jahre 1801[2]: „La guerre la plus heureuse ne peut que l'affaiblir et augmenter les embarras de son gouvernement, en disséminant des forces, qui depuis les dernières acquisitions ne sont plus proportionnées à l'étendue des limites.“ PANIN aber war einer der scharfsichtigsten und patriotischsten Staatsmänner, die Rufsland hervorgebracht hat. Und auch zu seiner Zeit war man nur am Zarenhofe und in seiner Umgebung kriegerisch und ruhmbedürftig; aufserhalb Petersburgs und vollends in der Masse des Volkes sehnte man sich eher danach, von Europa nichts zu hören noch zu sehen, von den endlosen Rekrutierungen befreit zu werden. Wie konnte es auch anders sein, da 40 Kriegsjahre das Land in unglaubliche innere Unordnung und völlige Verarmung gestürzt hatten, als die „göttliche“ Katharina starb. Und als Paul die richtige Folgerung daraus

[1] J. B. SCHERER, Gesch. des russ. Handels, deutsch von HAMMERSDÖRFER, Leipzig 1789, S. 79.

[2] BRÜCKNER, Materialien zu einer Biographie PANINS, Bd. VI, S. 18.

zog, dafs aller Politik der Eroberung fortan zu entsagen sei, da erfolgte in Wirklichkeit wie ein schlechter Scherz das andere, dafs er zu einem Kriege gegen England schritt, um als Grofsmeister der Malteser die Insel Malta zu erlangen, was denn doch auch nicht zu den wichtigen russischen Interessen gehörte. Kaum war Paul verschwunden, so kam die Leitung der äufseren Politik in die Hände erst des friedliebenden PANIN, dann des Fürsten KOTSCHUBEI, der ebenso entschlossen war, die äufseren Dinge ruhen zu lassen, um alle Sorge der inneren Entwickelung zuzuwenden. Und wieder kommt es ganz anders: Rufslands Heere durchziehen ganz Europa. Menschen und Millionen versinken in den Abgrund der äufseren Politik, und das Herzogtum Warschau wird erobert. Viel Ehre und künftige böse Sorge! Am Schlufs seines Lebens, im Jahre 1824, mufste Alexander selbst bekennen: „Ruhm und Ehre haben wir genug gehabt; aber wenn ich bedenke, wie wenig im Innern des Reiches geschehen ist, so legt sich mir dieser Gedanke aufs Herz wie ein Gewicht von 10 Pud.“[1] Und doch hatte Alexander wenigstens seinen SPERANSKI gehabt. Wenig später warnte der Nationalökonom FR. LIST Rufsland vor all zu grofser Ausdehnung seiner Grenzen und vor dem Streben nach politischem Einflufs auf die europäischen Angelegenheiten.[2] Es hat also an Männern nicht gefehlt, welche die Gefahren erkannten, die auf dem seit Peter betretenen Wege für Rufsland lagen. Unter Alexander I hatten sich Gruppen in der Menge der Beamten und Offiziere gebildet, die nach freieren Staatsformen strebten; allein das Streben wurzelte weniger in der praktischen Erkenntnis der eigenen Mängel, als in der theoretischen Bewunderung der in Europa während der Kriegsjahre wahrgenommenen Dinge und Lehren. Im Volk, in der Masse fühlte man die Last der Kriege schwer, ertrug sie aber geduldiger als man gleiche Lasten früher ertragen hatte. Denn in Anschauung und Stimmung des russischen Volkes wurde durch die napoleonische Invasion eine Änderung hervorgerufen. Der Brand von Moskau im Jahre 1812 weckte ähnliche Kampflust wie die Einäscherung Moskaus in der Tatarenzeit: gegen Tataren, wie gegen Franzosen erhob sich ein wirklicher, aus der Seele des Volkes emporflammender Kampfeszorn, der, wie

---

[1] SCHILDER, Alexander I, Bd. IV, S. 217.
[2] FR. LIST, von C. JENTSCH, S. 73 ff.

immer in solchen Kriegen roher Völker, einen religiösen Charakter annahm. Diese napoleonischen Kriege waren die ersten volkstümlichen Kriege seit der Erhebung gegen die polnische Herrschaft zu Anfang des 17. Jahrhunderts. Sie waren oder schienen doch dem Volk aufgedrungen, und es erhob sich zur Abwehr. Nicht Kriegslust, noch Eroberungslust entflammten es. Keiner der endlosen Kriege des 18. Jahrhunderts, in die das Volk hineingetrieben wurde, hat eine solche Wirkung auf den Russen gehabt, wie der Feldzug gegen Napoleon bis nach Paris hin. Indem er „die Gallier und die 20 mit ihnen verbündeten Völker" über die Grenze fliehen sah, mochte er die Empfindung haben, als triebe er nun endlich all die verhafsten Fremden, das ganze seit Peter auf ihm lastende fremde Wesen zum Lande hinaus. Bis heute wird alljährlich einmal am Weihnachtstage in den Kirchen ein Dankgebet gehalten für die Vertreibung der napoleonischen Scharen; aber dem niederen Volk erschienen diese Scharen nicht als ein französisches Heer, sondern mehr als die Gesamtheit der Fremden, dieser seit mehr als 200 Jahren so aufdringlichen Europäer. „Unchristen" waren auch sie, wie die Tataren und Türken, die Erbfeinde von Volk und Kirche.

Diese allgemein im Volksbewufstsein festgewurzelte Erbfeindschaft gegen Tataren und Türken hat bis in die neueste Zeit einen wichtigen Faktor in der russischen äufseren Politik gebildet. Nachdem die demütigenden Reste des Tatarenjochs zu Ende des 16. Jahrhunderts fast ganz abgeschüttelt worden waren, lebte der Kampf gegen die noch nachgebliebenen Kanate im Süden und Südosten weiter fort in gelegentlichen Kriegsfahrten von der einen und anderen Seite her, und in den Raubzügen, mit denen sich die Kosaken am Dnjepr und Don beschäftigten. Diese gegenseitigen Raubzüge drangen als poesiereicher Stoff in das Bewufstsein des gesamten russischen Volkes ein, noch ehe sie zu wirklicher politischer Bedeutung für den Staat gelangten. Hier, in den freien Niederlassungen am Don, in der Setsche, dem Kosakenlager des unteren Dnjepr, lebte wirkliche Kriegslust, hier war der Russe beseelt nicht blos vom Drang nach Beute, sondern auch von Durst nach Ruhm, nach Schlachten und Ehren. Im Kampf gegen die Krimer Tataren und die Türken, aber häufig auch gegen Russen und Polen erstarkte ein wirklich kriegerisches Volk, und mit dem kriegerischen Geist erblühte zugleich ein Sinn für Freiheit, wie

er in keinem anderen Zweige des russischen Volkes emporgewachsen ist.

Freilich, die frühere Freiheit, die Unabhängigkeit von jeder anderen Gewalt als der des selbstgewählten Hauptmanns (Hetmanns), ging unter, die Kosaken wurden seit dem 17. Jahrhundert allmählich unter polnische und russische Macht gebeugt. Nachdem im 17. Jahrhundert das linke Ufer des Dnepr und dann Kiew russisch geworden waren, stürmte Peter I weiter vor, und mit der Unabhängigkeit der Kosaken des Dnjepr hatte es nach der Schlacht von Pultawa und dem Tode MAZEPPAS ein Ende. Mit List und Gewalt wurde ihre Freiheit allmählich verkürzt, ihr Widerstand gebrochen. Katharina II unterwarf auch die östlichen Niederlassungen, und seitdem gab es keine freien Kosaken mehr. Aber die Tradition der Kämpfe der Kosaken gegen die Ungläubigen lebte im russischen Volke weiter, und von Peter I an wurde diese Tradition zu einer starken Stütze all der vielen kriegerischen Vorstöfse, die von den russischen Herrschern gegen die Tataren und Türken vollführt wurden. Nachdem die Tataren durch die Eroberung der Krim unter Katharina unschädlich gemacht worden waren, begann die kriegerische Tradition sich gegen die Türken zu richten. Indessen geschah das weit weniger aus dem Empfinden des Volkes heraus, als durch die eroberungssüchtige Aufreizung der Regierung. Unter Anna waren die ehrgeizigen Kriegszüge MÜNNICHS mit ihren unbarmherzigen Menschenopfern dem Volke so verhafst, dafs es den Untergang des eigenen Heeres gern hingenommen hätte, um damit nur den Frieden zu erkaufen. Es fühlte, dafs die Opfer zu grofs waren für Zwecke, die es nicht als die eigenen ansah. Erst Katharina gab der volkstümlichen Vorstellung ein festes Ziel, seit sie den Plan fafste, Konstantinopel selbst zu nehmen, die Türken aus Europa zu vertreiben und ein neues russisches Zartum am Bosporus zu gründen. Mit Hilfe der Kirche wurde die gegen die Tataren gerichtete volkstümliche Tradition verwandelt in die heilige Aufgabe, Byzanz der orthodoxen Kirche wiederzugewinnen und die russischen Bruderstämme der Balkanhalbinsel vom Joche der Ungläubigen zu befreien. Und wirklich sind seitdem diese Kriege gegen die Türken volkstümlich gewesen, wie keine anderen, die die russischen Herrscher in dieser Zeit führten, bis zuletzt, im Jahre 1876, der Zar nicht mehr der Führer war, sondern von Unterthanen und Geistlichkeit in den Krieg getrieben wurde.

Denn inzwischen hatte sich noch eine andere Umwandlung vollzogen. Der Türkenkrieg von 1828, wie der Krimkrieg von 1853 ergaben sich aus dem monarchischen Streben nach Festigung der Stellung einer europäischen Grofsmacht. Weder 1828 noch 1853 waren reale russische Interessen vorhanden, deren Bedrohung zum Kriege drängte. Es stand nur das russische Prestige in Frage, der rühmliche, aber kulturell und materiell recht platonische Einflufs Rufslands auf Griechenland und die Balkanländer, sowie die ebensowenig im Sinne des Volkswohles bedrohte autoritäre Machtstellung des russischen Thrones gegenüber den Westmächten, die einer ungebührlich angeschwollenen Anmafsung, einem zu selbstherrisch gewordenen Protektorat Rufslands auf der Balkanhalbinsel entgegentraten. Noch weniger vom volkstümlichen Willen getragen war der Kampf von 1849 gegen die aufständischen Ungarn. Das Interesse des Volkes hatte mit diesem Aufstande nicht das Mindeste zu schaffen; es sah dabei keinen Vorteil, sondern nur Opfer, wie schon mehrmals früher, z. B. im siebenjährigen Kriege, in den Feldzügen SUWOROWS in Italien, in dem phantastisch und kopflos geführten Zuge gegen Napoleon, der mit Austerlitz und dem Tilsiter Bündnis endete. In dem Kriege von 1876 lebte die volkstümliche Tradition wieder auf mit ihrem kirchlichen und nationalen Enthusiasmus, angestachelt von ehrgeizigen Parteiführern, die inzwischen in den inneren Kämpfen emporgekommen waren. Es war der Ausdruck einer Wandlung, die als Ergebnis innerer Kämpfe in dem nationalen Bewufstsein der leitenden Volksschichten eingetreten war.



ZWEITES KAPITEL

INNERE KÄMPFE

Das seit 1813 gereizte Volksbewufstsein wurde neu geweckt durch den polnischen Aufstand von 1830, weit stärker aber durch den von 1863. Dem russischen Volk safs nächst Tataren und Türken doch immer noch als Erbfeind der Pole im Kopfe, wenn auch die Furcht vor ihm im Laufe zweier Jahrhunderte geschwunden war. Indessen war dem Volksbewufstsein in letzter Zeit eine treibende, formende Macht erwachsen durch die Verbreitung der Bildung, der Teilnahme an öffentlichen Dingen, vor allem in der Presse. Wenn von dem russischen Volk früherer Zeit als von dem Träger einer Tradition, nationaler Meinungen oder Wünsche gesprochen wird, so ist das nur in sehr bedingtem Sinne zu verstehen. Die grofse bäuerliche Masse hatte und hat bis heute keine die allgemeinen Angelegenheiten betreffenden Meinungen oder Wünsche. Alle Politik verkörpert sich ihr in Zar und Kirche, und der Führung dieser beiden Gewalten folgt sie blindlings. Die Tradition, wie sie, aus den Kämpfen gegen Tataren, Polen, Türken fliefsend, in das Dorfleben der Bauern sich ergofs, ging fast völlig auf in der Tradition des Kampfes für Zar und Kirche. Fast völlig, denn daneben macht sich doch schon früh das Verständnis auch des gemeinen Mannes für sein Volkstum bemerkar. Der Ruf „Man schlägt die Unsern" ist nicht erst heute sicher, den gemeinen Mann in Rufsland auf die Beine zu bringen; das nationale Band hat sich nicht erst in unserer Zeit so gefestigt, wie es heute sich zeigt. Aber das Bewufstsein dieses Bandes war nie die Quelle eines offensiven, auf Eroberung ausgehenden Dranges, sondern wurde immer nur durch

den Angriff von aufsen geweckt. Es war defensiv, es flammte auf bei dem Ruf: „Man schlägt die Unsern“, im übrigen aber war und ist der Volkscharakter nicht kriegerisch, sondern friedliebend. Hätten wir Deutsche auch nur ein Bruchteil von dem nationalen Gesamtgefühl gehabt, das den Russen schon seit hundert und zweihundert Jahren beseelte so hätten wir nicht so lange auf ein geeintes Deutschland warten müssen.

Abgesehen nun von diesen blofsen Stimmungen und Empfindungen der Massen, gab es eine politische Meinung natürlich nur in den oberen Klassen, und diese bestanden, da es sehr wenig Stadtbewohner gab, aus dem Adel. Denn seit Peter so zu sagen den Adel zum Leibeigenen des Staates gemacht hatte, seit jeder Edelmann im Heer oder Amt dienen mufste, waren Beamte und Offiziere eben auch Edelleute, und so war der Adel stets die Volksklasse, die allein am politischen Leben teilnahm, von der, mit Ausnahme des PUGATSCHEWschen Aufstandes, alle politischen von der Regierung unabhängigen oder ihr entgegenlaufenden Bewegungen, auch die umstürzenden, ausgingen. Es hat zahllose Bauernunruhen, besonders unter Nikolaus I gegeben; sie waren aber nicht politischer Natur, sondern örtliche Empörungen gegen die Vergewaltigungen durch Adel und Beamte. Politisch hatte nur der Adel Bedeutung. Im 18. Jahrhundert griffen die grofsen Geschlechter, im 19. auch der niedere Adel in das Staatsleben thätig ein.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich aus dem Adel selbst eine Klasse herausgearbeitet, die die alten Traditionen der grofsen Geschlechter verliefs, indem sie europäischer Denkweise sich zuwandte. Die von Peter I gewünschte Annäherung an Europa, das Eindringen von Schulbildung und hunderterlei Elementen der Kultur und Zivilisation waren so weit vorgeschritten, dafs sich eine neben der Leitung des Staates einhergehende Meinung bilden konnte, die weder das Volk noch auch nur den Adel umfassend, nur spärlich öffentlich hervortretend, doch den Stock bildete, aus dem eine mehr oder weniger von der Regierung unabhängige, mehr oder weniger öffentliche Meinung emporstrebte — dieses erste Erwachen, diese Kinderjahre des jungen Rufsland mit ihrem philosophierenden und politisierenden Schaumspritzen, mit ihren moskauer Studentenkreisen, ihren talentvollen und kritiklustigen jungen Schriftstellern. Das ist alles oft genug auch in

deutschen Schriften geschildert worden. Dieses junge Rufsland hatte noch kaum die Eierschalen abgeworfen, als die liberalen Jahre unter Alexander II die Abschaffung der Leibeigenschaft, die Reformen in Verwaltung und Justiz brachten. Man jauchzte, man hoffte auf freie Entwickelung, man erstarkte schnell an Zahl und noch mehr an Selbstbewufstsein. Aber zu gleicher Zeit mit den grofsen freiheitlichen Reformen von 1861 bis 1864 brach der polnische Aufstand aus. Er fand ein durch die Reformen in allen Schichten erregtes Volk vor, eine von liberalen Ideen, aber auch von grofsem Thatendurst aufgestachelte Masse unter den gebildeten und halbgebildeten Klassen, eine jugendlich selbstbewufste Presse, eine neue Volkskraft ohne Vergangenheit, ohne Erfahrung, ohne realen Boden, ohne feste Ziele, mit viel Wollen und wenig Wissen Das Ungestüm des Knaben griff gierig nach den gröfsten Aufgaben, und der polnische Aufstand bot eine solche dar: das Vaterland konnte gerettet, die Nation gerächt werden! Das war mehr als alle Reformen im Innern dieses Vaterlandes, hier konnten die jungen Arme erprobt werden.

Die Presse erfafste den günstigen Augenblick und warf sich in den Kampf mit Wucht und mit der nationalen Fahne in der Hand. Es gelang ihr, neben dem Heer des Staates sich an die Spitze eines grofsen Teils der oberen Klassen mit einem idealen Gedanken, einem volkstümlichen Empfinden zu stellen. Jetzt trat zum erstenmal eine von einem mafsgebenden Bruchteil des Volkes getragene und zugleich auf reale politische Ziele gerichtete öffentliche Meinung hervor, wie sie sich noch nie, weder zur Zeit der Verschwörungen des 18. Jahrhunderts, noch in den ständischen Versammlungen der ROMANOWS, gezeigt hatte, noch zeigen konnte. Dieser politische Aufstand hat für Polen grofse und unheilvolle Folgen gehabt, die aber an Stärke, und leider zum Teil auch an unheilvoller Richtung kaum zurückstehen gegen die Wirkung, die er auf das gesamte russische Reich ausgeübt hat. Indem die öffentliche Meinung bei ihrem ersten Hervortreten sich einem inneren, nicht wie 1813 einem äufseren Feinde gegenübersah, und indem sie, den Heeren folgend, ihn mit Leichtigkeit und unter Anerkennung von seiten der Regierung besiegte, wuchs ihre Kraft und auch der Wunsch, die Kraft weiter wachsen zu lassen. Die gewonnene Stellung führte zur Macht und auch zur Überhebung, die, nach Beendigung des polnischen Aufstandes, nach neuer Be-

thätigung verlangte. Die neuerstandene volkstümliche Macht bedurfte des Kampfes, dürstete nach Kampf, um sich zu fühlen, um sich zu entwickeln, um sich bei der Regierung in Ansehen zu setzen, um sich bei Regierung und Volk als berechtigt, als nötig zu erweisen. Zum Kämpfen aber gehören zwei, es handelte sich also darum, Gegner zu finden und an das Tageslicht der neu aufgehenden russischen Sonne zu ziehen. Und die nötigen Gegner fanden sich.

Die Regierung hatte stets auf die Stimmung sei es der Grofsen, sei es des Heeres oder der Beamten Rücksicht nehmen müssen. Bei der äufseren Politik besonders, bei manchen Kriegen hatte das Bedürfnis mitgewirkt, durch rühmliche Thaten den Glanz der Krone zu mehren, durch kräftige Verbindung wirklicher oder angeblicher russischer Interessen im Auslande die Aufmerksamkeit der Unterthanen von den inneren Zuständen abzuziehen. Jetzt machte sich dieses Bedürfnis in verstärktem Mafse geltend. Die zarische Selbstherrschaft sah sich unversehens zwischen zwei starken politischen Strömungen hin und hergeworfen, an deren Spitze KATKOW und HERZEN standen, jener als Vertreter des jungen Nationalismus, dem dieser als Vertreter des noch jüngeren Sozialismus entgegentrat. Indem man der Presse und dem moskauer jungen Rufsland unmittelbaren Einflufs auf die Lösung der polnischen Fragen einräumte, liefs man die Ansprüche der Presse und ihrer Hintermänner sich über den Kopf wachsen. Bald gingen denn auch die Wogen jener beiden Strömungen gefährlich hoch. Während die moskauer Nationalisten im Verein mit der Regierung auf die am Boden liegenden Polen mit Gewaltmafsregeln losschlugen, erstarkte die Partei, deren Ziel die Beseitigung der Staatsgewalt war. Ein MURAWJEW wurde Nationalheld hier, ein BAKUNIN, später eine SASSULITSCH dort. Und je bedrohlicher der Nihilismus um sich griff, um so höher stieg das Ansehen und auch das Gewicht der Gegenpartei. Eine Zeitlang regierte ein Journalist fast den ganzen Staat, man horchte mehr nach KATKOW hin als nach irgend einem Minister. Und KATKOW schmiedete das Eisen, solange es warm war.

Sein Streben ging dahin, das Selbstbewufstsein, das nationale Gefühl im Volke zu stacheln und zu stärken, zu welchem Ende er an die alten Traditionen der moskauer Bojarenmacht anknüpfte, wie sie im 18. Jahrhundert, und zuletzt noch in den Versuchen

und Ideen der beiden PANIN um die Wende des 19. Jahrhunderts aufgetaucht waren. Aber wenn man auch sich mit Forschungen in den Archiven über die Notabelnversammlungen der alten Zeit in gewissen Kreisen beschäftigte, so blieb das doch bedeutungslos, solange die Regierung selbst nicht wagen wollte, die Konsequenzen solcher Ideen und Studien praktisch zu ziehen. Ein freieres Feld fanden die Moskauer in dem Kampf, der nun gegen die Grenzprovinzen begann. Hier konnten die nationalen Fäuste versucht, die russischen Muskeln gestärkt werden, und hier legte ihnen die Regierung keinen Zügel an. Hatte bis dahin die Regierung in endlosen Kriegen nach Vermehrung äufserer Gröfse und Macht gestrebt, so begann nun ein Kampf um Ausdehnung und um Macht, der im Namen der Nation geführt wurde.

In Polen waren im Jahre 1867 die Hauptkämpfe auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Verwaltung beendet, die moskauer Reformatoren aus dem jungrussischen Lager, die TSCHERKASSKI und MILJUTIN, hatten dort, wie die MURAWJEW und KAUFMANN in Littauen, ihre grofse Politik getrieben. Eben aber war der Norddeutsche Bund gegründet worden, was der jungen Partei der Verteidiger der russischen Nation eine sehr willkommene Gelegenheit zu neuen Taten, zu einer Wendung ihrer Kolonnen gegen die Deutschen, besonders die in den Ostseeprovinzen gab. Man konnte ihnen zwar nicht das Geringste vorwerfen, was irgend als staatswidrig oder gar staatsgefährlich hätte erscheinen können, aber darum handelte es sich auch gar nicht. Die Nation mufste etwas zu thun haben, das russische Selbstgefühl mufste geweckt werden, die in Polen entfaltete politische Bethätigung von Presse und Partei mufste irgendwo und irgendwie fortgesetzt werden, um nicht wieder in den alten politischen Schlaf zurückzusinken oder um nicht wieder der Regierung entbehrlich zu werden. Also mufsten diese Deutschen verdächtigt werden, BISMARCK mufste böse Absichten auf die alten deutschen Länder haben. Kaiser Alexander II wurde von allen Seiten bearbeitet, links von KATKOW und POBEDONOSZEW, rechts von Leuten wie der hessische Minister Baron VON DALWIGK. Er liefs sich überzeugen, dafs hier Gefahr drohe. Aber wie wenig er die Verheerung wollte noch ahnte, die seine im Herbst 1867 in Riga angekündigten Eingriffe in die Rechte der Provinzen nach sich ziehen würden, mag aus seinen eigenen Worten hervorgehen.

Am 12. Oktober 1867 hatten die Vertreter der vier baltischen Ritterschaften eine Audienz beim Kaiser, bei welcher er folgende Worte an sie richtete: „Messieurs, permettez-moi de réduire cette question à ses véritables proportions. L'ukase, qui prescrit l'usage de la langue russe, date de 1850. Il n'a pas été exécuté jusqu'ici par plusieurs raisons, entre autre parcequ'il a présenté de véritables difficultés, mais en partie aussi parceque les gouverneurs généraux ont peut-être eu pour vous trop de condescendance. L'ukase, vous le savez, n'émane pas de moi, mais de feu mon père et je dois y tenir et j'y tiens à ce que sa volonté soit exécutée. Ce que vous me dites de vos sentiments, je n'en doute nullement et je n'en ai jamais douté. Mais aussi, mes amis — je dis à dessin mes amis — vous n'auriez dû douter des miens; il sont toujours les mêmes. Par l'exécution de l'ukase on ne touche aucunement ni à votre droit, ni à vos privilèges de caste. Jamais on n'exigera de vous l'emploi d'une autre langue que la votre, et l'on continuera à correspondre avec vos ressorts et tribunaux de province en allemand, comme par le passé. Mais la langue de l'état étant le russe, cette langue doit être en usage dans tous les Gouvernements-Verwaltungen comme langue officielle. C'est aussi pourquoi je me suis servi de cette langue toutes les fois que je me suis adressé à vous publiquement. Cependant vous savez, combien j'aime à vous parler allemand, et si je parle français en ce moment, c'est que je m'exprime plus facilement. Je comprends parfaitement, que vous soyez blessés par les menées de la presse. Aussi ai-je toujours blamé, moi, cette presse infame, qui, au lieu de nous unir, tache de nous désunir. Je crache sur cette presse, qui voudrait vous mettre sur la même ligne avec les Polonais. J'estime votre nationalité et j'en serais fier comme vous. J'ai toujours dit, qu'il était stupide de reprocher à quelqu'un son extraction. Ainsi, messieurs, calmez-vous et ne craignez rien. Il n'est pas question d'un changement du système. Du reste j'ai donné carte blanche au gouverneur-général. Je ne veux d'ailleurs, ni que la chose se fasse du jour au lendemain, ni que les employés soient forcés de quitter le service, ni en général que rien soit cassé. Et maintenant, messieurs, restez persuadés que je vous aime et que jamais je n'oublierai que vos pères et grandpères ont servi l'état et versé le sang pour la Russie. Que Dieu vous guide!"

Diese Rede schildert vortrefflich die Lage: der Kaiser, widerwillig dazu gedrängt, eine vergessene Verordnung seines Vaters zur Ausführung zu bringen, gedrängt von einer erstarkten öffentlichen Meinung, die ihrerseits erstarkt war durch die Teilnahme unstaatlicher, unoffizieller Mächte an der Politik gegenüber den Polen. Was die diese Mächte leitende und vom Kaiser verachtete, ja gehafste Presse, was demnach jene Mächte selbst wollen, sagt der Monarch offen heraus: ihn, den Zaren, die Regierung mit den deutschen Ständen der Provinzen verfeinden. Es mufste Feindschaft geschaffen, Kampf geschaffen werden zur Stärkung der Bedeutung dieser unoffiziellen politischen Mächte. Indem man gegen Polen und Deutsche focht, rang man zugleich um einen die absolute Selbstherrschaft beschränkenden Einflufs und war stolzer darauf, einen KATKOW, einen TSCHERKASSKI aus eigener Kraft in mafsgebende Stellungen neben Minister und Gouverneure erhoben zu haben, als auf alle Würden, die der Staat, der Selbstherrscher verleihen konnte.

Kaiser Alexander ward es gewifs nicht leicht, in verbriefte Rechte und gesunde Zustände auch nur in diesem milden Sinne einzugreifen. Aber das junge nationalistische Rufsland drängte ungestüm in die einmal gelegte Bresche nach und begann sein Zertrümmerungswerk, welches natürlich ein Aufbau genannt wurde. Leider wurden die nationalen Eiferer gerade gegenüber dem Deutschtum auch durch äufsere Vorgänge unterstützt. Die Ereignisse von 1870—1871 störten die Harmonie zwischen Thron und Gesellschaft; man warf dem Zaren vor, Preufsen bei der Einigung Deutschlands geholfen zu haben. Vielleicht fühlte Alexander, dafs ein wenig politische Berechtigung in diesem Vorwurf enthalten war, so offenbar auch eine andere Haltung dem treuesten Freunde gegenüber, den Rufsland unter den Grofsmächten von jeher gehabt hatte, der Rufsland noch eben, 1854 und 1864, gute Dienste erwiesen hatte, gegen die Loyalität verstofsen hätte. Genug, man murrte in der Gesellschaft, und Alexanders Arm verlor an Kraft in der Beschützung seiner deutschen Unterthanen.

Denselben Effekt hatte der Krieg von 1877 und nachher der Berliner Kongrefs. Jetzt ruhte die öffentliche Meinung, die noch unter Nikolaus nur die Meinung der Hofgesellschaft war, auf weit breiterer Grundlage. Presse, Geistlichkeit, Offiziere, Beamten, ja Professoren und Studenten hatten an ihr Anteil und wirkten

durch die Hofgesellschaft auf die Minister und den Herrscher. Bis dahin hatten Zare und Zarinnen Kriege geführt und Länder erobert im Interesse der zarischen Politik, die sehr oft mit dem Interesse des Volkes keineswegs übereinstimmte. Jetzt wollte das junge Rufsland den Krieg und setzte seinen Willen durch. Ein Kreuzzug für die von den Ungläubigen geknechteten Slawenbrüder sollte das Nationalgefühl stärken, das Selbstbewufstsein des Volkes, die Bedeutung seiner Vertreter, der TSCHERNAJEW, IGNATJEW, KATKOW, kurz des nach politischer Macht strebenden jungen Rufsland stärken. Man erzählt, die Kaiserin und der zarische Beichtvater seien es gewesen, die den Kaiser zum Entschlufs brachten; aber hinter ihnen stand eine sehr grofse Schar, von der die Kaiserin und der Beichtvater und was sonst das Ohr des Monarchen hatte, vorwärts getrieben wurde. Es gilt als sehr wahrscheinlich, dafs, von dem Kanzler Fürsten GORTSCHAKOW abgesehen, die Neigung der russischen Diplomatie für den Krieg weder allgemein noch stark war.

Zu Anfang 1890 kursierte in Petersburg unter einigen Würdenträgern eine dem Ministerium des Auswärtigen eingereichte Denkschrift des ehemaligen Ministerresidenten in Cettinje und späteren Geschäftsträgers in Sofia, Herrn JONIN, über den Krieg von 1877. Darin wies dieser inzwischen als Gesandter in Bern verstorbene Diplomat nach, wie ganz unvorbereitet und wider Willen Rufsland sich in den Krieg begeben hatte, da man doch mit 4 Armeekorps gar nicht die Absicht haben konnte, einen ernstlichen Krieg zu führen, sondern nur einschüchtern konnte, was auch der 300 km betragende Marsch GURKOs beweise; man habe überhaupt nicht ernstlich an einen Krieg geglaubt, da man weder ein klares Ziel noch einen festen Plan hatte, mit allen Höfen, mit Wien, Berlin, London, verhandelte, ohne feste Abmachungen zu treffen, und endlich in Wien verabredete, Österreich solle, wenn die Zustände auf der Balkanhalbinsel geändert würden, Bosnien und Herzegowina in Besitz nehmen. Einige russische Diplomaten hätten darauf gedrungen, dafs wenigstens die Grenzen dieses Gebietes genau festgesetzt würden; aber Fürst GORTSCHAKOW habe durchaus seine Zustimmung nicht geben wollen, weil er völlig freie Hand behalten wollte. „Und doch," heifst es in der Denkschrift wörtlich, „bedurften wir vor dem Kriege keiner Verabredungen, weder mit Österreich noch mit England — BISMARCK trug uns einfach ein positives Bündnis an." Der Berliner Vertrag habe für Rufsland

nur zwei Übel geschaffen: die Teilung Bulgariens und die Erklärung Batums zum Freihafen. Alles sonst Nachteilige sei in S. Stefano verschuldet, wo ein unausführbarer Vertrag zu Papier gebracht wurde.

Diese interessanten Aufzeichnungen zeigen, dafs der Krieg von 1877 von GORTSCHAKOW ebenso unklug begonnen wurde, wie die Verhandlungen in Berlin in völliger Verzagtheit und Enttäuschung von seinen Bevollmächtigten geführt wurden. Sie bestätigen wiederum, dafs BISMARCK vor dem Kriege zu helfen bereit war, dafs aber GORTSCHAKOW nicht darauf einging; und es ist bekannt, dafs BISMARCK trotzdem an seiner Hilfsbereitschaft festhielt, indem er alle Forderungen Rufslands unterstützte. Die Eitelkeit GORTSCHAKOWs trug einen grofsen Teil der Schuld an dem kopflosen Hineintaumeln in diesen Krieg; allein die treibende Kraft war weniger der alte Kanzler, als die Schar jüngerer Streber, welche dieses Krieges zu bedürfen meinten, um im Volk Ansehen und bei der Regierung Einflufs zu gewinnen. Deren Anerkennung zu gewinnen, in Europa seinen ins Schwanken geratenen Ruf wieder herzustellen, also seine unmäfsige Eitelkeit zu befriedigen, das waren die sehr starken Motive GORTSCHAKOWs, die sich mit jenen Wünschen der Hofkreise verbanden. Der serbische Aufstand, der den Krieg einleitete, war nicht so sehr von dem offiziellen Rufsland, als von den Sendboten russischer Anhänger panslawistischer Ideen geschürt worden; es waren dieselben Leute, welche als Freiwillige unter Leitung des russischen Generals TSCHERNAJEW mitgekämpft hatten. Diese Slawenschwärmer rissen die Umgebung des Zaren und endlich ihn selbst fort, und GORTSCHAKOW suchte dann möglichst viel zur Befriedigung seines Bedürfnisses nach Ruhm aus dem Feldzuge herauszuschlagen. Als dann in Berlin die Schlufsrechnung etwas dürftig ausfiel, als während des anfangs unglücklichen Ganges der Dinge in dem Heere bedenkliche Zeichen der Mifsstimmung bemerklich wurden, da suchten diese Slawenbefreier die eigene Schuld auf BISMARCK und Deutschland abzuwälzen. Die Verleumdung und Verhetzung begann und hatte Erfolg sowohl beim Volk, das an die deutsche Treulosigkeit sich zu glauben gewöhnte, als bei Alexander, der den nun verdoppelten Vorwürfen, russische Interessen seiner Vorliebe für Deutschland zu opfern, nicht mehr zu widerstehen vermochte. Dazu mochte das seinen Willen schwächende Bewufstsein kommen, dafs

er nicht ohne Schuld daran war, dafs seine Truppen vor den Thoren von Konstantinopel umkehren mufsten. GORTSCHAKOW zog an der Alarmglocke emsig mit, und es kam so weit, dafs Alexander fast zu einem noch unbesonneneren Kriege als dem türkischen hingerissen wurde. Die Folge war der Abschlufs des Dreibundes.

Nun hatte die nationale Aktionspartei wieder das, was sie brauchte, nämlich einen Feind, gegen den sie das russische Volksgefühl hetzen konnte. Dieser Feind war der Deutsche, und da man ihm nicht mit Krieg in Deutschland beikommen konnte, so wurde um so intensiver gegen das Deutschtum im allgemeinen und gegen die deutschen Unterthanen Rufslands im besonderen gehetzt. Die Zertrümmerung alter, wertvoller Kultur in den Ostseeprovinzen wurde fortgesetzt. Aber auch dieses Übungsfeld genügte noch nicht. Gegen die Kleinrussen, einen Stamm von 7—8 Millionen mit eigener Sprache und Litteratur, wurde ein schon früher begonnener nationaler Feldzug wieder aufgenommen; gegen die kaukasischen Fremdvölker ebenfalls; die deutschen Kolonieen des Südens wurden bedrängt. Als man endlich unter Alexander III ziemlich nahe an das Ziel gekommen war, als nur noch ein von diesem Herrscher geschütztes Kulturland, Finland, übrig war, an das man nicht hatte Hand anlegen dürfen, versäumte man keinen Augenblick nach dem Thronwechsel, die Besonderheiten auch dieses Landes für staatsgefährlich zu erklären. Jetzt hämmern die nationalen Fäuste auf Finland ein, entsprechend dem Programm, nach welchem sie den revolutionären Polen gegenüber zuerst gearbeitet hatten und das sie dann auf höchst unrevolutionäre andere Bewohner des grofsen Reiches anwandten.

Die Dinge hätten vielleicht einen anderen Gang genommen, wenn die Hoffnung auf eine liberale Änderung der Verfassung, wie sie gegen Ende der Regierung Alexanders II in weiten Kreisen gehegt wurde, sich erfüllt hätte. Der Thatendrang des jungen Rufsland hätte dann vielleicht nicht nötig gehabt, sich gegen Polen, Türken, Deutsche, Kleinrussen, Kaukasier, Finländer auszutoben, sondern würde ein besseres, dankbareres, edleres Feld der Bethätigung in den weiten, der ordnenden Hand sehr bedürftigen Gefilden des eigenen Landes gefunden haben, zu dessen angeblichem Wohl seit 40 Jahren all jene bösen Feinde so grimmig bekämpft werden. Jene Pläne einer Änderung der Verfassung — denn auch die absolute

Monarchie ist eine Verfassung — standen dicht vor der Reife, als Alexander II ermordet ward. Niemals hat sich wohl ein Verbrechen schwerer an dem Verbrecher und leider auch an dem ganzen Volke gerächt, als diese That an der Menge derer, aus deren Mitte sich die mörderischen Hände erhoben.

Dem Charakter des neuen Monarchen entsprach ein reaktionäres, durchaus nicht ein liberales System. Erstaunlich nur ist, mit welcher Leichtigkeit die neueste öffentliche Meinung sich diesem Charakter anzupassen vermochte. Binnen kurzem war der Drang nach Freiheit wie weggefegt aus den Räumen des russischen Hauses. Man warf sich auf die Nihilisten, man wurde eifrig kirchlich, man that, was man konnte, um nicht den Einfluſs durch Abweichung von dem Willen des Zaren und POBEDONOSZEWS gänzlich einzubüſsen, und kaum waren einige Jahre verflossen, so schwor diese öffentliche Meinung nur noch auf drei Dinge: absolute Selbstherrschaft, absolute kirchliche Orthodoxie, absolute russisch-nationale Herrschaft. Nichts mehr von Rechten oder Institutionen, die unabhängig von diesen drei Gewalten wären, nichts von Ausbau der Reformen Alexanders II, nichts von Freiheit, von provinziellem Leben, von akademischem Leben, von religiösem Leben. Im Namen dieser drei Gewalten wurden alle Winkel des Reiches nach Feinden und Verdächtigen durchstöbert, und natürlich fand man, was man brauchte. Der Kampf gegen fremde Sprache, Recht, Kultur ging weiter, daneben der gegen Stundisten und Sekten aller Art, gegen Katholiken und Protestanten, endlich auch gegen Schulen und Provinzialstände. Das alte Ruſsland hatte sich dem staatlichen Beamtentum wieder völlig unterworfen, und beim Tode Alexanders III war dieses Beamtentum wieder so allmächtig wie nur jemals früher, ja es ward sehr bald selbstherrschender als die Krone.

Fragt man, was in den hundert Jahren seit dem Tode Pauls I für die Kultur gethan worden ist, so wird man im ganzen zu demselben Bekenntnis gelangen, das Alexander I ablegte: zentnerschwer muſs diese Frage sich dem auf die Brust legen, der die Verantwortung für die Volkswohlfahrt voll auf sich nimmt. Eine ungeheures Beamtenheer ist geschaffen, ungeheure Papiermengen wurden vollgeschrieben, Gesetze und Verordnungen wurden ohne Zahl ersonnen, Hunderte von Kommissionen arbeiteten ohne Rast — aber zieht man die Summe der langen Rechnung, so war es im ganzen eine Arbeit, die der Russe mit dem Bilde kenn-

zeichnen würde: aus dem Hohlen ins Leere umgiefsen. Man hat Zivilisation zu schaffen gesucht, nicht Kultur; Formen, nicht Inhalt; Schein, nicht Wesen. Man setzt sich an eine Tafel, die von besser gekochten Speisen strotzt, als Paris selbst sie liefert, und fühlt sich erhaben über Paris; man rollt in eleganteren Wagen als in England dahin, und meint England hinter sich gelassen zu haben; man rechnet mit Millionen von Soldaten und Milliarden von Rubeln, und hält Rufsland für den Führer im Staatsleben der Welt; man schickt seine Befehle bis an den Stillen Ozean und glaubt damit bewiesen zu haben, dafs die Regentenpflichten voll erfüllt würden. Und blickt man näher zu? Die Speisen, die Weine, die Wagen sind französisch oder englisch; die schlechten Wege, die elenden Dörfer, die Unordnung, die Rechtlosigkeit, der Unverstand, die Unbildung, kurz der Mangel an wahrer Kultur — der ist durch äufsere Verzierungen oft verdeckt, aber nicht überwunden. Die Berechtigung dieser Behauptung sollen die folgenden Kapitel erweisen.



DRITTES KAPITEL

FINANZEN

Zu allen Zeiten sind wohlgeordnete Finanzen das Kennzeichen eines wohlgeordneten Staates gewesen. Aber ihre Bedeutung für das Staatsleben war nicht zu allen Zeiten gleich grofs. So gut es eine Zeit gab, in der der Einzelne und die Massen des Geldes noch wenig bedurften, weil sie ihre Bedürfnisse zumeist oder ganz befriedigten durch Selbsterzeugung einfacher Lebens- und Genufsmittel und deren unmittelbaren Austausch, wo also die Naturalwirtschaft noch vorwaltete, so gut gab es im Leben der Staaten eine Zeit der Naturalwirtschaft. In den Jahrhunderten der Heeresfolge und des Patrimonialgerichts, des Zehnten und der Frone brauchte der Fürst für staatliche Bedürfnisse sehr wenig Geld, und was er einnahm, verbrauchte er meist für sich und seinen Hof, wie es der Ritter auf seiner Burg that. Erst der Verkehr, der Handel, die Geldwirtschaft der Völker brachten auch in dem Staatsleben die Finanzen zu immer stärkerer Geltung, und je gröfsere Bedeutung das Geld bei der Stadtbevölkerung wie im Dorf erlangte, um so wichtiger wurde es für den Fürsten, dieses Machtmittel in der Hand zu haben: stehendes Heer, staatliche Rechtspflege, staatliche Verwaltung mufsten bezahlt werden, und zu diesem Zweck mufste man aufser den alten Zöllen zu allerlei Steuern greifen, die immer sich mehrten mit dem wachsenden Geldverkehr der Bevölkerung und dem wachsenden Geldbedürfnis der Regierung.

Im alten Rufsland lebten die Grofsfürsten von Moskau wie die Erbherren auf ihren Landgütern. Was sie an Gefällen in allerlei Ware erhoben, was sie durch grofse Handelsmonopole und aus dem Gewerbe erwarben, ging in ihren zarischen Säckel und war ihr

privates Einkommen, an dem das Volk keinen oder sehr geringen Nutzen oder Anteil hatte. Mit Peter I, mit dem europäischen Wesen, das er ins Land brachte, begann das Bedürfnis nach Geld zu wachsen, und von da an erst kann man von russischen Staatsfinanzen reden. Indessen wirtschaftete auch Peter noch vorwiegend mit Naturalmitteln, mit Menschen und Produkten des Landes, die er schonungslos für seine Eroberungspolitik, aber doch auch für seine inneren Umwälzungen, wie er sie nun gerade verstand, aufwandte. Sein Staatsbudget an Geld betrug nur 3, später bis zu 10 Millionen, dafür verbrauchte er aber so viel Menschenmaterial in Kriegen und Bauten, durch sein zivilisatorisches Wüten gegen hoch und gering, dafs zwischen 1678 und 1710 die Zahl der Höfe, d. h. der steuerzahlenden Siedelungen sich um 20 Prozent verminderte.[1] Ein Fünftel der Bevölkerung hatte Peters zivilisatorische Naturalwirtschaft umgebracht oder aus dem Lande getrieben. Je mehr seine Nachfolger die europäischen Beziehungen verstärkten, je mehr sie selbst und ihr Hof sich äufserlich europäisierten, umsomehr Geld brauchten sie, umsomehr wuchsen Zölle und Steuern, und diejenige Kaiserin, die sich der höchsten Kultur rühmte, die „göttliche“ Katharina, hatte so verfeinerte europäische Bedürfnisse, dafs sie z. B. bei einem Staatsbudget von etwa 65 Millionen Rubel davon für den Ankauf einer Sammlung von Kameen 7 Millionen ausgeben konnte. Hof und Heer kosteten Geld, aber Land und Volk sahen davon wenig: unter Anna, im Jahre 1734, kostete die Verwaltung der Provinzen eines Reiches, das von Riga bis an den Stillen Ozean sich ausdehnte, nur etwa 181 000 Rubel. Es war eben im Innern noch die alte staatliche Naturalwirtschaft; sie blieb vorherrschend bis in das 19. Jahrhundert hinein. Das Geldwesen und das Budget des Staates wurden nicht durch innere Bedürfnisse, sondern durch die äufseren Beziehungen bestimmt, nämlich durch die seit dem Schlufs des 18. Jahrhunderts sich mehrenden Handelsbeziehungen und die seit derselben Zeit beginnende Verschuldung des Staates.

Die Naturalwirtschaft blieb noch lange nachher die vorherrschende Form im privaten Erwerbsleben; sie fand ihr Ende erst infolge der im Jahre 1861 stattfindenden Aufhebung der Leibeigenschaft und des sich daran schliefsenden Emporkommens

---

[1] Vgl. MILOKOW, Umrisse zur russischen Kulturgeschichte, T. I, S. 26.

städtischer Industrie, ja sie ist im Grunde auf dem platten Lande in den grofsrussischen Gubernien noch heute nicht ganz verschwunden, wie wir in einem späteren Kapitel sehen werden. Der Staat war dem Volk in seinem finanziellen Wirtschaftssystem sehr weit zeitlich vorausgeeilt. Bis 1861 lebten etwa 95 Prozent der Bevölkerung auf dem platten Lande von den Erzeugnissen des Bodens und der häuslichen Gewerbe; industrielle Produkte und namentlich fremdländische Erzeugnisse brauchten nur der zarische Hof, das Heer, die Flotte, die wenigen Reichen in Land und Stadt und aufserdem die nichtrussischen, eroberten Provinzen an der Westgrenze. Daher genügte für diese Konsumenten die Ausfuhr von Rohprodukten in Friedenszeiten völlig, um die nötige Menge an Edelmetall ins Land zu ziehen und eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz herzustellen. Leider nur gab es stets mehr Kriegs- als Friedensjahre, weshalb die Ausgaben des Staates die günstige Handelsbilanz immer wieder umwarfen und das Land von Edelmetall entblöfsten. So ist es diese 200 Jahre her gegangen. Von den wirren Zeiten Peters I ab hatte der kluge Minister OSTERMANN sparsam gewirtschaftet; der überseeische Handel hatte sich unter ihm gehoben, aber der ganze Handelsumsatz betrug 1742 doch erst 8 Millionen Rubel.[1] Er stieg dann auf 21 Millionen im Jahre der Thronbesteigung Katharinas II, und auf $109^1/_2$ Millionen in deren Todesjahr 1796. Aber diese ruhmvolle Regierung war es auch, die trotz steigender aktiver Handelsbilanzen im Jahre 1769 in Petersburg und Moskau Assignatenbanken gründete und mit Anleihen und mit Ausgabe von Bankassignaten zu operieren begann, was ihr zwar grofse Geldmittel zuführte, aber bei den steten Kriegen und der Verschwendung nicht verhinderte, dafs fast alles Edelmetall aus dem Lande ging und der Geldkurs sehr ungünstig wurde. Für das Jahr 1794 wurden die Einnahmen des Staats auf 68 750 000 Rubel veranschlagt; davon aber mufste, aufser anderen unnützen Dingen und Personen, ein Heer von 593 000 Mann erhalten werden[2], weshalb es verständlich ist, dafs nur noch Kupfergeld im Lande vorhanden war, das gegen Silber mit 80 Prozent Verlust gewechselt

---

[1] STORCH, Hist. statist. Gemälde des Russ. Reichs, Supplementband zu T. 5, 6 und 7.

[2] Nach der Berichten TARRACHS und TAUENTZIENS aus Warschau, Mai und Sept. 1795. Kgl. Preufs. Geh. Staatsarchiv.

wurde. Und nach anderen Angaben[1] betrug im Jahre 1796, dem Todesjahre Katharinas, das Agio für die Assignaten der von dieser Monarchin gegründeten Staatsbank in Silber 39½ Prozent, in Gold 42½ Prozent.[2] Kaum war die ruhmvolle Regierung beendet, so fiel im folgenden Jahre das Silberagio auf 24½ Prozent, das Goldagio auf 28 Prozent und die Handelsbilanz erreichte ein Aktivum von 21,7 Millionen. Das will sagen, dafs die materiellen Verhältnisse des Landes sich unter dem ruhmlosen Nachfolger Katharinas, Paul I, ebenso besserten, wie es unter Katharina I und Peter II, den gleich ruhmlosen Nachfolgern des grofsen Peters, geschehen war.

Aber alsbald kam wieder eine Zeit des Ruhmes und der Siege und mit ihr das materielle Elend: die napoleonischen Kriege und die aus ihnen hervorgehende grofse Politik Alexanders I vermehrten die Staatsschuld auf über eine Milliarde Rubel[3]; die Ausgaben für das Heer stiegen im Jahre 1816, also nach Beendigung der Kriege gegen Frankreich und gegen die Türkei, auf 234 Millionen Rubel. Dafür entwickelte sich der Handel günstig, mit 32 Millionen Überschufs im Jahre 1817, und das Staatsbudget zeigte schon 1816 414¾ Millionen Rubel an Einnahmen, freilich in entwerteten Bankassignaten. Denn die Metallverhältnisse blieben schlecht, der Bankrubel stand zum Silberrubel bis zum Jahre 1818 wie 4:1, d. h. weit schlechter als unter Katharina, was sich durch die stark gewachsene Staatsschuld erklärt. Diese Schuld bestand zum gröfsten Teil aus schwebender Bankschuld, nur zu geringem Teil, nämlich 102 Millionen holländischer Gulden, aus verzinslichen Anleihen im Auslande, und wäre daher nicht besonders lästig gewesen, wenn ihr ein entsprechender metallener Wechselfonds zur Basis gedient hätte. Das war nicht der Fall, und der Bankrubel konnte daher gegenüber dem durch die günstige Ausfuhr von allen Seiten aus dem Auslande eindringenden fremden Metallgelde keinen rechten Wert erlangen. Die fremde Gold- und Silbermünze verdrängte nicht blos die Bankassignaten, sondern auch das russische klingende Geld und der Kampf mit diesem fremden Gelde spielte eine Hauptrolle in den Beratungen, die unter CANCRIN zu der Reform von

---

[1] STORCH, a. a. O.

[2] Nach einer vom Grafen SPERANSKI aufgestellten Tabelle stand der Assignatenrubel im Jahre 1796 gleich 70½ Kop. Silber.

[3] S. BERNHARDI, Rufs. Gesch. III, S. 143.

1839 führten. Das fremde Metall, durch andauernd günstige Handelsbilanz ins Land gebracht, erleichterte es der von diesem Minister gegründeten Depositenkasse, das nötige Silber an sich zu ziehen, auf welches der an Stelle der alten Assignaten geschaffene neue Bankrubel gegründet wurde. Mit diesen neuen Banknoten kam dann allmählich einige Ordnung in die Geldverhältnisse, die aber doch nicht vor steten, oft starken und dem Handel höchst beschwerlichen Schwankungen geschützt werden konnten. Der Kredit hob sich, die Banknoten stiegen im Kurse, aber kaum kamen sie dem Parikurse nahe, so brach 1853 der Krimkrieg aus und warf den Geldkurs wieder weit zurück. Indessen litt dabei der Staatskredit nur wenig. Die Handelsbilanz freilich verschlechterte sich, als auf den europäischen Markt immer mehr Rohstoffe aus überseeischen Ländern gebracht wurden. Seit Anfang der fünfziger Jahre trat die australische Wolle konkurrierend auf, schon vorher drückte die amerikanische Baumwolle auf die Preise der russischen Rohprodukte, später, gegen Ende der sechziger Jahre, begann das amerikanische Getreide seinen Eroberungszug auf den europäischen Märkten. Um die Ausfälle in der Ausfuhr zu decken, griff man zu verstärkten Schutzzöllen bei der Einfuhr. Indessen wuchs das Staatsbudget; der Staat zahlte pünktlich die Zinsen und so befestigte sich das Vertrauen in die finanzielle Zukunft des Reiches, und zwar besonders fest im Auslande.

Dies Vertrauen der Geldmächte wurde kräftig durch Anleihen ausgenutzt. Es kamen die Reformen von 1861—1864, welche die Gründung von Agrarbanken zur Folge hatten und die Einfuhr von Maschinen aller Art plötzlich anschwellen liefsen; dazu kam der energischere Bau von Eisenbahnen, der Beginn industrieller Thätigkeit, endlich der Krieg von 1877. Das alles erforderte grofse Summen: in 25 Jahren bezog Rufsland durch Anleihen aus dem Auslande $1^1/_2$ Milliarden Gold, und hatte einschliefslich der aus den sibirischen Goldwäschereien geflossenen Menge im Jahre 1887 doch nur 281 Millionen als Bestand in der Staatskasse. Aus den Metallanleihen mufsten die passiven Zahlungsbilanzen an das Ausland gedeckt werden, die sich seit der Entwertung des Papierrubels und dem Anwachsen der Zinsforderungen einstellten. Aus den Anleihen wurde auch das Defizit gedeckt, welches sich im Reichsbudget regelmäfsig ergab. Da trat im Jahre 1887 an die Spitze des Finanzamts WYSCHNEGRADSKI. Mit ihm begann eine neue Ära, die

durch die Rücksichtslosigkeit sich auszeichnet, mit der alle Volkskräfte angespannt wurden zur Erreichung fiskalischer Zwecke, eine Ära, die heute auf dem Höhepunkt angelangt zu sein scheint.

Vor 1860 waren die ungeheuren Entfernungen allein genügend, um aller Verwaltung den Charakter grofser Schwerfälligkeit zu verleihen. Eine Neuerung im ganzen Reich einzuführen, noch mehr aber sie richtig auszuführen, war besonders für einen Verwaltungszweig wie das Finanzministerium schwer, das mehr als andere Zweige der staatlichen Verwaltung darauf angewiesen ist, nach festen Normen zu verwalten. Jede neue Steuer war wenigstens bis an die asiatische Grenze durchzuführen, und die Ausführung mufste kontrolliert werden. Solange es keine Eisenbahnen gab, war es für den Minister sehr schwierig, zu wissen, wie grofs die Steuerkraft in den entfernten Gebieten war, noch schwerer, zu wissen, wie ehrlich oder wie raublustig seine Beamten in Astrachan, Odessa oder Pensa arbeiteten. Kein anderer Verwaltungszweig ist so zur Unehrlichkeit verleitend und bedarf daher der unausgesetzten Kontrolle seiner Beamten. Der Ausbau des Bahnnetzes begann anfangs der sechziger Jahre; die Hauptmaschen waren in den achtziger Jahren bereits vollendet. Damit öffnete sich das Land einer völlig neuen finanziellen Behandlung. Bahnen und Telegraphen machen es heute dem Minister möglich, unvergleichlich viel schneller fiskalische Neuerungen vorzunehmen, ihre Wirkungen zu beobachten, seinen Einflufs jederzeit geltend zu machen, seine Kassen vor unreinen Händen auch dort zu schützen, wohin vor 50 Jahren kaum jemals ein prüfender Blick des revidierenden Beamten gelangte. Die gesamte Maschine ist zuverlässiger geworden und leichter zu handhaben. Es ist daher nur natürlich, dafs ein Finanzminister des Jahres 1860 anders verwaltet als einer vom Jahre 1890, und man kann die neue Ära durchaus nicht allein auf die Rechnung der betreffenden Minister setzen. Die administrative Technik hat eine Entwickelung erlangt, die vor 50 Jahren unmöglich war; heute sind die Minister in den Stand gesetzt, der Entwickelung des wirtschaftlichen Volkslebens Schritt für Schritt nachzugehen. Diese Möglichkeit mufste im fiskalischen Interesse ausgenutzt werden und wurde ausgenutzt. Ohne diese Umwälzung im technischen Apparat konnten die ungeheuren Summen nicht in Bewegung gesetzt werden, mit denen der Staat heute operiert. Aber die Wirksamkeit des Apparats birgt freilich auch die Gefahr in sich, dafs sie mifs-

bräuchlich angewandt, dafs der fiskalische Nutzen verfolgt werden kann mit einem Eifer, der die Interessen der allgemeinen Wohlfahrt nicht immer im Auge behält. Dafs dieses in der neuen Ära geschehen ist, wird heute dem Minister WITTE von vielen und sehr beachtenswerten Seiten zum Vorwurf gemacht.[1]

Als der Finanzminister WYSCHNEGRADSKI im Jahre 1887 sein Amt antrat, fand er eine Staatsschuld von $4^1/_2$ Milliarden Kreditrubel vor, die jährlich an Zins und Tilgung 262 Millionen verlangte; im Reichsschatz fand er 281 Millionen Gold. Die Schuld hatte sich durch Anleihen angehäuft, die meist im Auslande gemacht waren, als Zins und Tilgung flofs daher viel Gold jährlich dorthin ab, was auf den Kurs des Kreditrubels nachteilig einwirkte. In dieser Periode des Anwachsens der russischen Staatsschuld seit den sechziger Jahren hatte in Europa und auch Amerika das Gold eine dominierende Stellung erlangt: Deutschland war zu reiner Goldwährung übergegangen, der lateinische Münzbund war geschlossen worden; in den Vereinigten Staaten, in Oesterreich, in Italien — überall suchte man das Gold zum Fundament der Geldwirtschaft zu machen. Je mehr Rufsland dem europäischen wirtschaftlichen Verkehr sich erschlofs, je mehr es fremder Waren bedurfte, umsomehr Gold brauchte es, um sie zu bezahlen. Dieses Bedürfnis stieg mit jeder der neuen ausländischen Anleihen, die bisher zum Teil eben zu dem Zweck abgeschlossen worden waren, Gold herbeizuschaffen. Während von 1862—1887 die Schulden um etwa 1 Milliarde zugenommen hatten, blieb die Zahlungsbilanz schlecht, es flossen jährlich 50—60 Millionen Gold mehr ab als einkamen, denn die eigene Goldgewinnung ergab damals nur etwa 20 Millionen jährlich; die Ausfuhr überstieg seit Erhöhung der Zölle um 60 Prozent vom Jahre 1881 ab zwar die Einfuhr, aber nicht so, dafs mit eigenen Mitteln auch nur der ausländische Schulddienst bestritten werden konnte, weshalb man immer wieder borgen mufste, um zu bezahlen. Den bergab rollenden Wagen brachte WYSCHNEGRADSKI mit festem Griff zum Stehen. Vor allem zog er die Steuerschraube an: in drei Jahren wurden über 50 Millionen Rubel Steuereinnahmen mehr jährlich erzielt. Zugleich wurden in zwei Jahren 16 Millionen Rubel Steuerrückstände beigetrieben, und diese Beitreibungen wurden damals

---

[1] Vgl. für die folgenden Ausführungen das Buch von SCHWANEBACH: „Geldreform und Volkswirtschaft“. Petersburg 1901 (russisch).

auch schon zu dem so wichtigen Instrument gemacht, als welches sie bis heute sich bewährt haben. Durch die Steuerbeitreibung zwang der Minister den russischen Bauer, sein Getreide im Herbst so schleunig als möglich zu verkaufen. Das trug zur Beschleunigung und Mehrung der Ausfuhr bei. Man rechnet, dafs, während von 1882—1886 von der reinen Ernte jährlich 15 Prozent ausgeführt wurden, dieser Satz von 1887—1891 auf 22 Prozent stieg. Das Getreide spielte von jeher die Hauptrolle bei der Ausfuhr, stieg aber erst unter dem Ansporn WYSCHNEGRADSKIs zu der Bedeutung auf, die es seitdem hat. Wurde der Bauer durch den Steuerbeamten zum schleunigen Verkauf genötigt, so lockte man den Grofsgrundbesitzer dadurch, dafs man ihm den Verkauf, zu dem ihn überdies die schnell wachsende Bodenverschuldung und der Geldmangel antrieben, erleichterte. Der Minister sicherte sich die Verfügung über die Bahntarife, führte einen Differenzialtarif für das Getreide ein und lockte durch billige Frachtsätze aus den entferntesten Gutsspeichern das Getreide in die Ausfuhrhäfen. Er schuf, sagt SCHWANEBACH, eine Prämie für die Getreideausfuhr, und hatte Erfolg damit. Ebenso erfolgreich dämmte er die Einfuhr ein, indem er 1887 den Zoll auf Kohle, Eisen, Thee und andere notwendige Einfuhrartikel erhöhte, 1890 eine allgemeine Zollsteigerung um 20 Prozent eintreten liefs, und endlich 1891 auf viele Waren einen fast prohibitiven Zoll legte. Was er mit diesen Mafsregeln erreichte, war, dafs der Getreideexport in dem ersten Jahrfünft nach seinem Amtsantritt gegen das vorhergehende Jahrfünft von durchschnittlich 312 Millionen Pud jährlich auf 442 Millionen Pud stieg, die Handelsbilanz aber, die nach 1867 passiv gewesen und erst seit dem Ende der siebziger Jahre in eine aktive übergegangen war, von + 66 Millionen auf + 307 Millionen Rubel anschwoll. Wurde hierdurch der seitherige Goldabflufs in einen Goldzuflufs verwandelt, so diente demselben Zweck die Umwandlung der auswärtigen Metallschulden in Papierschulden. Bei diesen Konversionen wurden freilich die Tilgungsfristen verlängert, aber auch die Tilgungsquote herabgesetzt. Der jährliche Dienst für die auswärtige Schuld verminderte sich um $7^1/_2$ Millionen Rubel, die Schuld selbst vermehrte sich von 796 auf 941 Millionen Rubel Gold.

Während man vorher die starken Kursschwankungen dadurch zu mildern gesucht hatte, dafs dem fallenden Kurse durch Aufkauf der Banknoten in Berlin entgegen gewirkt wurde, was erhebliche

Kosten verursachte, benutzte WYSCHNEGRADSKI die vorhandenen Goldbestände dazu, im Börsenspiel die Kursschwankungen zum Vorteil des Fiskus auszunutzen, womit er zur Mehrung des Goldvorrats beigetragen haben soll.[1] Während er die Staatseinnahmen so zu heben suchte, legte er den Ausgaben einen straffen Zügel an. Von den mehr als 50 Millionen Mehreinnahmen an Steuern und Zöllen gab er dem Lande nichts zurück; die Ausgaben im Budget stiegen nur wenig.

Die finanziellen Erfolge WYSCHNEGRADSKIs waren glänzend. Das chronische Defizit im Budget verschwand: es stellte sich ein jährlicher Überschufs von 41,4 Millionen Rubel ein. Diese Überschüsse gaben dem Minister die Möglichkeit, die Zinsen der Staatsschuld ohne Schwierigkeiten zu zahlen, zugleich aber auch durch Ankauf von Wechseln Gold aus dem Auslande zu holen und dem schon vorhandenen Metallfond hinzuzufügen. Während seiner Verwaltung, 1887—1893, wuchs der Goldvorrat rapide, von $281\frac{1}{2}$ Millionen auf 581,6 Millionen Rubel alter, oder 782,8 Millionen neuer (1898er) Währung. Die Mittel, um diese 300 Millionen Gold in die Keller des Staates zu ziehen, bestanden in der verstärkten Besteuerung und den dadurch gewonnenen Mehreinnahmen gegenüber den Anschlägen des Budgets, d. h. in dem, was später unter dem Namen „freier Barbestand" in den ministeriellen Berichten und Anschlägen eine immer wachsende Bedeutung erlangt hat. Diese Goldvorräte wanderten zum grofsen Teil in die Keller der Reichsbank, die dafür Noten abgab, wodurch, dem eigentlichen Zweck dieses Instituts zuwider, das Lombardgeschäft litt. Der Metallfond der Bank wuchs zwischen 1888 und 1893 aufs doppelte, zugleich sank aber der Umsatz des Lombard- und Diskontogeschäfts auf die Hälfte — die Bank begann auf einen Abweg zu geraten: aus einer zur Hebung des wirtschaftlichen Lebens bestimmten Anstalt wurde sie ein finanzielles Werkzeug des Ministers, was sie auch heute noch geblieben ist, nachdem sie ihre Thätigkeit als Kreditanstalt auf kommerziellem und industriellem Gebiet in grofsem Mafsstabe wieder aufgenommen hat.

Diesem finanziellen Triumphzuge WYSCHNEGRADSKIs wurde ein schlimmer Stein in den Weg gerollt in dem Jahre 1891 mit seinem

---

[1] S. GOLOWIN, Rufslands Finanzpolitik und die Aufgaben der Zukunft. Deutsch von KOLLOSSOWSKI. Leipzig 1900.

ausgedehnten Mifswachs. Der Staat mufste 162 Millionen opfern, um dem hungernden Volk zu helfen, und die Ausfuhr sank im Jahre 1892 erheblich. Die guten, von WYSCHNEGRADSKI geschaffenen Staatsfinanzen konnten jedoch die Ausfälle sehr viel leichter ertragen, als es vordem der Fall gewesen wäre. Schon 1893 setzte die Aufwärtsbewegung der Ausfuhr wieder kräftig ein und der Staatsschatz schlofs beim Abgange WYSCHNEGRADSKIs mit einem reichen Goldvorrat ab. Die Staatsschuld war in den 6 Jahren nur um 229 Millionen Rubel gewachsen, der Dienst für dieselbe aber hatte sich sogar, infolge der Konversionen in niedriger verrentete Papiere, um 20,7 Millionen vermindert.

Als der Staatssekretär WITTE das Ministerium übernahm, fand er die Finanzen zwar in guter Lage vor, aber von zwei Seiten her drohten Gefahren: hier die Staatsschuld, dort die Steuerkraft. Es erschien möglich, dafs eines Tages das Mifsverhältnis sich einstellte, dafs gleichsam durch die Eingangspforte des Hauses nicht mehr soviel hereinkommen könnte, als durch die Ausgangspforte hinausgehen mufste. Wie energisch WYSCHNEGRADSKI es auch vermieden hatte, die Staatsschuld durch neue Anleihen zu vergröfsern, so war sie doch in der vorhergehenden Periode durch Bahnbauten und andere grofse Ausgaben zu einem bedenklichen Umfang gelangt. Die 70er Jahre hatten alljährlich eine starke Anleihe gebracht, die Staatsschuld belief sich 1893 auf 4571 Millionen 1898er Währung, der Dienst für diese Summe auf $241^1/_2$ Millionen. Vermehrt hatte sich die Staatsschuld unter WYSCHNEGRADSKI nur um 229 Millionen. Aber ein grofser Teil der Schuld war im Auslande untergebracht und mufste mit Gold bedient werden; in Gold mufste auch das steigende Bedürfnis nach Maschinen und anderen Erzeugnissen gedeckt werden, die die russische Industrie nicht herstellte. Wenn die Ausfuhr, die eben einen starken Stofs durch die Mifsernte von 1891 erhalten hatte, dieses Gold nicht zurückbrachte, so konnte sich zuletzt auch der angesammelte Goldschatz nicht mehr halten und der Finanzkarren nahm wieder seinen gefährlichen früheren Lauf zum Abgrunde hin. Zugleich begann sich schon 1893 die Wirkung des von WYSCHNEGRADSKI ausgeübten gewaltsamen Druckes auf die Getreideausfuhr zu zeigen. Hinter dem Bauer stand der Mann mit der Steuerpeitsche, vor ihm und dem Grofsgrundbesitzer der Mann mit den billigen, lockenden Differentialtarifen. Es war soweit gekommen, dafs die Amerikaner ein Schiff

mit Brotkorn als Geschenk für die Hungernden nach Petersburg schickten. Das Schlimmste war, dafs die Steuern immer schwerer beigetrieben werden konnten und die Rückstände zu wachsen begannen. In 46 Gubernien Rufslands betrugen im Jahre 1893 die bäuerlichen Rückstände bereits $119^1/_3$ Millionen Rubel und davon fielen auf die zentralen und östlichen, die altrussischen, und zwei-neurussische Gubernien, also auf das fruchtbare Schwarzerdegebiet, 110 Millionen. Die Rückstände übertrafen trotz aller Strenge der Beitreibung die jährliche Steuerquote um das Doppelte bis Dreifache. Das war ein bedenkliches Zeichen der nachlassenden Steuerkraft bei dem Landvolk, d. h. bei mehr als 90 Prozent der Bevölkerung dieser Gebiete, die zugleich die Hauptproduzenten des Landes waren.

Dafs Verschuldung und besonders auswärtige Verschuldung des Staates ein Übelstand sei, hatte man von jeher in gewissem Mafse anerkannt; schon CANCRIN hatte ausgesprochen, der Staat solle zu ausländischen Anleihen nur im Fall äufserster Not greifen.[1] Wenn aber die landwirtschaftliche Produktionskraft weiter sank, so drohte die Hauptquelle der Ausfuhr und auch der Steuern zu versagen, oder wenn sie sich auf der seitherigen Höhe erhalten oder gar mehren sollte, so mufsten die harten Beitreibungen fortgesetzt werden. Diese Quelle versprach nicht die Mittel zu liefern, um das Reich auf dem Wege europäischer Entwickelung weiterzubringen, auf den man es seit 1861 auf sozialem Gebiet und seit Ausbau des Hauptnetzes der Bahnen auf wirtschaftlichem Gebiet geleitet hatte. Wollte man die Steuerkraft wahren, so mufste man die Produktionskraft mehren, so mufste man mit den Mitteln des Staates die wirtschaftliche Entwickelung heben. Und man wollte dieses letztere, man wollte Rufsland auf die Höhe eines europäischen Kulturstaates heben, nachdem es so lange eine Grofsmacht, aber kulturlich von Europa abhängig gewesen war. Und das sollte schnell geschehen, sofort, denn das nationale Selbstbewufstsein ertrug keinen Aufschub mehr. Diese Strömungen mochten WITTE die Entscheidung für den von ihm einzuschlagenden Weg erleichtern. Er mochte erwägen, dafs die Produktivität der Landwirtschaft mit staatlichen Mitteln so zu er-

[1] Vgl. A. SCHMIDT, Das russische Geldwesen während der Finanzverwaltung des Grafen CANCRIN von 1823—1844, St. Petersburg 1872, S. 21.

höhen, dafs dadurch neue Anleihen unnötig würden, eine Aufgabe von vielen Jahren sein würde; dafs eine agrare Reform nicht eine Angelegenheit des Finanzministers allein sei, sondern der Mitwirkung anderer Organe der Regierung bedürfe, die eine solche Reform vorläufig nicht für durchführbar, vielleicht nicht einmal für nützlich hielten. Denn jede agrare Reform mufste und mufs, um Grofses zu wirken, alsbald auf prinzipielle Fragen, wie Gemeindeverfassung, Feldgemeinschaft, Steuersystem, ja Dorfschule und provinzielle Selbstverwaltung, stofsen, Fragen, die von den Kollegen des Ministers in sehr verschiedener Weise wären beantwortet worden. Der Minister konnte im Vertrauen auf eine natürliche Entwickelung der Dinge, der grofsen Agrarreform von oben her entsagend, auf dem von seinem Vorgänger eingeschlagenen Wege weiterschreiten, den Goldschatz weiter anwachsen lassen und den Geldkurs fixieren, bis er in die Lage kam, die seit lange eingestellte Einlösung der Banknoten gegen Metall wieder aufzunehmen. Er konnte versuchen, die ausländische Schuld allmählich zu tilgen und dadurch dem Goldabflufs zu steuern. Mochten auch gute Ernten und starke Ausfuhr die Einfuhr industrieller Erzeugnissen, die, da sie im Inland nur in geringem Mafse hervorgebracht werden, aus dem Auslande bezogen werden müssen, nicht ausgleichen — ein stärkeres Einströmen fremder Waren, womit ein steigendes Abströmen von Gold ins Ausland verbunden ist, steht immer in genauem Zusammenhang mit der fortschreitenden Entwickelung des Landes — so lagen ja $581^1/_2$ Millionen Gold in den Kellern. Zudem begann sich die Ausfuhr wieder zu heben. Der Weg der allmählichen Hebung des Volkswohlstandes und der allmählichen Tilgung der ausländischen Schulden drohte sehr lang zu werden. Herr WITTE traute sich die Kraft zu, die Hauptziele: Wiederherstellung der Valuta und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Reiches, auf kürzerem Wege zu erreichen. Und hatte WYSCHNEGRADSKI eine feste Hand gezeigt, so blieb er doch weit zurück hinter dem rücksichtslosen Vorgehen, das nun überall zu Tage trat. Gleich das erste Jahr überstürzten sich die Neuerungen. Der Geldkurs wurde nicht mehr durch Notenkäufe zum Steigen, sondern durch An- und Verkauf von Goldwechseln auf einen festen Stand gebracht. Die Steuern wurden vermehrt und um etwa 70 Millionen jährlich erhöht. Dann wurde der Zollkampf mit Deutschland, der infolge der vorhergegangenen übermäfsigen

Zollerhöhungen ausgebrochen war, beendet durch Abschlufs eines Handelsvertrages, der die Zölle herabsetzte. Das Konvertieren der Anleihen wurde — wenigstens in der bisherigen Art — eingestellt, aber man schritt sofort zu neuen Anleihen, die nun von Jahr zu Jahr folgten.

Hatte WYSCHNEGRADSKI ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit das fiskalische Interesse an der Regelung der Valuta und der Sicherung des Budgets verfolgt, so ging WITTE in dieser Richtung noch weit energischer vor. Vor allem machte er sich zum unumschränkten Herrn des Geldverkehrs. Nicht nur die Reichsbank, sondern alle Privatbanken nahm er unter seine Aufsicht und mittelbare Leitung; er sicherte sich das Recht, Direktoren abzusetzen, Makler ohne weiteres zu entlassen, Banken und Wechselstuben zu schliefsen; er verbot bei Strafe alle Spekulationen in Goldwerten, ja er zwang die privaten Banken zeitweilig, den Wechselverkehr ins Ausland der Reichsbank zu überlassen, und diese selbst mufste, nach dem neuen Statut von 1894, fortan weniger dem Handel dienen, als der Industrie und den Börsenoperationen des Ministers. Zugleich begann WITTE den Goldschatz weiter zu mehren. Wenn sein Vorgänger geradeswegs auf die Goldwährung abzielte, so scheint WITTE zu Anfang noch geschwankt zu haben, bis das fortgesetzte Anschwellen der in den Kellern tot daliegenden Goldmenge ihn dazu antrieb, den Schritt zu wagen. Denn ein Wagnis blieb es, dafs er zu Anfang 1896, noch vor Erlafs des betreffenden Gesetzes, mit dem Einwechseln der Banknoten in Gold begann, als der Goldvorrat sich auf 629,7 Millionen Rubel oder $2^1/_2$ Milliarden Franken gesteigert hatte. Hätte sich die Handelsbilanz wieder ungünstig gestellt, so mufste auch die Zahlungsbilanz schlecht werden und das mit grofsen Opfern gesammelte Metall würde ins Ausland zurückgeflossen sein. Die Goldwährung konnte und kann sich nur halten unter der Voraussetzung, dafs das Gold durch fortgesetzte Überschüsse im Handel im Lande bleibt. Ein Land wie England kann im Aufsenhandel grofse Summen abfliefsen lassen, ohne sich zu schädigen, weil es mehr als diese Summen in Form von Zinsen fremder Staaten, von Zinsen und Gewinnen in seinen über die Erde zerstreuten privaten Schuldforderungen und industriellen Anlagen ständig zurückholt. Im Jahre 1899 belief sich die Unterbilanz im englischen Handel (Grofsbritannien ohne die Kolonien) auf über 3 Milliarden Mark, aber

der Besitz an fremden Werten wird auf 40 Milliarden Mark oder etwa 20 Milliarden Rubel geschätzt. Rufsland hat keine solchen Forderungen, keine fremden staatlichen oder privaten Schuldforderungen, auch keine industriellen Anlagen im Auslande, aus denen es Gewinn hätte ziehen können. Von der eigenen Industrie aber ging ein grofser Teil des Gewinnes in Zinsen und Dividenden jährlich hinaus an die fremden Gläubiger und Aktionäre. Die staatlichen Zahlungen, der „Goldtribut", wie man es in Rufsland zu nennen pflegt, sowie die Gewinne und Zinsen privater ausländischer Gläubiger müssen, nächst der eigenen Goldgewinnung in den sibirischen Wäschereien, völlig durch die Überschüsse des Handels aufgebracht werden, wenn die Goldwährung sich halten soll. Ist der Handel nicht im stande, diese Überschüsse zu schaffen, so kann der Goldvorrat zeitweilig durch Anleihen oder andere Operationen im Auslande ergänzt werden, in der Erwartung, dafs sich die Handelsbilanz bessern und die Kosten solcher Operationen wieder einbringen werde. Indessen kann dieses Mittel doch nur als zeitweiliges und als Aushilfe gelten bis auf bessere Zeiten, und wer es anwendet, mufs ein starkes Vertrauen in die künftige Steuerkraft des Landes haben, um zu ihm zu greifen. An solchem Vertrauen nun hat es Herrn WITTE nicht gefehlt. „Im festen Glauben," sagt er in seinem Budgetbericht für 1898, an die „stetige Fortentwickelung der Produktivkräfte Rufslands" ging er ans Werk.

Die Ausfuhr hatte sich nach dem Rückgang von 1892 wieder gehoben. Aber infolge des Handelsvertrages mit Deutschland, der die Zölle stark herabsetzte, und infolge des gleichzeitig wachsenden Bedürfnisses nach für den Eisenbahnbau und für die Industrie notwendigen fremdländischen Waren, stieg auch die Einfuhr so stark, dafs das Aktivum des Handels, das zwischen 1887 und 1892 über 300 Millionen Rubel jährlich ergeben hatte, von 1893 bis 1898 nur 143 Millionen betrug und in einem Jahre, 1896, sogar auf nur 99,3 Millionen Rubel sank. Da nun im Jahre 1893 der Dienst für die äufsere Staatsschuld jährlich etwa 100 Millionen in Gold forderte, so konnte man von dem Ertrag der eigenen Goldwäschereien nicht so viel Überschufs erwarten, um den Goldschatz zu sichern oder zu vermehren. Noch unsicherer war die Aussicht, aus den ordentlichen Einnahmen die Mittel zu gewinnen, um durch grofsartige staatliche Kredite die einheimische Industrie

so zu fördern, dafs man vom Auslande unabhängig würde. Der Minister hatte sich zur Aufgabe gestellt, in dem grofsen und industriell sehr unentwickelten Lande schleunigst eine Industrie zu schaffen, die den jährlichen Abflufs vieler Millionen für Bahnschienen und rollendes Material, für landwirtschaftliche und industrielle Maschinen, für Chemikalien und viele andere Dinge hemmen sollte; eine Industrie, die dem Bauer Verdienst und dem Unternehmer Vermögen zuführen, die die Ansammlung von Kapital beschleunigen und dem Staat neue Steuerobjekte bieten sollte. Dazu brauchte der Minister Geld, und Geld war wiederum nötig, um die Eisenbahnen zu verstaatlichen, um die Goldwährung durchzusetzen, um dem verarmten russischen Adel und den Bauern zu helfen, kurz um die Finanzpolitik mit der souveränen Allgewalt zu führen, die wir seitdem bewundern. Herr WITTE verliefs unbedenklich die vorsichtige Zurückhaltung WYSCHNEGRADSKIS und griff zu neuen Anleihen.

Die politische Annäherung an Frankreich hatte ihm dessen reichen Kapitalmarkt geöffnet. Frankreich hatte schon vorher den gröfsten Teil der russischen Staatsschulden übernommen und damit Deutschland von einer die deutsche Politik gefährlich drückenden Last befreit. Von nun an wurde es zum Säckelmeister Rufslands, und das deutsche Kapital thäte gut, Frankreich dieses Geschäft ganz zu überlassen. Die politische Freundschaft pflegt nicht dadurch sich zu erwärmen, dafs sie mit grofsen Geldverbindlichkeiten belastet wird. Man kann schwer freie Hand in der Politik einem Staate gegenüber behalten, dem man einen zu grofsen Teil des Volksvermögens, sei es in Staatspapieren, sei es in Privatanlagen, hingegeben hat. Ein Krieg, in den Rufsland heute verwickelt würde, müfste Frankreich fast ebenso in Sorge stürzen als Rufsland selbst. Und wenn, wie man sagt, französisch-belgisches Geld in russischen Eisen- und Stahlwerken allein mit 1650 Millionen Franken beteiligt ist, so bedeutet das eine sehr merkliche Vermehrung der Macht, die der russische Finanzminister über die französische Politik gewonnen hat. Wie im privaten Leben, so geht es auch im staatlichen: die Stimmung Rufslands für ein Land, dem es 8—9 Milliarden in verschiedenen Formen schuldig ist, wird nicht nur von Dankbarkeit getragen sein. Und man braucht nur die Budgetberichte des Herrn WITTE zu studieren, um zu erkennen, dafs er mit dem fremden Gelde mehr als kühner Bankunternehmer, denn

als sorgsamer Hausverwalter verfährt. Er sagt es offen, dafs das fremde Kapital die Produktivkraft Rufslands anregen soll und dafs es ihn wenig kümmert, was aus ihm sonst wird. Rufsland ist nicht ein Landgut, das man wegen einer Hypothekenschuld einklagen und versteigern lassen kann. Es giebt keinen Gerichtshof für insolvente Staaten. Sollte einmal Rufsland die Zinsen und die Tilgung für die 60 000 Werst Eisenbahnen, die es gebaut hat, nicht aufbringen können, dann dürfte es schwer sein, dieses Pfandobjekt unter den Hammer zu bringen; ebenso schwer ist es, den Minister dafür verantwortlich zu machen, dafs er das Vertrauen fremder Kapitalisten in eine zauberhaft üppige Entfaltung der russischen Volkswirtschaft unterstützt hat. Die russische Verschuldung ist uns Deutschen nicht schädlich, eher das Gegenteil; aber wir sollten die Hände möglichst davon lassen.

Seit dem Amtsantritt des Herrn Witte verging kein Jahr ohne wenigstens eine Anleihe, und am 1. Januar 1900 hatte Herr Witte die Staatsschuld schon um 1579 Millionen Rubel gemehrt; sie betrug 6150 Millionen Rubel und erforderte einen jährlichen Dienst an Zinsen und Tilgung von 292 Millionen. Er begann ferner in grofsem Mafsstabe russische Wertpapiere, insbesondere auf Gold gestellte, wie Eisenbahnobligationen, Pfandbriefe der Adels-Agrarbank, im Auslande zu verkaufen. In 6 Jahren gingen von den beiden genannten Werten $^{9}/_{10}$ über die Grenze, und zum Jahre 1900 befanden sich im Auslande im ganzen an russischen Goldwerten etwa für $3^{1}/_{2}$ Milliarden Rubel, die einen jährlichen Dienst in Gold von 140 Millionen Rubel forderten. Für die hinausgegangenen Schuldverschreibungen aber war Gold ins Land geflossen. In Rufsland waren nur die auf den Rubel neuer Währung lautenden Anleihen geblieben. Solcher Papiere waren über 4 Milliarden vorhanden und von ihnen im Lande selbst rund 2700 Millionen; von der 4 pronzentigen Rente waren am 1. Januar 1899 im Lande rund 1503 Millionen.[1] Eine dritte Geldquelle öffnete sich seit 1895 durch die schnell sich entwickelnde Industrie, die der Minister auf jede Weise förderte. Aus dem kapitalreichen Westen strömte Gold herbei zu industriellen Anlagen aller Art, Summen, die auf durchschnittlich mindestens 100 Millionen Rubel jährlich angeschlagen worden sind.

---

[1] Bericht der Kreditkanzlei.

Während der Überschufs des Aufsenhandels nicht ausreichte, um den jährlichen „Goldtribut", die Zinsen und Tilgung der Staatsschuld an das Ausland, zu zahlen, während die sibirischen Wäschereien von 1893—1898 im ganzen 297 Millionen Rubel an Gold ergaben, mehrte sich der staatliche Goldschatz in dieser Zeit um 637 1/8 Millionen und erreichte am 1. Januar 1897 bereits die Summe von 1247 Millionen. Eine solche Goldmasse in den Kellern zu haben und zugleich bei der alten Silberwährung, die eigentlich nur Papierwährung war, weiter zu verbleiben, hatte keinen Sinn: man mufste dieses tote Kapital irgendwie fruchtbar machen und entschlofs sich endlich dazu, zur Goldwährung überzugehen. Auf Grund des Gesetzes vom 3. Januar 1897 wurde damit begonnen, das Papiergeld zu dem fixierten Kurse von 1 1/2 Rubel gegen 1 Rubel Gold einzuwechseln, und hatte es nun auch sehr eilig, das Land mit Metall zu überschütten. Im Volk war man verblüfft: die lebende Generation hatte nie, die ganz alten Leute nur als Seltenheit russische Imperiale gesehen, und nun wurde das Gold jedem von den Renteien aufgedrängt. Man hielt Herrn WITTE für einen Finanzkünstler, fast für einen Zauberer. Allein es war nicht viel Kunst, noch weniger Zauberei dazu nötig, mit vollen Händen das Gold auszustreuen, solange das Ausland fortfuhr, immer neue oder auch alte russische Werte aufzunehmen, und solange mit Hilfe der Steuerschraube und anderer Mittel die Einnahmen des Staates hoch gehalten werden konnten. Am 1. Januar 1899 war an Gold im Staatsschatz 1420,1 Millionen, an fiskalischem Gold bei Banken im Auslande 179,9 Millionen, zusammen eine Summe von etwa 1600 Millionen Rubel Gold neuer Währung. In 10 Jahren war Rufsland auf die Höhe der westeuropäischen Geldwirtschaft gelangt, war es finanziell eine Grofsmacht geworden, hatte es mit der alten Abhängigkeit von den Notierungen an der Berliner und anderen Börsen gebrochen, die weder seiner politischen Stellung, noch seinem vermeintlichen Reichtum entsprach.

So schien es. Aber man konnte sich denn doch nicht verhehlen, dafs dieser scheinbare Goldüberflufs meist aus fremdem Gelde bestand, dafs die Schulden, die man gemacht, auch verzinst und getilgt werden mufsten, dafs der Goldrubel auch wieder dorthin zurücklaufen könnte, woher er gekommen war, wenn die Produktionskraft des Volkes ihn nicht festhielt. Von da ab war die ganze Sorge des Ministers darauf gerichtet, ein solches Rücklaufen

des Goldes ins Ausland zu verhindern. Die Produktion mufste gehoben werden. Bis dahin beschäftigten sich 90 Prozent der Bevölkerung mit dem Landbau; 90 Prozent aller Ausfuhr bestand in Rohstoffen; 85 Prozent aller Ausfuhr bestand 1893 aus Erzeugnissen der Landwirtschaft. Noch im Jahre 1898 sagte der Minister in einer Rede, der Landbau schaffe fast gar kein Kapital, das zu industriellen Zwecken könne verwandt werden. Und Kapital war in grofser Menge nötig, um das Land industriell von der so stürmisch gerade in dieser Zeit sich aufwärts bewegenden fremdländischen Industrie unabhängig zu machen. Denn an den hierzu nötigen natürlichen Reichtümern, besonders an Kohle, Erdöl, Eisen, gebricht es dem Lande nicht. Nun sollten die Schätze gehoben werden.

Gleich im Jahre 1894 wurden für ungefähr eine Milliarde Staatspapiere, die im Inlande lagen, konvertiert. Die mit 5 Prozent verzinslichen Werte wurden eingezogen und dafür 4prozentige Rentenpapiere ausgegeben. War der unmittelbare Gewinn des Fiskus an Zinsen vielleicht auch nicht grofs, so mufste doch die Wirkung dieser Operation in einem Lande sehr grofs sein, wo das Geld so rar, wo der private Zinsfufs etwa 10 Prozent jährlich betrug. Mit der neuen 4prozentigen Rente zog man die 5prozentigen und dann auch die 4prozentigen Goldwerte aus dem Lande und verkaufte sie ins Ausland. Die innere Schuld wurde zu $^5/_6$ in 4prozentige Staatsrente verwandelt. Das freigewordene Kapital wandte sich industriellen Unternehmungen zu, die bessere Verzinsung verhiefsen, und daneben auch dem Börsenspiel, das sich der Vermehrung industrieller Aktiengesellschaften parallel entfaltete. Der Minister erreichte, was er wollte: er trieb das im Lande vorhandene Geld mit Gewalt in die Industrie und strich dabei noch einen Gewinn für den Fiskus ein.

Mit freigebiger Hand wurde das Geld des Staates der Industrie zugeführt. Zahlreiche Banken wurden gegründet und staatlich unterstützt; durch sie flofs das Geld den Gründungen zu, die überall erstanden. Technische und Handelsschulen wurden vom Staat errichtet oder mit Geld unterstützt. Das ausländische Kapital folgte dem ausbrechenden Gründungsfieber eifrig nach, das nun auch durch die stillen russischen Ebenen flog, nachdem es kurz vorher durch Mitteleuropa geflogen war. Von 1894 bis 1899 wurden 927 Aktiengesellschaften mit einem angegebenen

Kapital[1] von $1420^1/_2$ Millionen Rubel konzessioniert, von denen 151 Gesellschaften ausländische waren. Allen voran schritt die Regierung selbst mit dem Bau neuer Eisenbahnen, mit dem Bau von Kriegsschiffen, mit der Unterstützung von Schiffahrtsgesellschaften, wodurch die Eisenproduktion und die Eisenindustrie schnell erstarkten und in ihrem Gefolge eine Menge von gewerblichen Betrieben und Fabriken ins Leben riefen.

Trug die Verwaltung WYSCHNEGRADSKIs einen merkantilistischen Charakter, so verwaltete Herr W TTE monopolistisch. Die Eisenbahnen wurden zum grofsen Teil verstaatlicht. In den 10 Jahren von 1892—1902 verwandte Herr WITTE zur Erweiterung des staatlichen Bahnnetzes 2251,9 Millionen Rubel[2]; im ganzen waren schon 1897 in privaten und staatlichen Eisenbahnen fafst 4 Milliarden Rubel festgelegt, die meist fremdes Geld waren.[3] Für diese Zwecke hatte der Minister die Staatsschuld schon im Jahre 1900 um über eine Milliarde vermehrt, den Goldtribut an das Ausland um rund 40 Millionen jährlich. Am 1. Januar 1902 erreichte nach dem Budgetbericht für 1902 das gesamte Bahnnetz 60000 Werst oder 64200 km, das Netz der Staatsbahnen eine Länge von 40000 km, im Privatbetrieb standen demnach 24200 km. Der Staat war schon 1897 an dem gesamten staatlichen und privaten Bahnbau mit 94,9 Prozent des Anlagekapitals beteiligt[4], und diese Beteiligung ist seitdem durch die grofsen asiatischen Staatsbauten und die Verstaatlichung der Moskau-Archangel-Bahn noch bedeutend gestiegen, so dafs der Staat als der Unternehmer für das gesamte Bahnnetz angesehen werden kann. Die Kosten des Bahnbaues waren nicht zu hoch, auch wenn man die im europäischen Rufsland besonders günstig liegenden Verhältnisse berücksichtigt. Wenn man das Netz der Staatsbahnen allein ins Auge fast, das 40000 km beträgt, und seinen Wert nach dem Budgetbericht für 1902 mit 3551,6 Millionen Rubel als Bauwert annimmt, so kostete der Kilometer durchschnittlich 88790 Rubel. Das Finanzministerium[5]

[1] SCHWANEBACH schätzt das wirklich verwandte Kapital auf 560 bis 600 Mill.

[2] Bericht zum Budget für 1902.

[3] Statistischer Überblick über das Eisenbahnwesen in Rufsland, herausgegeben vom Verkehrsministerium, für das Jahr 1900.

[4] Bulletin Russe de statisique financière, 1901, A. p. 7.

[5] KOWALEWSKI, La Russie à la fin du 19 siècle, Paris, 1900, p. 875.

giebt als Baukosten 81125 Rubel pro Werst oder 86798 Rubel pro Kilometer an. Das Verkehrsministerium[1] berechnet für das Gesamtnetz die Anlagekosten sogar auf 109500 Rubel pro Werst oder 117165 Rubel pro Kilometer. Auch das wäre nicht viel im Verhältnis zu anderen Ländern und in Berücksichtigung des wegen der gröfseren Spurweite schwereren Bahnkörpers und Rollmaterials. Die „gesamten Bauaufwendungen" pro Kilometer betrugen in Preufsen im Jahre 1899: 252139 Mark, im Jahre 1900: 253854 Mark.[2] Hier sind aber, wie ich annehme, nicht nur die ersten Anlagekosten, wie bei den russischen Angaben, sondern auch die späteren Bauten eingerechnet. Immerhin ist ein Unterschied in den Baukosten zu Gunsten Rufslands wahrscheinlich vorhanden. Demgegenüber stehen die Einnahmen so: für 1902 sind budgetmäfsig veranschlagt aus dem Staatsbahnnetz und Billetstempel rund 400 Millionen Rubel, was bei 40000 km Bahnlänge auf den Kilometer 10000 Rubel macht. In Preufsen betrugen für 1900 auf den Staatsbahnen die Bruttoeinnahmen pro Kilometer 45532 Mark, also mehr als das Doppelte der russischen Einnahmen; der Betriebsüberschufs pro Kilometer betrug in Preufsen 18451 Mark, die Betriebskosten also 27081 Mark, d. h. mehr als die ganzen Bruttoeinnahmen in Rufsland, die nur 23200 Mark betragen. Wenn dabei dennoch eine Verrentung, sogar ein, wenn auch „kleiner Gewinn" vom Minister erzielt wird, so ist man bisher an eine so sparsame, so erstaunlich nutzbringende Verwaltung in Rufsland nicht gewöhnt gewesen. Allein das Verkehrsministerium rechnet — freilich nur für die europäisch-russischen Bahnen — eine Verzinsung des Anlagekapitals mit 4½—5½ Prozent aus, und das Finanzministerium[3] gar für die Jahre 1897—1899 einen durchschnittlichen „Reingewinn" von 400 Millionen Franken („produit net"). Das stimmt also wieder nicht. Die Sache wird auch nicht klarer, wenn man die ordentlichen budgetmäfsigen Ausgaben mit 297½ Millionen Rubel, d. i. 7437½ Rubel pro Kilometer dagegen hält. Sollte man in Rufsland um so viel billiger arbeiten als in Preufsen? Oder sollten die Nachrichten, ob nun ganz oder halb offiziell gegeben, nicht vertrauenswürdig sein? Man mufs an der Haltbarkeit dieser

---

[1] Statistischer Überblick über das Eisenbahnwesen in Rufsland, herausgegeben vom Verkehrsministerium, für das Jahr 1900.

[2] „Statistik der Eisenbahnen Deutschlands" für 1899 und 1900.

[3] Bulletin, p. 9.

Aufstellungen zweifeln, wenn man auch nur das wirkliche Ergebnis der Bahnwirtschaft des vorhergehenden Jahres in Augenschein nimmt. Der Minister sagt in seinem Budgetbericht für 1902: „Im Jahre 1900 stellte sich als das Endergebnis der Beteiligung des Fiskus an dem Wirtschaftsbetriebe des gesamten Bahnnetzes, mit Einschlufs des Unterschusses für die sibirischen Bahnlinien, ein kleiner Reingewinn heraus." Auch dieser „kleine Reingewinn" ist sehr unwahrscheinlich. Nach den Abrechnungen der Reichskontrolle betrugen im Jahre 1900 die Einnahmen aus Staats- und Privatbahnen 373,9 Millionen Rubel, die Ausgaben 405,6 Millionen Rubel, so dafs der Fiskus ein Defizit von 31,7 Millionen Rubel zu decken hatte. Hiernach verwandelt sich der „kleine Reingewinn" in einen nicht kleinen Verlust. Für das Jahr 1901 wird sich der Verlust ohne allen Zweifel als weit gröfser herausstellen, schon durch die Erweiterung der sehr verlustreichen sibirischen Bahnstrecken. Nimmt man nun aber das Organ des Ministers, das Bulletin Russe, zur Hand, so zeigt sich folgendes[1]: Die Bilanz der Staatsbahnen nebst den von den Privatbahnen gezahlten Annuitäten für die 15 Jahre von 1896—1900 ergab für den Staat einen jährlichen Verlust von durchschnittlich 12,9 Millionen Rubel. Es ist nicht verständlich, wie demgegenüber der ministerielle Bericht für 1902 als „Reinertrag der Staatsbahnen und Zahlungen der Privatbahnen" für 1900 die Summe von 139 Millionen Rubel angeben kann, da die Zahlungen der Privatbahnen nach dem Bulletin nur 22 Millionen Franken oder $8^1/_4$ Millionen Rubel, freilich „im Minimum", wie das Bulletin sagt, betragen. Vollends illusorisch wird die Rentabilität der russischen Staatsbahnen, wenn man erwägt, dafs seit dem Jahre 1900 die sibirisch-mandschurischen Strecken hinzugekommen sind, deren Bruttoeinnahmen sehr gering, deren Betriebskosten aber erhöht werden durch schlechten Bau des Bahnkörpers, schwierige klimatische Verhältnisse und die Notwendigkeit, sie militärisch zu schützen. Und dieses sind die offiziellen Ziffern der Ministerien und der Reichskontrolle, während andere Aufrechnungen zu beträchtlichen jährlichen Verlusten des Fiskus an den Eisenbahnen gelangen.[2]

Inzwischen aber werden neue Anleihen aufgenommen und neue Bahnen gebaut, die der Minister an sich für eine „mächtige Pro-

[1] Bulletin Russe p. 30, 31.

[2] Z. B. „Das hungernde Rufsland", von LEHMANN und PARVUS, Stuttgart, DIETZ, S. 480 ff.

duktivkraft" erklärt. Das Budget von 1902 zeigt an Ausgaben für Eisenbahnen folgende Posten: ordentliche Ausgaben 398625050 Rubel; aufserordentliche 165658493 Rubel; zusammen 564283543 Rubel; davon für neue Bahnbauten 170½ Millionen. Hierzu werden grofse Summen kommen, die von privaten Gesellschaften für Bahnbauten aufgebracht werden. Alle diese Gelder kann man sicher als mittelbar oder unmittelbar von dem Auslande erborgt ansehen. Sie haben stets ihre mehr oder weniger offene Nährquelle in Anleihen, die gemacht wurden oder gemacht werden. So wird denn auch für 1902 voraussichlich eine sehr bedeutende neue Anleihe des Staates ans Licht treten. Alles dies zeigt, wie stark der Kredit Rufslands und wie unbedenklich der Minister ihn auszunutzen entschlossen ist. Er vertraut eben noch immer der Produktivkraft des Landes, trotz aller Enttäuschungen, die die letzten 10 Jahre gebracht haben, und trotz des immer drückender werdenden Goldtributs ans Ausland. Ja, wenn es sich um Nordamerika handelte! Dort wäre das Land und vor allem das Volk vorhanden, um solche Anlagen vielleicht produktiv und rentabel zu machen, selbst wenn sie durch erborgtes Kapital geschaffen wurden. Aber — Herr WITTE ist eben nicht Minister der Vereinigten Staaten.

Seit 1895 begann Herr WITTE auch den Verkauf des Branntweins zu verstaatlichen. Er erklärte in dem Budgetbericht für 1899, „dafs bei der Umgestaltung des Systems der Erhebung der Getränkesteuer durchaus nicht die Absicht vorlag, in dieser Mafsnahme eine Quelle zur unmittelbaren Vermehrung der Staatseinnahmen zu finden". Indessen ist die staatliche und die durch indirekte Besteuerung von den Getränken aufgebrachte Summe von 322 Millionen im Jahre 1896 auf die für 1901 veranschlagte Summe von 488 Millionen gestiegen, und hiervon fallen auf das fiskalische Branntweinmonopol rund 169 Millionen. Die Einführung des Branntweinmonopols hat freilich dem Staat 114 Millionen Rubel gekostet, und der für 1901 angenommene Reingewinn aus dem monopolisierten Handel beläuft sich auf nur 38 Millionen Rubel, was aber immer noch hoch gerechnet erscheint. Denn für 1900 belief sich nach Angabe der Reichskontrolle der Gewinn durch das Monopol blofs auf 5,2 Millionen Rubel. Wenn aber der Minister noch 1898 meinte, den Branntweinhandel nur zu dem Zweck in seine Hand genommen zu haben, um „den Mifsständen im Getränkehandel ein Ende zu machen", so wird man wenigstens das Glück bewundern

müssen, das ihm in fünf Jahren eine Steigerung der Einnahme des Staates aus Steuer und Handel mit Getränken um 166 Millionen Rubel einbrachte. Für 1902 ist die Einnahme aus dem fiskalischen Branntweinverkauf, die Accise eingeschlossen, auf 497,4 Millionen Rubel veranschlagt, eine Summe, die um so gewaltiger ist, als das Jahr 1901, wie der Minister in demselben Budgetbericht sagt, „eine der am wenigsten günstigen Ernten“ gebracht hat. Trotzdem hat der fiskalische Branntweinhandel in den ersten zehn Monaten von 1901 bereits den Voranschlag um $31^1/_2$ Millionen Rubel überschritten, so dafs in diesem Hungerjahre der Staat über 500 Millionen Rubel aus dem Verbrauch an Getränken ziehen wird. Wenn man erwägt, dafs es sich fast nur um Branntwein handelt, so kann man sich der Vorstellung nicht verschliefsen, dafs dem Vorteil des Fiskus ein körperlicher und sittlicher Nachteil des Volkes gegenüberstehen mufs.

Aufser dem Eisenbahnnetz und dem monopolisierten Branntweinhandel werden noch manche andere Einnahmequellen unmittelbar staatlich ausgebeutet, wie Post und Telegraph, Forsten, Bergwerke, Domänengüter u. s. w. Alle diese durch das Finanzministerium, Domänenministerium und Verkehrsministerium verwalteten Staatsgüter und Regalien lieferten zusammen für 1901 40 Prozent der ordentlichen Einnahmen in die Staatskasse (693,3 Millionen Rubel) und für 1902 gar 57 Prozent (1031 Millionen). Sie bilden diejenigen Posten im staatlichen Budget, denen das Anschwellen desselben hauptsächlich zu danken ist. Diesen Einnahmen stehen freilich entsprechende Ausgaben gegenüber: die Finanzverwaltung kostet nach dem Anschlage für 1902 etwa 335,2 Millionen, die Verkehrsverwaltung 435,5 Millionen, zusammen 770,7 Millionen Rubel. Der Staatsbesitz aber und die Staatswirtschaft haben Verhältnisse angenommen, die in keinem andern Lande der Welt erreicht worden sind und sich den Idealen des Staatssozialismus nähern.

Hierzu kommt, dafs die Reichsbank mit der ihr seit 1897 überlassenen Notenemission und dem in ihr völlig konzentrierten Geldverkehr ganz in der Hand des Finanzministers ist; dafs die im ganzen Lande verbreiteten staatlichen Sparkassen mit gegenwärtig mehr als 700 Millionen Rubel Einlage dazu benutzt werden, um vornehmlich 4 prozentige Staatsrente in ihnen anzulegen, wodurch diese 700 Millionen als eine Art schwebender innerer

Anleihe des Staates erscheinen; dafs nach einer Verordnung des Jahres 1901 alle bäuerlichen Gemeindekassen nicht mehr als 50 Rubel bar aufbewahren dürfen, sondern das Mehr an die Staatsrenteien zur Aufbewahrung zu übergeben haben. Nimmt man das alles zusammen, so erkennt man eine in der Hand des Ministers gesammelte finanzielle Gewalt, die ziemlich absolut genannt werden mufs. Seine Macht steigt noch durch die Art der Veranschlagungen in den Budgets. Die Einnahmeposten werden so niedrig veranschlagt, dafs sich regelmäfsig Überschüsse ergeben, die als „freier Barbestand" für unvorhergesehene Bedürfnisse vom Minister verwandt werden. So standen zu seiner Verfügung am 1. Januar 1895: 352,1 Millionen Rubel, am 1. Januar 1900: 245 Millionen, am 1. Januar 1901: 123 Millionen und am 1. Januar 1902 wieder 240 Millionen. Wie diese Barmittel entstehen, ist nicht immer klar. Für 1902 aber giebt der Minister selbst an, dafs etwa 150 Millionen aus neu emittierter 4prozentiger Rente bestehen. Jedenfalls kann man diese nicht zu den „Überschüssen" zählen. Solche Summen geben einen guten Rückhalt für Jahre der Mifsernten, selbst für chinesische Kriege und asiatische Bahnbauten. Solche Überschüsse sind leuchtende Farben in dem Bilde des russischen Finanzwesens, für viele blendend genug, um sie als Beweis der grofsen und wachsenden Steuerkraft des Volkes gelten zu lassen.

Ebenso blendend erscheinen die Ziffern des gesamten Staatsbudgets. Nach den Angaben des Ministers betrugen die Ausgaben im Jahre 1889 867,5 Millionen; nach dem Bericht der Reichskontrolle wurden im Jahre 1900 ausgegeben: 1889 Millionen; für 1902 sind veranschlagt: 1 946 572 000 Rubel. In den sechs Jahren von 1895—1900 stiegen die Ausgaben um rund 125 Millionen jährlich. Und diese Ausgaben wurden durch die Einnahmen nicht nur gedeckt, sondern liefsen noch erhebliche Überschüsse zurück, freilich ohne verhindern zu können, dafs alljährlich wenigstens eine Anleihe im Auslande nötig wurde. So haben wir im Jahre 1901 im Mai eine Anleihe im Betrage von 348 Millionen Mark (435 Millionen Franken) und dann die verdeckte Anleihe durch Verkauf von Eisenbahnprioritäten im Betrage von 80 Millionen Mark erlebt, trotz des am 1. Januar 1901 vorhandenen freien Barbestandes von 123 Millionen Rubel, und trotz der vor weniger als Jahresfrist (Bericht zum Budget 1901) abgegebenen Versicherung des Ministers, dafs er einer Anleihe „zur Vollziehung des Staatsbudgets

für das künftige Jahr nicht bedürfe". Ob zur Vollziehung des Budgets oder zur Befriedigung anderer Bedürfnisse, auf die wir noch zurückkommen werden: es sind immerhin Anleihen, die die Staatsschuld und den Goldtribut vergröfsern und auf den Glanz des Budgets einen Schatten werfen.

Noch ein anderer Umstand ist bedenklich. Seit 1894 wurde die 4prozentige Staatsrente eingeführt, die keine jährliche Tilgung hat und hauptsächlich im Inlande zur Einlösung von Papieren mit höherer Verzinsung und mit Tilgung verwandt wurde. Bis zum Jahre 1900 hatte der Minister bereits für $2^1/_2$ Milliarden Rente untergebracht, und zwar im Inlande 1503 Millionen, wodurch an Amortisation jährlich 19,2 Millionen erspart werden. Die Parallele zu der französischen Rente träfe nicht zu angesichts des Umstandes, dafs Frankreich zwar eine ähnliche Schuldenlast wie Rufsland, aber unähnlich mehr Kapital hat; weil Rufsland kein Kapital hat, schiene es vorsorglicher, dafs an der laufenden Tilgung festgehalten würde, statt dafs mit der Rente immer mehr die Zukunft zu Gunsten des Augenblicks belastet wird. Indessen scheint der Minister dieses Papier ganz besonders zu begünstigen. Im Juli 1901 machte die Stsatsbank bekannt, dafs die Inhaber gewisser Eisenbahnanleihen und anderer $4^1/_2$ prozentiger Staatsobligationen aufgefordert werden, freiwillig diese Papiere gegen Rente einzutauschen. Der Sinn dieser Eröffnung scheint gewesen zu sein, dafs der Fiskus selbst als Inhaber eines bedeutenden Postens jener Papiere dadurch freie Hand bekam, sie gegen Rente umzutauschen und dann ins Ausland zu verkaufen. — Es mufs eben auf alle Weise die Zahlungsbilanz gehalten und Gold ins Land gezogen werden, um den Abflufs auszugleichen. Diesen Zweck hatte auch die folgende Mafsregel. Ein Ukas vom 4./16. Dezember 1900 bestimmte, dafs die Rente, soweit sie im Auslande und im Besitz fremder Unterthanen ist, von der Kapitalrentensteuer, der sie gleich anderen Wertpapieren in Rufsland unterworfen ist, befreit sein und aufserdem einige Vorteile in den Verkehrsformen geniefsen solle. Das heifst, die Rente soll dem ausländischen Markt mundgerecht gemacht, dem Rückströmen nach der Heimat vorgebeugt werden. Und alljährlich werden in aller Stille neue Serien dieser Staatsrente auf den Markt gebracht, so dafs die Gesamtsumme dieses Papiers sich auf 2800 Millionen Rubel am Schlufs von 1901 belaufen dürfte. Damit verschwindet die Amortisation der Staatsschuld immer mehr.

Zugleich wächst die Staatsschuld fortgesetzt schnell an und ebenso die Verpflichtung privater Bahngesellschaften an das Ausland. GOLOWIN[1] berechnete vor etwa einem Jahre die Summe aller Verpflichtungen, staatlicher und privater, an das Ausland, mit Einbegriff des in der russischen Industrie angelegten fremden Kapitals, auf $8^{1}/_{2}$ Milliarden Rubel. Lassen wir indessen die privaten Verpflichtungen beiseite und behalten nur die staatlichen im Auge. In dem Budgetberichte für 1902 giebt der Minister die Summe der Staatsschuld zum 1. Januar 1902 an mit 6497,3 Millionen Rubel. Dieser Summe stellt er die Kapitalanlagen des Fiskus und die sicheren Forderungen mit 4614,8 Millionen Rubel gegenüber als Aktiva des Staates, woraus sich eine wirkliche Schuld von blos 1882,5 Millionen Rubel ergeben würde. Danach hätte sich die Staatsschuld in den letzten 10 Jahren um 1143,8 Millionen Rubel vermindert. Das ist sehr überraschend. Erstens stimmen diese Ziffern wieder nicht mit denen des offiziellen Organes[2]; in diesem sind verzeichnet 6469,7 Millionen Schulden und als Schuldrest des Fiskus nach Abzug der Aktiva $1331^{1}/_{4}$ Millionen, also um $551^{1}/_{4}$ Millionen Rubel weniger als die vom Minister angegebenen Summen. Solche Differenzen machen die Veröffentlichungen fragwürdig. Noch fragwürdiger ist es, als Aktivum den Wert der Staatsbahnen mit 3551,6 Millionen Rubel aufgeführt zu sehen. Denn ihr Wert kann doch nicht blos nach den Baukosten abgeschätzt, sondern es mufs die Verrentung in Betracht gezogen werden. Wir haben oben gesehen, dafs die Verrentung, die 4 Prozent betragen soll, aus den Mitteilungen der Staatsämter nicht ganz klar hervorgeht. Sehen wir zu, wie dieser Kapitalwert von 3551,6 Millionen berechnet ist. Ich führte schon an, dafs als Reingewinn der Eisenbahnen 400 Millionen Franken aufgeführt werden.[3] Diese 150 Millionen Rubel zu 4 Prozent kapitalisiert, macht 3750 Millionen Rubel, also mehr als der Ministerialbericht ansetzt. Der Minister sagt aber in demselben Bericht, die Reineinnahmen von den Staatsbahnen seien „klein", was man getrost in „nicht vorhanden" übersetzen darf. Die Bahnen haben eben in Wirklichkeit keinen Reingewinn abgeworfen und ihre Verzinsung nur mühsam aufgebracht. Die asiatischen Bahnen verschlimmern diese

[1] GOLOWIN, a. a. O., S. 67.
[2] Bulletin, S. 9 und 545 ff.
[3] Bullelin, S. 9.

Lage. Das Aktivum von 3551,6 Millionen schwebt demnach etwas hoch in der Luft. Ein zweiter Posten sind die Annuitäten der Privatbahnen, die aber nur 22 Millionen Franken oder $8^1/_2$ Millionen Rubel ausmachen. Im dritten Posten sind die bäuerlichen Loskaufscheine (Landobligationen) mit mindestens $33^3/_4$ Millionen Rubel oder 90 Millionen Franken aufgeführt. Auch dieser Posten ist bedenklich, wenn man erfährt, dafs nach Mitteilungen der Reichsrentei die Rückstände an diesen sogenannten Loskaufszahlungen sich am 2. Januar 1901 auf 250 Millionen Rubel beliefen, während die gesamte für 1900 veranlagte Loskaufsumme nur 77,7 Millionen betrug. Also für 1900 mehr als die dreifache Quote an Rückständen. Ebenso zweifelhaft erscheint die Annahme, dafs diese Loskaufszahlungen in Zukunft steigen werden, wenn man die Lage der Bauern erwägt, auf der sie beruht. Der letzte Posten ist der fünfte, welcher 214561500 Rubel als Saldo des Fiskus in seinem Verkehr mit der Staatsbank aufweist. Wenn dieser Saldo auch als Aktivum gelten mag, so ist zu bemerken, dafs dabei die Hauptrolle der Goldschatz des Staates mit 648 Millionen spielt. Dieser Schatz bildet bekanntlich die Sicherheit für die schwebende Banknotenschuld von 630 Millionen Rubel, und er sowohl wie die gesamten Bankoperationen des Staates sind stetem Wechsel unterworfen, können also nicht einer festen Kapitalsicherheit zur Grundlage dienen. Läge die russische Staatsschuld ganz oder zum gröfsten Teil im Lande, so wäre sie dem Staatskredit und der neuen Goldwährung nicht gefährlich. Allein sie liegt zum gröfseren Teil im Auslande und mufs mit Gold verzinst und getilgt werden. Und sie vermehrt sich alljährlich, im Lande durch neue Emissionen der 4prozentigen Rente, im Auslande durch Anleihen und Verkauf von Bahnobligationen. Im Laufe des Jahres 1901 wurden aufser der schon angeführten französischen Anleihe von 435 Millionen Franken auch Obligationen einiger Privatbahnen im Betrage von 80 Millionen Mark in Berlin verkauft, denen weitere Millionen folgen dürften; wenigstens sollten nach dem Voranschlage des Budgets für 1901 nicht nur 80 Millionen Mark, sondern 82 Millionen Rubel solcher Obligationen zur Ausgabe gelangen, die der Minister schwerlich wird im Kasten liegen lassen, nachdem jener Teil von 80 Millionen Rubel leicht Käufer gefunden hat. Seit 1894 waren von solchen Bahnprioritäten nach Berlin schon für 900 Millionen Mark gewandert. Sind es auch private Schuldscheine, so werden

sie doch vom Staat garantiert und mehren den Goldtribut an das Ausland; es sind eben nur verdeckte äufsere Staatsanleihen. Dem Abflufs des Goldes, soweit er nicht durch die Handelsbilanz gedeckt wird, mufs immer wieder auf den drei alten Wegen entgegengetreten werden: Anleihen, Verkauf von Werten, Hereinziehung von Kapital für industrielle Anlagen. Schon ist eine Wendung in dem Goldstande zu bemerken. In seinem Budgetbericht für 1901 gesteht der Minister, dafs, nachdem der Goldvorrat des Landes seit Jahren stetig gewachsen, er sich im Jahre 1899 um 24,6 Millionen, 1900 bereits um 74,1 Millionen vermindert habe. Das hätte nun freilich wenig zu sagen gegenüber einem Goldvorrat der Staatsbank, der immer noch über 700 Millionen beträgt. Allein die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, dafs der Abflufs weiter zunimmt und damit eine Zahlungsbilanz bewirkt, die die neue Goldwährung erschüttern könnte. Das aber hängt nicht mehr ganz von der wenn auch noch so gewaltigen Kraft eines Mannes, sondern zuletzt von der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Die Ausfuhr ist seit 1887 bis in die letzten Jahre sich im Wert gleich geblieben und bewegte sich um 700 Millionen Rubel; die Einfuhr bewegte sich zwischen 500 und 600 Millionen. In der Einfuhr nimmt den ersten Platz Metall ein, roh und verarbeitet, und zwar wurde davon im Jahre 1893 nur für 90,2 Millionen eingeführt, mit dem Abschlufs der Handelsverträge aber stieg dieser Posten sofort auf 137,2 Millionen im Jahre 1894 und ist 1898 auf 171,8 Millionen angelangt. Es wurden Maschinen und anderes Material für industrielle Anlagen eingeführt und daneben landwirtschaftliche Maschinen, d. h. es wurden bedeutende Ausgaben verwandt auf Dinge, deren Nutzen sich erst erweisen mufs. Seit dem industriellen Krach von 1898 ist diese Einfuhr gesunken. Die Gesamtausfuhr zeigte infolge der Mifsjahre von 1897 und 1898 einen Rückschritt, ist aber in den ersten 11 Monaten des Jahres 1901 wieder gestiegen. Nach wie vor spielt die Hauptrolle in der Ausfuhr das Getreide, und das trotz der Mifsernte dieses Jahrès. Indessen sind auch die Angaben über die Handelsbilanz Rufslands für die letzten Jahre nicht übereinstimmend.[1] Wie dem auch sei, es bleibt Thatsache, dafs

[1] Die Newyorker Handelsstatistik weist in ihren Tabellen für das Jahr 1900 in der russischen Handelsbilanz einen Unterschufs von 12 Mill. Dollars auf, welche Angabe indessen gegenüber anderen Ausweisen nicht haltbar zu sein scheint.

die Ausfuhr nur durch künstlichen Antrieb auf der nötigen Höhe erhalten werden kann. Der Budgetbericht für 1902 giebt an, dafs im Vergleich zu dem ungünstigen letzten Jahrfünft die Ernte von 1901 einen Ausfall von 236 Millionen Pud ergeben habe. Ist das richtig, so müfste, damit das für die Volksnahrung nötige Korn im Lande bleibt, die Ausfuhr etwa um die Hälfte geringer sein als in den letzten Jahren. Statt dessen ist sie in den elf ersten Monaten von 1901 um rund 100 Millionen Pud oder 34 Millionen Zentner gestiegen. Nach aller Statistik müfste das russische Volk, wenn es so weiter geht, in einigen Jahren einfach aussterben. So ungenau diese Berechnungen sein mögen, so wird man gerade dieser Erklärung des Ministers gewifs glauben dürfen, dafs die Ernte von 1901 „eine der am wenigsten günstigen“ war. Was das für ein Volk zu bedeuten hat, das seit zehn Jahren zu einem grofsen Teil am Hungertuche nagt, wird jedermann einsehen. Das Brot wird heute ins Ausland verkauft, und im nächsten Frühling ist es im Lande so teuer, dafs der Bauer es nicht kaufen kann. Indessen haben auch diese Mifsverhältnisse eine Grenze. Die Kornausfuhr wird sich nicht mehr auf der bisherigen Höhe halten lassen und die Handelsbilanz wird ungünstiger werden. Wenn der Minister mit Recht auf seine finanziellen Erfolge mit Stolz hinweisen darf, so wird man ihm doch nur schwer bis zu der Überzeugung folgen können, dafs diese Erfolge die „Unerschütterlichkeit des russischen Staatshaushaltes“ klar beweisen. Der Staatskredit Rufslands ist gut und in sehr fester Hand. Er wird unterstützt durch den in Europa geltenden Glauben an die unerschöpflichen Naturschätze und die Gröfse des Reiches. Diese Meinung ist gestützt auf einige unbestreitbare Thatsachen. Das Vermögen des russischen Staates ist sehr grofs. Aufser seinen Eisenbahnen, Domänen, Minen besitzt er in Europa und Asien an Forsten 238 Millionen Dessätinen oder 255730000 ha, die im Jahre 1900 einen Ertrag von 41 Millionen Rubel abwarfen; für 1902 ist der Ertrag mit 63 Millionen veranschlagt. Das ist wenig im Vergleich zu andern Ländern. Die Staatsforsten von Preufsen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen umfassen zusammen nur über 4 Millionen Dessätinen oder etwa 4,3 Millionen Hektar, gaben aber einen Reinertrag von 37—40 Millionen Rubel.[1] Immerhin

[1] RADZIG, Vortrag im Verein der Ökonomisten in Petersburg 1902.

aber haben die Staatsforsten des europäischen Rufsland einen sehr bedeutenden Wert, der von Jahr zu Jahr steigt. — Die Kirche hat in Klöstern und Kirchen grofse Schätze an Edelmetall und Edelsteinen. Setzt man dieses staatliche und kirchliche Vermögen der Summe der Staatsschuld entgegen, so scheint diese letztere sehr an Bedrohlichkeit zu verlieren. Allein es hat für die Volkswirtschaft wie für die Finanzkraft des Staates doch nur das lebende, das fruchtbringende Vermögen praktischen Wert, und weder die Juwelen der Kirche noch die Wildnisse Sibiriens tragen etwas ein. Der Minister überschätzt daher vielleicht den Kredit des Staates, indem er (Budgetbericht für 1902) erklärt, derselbe „bedürfe keiner speziellen Sicherstellung". Die Franzosen scheinen gegenwärtig diese Meinung nicht mehr zu teilen; wie man sagt, hat Herr WITTE im Winter 1901 auf 1902 ihre Forderung von Spezialpfändern für eine neue Anleihe abgewiesen und die Anleihe von 181 Millionen Rubel deshalb in Deutschland und Holland untergebracht. Hier aber liegt denn doch ein Spezialpfand zu Grunde in der chinesischen Kriegsschuld. Und es wird sich in nicht langer Frist zeigen, ob Herr WITTE an seinem stolzen Standpunkt, für neue Anleihen reiche der allgemeine Staatskredit aus, wird festhalten können Die beiden Minister WYSCHNEGRADSKI und WITTE haben der Staatswirtschaft eine gewaltige Ausdehnung verliehen, sowohl in direkter Verwaltung als durch den Einflufs, den der Staat auf die private Wirtschaft ausübt. Es fragt sich nur, wie weit sie den wirtschaftlichen Wohlstand vorwärts gebracht haben, auf dem die Staatswirtschaft und die Staatsfinanzen zuletzt doch ruhen. Und hier stehen einander die Meinungen zweier Autoritäten schroff gegenüber. Der Minister WITTE erklärte im November 1899 und erklärt immer wieder in seinen öffentlichen Darlegungen die Finanzlage Rufslands für fest begründet. Er hält die wirtschaftliche Lage des Volkes für gut, denn, meint er, eine so glänzende finanzielle Lage sei bei darniederliegendem Erwerbsleben nicht möglich. Und der Geheimrat SCHWANEBACH, einer der hervorragendsten Räte und früherer Mitarbeiter desselben Ministers, sagt über die beiden grofsen Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, Industrie und Ackerbau, folgendes[1]: „Bei der gegenwärtigen Sachlage vermag unsere ungenügend entwickelte Industrie schwerlich die feste Stütze der

[1] S. 231, a. a. O.

Valuta zu bilden, die sie nach dem Plan der Geldreform sein sollte. Eher darf man die Besorgnis hegen, dafs die industriellen Schwierigkeiten die ohnehin nicht leichte Aufgabe, die Valuta endgültig sicher zu stellen, noch komplizieren werden."

So stehen sich zwei autoritative Stimmen gegenüber. Was Herr WITTE unternommen hat, ist so gewaltig, dafs noch kein Staatsmann jemals Ähnliches versucht, geschweige denn durchgeführt hat. Herr WITTE ist ohne Zweifel eine aufserordentliche Kraft und besitzt die Macht, seine Kraft in ungewöhnlichem Mafse zu entfalten. Aber er leistet, wie wir weiter unten sehen werden, grofsenteils mehr Danaidenarbeit, als Herkulesarbeit. Er ist nicht Diktator, und hat mit anderen Kräften zu rechnen, die sich ihm vielfach hindernd entgegenstellen. WYSCHNEGRADSKI ist unter der Last der Arbeit körperlich zusammengebrochen. Wenn die Kräfte des Herrn WITTE versagten, wenn er heute oder morgen sein Amt niederlegen müfste — was dann? Wer vermöchte seine Erbschaft anzutreten? Auch ihm wird es schwerlich gelingen, das russische Volk über Jahrhunderte der langsamen kulturlichen Entwickelung, wie Europa sie gegangen ist, mit einem kühnen Sprunge hinwegsetzen zu lassen. Die scharfen Reizmittel, die er in etwas mechanisch äufserlicher Weise anwendet, steigern die Blutleere, an der das Volk krankt trotz der mit Gold gefüllten Kassen des Staates. Die glänzenden Finanzen können die verhängnisvolle Thatsache nicht verdecken, dafs das Reich in Gefahr ist, aus Entkräftung grofsen Umwälzungen entgegen zu gehen.

Ich werde mich in den folgenden Kapiteln bemühen, den Ursachen dieser Gefahr, die uns schon im vorhergehenden Kapitel im Zusammenhang mit der äufseren Politik entgegentrat, auch in den inneren Verhältnissen nachzuspüren.



VIERTES KAPITEL

INDUSTRIE

Der gewaltige Aufschwung, den die Industrie in Europa und Amerika genommen hat, ist in verhältnismäfsig kurzer Frist vor sich gegangen. Die Formen und die Mafse, die wir heute anstaunen, reichen mit ihren Anfängen doch nur bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts zurück, bis zu der Zeit, da nicht blos die maschinelle Technik durch die Anwendung der Dampfkraft sich vervollkommnet hatte, sondern auch durch Dampfschiff und Eisenbahn die Möglichkeit gegeben war, die vermehrten industriellen Erzeugnisse schnell, in grofsen Mengen und auf weite Entfernung hin in Verkehr zu bringen. Die Revolution des Dampfes fand in Europa und in dem rein europäisch geschulten Amerika Bedingungen vor, die eine lange kulturliche Entwicklung vorbereitet hatte; ohne deren Vorhandensein wäre es sicherlich nicht möglich gewesen, so jählings das ganze wirtschaftliche Leben der Völker umzuwandeln. Auch vor der Dampfmaschine gab es eine Industrie. Das Mittelalter hatte sein sehr entwickeltes Gewerbe, die Manufaktur war längst vor WATT und STEPHENSON zu hoher Blüte gelangt. Das städtische Gewerbe hatte längst eine Menge Städte zu Blüte und Wachstum gebracht, hatte einen zahlreichen gebildeten Stand sich ausscheiden lassen, in dem Kunst, Wissen und Technik gepflegt wurden und sich vererbt hatten. Die Dampfmaschine war ja doch nur ein Mittel, eine freilich gewaltige Kraft, mit der die vorhandene Industrie ihren Gang beschleunigen konnte; die gewerbliche Vorbildung, das wirtschaftliche Bedürfnis, die Art seiner Befriedigung waren in der Hauptsache schon vorher da und machten die schnelle Anwendung und Entwickelung der mit Dampf und Elektrizität arbeitenden neuen Technik erst möglich. Ebenso alt waren die Wege

des Handels, die die Dampfmaschine vorfand. Und endlich folgte die industrielle Revolution überall und genau den Goldadern des Kapitals, der Menge des in den Ländern angehäuften Geldes. England, das nach den napoleonischen Kriegen als alleiniger seemächtiger Handelsmann nachgeblieben war und seine Monopolstellung zur Ansammlung grofser Reichtümer benutzte, England war auch am ersten in der Lage, die neuen Erfindungen und Entdeckungen praktisch auszunutzen, eben weil es dazu das nötige Geld hatte, und so ist das Wachstum der Industrie auch weiter genau hinter der Ansammlung von Kapital hergegangen: so in Frankreich, Belgien, Dänemark, Amerika, und so auch in Deutschland nach seiner Einigung und dem Milliardenregen von 1871. Kurz, zum Emporblühen der Industrie in unserer Zeit gehören auch in von der Natur dazu gut ausgestatteten Ländern als Vorbedingungen drei Dinge: gewerbliche Schulung des Volkes, Kapital, und ein kräftiges Bürgertum. Welche dieser Bedingungen waren nun erfüllt, als Herr WITTE daran ging, Rufsland industriell zu emanzipieren?

Bis 1861, dem Zeitpunkt der Bauernbefreiung, gab es im eigentlichen Rufsland fast keine Industrie aufser der landwirtschaftlichen. In Moskau, Tula, Petersburg, Odessa bestanden einige Tuchfabriken, einige Eisenwerke, Baumwollfabriken u. s. w., aber die grofse Masse der gewerblichen Bedürfnisse des Volkes wurde von der in den Dörfern und auf den Gütern schaffenden Hausindustrie befriedigt. Noch vor 30 Jahren fror der Bauer in den Kohlengebieten des Ostens in seiner Hütte, weil er kein Brennmaterial kaufen konnte, während die Steinkohle unbenutzt vor der Hütte zu Tage lag. Mit den Eisenbahnen mehrten sich wohl die Bedürfnisse, aber den stärksten und ersten Anstofs erhielt die Nachfrage nach den komplizierteren Erzeugnissen des industriellen Europa doch erst infolge der Ablösung der bäuerlichen Hörigkeit, die es dem Bauern ermöglichte, zum städtischen Arbeiter zu werden. Der Bauer brachte keinerlei gewerbliche Schulung in die Stadt mit aufser der, die er etwa als Hofesschmied, Tischler, als Klöpplerin, Stickerin u. dergl. im Gutshof erlangt hatte. Die Hausindustrie auf den Gutshöfen verfiel von dem Augenblick an, wo die sogenannten Hofleute als Freie die Höfe verliefsen; die Dorfindustrie, die hier und da ganze Dorfschaften und Kreise mit Wagenbau, mit Fertigen von Krummhölzern, Heiligenbildern, Holzlöffeln, mit Weben rohester Stoffe beschäftigt hatte, begann fast überall dort zu verfallen,

wo die Eisenbahn die städtische Konkurrenz hinbrachte. Es gab in Rufsland — ich rede vom russischen Rufsland, nicht von den eroberten Fremdländern — sehr wenig nutzbare gewerbliche Schulung aufser der, die bei der rohesten Arbeit am Webstuhl, am Spinnrocken, mit Säge und Beil, mit Nadel und Messer erworben werden konnte; es gab fast keine anderen Arbeiter als einfache Ackerknechte. Oft allerdings von einer erstaunlichen Fähigkeit, sich mit den einfachsten Werkzeugen in allen möglichen Lagen zurecht zu finden, aber doch nur mit der natürlichen Anstelligkeit, die für die rohesten Lebensbedürfnisse genügt, weit verschieden von dem städtischen Handwerker, wie er in Deutschland schon im 14. Jahrhundert, ja im 11. bereits zu finden ist. Es gab eben noch kein festes städtisches Handwerk, wie es überhaupt kein Bürgertum, kein Städtewesen von irgend welcher sozialen Bedeutung gab. In dem halben Dutzend Städten, die mehr als 50000 Einwohner zählten, lag das Gewerbe fast ganz in den Händen Fremder; nur im Handel hatte sich der Russe feste Stellung erworben, und auch da nur im Binnenhandel, aller Aufsenhandel gehörte Deutschen, Engländern, Holländern u. a.

Zwischen 1861 und 1895 änderte sich hierin einiges, und zwar hauptsächlich infolge der plötzlichen Änderung in den agraren Zuständen. Die Aufhebung der Leibeigenschaft hatte eine Menge Arbeitskräfte frei gemacht, und gleich darauf flossen viele hundert Millionen an Ablösungsgeldern und Darlehen des Staats an den Grundadel ins Land. Man begann zur Stadt zu ziehen, der Adel mit dem Gelde, der Bauer mit der Arbeitskraft, und das war der erste Anstofs zu industriellen Unternehmungen. Aber diese erste Welle verlief im Sande. Alles erwies sich nur als ein künstliches Aufschäumen, eingepumpte Kohlensäure, durch diesen Millionenregen entstandener Schwindel, der weder eine solide Industrie, noch ein arbeitsames Bürgertum, noch fruchtbares Kapital hervorbrachte. Das Kapital ging meist verloren, von den Gründungen gediehen sehr wenige, aber das Bedürfnis nach Industriewaren und deren Import stieg ständig. Aus der agraren Revolution von 1861 erwuchs nichts Neues, keine neue arbeitende Klasse, kein kapitalkräftiges Bürgertum, und da beides die Voraussetzung für das industrielle Wachstum ist, so konnte es mit der Industrie im Innern des Reiches nicht recht vorwärts gehen. Um so schneller erblühten die fremdsprachigen Grenzländer, besonders Polen, und es kam

soweit, dafs man zum Schutz der russischen, besonders der Moskauer Industrie nach einem Binnenschutzzoll gegen die westlichen Provinzen verlangte. In der mechanischen, kurzsichtigen Weise, die dem grünen Tisch eigen ist, meinte die Regierung es erzwingen zu können, dafs die fast ganz aus fremdländischem Material und durch fremde Werkleute an der Westgrenze emporwachsende Industrie die Grenzprovinzen überspringen und sich gleich im Zentrum, am Ural, Donez, wo Eisen und Kohle bei der Hand lagen, niederlassen sollte. Die deutschen oder belgischen Unternehmer weigerten sich oft, Fabriken an Orten anzulegen, wo zwar das Rohmaterial zur Stelle war, wo es jedoch völlig an vorgeschulten Arbeitern, besonders Handwerkern gebrach; schon die Reparatur eines Dampfkessels wurde sehr schwierig, sie war oft nicht eher möglich, als bis Reserveteile aus England oder Deutschland herbeigeschafft waren. Starb ein Maschinist, so konnte die Fabrik an der Wolga wochenlang stillstehen, ehe ein Ersatzmann aus Europa beschafft war, während in Lodz der Ersatz leicht zu haben war, dank der nahen Grenze und der starken, deutschen Einwanderung. So roh, für die Industrie ungeschult der russische Bauer war, man hätte ihn vielleicht durch fremde Werkführer allmählich zu einem tüchtigen Arbeiter erziehen konnte. Indessen waren da noch andere Übelstände zu beachten, die an sich genügend waren, um eine Konkurrenz des russischen Fabrikarbeiters mit dem europäischen unmöglich zu machen. Der eine Übelstand war, dafs der russische Bauer gewöhnt war, im Durchschnitt im Jahr 90 und mehr Feiertage zu haben, und dafs er also einem so steten Arbeiten, wie die Fabrik es fordert, sich schwer anbequemte; dafs ferner auch Staat und Kirche nicht gestatteten, ihre vielen Feiertage zu mifsachten. Denn in Rufsland giebt es weit mehr Anlässe, von der Arbeit auszuruhen, als anderswo. Vergleicht man die Kalender miteinander, so ergiebt sich im Jahre an Sonn- und Feiertagen, den roten Kalendertagen, für:

das protestantische Deutschland . . .	58
„ katholische „ . .	65
„ orthodoxe Rufsland	94

Denke man sich nun eine Fabrik in Elberfeld, die 36 Tage im Jahr mehr feiert als ihr Konkurrent in Barmen, so wird man die Aktien jener Fabrik wahrscheinlich nicht hoch einschätzen.

Dazu kommt weiter, dafs der russische Bauer im russischen

Rufsland mit wenig Ausnahmen Glied der Dorfgemeinde und als solcher Besitzer einer Hütte und eines Fetzens Land in der Gemeindeflur ist. Verläfst er das Dorf, um als Arbeiter in eine Moskauer Fabrik zu gehen, so hängt ihm der Faden doch stets am Bein, der ihn zurückzieht in sein Heimatsdorf. „Was wollen Sie," rief mir einmal einer der ersten Industriellen Moskaus zu, „was wollen Sie mit diesen Leuten machen, es sind ja alles Gutsbesitzer! Der beste von ihnen erlernt im Laufe einiger Jahre die Leitung einer Maschine in meiner Weberei, man kann mit ihm was leisten und giebt ihm mehr als den elenden Lohn, den der gewöhnliche Arbeiter wert ist. In einigen Jahren hat er 200 oder 300 Rubel erspart, dann bittet er um seine Entlassung, um nach seiner Hütte und Wirtschaft zu sehen, und zieht ab. Im Dorf ist er der reiche Mann, der Residenzler, und spielt eine Rolle, solange der Sparpfennig reicht. Ein Jahr ist vergangen oder zwei, da erscheint Trifon wieder bei mir, verbeugt sich „bis zur Erde" und bittet wieder um Anstellung. „Väterchen Karl Iwanowitsch, der alte Trifon ist wieder da" — und wieder „bis zur Erde". Inzwischen sind neue Maschinen eingeführt, Trifon hat auch in den zwei Jahren an seiner Geschicklichkeit eingebüfst, und er mufs von neuem zu lernen anfangen. So kann er es selten zu besseren Stellungen bringen." Und dazu kommt, dafs sein Land im Dorf oft nicht so viel trägt, um die Abgaben zu bezahlen, und er also von seinen Ersparnissen zuschiefsen mufs, aber doch auch wieder von dem Klotz am Fufs schwer loskommen kann. Er ist halb Bauer, halb Fabrikarbeiter, und daher beides schlecht.

Endlich hat man mit bureaukratischer Gewaltsamkeit die wenigen gewerblich etwas vorgeschulten Kräfte, die im Lande waren, nicht berücksichtigt. Noch heute giebt es grofse Dörfer, in denen Tausende von Bauern als Messerschmiede, andere, in denen sie sich als Tischler ernähren. Statt hier zu unterstützen, anzuknüpfen, zu entwickeln, hat man diese Leute in der Hand von Ausbeutern zu Bettlern werden lassen. Diese und manche andere Umstände mufsten daran zweifeln lassen, ob eine blühende, gesicherte Industrie hervorwachsen könne, ehe der Boden dazu vorbereitet, die sozialen und wirtschaftlichen Hemmnisse beseitigt waren. Man hatte in Japan eben ein Beispiel vor Augen, wie ein völlig abgeschlossenes Volk plötzlich der europäischen Zivilisation sich erschlofs und im Verlauf von ein paar Jahrzehnten dazu gelangte, der industriellen Selbständigkeit sehr

nahe zu kommen. Aber dieses Beispiel pafst nicht auf Rufsland. Japan hatte keine industriellen Grofsbetriebe, aber es hatte längst, ehe der erste Dampfkessel dorthin kam, ein reiches gewerbliches Leben; das Handwerk war sehr alt, sehr vervollkommnet, das Kunstgewerbe blühte auf manchen Gebieten seit Jahrhunderten, eine geschulte Arbeiterschaft war zahlreich vorhanden, kurz es hatte seine Art von alter Kultur und eine sehr arbeitsame, erwerbsame Bevölkerung. In alledem steht Rufsland durchaus hinter Japan zurück. Der russische Arbeiter war von dem Verständnis für europäische Industrie weiter entfernt als der japanische, und der russische Unternehmer hatte weniger Befähigung zur Leitung einer Fabrik als der Japaner. Und er hat auch wenig Geld.

Dieser Mangel an Geld war unter den vorhandenen Übelständen derjenige, welchem noch am ehesten konnte abgeholfen werden. Weder ein geschulter Arbeiterstand, noch ein unternehmender Bürgerstand konnten über Nacht aus diesem städtelosen Ackerboden gestampft werden. Wollte man warten, bis nach Jahrzehnten vielleicht die wachsende Landbevölkerung in die Städte drängen, neue Städte und in ihnen bürgerliches Gewerbe gründen würde; wollte man den natürlichen Gang gehen, das Handwerk, die Manufaktur sich langsam entwickeln lassen, wie es in Europa geschehen war, so lief man Gefahr, dafs ein russisches Bürgertum, ein russisches Gewerbe überhaupt nicht zum Dasein gelangte. Denn der Vorsprung Europas war so grofs, dafs das russische Gewerbe erdrückt worden wäre, sei es durch Einfuhr von fremden Waren, oder durch Einwanderung fremden gewerblichen Bürgertums, wie es vor vielen hundert Jahren in Polen geschehen war. Ganz ohne fremde Waren und fremde Menschen konnte man natürlich an einen industriellen Aufschwung nicht denken; aber sich ganz in fremde Hände zu geben und lauter Städte wie Lodz entstehen zu sehen, das konnte man doch auch nicht über sich gewinnen. Das polnische Beispiel war für das russische Bewufstsein nicht verlockend, und, wie mir scheint, für das deutsche oder belgische oder französische auch nicht. Denn nachdem die Deutschen im 12. und 13. Jahrhundert in Polen blühende Städte geschaffen hatten, wurden sie zum gröfsten Teil wieder verdrängt und vertrieben, und die Städte wurden zu den Judennestern, die sie meist noch heute sind.

Die russischen Finanzminister WYSCHNEGRADSKI und nach ihm

Herr WITTE entschlossen sich, mit Aufwand von Geld Rufsland industriell zu emanzipieren. Ohne Bürgertum und ohne Arbeiter wagte man den Kampf mit der europäischen Industrie und dem europäischen Kapital aufzunehmen. Und das nötige Geld? Der Staat hatte kein überflüssiges Kapital, das Volk wenig: man mufste also mit fremdem Kapital vorgehen, man mufste daneben das wenige einheimische zu industriellen Unternehmungen antreiben. Herr WITTE äufserte sich in einer am 1./13. März 1899 gehaltenen Rede über seine Pläne folgendermafsen: „Unumgänglich ist die breiteste Herbeiziehung von Kapital in die Industrie. Bedauerlicherweise haben wir in ungenügender Menge eigenes freies Kapital. Der Landbau gewährt davon fast nichts; Kapitalien, die irgendwo unterm Scheffel liegen, bleiben unbeweglich, obgleich sie leicht die Möglichkeit hätten, grofsen Gewinn zu bringen, und es gelingt nicht, sie schnell an Gottes Licht zu ziehen. Wir müssen daher das reiche und billige fremde Kapital benutzen. Auf diesem Wege verkürzt sich die schwere Periode des Aufenthalts in der Schule, und die Schule selbst verbessert sich durch das Eindringen eines weiteren Standes der technischen Kenntnisse, eines breiteren industriellen Schwunges, eines thätigeren Wettbewerbes. In solcher Schule kann man nicht schlummern, man mufs arbeiten und arbeiten. Freilich wird man diese Hilfe fremden Kapitals nicht billig bezahlen.... Andererseits zeigt die einfache Arithmetik den ganzen Vorzug der Einfuhr fremden Kapitals vor der Einfuhr fremder Waren." Das war offenbar schon im Jahre 1894 das Programm des Ministers als er die gesamte innere Schuld in 4 prozentige Papiere, und dann in 4 prozentige untilgbare Staatsrente zu konvertieren begann. Die nächste Wirkung der Konversion war das Strömen des Kapitals zur Börse, wo es nach höher verzinster Anlage suchte und das erste industrielle Gründungsfieber entzündete. Dazu kam neuer Brennstoff von oben, von der Regierung, seit sie Anleihe auf Anleihe an den ausländischen Markt brachte, seit sie mit vollen Händen Geld ins Land warf, wovon ein grofser Teil zur Anspornung der Industrie diente. Vor allem geschah das in der Weise, dafs das Eisenbahnnetz mit Eifer erweitert wurde. Jede neue Bahn rief neue oder verstärkte Bedürfnisse nach Schienen, nach rollendem Material, nach Kohlen, nach Bauten, Hochbauten, Brückenbauten, Telegraphen hervor, und diese Bedürfnisse zogen die Errichtung von Fabriken und Werkstätten aller Art nach sich.

Überall bildet die Eisenindustrie den Hauptpfeiler des modernen industriellen Baues; blüht sie, so ist anzunehmen, dafs es der Industrie des Landes im ganzen gut geht; stockt sie, so stockt es in dem allgemeinen Erwerbe, und es ist daher die Hauptsorge jeder Regierung, die Eisenindustrie in gutem Gang zu halten. Das war auch stets die Sorge des russischen Ministers, und so marschierte der Staat voran an der Spitze einer nicht abreifsenden Kette von Unternehmern, der Staat voran als gröfster von ihnen allen mit seinen Bahnbauten, seinen Eisenwerken, seinen Lokomotivfabriken und seinen Waggonfabriken, voran allen anderen, den chemischen Fabriken, Zementfabriken u. s. w., die sich daran schlossen. Unter seiner Führung schossen überall die Fabriken empor, am zahlreichsten natürlich im zentral liegenden Gebiet von Moskau und Wladimir, ferner in dem an Eisen und Kohle reichen Donezgebiet, dann in den grofsen Hafenplätzen, wo fremde Technik, englische Kohle erreichbar waren, und in Polen, wo deutsches und jüdisches Kapital, wo schlesische Kohle nahe zur Hand waren.

Zwischen 1894 und 1899 wurden 927 Aktiengesellschaften konzessioniert mit einem genannten Kapital von 1420 Millionen und einem nach der Annahme SCHWANEBACHs wirklich verwandten Kapital von 560—600 Millionen Rubel. Die industrielle Produktion steigerte sich in entsprechendem Grade, denn sie stieg von 541 Millionen im Jahre 1877 auf 802 Millionen im Jahre 1887, und auf 1010 Millionen im Jahre 1892, sprang aber in dem nächsten Jahrfünft, 1892—1897, auf 1816 Millionen, d. h. um 161,2 Millionen Rubel jährlich. Und in den 6 Jahren WITTEscher Industrialisierung Rufslands von 1894—1899 wurden für den Bau von Bahnlinien und für rollendes Material 1273 Millionen verausgabt. Es leuchtet ein, dafs hier ein enger Zusammenhang vorliegt, dafs die Steigerung der industriellen Produktion wesentlich eine Folge des gesteigerten Bahnbaues war, und zwar weit weniger eine Folge des durch die neuen Bahnen erleichterten Warenverkehrs, als eine Folge der Bedürfnisse für die Ausführung des Bahnbaues selbst. Ein grofser Teil der neuen industriellen Anlagen entstand für und durch den Bahnbau und lebt auch heute noch von ihm und durch ihn. SCHWANEBACH berechnet den Betrag der in diesen 6 Jahren in Bahnen, Aktiengesellschaften und in den Einrichtungen für das Branntweinmonopol angelegten Summen auf über 2 Milliarden Rubel. Die Früchte dieses Goldregens machten sich natürlich beim Fiskus

in einem sehr starken Anschwellen der mit diesen Unternehmungen verbundenen Steuern bemerkbar. Für die hauptsächlich hier in Betracht kommenden Steuertitel (Handelssteuer, Zölle, Accise, Stempel und andere Gebühren, Post und Telegraphen) stiegen die Einnahmen um 236 Millionen, d. h. um 37 Prozent. Aber leider kam der Aufschwung nicht wie in Deutschland nach 1871 aus eigenen Mitteln, sondern zum Hauptteil durch einen Regen fremden Goldes, das mit Gold verzinst und einstmals zurückgezahlt werden mufs, und zum geringeren Teil durch die Mobilmachung des eigenen, russischen Kapitals, durch dessen industrielle Verwendung dem ohnehin armen Lande die nötigen Mittel entzogen wurden, um seinem Hauptgewerbe, dem Ackerbau, aufzuhelfen. Die russischen Gelder, die zu industriellen Unternehmungen verwandt wurden, bestanden zum guten Teil aus dem Erlös verkauften Landes und dem Erlös aus Hypotheken, mit denen der Grundbesitz belastet wurde.

Nachdem der Minister den gröfsten Teil der Eisenbahnen verstaatlicht hatte, während der Bau neuer Bahnen, wenigstens der gröfseren Normalbahnen, meist in Regie betrieben wurde, geriet auch die Hilfsindustrie in völlige Abhängigkeit von ihm, da auch die Privatbahnen von ihm finanziell abhängig waren. Hochöfen, Kohlengruben, Walzwerke, Waggonfabriken, alle Reparaturwerkstätten lebten ganz oder teilweise von den Bahnen und besonders dem Bahnbau, auch soweit sie nicht staatliche Anstalten waren. Der Minister hatte viele private Fabriken dieser Art durch seine direkte Ermunterung ins Leben gerufen, und sie fanden anfangs genügend Arbeit und Gewinn. Aber da es mit der Rentabilität der Staatsbahnen doch haperte, auch sonst die Verhältnisse immer zur Sparsamkeit mahnten, so begann er diese Hilfsindustrie zu drücken. Die Preise für Waggons oder Schienen u. s. w. wurden herabgesetzt; weigerte sich eine Fabrik, diese Herabsetzung anzunehmen, so blieben die Bestellungen aus, und da sie doch einmal auf die „Kronslieferung“, wie man in Rufsland sagt, angewiesen war und ist, so mufste sie schliefslich nachgeben. So schnürte der Minister mancher Fabrik die Kehle so weit zu, dafs sie zeitweilig ohne Gewinn arbeiten mufste, dafs jedenfalls die erwarteten hohen Dividenden ausblieben. Einerlei, sie war einmal da, und mufste nun nicht für die Aktionäre, sondern zum Nutzen des Staates arbeiten: sie war unmittelbar und in gewisser Art auch eine Staatsanstalt geworden wie die Eisenbahnen selbst.

Gar manche fremde Aktiengesellschaft hat inzwischen die Erfahrung gemacht, dafs ihr wohl erlaubt wurde, eine industrielle Anlage zu errichten und zu bezahlen, dafs sie aber über die Höhe des Reingewinns und der Dividenden keineswegs allein zu bestimmen habe; das fiskalische Interesse taucht auch hier, und oft in überraschender Gestalt empor. Die ganze gewaltige Hilfsindustrie des Bahnbaues gehorcht dem Willen des Ministers, aus dessen Hand sie lebt. Und dieser Minister ist nicht der Verkehrsminister, sondern der Finanzminister.

Eine ähnliche Stellung hat dieser Minister auf anderem Gebiet durch die Einführung des Branntweinmonopols errungen. Das Brennereigewerbe war längst von ihm abhängig durch die Besteuerung des Spiritus und die damit verbundene, äufserst lästige Kontrolle der Brennereien. Durch die Monopolisierung des Handels und Verschleifses des Branntweins ist der Branntweinproduzent gezwungen, seine Ware an den Fiskus zu verkaufen, denn es giebt keinen anderen Käufer. Der Fiskus macht also den Preis nach Gutdünken, und da er stets geneigt ist zu generalisieren, für möglichst grofse Bezirke, womöglich für das ganze Reich einen gleichen, für die Rechnungsführung bequemen Einheitspreis festzusetzen, so kann es kommen, dafs in Jaroslaw zwar die Kartoffeln doppelt so teuer sind als in Grodno, der daraus gebrannte Spiritus aber an beiden Orten denselben Preis erzielt. In Wirklichkeit geschieht folgendes: Um den Preis für Branntwein, der den Brennereien bewilligt werden soll, festzustellen, wird zuerst der Preis für das Rohmaterial ermittelt. Dabei wird ganz offen der Grad des Wohlstandes der einen und der anderen Provinz in Anschlag gebracht: Ihr in Podolien oder in Kurland seid wohlhabender, als die in Twer oder Saratow; daher berechnen wir, der Fiskus, euch den Zentner Kartoffeln mit 50 Kopeken, denen in Twer mit 80 Kopeken. Also die tüchtigeren, fleifsigeren Landwirte werden zu Gunsten der schlechteren belastet, und das nicht durch Gesetz, sondern durch Willkür. Der Handel mit Branntwein nicht nur, sondern auch das Brennereigewerbe liegen völlig in der Hand des Finanzministers, der sie willkürlich für den Fiskus ausbeutet. Dem Fiskus ist es auch bequemer, mit wenigen grofsen Brennereien, als mit vielen kleinen zu thun zu haben, weshalb denn auch die Zahl der Brennereien auf kaum $^1/_3$ der früheren Zahl gesunken ist. Die dem Ackerbau dienenden Brennereien verschwanden und verschwinden, und die industriellen Fabriken dehnen sich aus.

Eine andere grofse Industrie, die Zuckersiederei und Raffinerie, hat sich unter der gouvernementalen Fürsorge stark entwickelt. Seit dem Anfang der siebziger Jahre wurde der Rübenzucker durch hohe Zölle geschützt und verblieb unter dieser Anspornung bis heute. Durch Gesetz vom 20. November 1895 wurde eine Organisation der Zuckerproduzenten geschaffen, durch welche die Produktion kontingentiert und der Inlandpreis von Jahr zu Jahr normiert wird. Der Rübenbau dehnte sich in den südlichen Gubernien schnell aus, der russische Zucker verdrängte allmählich völlig den fremden. Wer hat den Vorteil hiervon? Umgekehrt wie beim Branntwein gewinnt beim Zucker der Ackerbau: dort vertreibt die Regierung den landwirtschaftlichen Betrieb, hier ruft sie ihn hervor und nützt dadurch dem Ackerbau. Wenigstens macht der Zucker es einer Anzahl grofser, meist sehr grofser Güter möglich, zu intensivem Ackerbau überzugehen und dabei noch grofsen Gewinn zu erübrigen, freilich oft mit dem Opfer der Wälder, die sich in Fabriken und dann in Brennholz zum Heizen der Kessel verwandeln. Der Fiskus hat einen Gewinn aus der Zuckersteuer, die für 1902 im Budget auf über 69,4 Millionen Rubel angesetzt ist. Aufkommt aber für die Gewinne von Fiskus und Fabrikbesitzern der Steuerzahler, und zwar in einem Mafse, dafs diese Steuer wiederum ganz als finanzielle Abgabe, nicht als gewöhnliche Verbrauchssteuer erscheint. Der vom Konsumenten bezahlte Inlandpreis beträgt das Drei- bis Vierfache von dem im Auslande für russischen Zucker gezahlten Preise; der im Auslande für den Zucker dem russischen Fabrikanten gezahlte Preis deckt die Produktionskosten nicht: den Ausfall mufs eben der Konsument in Rufsland decken.

Eine merkwürdige Kundgebung über diesen Gegenstand erschien kürzlich, am 3./16. März 1902, in dem offiziellen Organ des Finanzministeriums, dem „Finanzboten". Zunächst wird da festgestellt, dafs jene Organisation von 1895 den Zweck habe, den Binnenmarkt mit billigem Zucker zu versorgen. Ob der Zweck nun erreicht sei, wird nicht weiter gesagt, freilich auch nicht, dafs gerade das Gegenteil erreicht wurde, die Verteuerung des Zuckers, welche sich schon aus dem oben erwähnten Preisverhältnis im Inland- und im Auslandverkauf ergiebt. Alle Welt ist darin einig, dafs infolge der durch das Zuckersyndikat durchgeführten Monopolisirung der Zucker 3—4mal teurer im Inlande ist als der ins Ausland exportierte und dort verkaufte Zucker. Der „Finanzbote"

sagt, dafs laut Berechnung der Zuckerindustriellen diese auf den seit dem September 1895, also seit Organisierung des Syndikats, nach Westeuropa verkauften Zucker 32 Millionen Rubel verloren haben. Der Zuckerexport beträgt 10—12 Prozent von der Produktion, und diese 12 Prozent wurden also mit Verlust von 32 Millionen verkauft. Diese 32 Millionen Rubel, die Differenz zwischen Produktionskosten und Verkaufserlös, werden natürlich von den Produzenten auf den inländischen Konsum abgewälzt. Nach den offiziellen Angaben war die Gesamtproduktion seit 1895 rund $286^1/_2$ Millionen Pud, der Inlandsverbrauch 204 Millionen Pud. Verteilt man nun den Verlust von 32 Millionen Rubel auf diesen Konsum, so trägt die Gesamtproduktion 15 Kopeken auf das Pud, der Inlandverbrauch $13^1/_2$ Kopeken auf das Pud von dem bei der Ausfuhr erlittenen Verlust. Zu diesen $13^1/_2$ Kopeken auf das Pud kommen aber die Gewinne der Siedereien und Raffinerien hinzu. Der Finanzbote gesteht, was allbekannt ist, dafs die Siedereien hohe Dividenden abwerfen, und dafs die Raffinerien in der Hand von ein paar Monopolisten sind, die die Preise „in ungünstigster Weise bilden“. Siedereien und Raffinerien schlagen also zu jenen $13^1/_2$ Kopeken auf das Pud ihre sehr grofsen Gewinne hinzu, und der Staat nimmt seine Steuer von $69^1/_2$ Millionen Rubel, so dafs die drei- und vierfache Verteuerung des Zuckers im Inlande erklärlich wird. Nur ist schwer einzusehen, wie dabei jener Zweck des Gesetzes von 1895 erreicht wird, den Binnenmarkt mit billigem Zucker zu versehen. Klar bleibt aber, dafs der Staat über 69 Millionen Rubel vom Zucker gewinnt, und dafs diese Organisation von 1895 eine indirekte hohe Exportprämie auf den Rohzucker gesetzt hat. Darüber sind die Verfasser der eben abgeschlossenen Brüsseler Zuckerkonvention auch nicht im Zweifel gewesen.

Der überspannte Protektionismus WYSCHNEGRADSKIS, wie er im Zolltarif von 1891 gipfelte, wurde zwar vom 1. Januar 1894 ab durch den deutsch-russischen Handelsvertrag gemildert, blieb aber nach wie vor das herrschende System. Dennoch mehrte sich die Einfuhr schnell, angestachelt durch den Bedarf an industriellen sowie auch landwirtschaftlichen Maschinen. Daher hoben sich die Eingangszölle, wenn auch anfangs nur wenig, betrugen aber für 1896 schon 182 Millionen; sie richteten sich auch ferner nach der Intensität des Gründungsfiebers, auf welche der Minister Rücksicht

nahm, soweit es unumgänglich nötig war. Die industrielle Krisis von 1898 hatte eine Verringerung der Zolleinnahmen zur Folge. Wo man irgend glaubte, ohne Hilfe fremder Fabrikate auszukommen, zögerte man auch mit einfachem Einfuhrverbot nicht. Bahnen und Fabriken aller Art wurden verpflichtet, Materialien und Fabrikate, die in einheimischen Fabriken hergestellt werden, aus dem Inlande zu beziehen, obzwar die einheimischen Produkte, vom Rohmaterial abgesehen, meist schlechterer Qualität und teurer als die fremden waren. RADZIG[1] sagt, Rufsland habe in den 12 Jahren von 1884—1895 für den Bahnbau 113 Millionen Pud Schienen russischer Provenienz gekauft, und berechnet, dafs, wenn diese Schienen in England wären gekauft worden, 92 Millionen Rubel erspart worden wären. Wenn man zu dieser Summe auch nur die Hälfte der Zuschüsse, die von dem Staat den Schienen produzierenden Fabriken gegeben worden sind, hinzufügt, so erhält man eine Überzahlung von mehr als 100 Millionen Rubel. „Für die mehr als 100 Millionen Rubel, sagt RADZIG, die seit dem Jahre 1884 für Schienen zu viel gezahlt worden sind, hätten weitere 2000 Werst Eisenbahnen gebaut werden können.“ Seit 1895 wurden, besonders für die sibirische Bahn, weitere ungeheure Mengen Schienen verbraucht, die von russischen Fabriken gefertigt waren. Sie waren für die sibirische Bahn in zu schlechter oder zu leichter Qualität geliefert worden und mufsten durch schwerere ersetzt werden. Indessen waren diese schlechten Schienen mit 2 Rubel 25 Kopeken das Pud bezahlt worden, während englische — wahrscheinlich bessere — Schienen für 70 Kopeken das Pud, also für ein Drittel des Preises der russischen Schienen, angeboten wurden.[2] Nimmt man hinzu, was aufserdem andere staatliche und private Bahnen seit 1895 an Schienen verbraucht haben, so könnten leicht wieder 100 Millionen Rubel an Überzahlung herausgerechnet werden. Es ist ohne Zweifel ein gerechtfertigtes Streben der Regierung, einen so wichtigen Zweig der Eisenindustrie, wie die Schienenfabrikation, im eigenen Lande in der Vollkommenheit zu haben, wie der wachsende Verkehr es erfordert. Wenn aber so grofse Opfer, wie die Überzahlung von 200 Millionen

---

[1] Zitiert in ISSAJEWS Schrift: „Zur Politik des russischen Finanzministeriums seit Mitte der achtziger Jahre“. Stuttgart 1898. S. 14.

[2] Siehe Referat des Herrn BIRÜKOW in der Gesellschaft der Ökonomisten, St. Petersb. Ztg. Nr. 287. 1901.

Rubel für Schienen im Laufe von 16 Jahren die Leistungsfähigkeit der einheimischen Fabriken nicht auf eine höhere Stufe heben konnten, als wie sie durch die angegebene Preisdifferenz gekennzeichnet wird, so mufs man annehmen, dafs der künstlich ins Leben gerufenen Industrie Mängel anhaften, die nicht in angemessener Frist abgestellt werden können. Unterdessen kostet die Lehrzeit zu viel. Denn wie hier bei den Schienen, so überzahlt der Staat auch bei anderen Fabrikaten, so überzahlt das Volk, wie wir sahen, beim Zucker, und so überzahlt es noch bei vielen, durch den Schutzzoll gezüchteten, teuer und schlecht hergestellten, aber russischen Dingen. Diese Beispiele zeigen, dafs Kapital allein noch nicht ausreicht, um eine den heutigen Ansprüchen gewachsene Industrie zu schaffen; sie deuten darauf hin, dafs auch da, wo das Kapital sich mit guten und ausreichenden Rohprodukten, wie in diesem Fall mit Eisen und Kohle, verbindet, in Jahrzehnten der Vorsprung nicht eingeholt werden kann, den ein Land mit in hartem Ringen geschulter Arbeiterschaft und einem Stand kaufmännisch und technisch ausgebildeter Männer voraus hat. Noch dazu in einem Land wie Rufsland, das auch der Lehrkräfte entbehrt, um wenigstens die theoretische Ausbildung auf eine höhere Stufe zu heben. Und besäfse es auch die besten Lehrkräfte und eine Fülle von Schulen: die heutige Industrie verlangt mehr, sie verlangt eine handarbeitende Bevölkerung, in der technisches Verständnis, mechanische Specialisierung gewissermafsen in Fleisch und Blut übergegangen sind; eine kopfarbeitende Bevölkerung, in der Gewohnheiten und Traditionen herrschen, in der leicht und ohne allzu grofse und häufige Fehlgriffe der rechte Mann sich an das rechte Rad stellt, in der schon bei dem Knaben die Wahl eines Berufs von Bedeutung ist, eine Bevölkerung, bei der die erwerbende Arbeit als Naturtrieb sich vorfindet. In diesem durch jahrhundertelange Arbeit herausgebildeten Charakter der zur gewerblichen Arbeit vorzugsweise berufenen Bevölkerung liegt die Hauptkraft, der Europa und das europäische Amerika ihre Industrie verdanken. Diese Industrie wird geleitet, beseelt von der Wissenschaft; ihrer Blüte ging die Blüte der Naturwissenschaften voraus, die ihr Geist und Gesetz gaben zum Leben; von der Wissenschaft wird sie auch ferner stets begleitet, geführt werden. Aber dem Gelehrten folgt der Techniker, der industrielle Unternehmer, der Arbeiter mit altbewährten, traditionellen Erfahrungen, mit prak-

tischem Sinn, mit Ausdauer und Fleifs. Überall mufs sich erst das Handwerk gefestigt haben, ehe man zur Grofsindustrie übergehen kann. Das ist bis heute in Rufsland nicht der Fall, ein Handwerkerstand existiert nicht aufserhalb einiger gröfserer Städte. Man meint heute vielfach in Rufsland, dafs die Volksschule der Industrie helfen könnte, wenn sie allgemeiner verbreitet und besser wäre. Und gewifs wäre der Arbeiter, der lesen, schreiben, rechnen kann, dem heutigen, dieser Dinge nur zu oft unkundigen Arbeiter vorzuziehen. Aber die Volksschule kann jene praktische Schulung hundertjähriger verfeinerter gewerblicher Arbeit nicht ersetzen. Auch Englands Arbeiter sind durch die Praxis erzogen worden, seine höhere technische Arbeiterschaft ist nicht aus technischen Hochschulen hervorgegangen, seine Wissenschaft auf diesem Felde ist nicht die höchststehende; England besitzt keine technische Hochschule, keine Handelsschule, die sich deutschen Fachschulen dieser Art an die Seite stellen liefsen; und dennoch sind seine Leistungen auf dem Felde der praktischen Technik unübertroffen. Diese durch Kenntnisse und Erfahrung von Generationen vorgeschulte Arbeiterschaft kann für Rufsland kein Minister von heute auf morgen schaffen, weder durch die Volksschule, noch durch Vermehrung der technischen Hochschulen. Solcher Hochschulen giebt es vier: die Zahl der sogenannten industriellen und Handelsschulen wächst aber seit 5 Jahren so, dafs man sich fragt, wo denn die Lehrkräfte herkommen sollen. TRUBNIKOW[1] zählt ihrer 190. Nach Anderen sind allein dem Handel dienende Schulen seit 1896 aus privaten Mitteln über 100 gegründet worden, die über 20000 Schüler fassen und jährlich $2^1/_2$ Millionen Rubel kosten. Der Finanzminister verausgabt (Budget für 1902) für Schulen dieser Art rund $4^1/_2$ Millionen. Aber die Zahl einheimischer technisch geschulter Kräfte ist noch gering und dabei sind diese Kräfte vorwiegend polnischer und deutscher Nationalität. Wenn trotzdem die Industrie seit 1895 ein überraschend starkes Wachstum aufweist, so wird man die treibenden Kräfte in dem starken Schutzzoll, in der ihn ausnutzenden Einwanderung fremder Unternehmer, in der Einwanderung fremden Kapitals, fremder Techniker und Werkführer, in der freigebigen Unterstützung von seiten der Regierung mit Geldmitteln und Aufträgen zu suchen haben.

---

[1] TRUBNIKOW, Die Reichtümer Rufslands, Bd. I. S. 61.

So war der einheimische russische Produzent mit geringen Kenntnissen, geringen Erfahrungen und geringem eigenen Gelde ausgerüstet, als er sich unter Leitung der Regierung kopfüber in den Strom des industriellen Schaffens stürzte. Wie aber stand es mit dem Konsumenten? Für wen sollte fabriziert werden?

Selbst ein so sanguinisch veranlagter Mann, wie der Herr Minister WITTE, wird sich zu der Hoffnung nicht versteigen, dafs das industrielle Rufsland es in absehbarer Zeit zu einer irgend nennenswerten Ausfuhr von Fabrikaten nach Europa bringen werde. Bessere Aussichten bieten sich in Asien, und nach diesem Markt geht ja denn auch die ganze Sehnsucht der russischen Politiker. Er steht dem russischen Fabrikat offen vom Stillen Ozean an bis an den Euphrat. Was ist nun dorthin ausgeführt worden? Mir stehen leider die Ziffern für den asiatischen Export nicht zu Gebote, wenn man sich jedoch vergegenwärtigt, dafs der gesamte Export an Fabrikaten in dem Jahre vor Beginn des Industrietaumels, 1894, sich auf $9^1/_2$ Millionen, im Jahre 1895 auf 11,2 Millionen Rubel belief,[1] und dafs durchschnittlich von 1887—1899 die jährliche Ausfuhrziffer 25,6 Millionen, d. i. 3,7 Prozent[2] der russischen Gesamtausfuhr erreichte, so wird man von dem asiatischen Markt, auch wenn er den gröfsten Teil dieser Fabrikate aufnahm, doch kaum einen wesentlichen Einflufs auf eine industrielle Produktion von 1800 Millionen Rubel an Wert erwarten dürfen. Die Produktion bleibt also vorläufig auf den inneren Markt angewiesen. Wie aufnahmefähig war nun dieser innere Markt?

Ein Land mit 126 Millionen Köpfen[3] und unentwickelter Industrie ist geeignet auf einen deutschen Industriellen einen sehr verführerischen Reiz auszuüben. Er wird sich sagen, dafs diese 126 Millionen Weifse gewifs ein gröfseres Bedürfnis nach Zivilisation, nach den Erzeugnissen wirtschaftlicher Kultur haben, als eine gleiche Zahl von Negern oder Indern; dafs, wenn sie auch zur Zeit noch wenig Bedürfnisse haben, dies nur an ihrer Unbekanntschaft mit den Genüssen der Zivilisation liegen könne, und dafs es daher nur nötig sei, sie mit ihnen bekannt zu machen, um ihre Kauflust zu wecken. Er kann ferner erwägen, dafs dieses

---

[1] ISSAJEW, a. a. O. S. 12.

[2] SCHWANEBACH, a. a. O. S. 134.

[3] Volkszählung von 1897, MILÜKOW zählt 129 Millionen mit Finland einbegriffen.

Land reiche Naturschätze birgt, dafs es sehr fruchtbar ist, und dafs es in der That ungeheure Mengen Getreide in letzter Zeit produziert und davon sehr viel an das Ausland verkauft hat, nämlich in dem Jahrfünft von 1887—1891 durchschnittlich 442 Millionen Pud oder 128 Millionen Zentner, und in dem Jahrfünft von 1893—1897 gar 523 Millionen Pud oder fast 134 Millionen Zentner. Er kann sich ferner vorrechnen, dafs eine so starke und zugleich wachsende Getreideausfuhr einen wachsenden Wohlstand im Lande müsse begründet haben oder begründen werde, wovon ja auch der glänzende Stand der Finanzen des Staates Zeugnis ablege. Er kann zu dem Schlufs gelangen, dafs es nach alledem ein äufserst günstiger Augenblick sei, um in diesem Lande industrielle Anlagen zu machen. So konnte er urteilen, ehe er die wirklichen Zustände in diesem Lande genau kannte. Nachdem er die Zustände aber genauer beobachtet hatte, mufste er zu der Erkenntnis kommen, dafs in seiner Rechnung einige Irrtümer enthalten waren. Er mufste bemerken, dafs von den 126 Millionen Menschen nur ein geringer Teil, vielleicht ein paar Millionen, in einer Lebensstellung sich befinden, mit der das Bedürfnis nach verfeinerten Industriewaren verbunden zu sein pflegt; dafs diese paar Millionen an fremdländische Waren dieser Art gewöhnt und durch sie verwöhnt sind; dafs 90 Prozent, oder wenn man die unrussischen Grenzländer abscheidet, etwa 70 Prozent von den 126 Millionen, trotz der reichen Getreideausfuhr nicht zu Wohlstand gelangt, vielmehr in einer Lebenslage geblieben sind, die sie durchaus nicht zu beachtenswerten Abnehmern von Fabrikaten stempelt, und dafs die wirtschaftlichen Verhältnisse, die politischen Verhältnisse, die finanziellen und kulturellen Verhältnisse eine baldige Besserung der Lebenslage dieser Bevölkerung nicht in Aussicht stellen. Er wird den inneren Markt dieses Landes daher für weniger grofs, weniger aufnahmefähig halten, als er ihm anfangs schien, und er wird nach all diesen Erwägungen in dem Umfang seiner Unternehmungen eine weise Vorsicht walten lassen.

Die Förderung der Industrie ist die natürliche Aufgabe jedes russischen Finanzministers. Eine Feuerung, die die Temperatur des Treibhauses auf 20 Grad gebracht hätte, wäre der Pomeranze vielleicht sehr wohlthätig gewesen; als die Wärme aber auf 30—40 Grad stieg, konnten viele Früchte nicht reifen. In den 5 Jahren von 1892—1897 stieg die Produktion der Industrie, wie

wir sahen, um 806 Millionen Rubel oder um durchschnittlich jährlich 161,2 Millionen Rubel; die Eisenindustrie verdoppelte die Menge ihrer Erzeugnisse. War denn nun in dieser kurzen Periode der Wohlstand des Volkes so gestiegen, waren die Bedürfnisse nach Industriewaren so gewachsen, um 161 Millionen jährlich mehr ausgeben zu können? Fand die Industrie ihren Markt in der Masse des Volkes? Nein, sondern der Hauptabnehmer war die Regierung mit ihrem Eisenbahnbau, dem fiskalischen wie dem durch Gesellschaften mit fiskalischer Hilfe betriebenen Bau, für den in dieser Periode 1273 Millionen Rubel ausgegeben wurden. Nicht das russische Volk, sondern der russische Fiskus stellte den Markt für die verdoppelte und verdreifachte industrielle Thätigkeit, der Fiskus, der selbst das Geld borgte, um die Waren zu bezahlen. Der Bahnbau war fiskalisch, direkt oder indirekt, denn nach amtlichen Angaben trägt die Regierung 94,9 Prozent der Anlagekosten der Privatbahnen.[1] Die Industrie war fiskalisch und ist fiskalisch zum gröfseren Teil: der Staat ist auch hier der gröfste, der hauptsächlichste Unternehmer im Reiche. Bau der Staatsbahnen Branntweinmonopol, Industrie — das sind drei gewaltige Gebiete der Verwaltung, die von der Hand des Finanzministers geleitet werden.

Erst 6 Jahre ist es her, es war im August 1895, dafs in Petersburg zum erstenmal, wenn ich nicht irre, der anderwärts schon oft aufgeführte Tanz um das goldene Kalb an der Börse aufgeführt wurde. Nach 1861, als der russische Adel seine Leibeigenen verloren und dafür Loskaufsscheine und Bankdarlehen bekommen hatte, begann er zwar auch sich in diesem Tanz zu versuchen, aber doch in sehr mäfsigen Grenzen und sehr ungeschickt. Jetzt, dreifsig Jahre später, strömten die Millionen zu Hunderten nach Petersburg zu besserer Verzinsung oder zu raschem Kapitalgewinn, und der Gründungstaumel war da. Banken entstanden, Banken gaben ohne viel Zögern Geld für alle möglichen und unmöglichen industriellen Anlagen, man rief sogar nach einer grofsen Emissionsbank, da die Anfertigung und der Vertrieb von Aktien immer noch nicht schnell genug vor sich ging. Unter dem hohen Zollschutz gaben manche grofse Unternehmungen sehr grofsen Gewinn. Bis

---

[1] Statistische Übersicht über das Eisenbahnwesen in Rufsland 1901. St. Petersburg.

in die neueste Zeit zeigte der Kurszettel Gesellschaften, die bis zu 60 Prozent Dividenden zahlten. Kaum aber waren drei Jahre verflossen, so spürte man schon etwas Atemnot. In Europa stieg der Kapitalwert, die Geldknappheit drückte auf die vielen unsolid gegründeten Unternehmungen, der Finanzminister begann mit dem Staatskredit zurückzuhalten. Ein paar grofse industrielle Firmen, von DERWES, dann MAMONTOW, stürzten. Trotzdem wurden noch im zweiten Halbjahr 1899 48 ausländische Gesellschaften konzessioniert, im ganzen für 1899 70 fremdländische Gesellschaften, d. h. mehr als in irgend einem Jahre vorher. Insgesamt waren am Schlufs von 1899 in Rufsland 146 fremde Gesellschaften konzessioniert[1] mit einem genannten Kapital von 765 Millionen Rubel oder 2075 Millionen Franken, wovon auf Frankreich 792 Millionen, Belgien 734 Millionen, Deutschland 261 Millionen, England 231 Millionen Franken fallen; hiervon war freilich ein Teil russisches Kapital unter fremder Firma. Der Minister warnte persönlich und durch die Presse vor Überstürzung, aber nun wurde auf ihn in dem allgemeinen Fieber, das er entfacht hatte, nicht mehr geachtet, und man forderte von ihm nur immer mehr Geld, neue Unterstützungen. Man kann auch nicht sagen, dafs solche Forderung erstaunlich gewesen wäre, nachdem ja vom Minister selbst die Gründungslust so offen und stark war angestachelt worden. Der Minister suchte mit Worten zu helfen, da er es mit Geld nicht vermochte. In einer langen Erörterung, die offiziell in der Presse am 23. Oktober 1899 erschien, setzte er auseinander, dafs das Unglück nicht von dem Mangel an Geld herrühre, wovon die nie erreichte Summe von 1350 Millionen im Lande vorhanden sei, und dafs die Valuta sich nicht in Gefahr befinde. Auch versprach er durch die Staatsbank Kredite zu eröffnen. Schon früher hatte er warnend darauf aufmerksam gemacht, dafs die grofsen fiskalischen Bestellungen für die Bahnbauten im Jahre 1900 im wesentlichen würden abgeschlossen sein. Anderseits suchte er der Entmutigung zu steuern. Am 31. Oktober 1899 erklärte er sogar vor den versammelten Direktoren der privaten Kreditanstalten, die Finanzlage Rufslands sei glänzend, selbst gediegener als die von Frankreich und England, ein Ausspruch, der zeigt, in welchem gefährlichen Grade dieser Minister die Lage seines Ressorts von

[1] Frankf. Ztg., Januar 1900.

der Finanzlage des Volkes trennte und von der Macht glänzender Zahlen alles erwartete. Ein Jahr nur verging, und er mufste die bösen Folgen seines Irrtums erfahren, als die Not aufs höchste stieg, als der Krach herankam. Der Minister war nun selbst in die Klemme geraten.

Die Überschüsse der Einnahmen wären noch immer bedeutend gewesen, aber aufserordentliche Ausgaben waren herangetreten und hatten die Kassen geleert. Der Minister wollte für den Bau der sibirischen Bahn keine neuen Anleihen aufnehmen, sondern sie aus seinen „freien Barbeständen“ bauen. Nun aber traten die chinesischen Verwickelungen ein, für die er noch weit weniger zu Anleihen seine Zuflucht nehmen wollte. Er mufste also die freien Bestände auch hierzu brauchen und verwandte, wie er angab (Bericht zum Budget 1901), im Jahre 1900 dazu rund 61 Millionen. In Wirklichkeit beliefen sich die für 1900 gemachten aufserordentlichen Ausgaben auf die gewaltige Summe von rund 334 Millionen Rubel und überstiegen den Voranschlag um rund 141 Millionen. Damit wurden die Mittel des Staates so scharf in Anspruch genommen, dafs nicht viel übrig blieb, um der bedrängten Industrie zu Hilfe zu kommen. Der Staatskredit stockte, infolge davon auch der Kredit der Privatbanken, und auf diesen direkten oder indirekten Staatskredit hin war ja eine sehr grofse Menge industrieller Anstalten von Hause aus gegründet worden und angewiesen. Da kam denn der Krach.

Im Laufe des Jahres 1900 sanken alle industriellen Papiere, und zu Anfang Oktober herrschte der Schrecken an der Petersburger Börse. Sogar die Agrarbanken verloren durchschnittlich 70 Rubel auf die Aktie, die NOBELschen Naphthaaktien 144 Rubel auf die Aktie, NOBELsche Anteilscheine verloren 3500 Rubel auf das Stück u. s. w. Ein eingeweihter Korrespondent[1] verglich zu Anfang 1901 die belgischen Gesellschaften mit einem grofsen Ruinenhaufen; es kamen 734 Millionen Franken für sie in Frage. Vom Oktober 1900 ab brach eine Firma nach der anderen zusammen; noch in den letzten Tagen des Jahres, vom 22.—27. Dezember, fielen die Aktien der besten Gesellschaften täglich um bedeutende Ziffern, so dafs die St. Petersburger Zeitung am 27. Dezember alt. St. ausrief: „Angesichts all dieser erschütternder Vorgänge steht einem

[1] Züricher Tages-Anzeiger, 1901, 25. April, Nr. 96.

der Verstand still!“ Und am 30. Dezember schrieb sie folgendes: „Es war ein böses Jahr, Gott sei Dank, dafs es endlich vorüber ist! Viele Jahre werden nötig sein, um alles Böse zu vergessen und um die erlittenen schweren Wunden ordentlich vernarben zu lassen. Von 282 Börsenversammlungen, die wir hatten, sind beinahe 200 durch einen panikartigen Verlauf gekennzeichnet worden. Die politischen Vorgänge in der ganzen Welt und die prekäre Lage des Geldmarktes haben in Gemeinschaft mit starken Enttäuschungen über die Thätigkeit und die Entwickelung der heimischen Industrie, speziell dem schroffen Niedergang in der metallurgischen Branche, der Krisis den scharfen Charakter aufgedrückt, von dem wir so oft besonders in den letzten drei Monaten berichten mufsten.“

In einem Bericht des Finanzministeriums wurde mitgeteilt, dafs 24 Millionen Rubel allein dadurch verloren gegangen seien, dafs im Bau begriffene Fabriken und Werke nicht konnten vollendet werden, weil man die Überzeugung gewonnen hatte, dafs sie, wenn in Betrieb gesetzt, niemals ihr Kapital verzinsen könnten. Andere Werke im Werte von 200 Millionen Rubel mufsten wegen mangelnden Absatzes ihrer Erzeugnisse geschlossen werden; aus demselben Grunde zahlten 17 grofse ausländische Aktiengesellschaften im Jahre 1900 keine Dividende. 734 Millionen fremden — wohl belgischen — Kapitals hatten sich mit weniger als $2^1/_2$ Prozent verzinst. Mehr als 400 Fabriken entliefsen ihre sämtlichen Arbeiter und stellten den Betrieb ein. Im Donezgebiet wurden von 57 Hochöfen 25 gelöscht. Ungezählte Millionen in Masseleisen, berichtete im April 1901 der Korrespondent des Züricher Tagesanzeigers, liegen, auf Käufer wartend, da, und noch immer werden Fabriken geschlossen, die bis dahin mühselig ihr Dasein fristeten. „Der gröfste Teil des fremden Kapitals,“ meint der Korrespondent weiter, „ist verloren, und der Schlag für Rufsland selbst ein um so schwererer, als sich in Zukunft fremdes Kapital nur aufserordentlich schwer entschliefsen wird, in Rufsland gewinnbringende Anlagen zu suchen.“ Ohne Zweifel wurde sehr viel Kapital durch sinnlose Spekulationen und überstürzte Anlagen bei mangelnder Lokalkenntnis verloren, aber andererseits stellte sich heraus, dafs eine gute Verzinsung in Rufsland überhaupt nur schwer zu erlangen war; brachten doch die ursprünglich so hohen Gewinn verheifsenden Eisenwerke Rufslands selbst zur Zeit der höchsten

Konjunktur nicht mehr als $5^1/_2$ Prozent. Damit soll keineswegs gesagt sein, dafs der intelligente und gleichzeitig vorsichtige Industrielle und Kaufmann nicht in Rufsland gewinnbringende Verwendung für sein Kapital und seine Thätigkeit finden könnte. Weiter hiefs es in der Korrespondenz: „Zu diesen Ursachen kommt die ungleiche Verteilung der Produktivkräfte des Reiches, die Überkapitalisation der neuen Gesellschaften, deren wilde Konkurrenz untereinander zu dem ausgesprochenen Zweck, den Gegner zum Bankrott zu treiben, und eine jeder Grundlage entbehrende Börsenspekulation. Eine ganze Anzahl Banken ruinierten sich dadurch, dafs sie ganz phantastische Industrie-Unternehmungen finanzierten, oder sich in landwirtschaftliche Spekulationen einliefsen, von denen ihre Direktoren nicht die leiseste Ahnung hatten. In ebenso zahlreichen Fällen wurden kostspielige Fabrikgebäude aufgeführt und mit den teuersten Maschinen ausgestattet, ohne dafs man sich irgendwie an die gemachten Voranschläge hielt, oder sich darum kümmerte, ob das so angelegte Kapital sich selbst in guten Zeiten verzinsen könne. Die meisten der in den letzten Jahren entstandenen neuen Aktiengesellschaften fanden sich nach Vollendung ihrer Fabriken ohne oder ohne genügendes Betriebskapital."

Sehen wir uns nun den Kurszettel vom 1. Januar 1902 an, so finden wir wenig darin, was auf einen Rückgewinn an dem verlorenen industriellen Boden vertrösten könnte. Zwar die Spielwut ist an der Börse kaum geringer geworden, denn das reinste Spielpapier, die Prämienloose, dominiert heute. Aber die Eisenindustrie, diese Führerin auf dem industriellen Markt, hat seit dem letzten Schreckensmonat Oktober 1900 noch weitere Rückschritte gemacht. Wenn man die Notierungen der Petersburger Börse vom 31. Dezember 1896, 1900 und 1901 vergleicht, so ergeben sich folgende Verluste:

Aktien	1896	1900	1901	
	31. Dezember			
	Rubel	Rubel	Rubel	Verlust Rubel
Alexandrowski Stahlgiefserei	295	64	20	275
Bränsker Stahlwerke . . .	508	225	147	361
Donez-Jurjew-Werke . . .	350	90	47	303
Ssormowo Eisenwerke. . .	210	55	$74^1/_2$	$135^1/_2$
Kolomna Maschinenfabrik .	640	350	275	365
Malzew-Fabriken	656	490	335	321
Putilow-Fabriken	120	81	50	70

Aktien	1896	1900	1901	
		31. Dezember		
	Rubel	Rubel	Rubel	Verlust Rubel
Russische Lokomotivenfabrik	230	218	163	67
Baltische Waggonfabrik . .	2165	1025	900	1265
Petersburger Metallfabrik .	265	156	103	162
Glebow	135	3	0	135
Phönix-Waggonfabrik . . .	335	50	45	290

Das sind Zahlen, die offen für einen schlimmen Geschäftsgang sprechen, und wenn sie sich blos auf wenige Werke erstrecken, so sind es Werke ersten Ranges in der leitenden Eisenindustrie. Die Zahlen könnten durch eine lange Reihe anderer ergänzt werden, die alle Zweige der Industrie umfassen. Sechs Jahre scheinbar glänzenden industriellen Aufschwungs haben genügt, um einen jähen Niedergang eintreten zu lassen, der Hunderte und aber Hunderte von Millionen für immer verschlungen hat. Indessen hat der Minister den Mut noch nicht verloren. Wieder griff er zu ausländischen Anleihen, die bei der allgemeinen Geldknappheit in Europa weder so leicht noch so billig als früher ins Werk zu setzen waren. Seit dem Mai 1901 brachte er 623 Millionen Mark[1] ins Land, die für Eisenbahnzwecke verwandt wurden. Die Moskau-Kasaner, die Lodzer Bahn erhielten die Mittel zur Erweiterung des Betriebes. Drei neue Bahnen wurden in Angriff genommen: die Nordbahn, Orenburg-Taschkent, Bologoje-Sedlez, zusammen etwa 4000 km, so dafs heute an staatlichen und privaten Bahnen im Bau begriffen sind 6298 Werst, aufser der unter Leitung der Ostchinesischen Gesellschaft im Bau stehenden Strecke von 2377 Werst.[2] Das Budget weist für Bahnbauten im Jahre 1902 wieder $170^1/_2$ Millionen Rubel auf.[3] Nun flossen den Eisenwerken, Waggonfabriken u. s. w. wieder Bestellungen zu, die sie für einige Zeit sicherten. Ohne diese Hilfe stände es um viele dieser Werke heute wohl noch schlimmer, als es die oben erwähnten Notierungen der Börse andeuten. Allein wie lange wird man mit dieser Hilfe reichen? Sind Bahnen wie die Orenburg-Taschkenter oder die Bologoje-Sedlezer etwa produktive Anlagen? Sind die 1000 Mil-

[1] Französ. Anleihe 435 Mill. Fr. und verkaufte Obligationen 80 Mill. Mk.

[2] St. Petersb. Ztg., 1902, A 64.

[3] Seit obiges geschrieben wurde, sind weitere neue Bahnbauten beschlossen worden: Saratow-Astrachan, Petersburg-Kiew.

lionen Rubel, welche die sibirische und die im Oktober 1902 eröffnete Mandschurische Bahn nach neueren Angaben (Now. Wremä) verschlungen haben, produktiv angelegt? Sie mögen auf die Produktion und den Handel in jenen Gegenden Asiens anregend wirken und insoweit produktiv genannt werden. Aber ihr Bau legt bisher schon dem Reich eine Milliarde neuer Schulden auf, die verzinst und getilgt werden müssen, und die Taschkenter Bahn, wenn auch in der Zukunft viel versprechend und daher eine weit bessere Anlage als die ostsibirischen Bahnen, wird weitere Hunderte von Millionen hinzufügen. Denn wenn Herr WITTE stets mit Stolz darauf hinweist, er habe die sibirische Bahn aus seinen Überschüssen und Barbeständen gebaut, so ist das doch blofse Spiegelfechterei, da diese Barbestände und Überschüsse eben durch die Anleihen und zum Teil aus den Anleihen entstanden und entstehen. Dafs diese Bahnen Zins und Tilgung selbst aufbringen werden, steht für lange hinaus nicht zu erwarten, und ehe es geschieht, wird man vom Gesichtspunkt des russischen Steuerzahlers aus diese Bahnen nicht für produktive Kapitalanlagen halten können. Länder wie England können grofse Summen auf Anlagen verwenden, die in Jahrzehnten erst Zinsen in Aussicht stellen; eine Bahn von Kairo zum Kap ist ein Unternehmen, das kein anderer Staat als England heute angreifen dürfte. Was aber würde selbst der englische Steuerzahler dazu sagen, wenn diese Bahn mit Staatsmitteln und gar mit erborgten Staatsmitteln gebaut würde?

Auch anderwärts als in Rufsland befindet sich die Industrie in bedrängter Lage. Auch in Deutschland ist auf den grofsen Aufschwung ein Rückschlag gefolgt. Man hatte sich mit Übereifer in das Gewühl des Weltmarktes gestürzt und arbeitete zum grofsen Teil für die Ausfuhr. Der Weltmarkt wurde knapper und die für ihn arbeitende Industrie mufste sich einschränken. Doch hat der Weltmarkt, obgleich gestört durch Krieg und Furcht vor Krieg, in sich nicht an Kaufkraft verloren und wird sich wieder beleben bei sicheren Zeiten. Wenn die Ausfuhrindustrie Schaden leidet, so entgehen den Einzelnen und den Aktionären Gewinne, vielen Arbeitern der Verdienst. Aber die deutsche Industrie ist durch eigenes Kapital emporgekommen, nicht durch Staatsanleihen im Auslande. Und ferner ist jede Industrie nur insoweit eine volkswirtschaftlich gesunde, als ihre Hauptpfeiler auf einheimischem

Boden stehen, als sie ihren Hauptmarkt im Inlande hat. Eine Industrie, die hauptsächlich für die Ausfuhr arbeitet, bringt das eigene Land in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande und wird daher immer den Wechselfällen der fremden Märkte ausgesetzt sein. So liegt es in England und in Belgien. Der deutsche Markt ist bisher stark genug, um die einheimische Industrie in der Hauptmasse aufrecht zu halten, und es ist zu wünschen, dafs es dabei bliebe. Es wäre ein Unheil, wenn das deutsche Wirtschaftsleben jemals von dem Wohlergehen der Ausfuhrindustrie so abhängig würde, wie es in England und Belgien der Fall ist. Wenn in den Industriestaaten Europas und Amerikas jahrelang mit so leidenschaftlicher Hast an der Vermehrung industrieller Werte gearbeitet worden ist, wie es seit 10 oder 15 Jahren geschah, so darf man sich darüber nicht aufregen, dafs der Weltmarkt versagt. In Deutschland allein lagerten zum Herbst 1901 für $1^1/_2$ Milliarden Industriewaren, die keinen Käufer fanden. Man dürfte doch wohl nicht glauben, auch nicht hoffen noch wünschen, dafs unsere industrielle Produktion für das Ausland in dem Tempo weiter wachse, wie sie seit einiger Zeit gewachsen ist. In diesem Sinne Industriestaat zu werden, davor möge uns Gott bewahren. Und da wir unsere Industrie aus eigenen Mitteln, nicht wie Rufsland aus fremden geschaffen haben, so kommen dadurch einzelne wohl in Notlage, dem Ganzen aber wird diese Stockung wohlthun.

Rufsland ist anders gestellt: es führt an Fabrikaten sehr wenig aus, und zugleich ist sein heimischer Markt sehr dürftig. Ihn zu beleben machte sich die Staatsregierung zur Aufgabe, indem sie mit eigenem und fremdem Gelde den Anstofs zur Herstellung einer ungeheuren Menge von Waren gab und zugleich für den Absatz dieser Waren eine Menge von Schienenwegen öffnete. Das geschah mit einer solchen Hast, so gewaltsam, dafs in wenigen Jahren die Nachfrage von dem Angebot an Industrieartikeln überholt wurde. Und hier versagte der innere Markt, der Volkswohlstand, nicht wie gegenwärtig in Deutschland der äufsere Markt. Vordem hatte man dieselben Ziele, aber besonnener verfolgt. Nach der Agrarreform von 1861 förderte der Minister von REUTERN kräftig Industrie und Handel. Im Laufe seiner Amtszeit, 1862—1879, gründete er 45 kommerzielle und industrielle Banken, und baute über 18000 Werst Eisenbahnen, ohne damit dem Staat erhebliche Schulden aufzubürden. Die 45 Banken waren nützlich angelegt in einem Lande,

das eben von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft übergehen sollte, und in dem es weder Geld noch Banken gab. Jetzt, in der neuen Ära, arbeitete man mit Milliarden, wie 20 Jahre früher mit Millionen, und schuf doch keine Industrie, die mit der fremdländischen Einfuhr zu konkurrieren fähig wäre, die eines hohen Zollschutzes entbehren könnte. Dieses aber, die freie Konkurrenz, ist nach den Worten des Ministers das Ziel des Protektionismus. Der Schutz durch Zölle gilt der Schule, in der das Volk sich industriell entwickeln soll. Er hat allerdings in kurzer Zeit eine Fülle industrieller Thätigkeit hervorgerufen, die nicht spurlos verschwinden kann. Der Verbrauch an Textilwaren und an Eisenwaren ist stark gestiegen und wird, wenigstens in den westlichen Landesteilen, voraussichtlich noch steigen. Mehr als die Hälfte, nach anderer Annahme sogar $^{2}/_{3}$ der Eisenindustrie, arbeitet für privaten Bedarf, wobei allerdings zu beachten ist, dafs staatliche und private Eisenbahnen zusammen die Hauptabnehmer des Eisens sind. Von dem russischen Roheisen soll im Jahre 1899 etwa $^{3}/_{5}$ für Bahnbauten und nur $^{2}/_{5}$ für privaten Verbrauch verwandt worden sein. Eine Menge industrieller Waren, die vordem vom Auslande geliefert wurden, werden jetzt in Rufsland selbst hergestellt. Die meisten bedürfen auch jetzt noch des Zollschutzes, und vielleicht würde ein durchschnittliches Urteil dahin lauten, dafs bisher zu teuer und zu schlecht produziert worden ist. Es werden gleichwohl die Grundbedingungen für industrielle Arbeit, wie sie in diesen Jahren geschaffen wurden, bestehen bleiben, auch wenn ein Teil der Unternehmungen zu Grunde gehen wird. Man wird aber ein so hohes Lehrgeld gezahlt haben, dafs der Volkswohlstand darunter leiden mufs und die Kaufkraft industrieller Werte noch weiter gesunken ist. Der Einsatz ist zu grofs gewesen in diesem Spiel, und so ist das Spiel volkswirtschaftlich verloren: der industrielle Niedergang ist nicht ein vorübergehender Tiefstand, sondern ein Verlust, der nicht wieder sich ausgleichen wird.

Wir werden in den folgenden Kapiteln sehen, dafs die Erzeugung von Rohstoffen ebensowenig sicher gegründet ist, als die von Fabrikaten. Sollte die Ausfuhr von Rohstoffen sinken, so wird man bei dem heutigen Finanzsystem versucht sein, die Handelsbilanz durch verstärkten Protektionismus zu stützen. Zu demselben Mittel zu greifen wird man versucht sein, wenn mit Schlufs des Jahres 1903 kein günstiger Handelsvertrag mit

Deutschland zu stande kommt. Die Erfahrungen von 1891 bis 1894 haben indessen gezeigt, dafs der Nutzen, den hohe Schutzzölle der Industrie vielleicht bringen, leicht von Nachteilen herabgedrückt werden, die damit der Landwirtschaft zugefügt werden. Der Staat, dessen Finanzen hauptsächlich auf der Ausfuhr von Rohstoffen ruhen, ist immer im Nachteil gegenüber dem Industriestaat, dessen Fabrikate er durch Zölle bekämpft. Ein ackerbauendes Land verträgt weit weniger eine merkantile Politik, als ein verarbeitendes. In dem Austausch der Waren ergiebt sich für den Ackerbauer stets der Nachteil, dafs die Rohstoffe durch Gewicht und Volumen grofse Anforderungen an die Frachtmittel stellen. Hier hilft der Staat nun freilich nach, soweit er die Frachtmittel beherrscht, nämlich durch billige Tarife auf seinen Bahnen. Aber es tritt der Übelstand ein, dafs die Ausfuhr-Wagen zum grofsen Teil leer den Rückweg machen müssen, weil die Einfuhr an Rohstoffen gering ist, die Fabrikate aber die Räume, die Korn oder Holz einnahmen, nicht füllen. Die Abnutzung des Bahnmaterials wird also erhöht, die Kosten der Fracht werden vermehrt. Am Hafen tritt derselbe Übelstand ein bei der Schiffsfracht. Kommt nun ein hoher Zollsatz hinzu, werden etwa Kampfzölle erhoben, und vermindert sich infolge derselben die Einfuhr, so kommen immer mehr Schiffe mit Ballast geladen zum Hafen, und dementsprechend steigen die Frachtpreise, die der Landwirt, nicht der Fabrikant, in der Hauptsumme bezahlt. So war es in Rufsland in den Zeiten der hohen Zollsätze. Zu Anfang der neunziger Jahre liefen die meisten Schiffe mit Ballast ein, weil sie keine Einfuhrware fanden, und das russische Korn mufste den Verlust bezahlen; der russische Landwirt bezahlte nicht nur mehr als vorher für deutsche Maschinen und englische Garne, sondern bekam weniger für sein Korn, als er ohne die hohen Zölle erhalten hätte. Die Einfuhr wurde durch die Schutzzölle WYSCHNEGRADSKIS um 100 Millionen Rubel an Wert herabgedrückt, die Ausfuhr von Rohstoffen um über 300 Millionen verstärkt; aber die ausgehenden Schiffe fanden keine Rückfracht und mufsten diesen Ausfall durch erhöhte Frachtpreise von der Ausfuhr decken. In Libau kamen leere Schiffe ein mit 67 Prozent des gesamten einkommenden Tonnengehaltes; in den Häfen des Schwarzen Meeres und Asowschen Meeres kamen vor der Zollerhöhung, im Jahre 1883, Schiffe mit Ballast ein 57 Prozent, nach Einführung des hohen Tarifs von

1891 und 1893 aber, im Jahre 1893, 77 Prozent, im Jahre 1894 80 Prozent. Die Landwirte verloren also annähernd soviel, als hierdurch die Fracht verteuert wurde, und was das zu sagen hat, deutet eine Angabe des Odessaer Börsenkomitees aus früherer Zeit an, die von einer russischen Fachzeitung[1] mitgeteilt wurde. Dort heifst es: „Vom 1. Juni 1884 bis 1. August 1885 sind an Kohlenzoll 480000 Rubel Gold vereinnahmt, für dieselbe Zeit aber auf 120 Millionen Pud ausgeführtes Getreide $2^1/_2$ Millionen Rubel an Fracht überzahlt worden oder $3^1/_4$mal so viel als der Betrag des Zolles.“ Ohne den Kohlenzoll hätten die Schiffe mehr Kohlen hereingebracht, also weniger Schiffe leer kommen müssen, infolgedessen konnten weniger hohe Frachtkosten bei Ausfuhr des Getreides berechnet werden. Einen Teil des Kohlenzolles bezahlte der Landwirt.

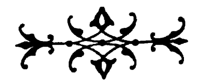
Dies ist ein Beispiel dafür, wie leicht die allzu eifrige Verfolgung des fiskalischen Interesses das Volksinteresse schädigt, und wie grofse Vorsicht gerade ein Staat, der auf die Ausfuhr von Rohstoffen angewiesen ist, bei der Behandlung des Zolltarifs beobachten mufs, wenn er sich nicht selbst durch überspannten Protektionismus schädigen will.

Andere Staaten sind zu ihrer Zeit in ähnlicher wirtschaftlicher Lage gewesen wie Rufsland vor dreifsig Jahren: Frankreich zur Zeit COLBERTs, Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Beide standen Englands wirtschaftlicher Übermacht ähnlich gegenüber wie heute Rufsland gegenüber den Industriestaaten des Westens. Die wirtschaftliche Abwehr wurde dort unter staatlichem Schutz, nicht aber mit staatlichen Mitteln durchgeführt. Die Belebung, der Anstofs selbst vollzog sich in Deutschland aus der Mitte des Volkes heraus und wurde von führenden Kräften zur Reform des wirtschaftlichen Lebens erweitert. Männer wie PERTHES, FRIEDRICH LIST, HANSEMANN entfesselten die im Volke schlummernden Kräfte und die Regierungen mufsten folgen, nicht umgekehrt, wie es heute in Rufsland geschieht. LIST hat in Deutschland für Eisenbahnen und Schutzzoll im ähnlichen Sinne gewirkt wie WYSCHNEGRADSKI und WITTE in Rufsland; aber LIST arbeitete mit den materiellen Mitteln, die im Volke bereits vorhanden waren und nur mobil gemacht zu werden brauchten; Rufsland arbeitet mit Summen, die das Volk mit einem grofsen „goldenen Tribut“ an das Ausland

[1] Promyschlenni Mir (Industrielle Welt).

belasten. LIST fand ein für die industrielle Arbeit und den Verbrauch industrieller Erzeugnisse wohl vorbereitetes Volk vor: in Rufsland fehlte beides. In Deutschland ging man zögernd und vorsichtig zum Protektionismus über, um der Grofsindustrie allmählich zum Wachstum zu verhelfen: in Rufsland wurde ein industrielles Fieber erzeugt ohne Rücksicht auf die Kräfte des Volkskörpers. In Deutschland hatte man weder grofse Politik noch Kolonien zu bezahlen: in Rufsland verwendet man jährlich viele hundert Millionen auf die Erhaltung der Weltmacht und Förderung der Kolonien. Und endlich das Wesentlichste: man hat die Männer nicht für so ungeheure Aufgaben, wie man sie sich gestellt hat.

In diesen 10 Jahren wurde ein stolzer Neubau, richtiger ein neues Stockwerk auf die alten Mauern der russischen Volkswirtschaft gesetzt, mit aller Kunst, aller Technik, allen Vollkommenheiten unserer Zeit. Dennoch hat es in dem neuen Stockwerk bedenklich gekracht und manchen Rifs gegeben, und es scheint, dafs jene alten Mauern von Lehmschlag den modernen Neubau nicht zu tragen vermögen. Wenn der innere Markt dauernd versagen sollte, wenn der russische Konsument nicht im stande wäre, die Erzeugnisse der neuen Industrie aufzunehmen, dann hätten zwei sehr gewandte und sehr energische Minister einen grofsen Fehler begangen. Wir wollen nun suchen, uns hierüber etwas Klarheit zu verschaffen.



FÜNFTES KAPITEL

DAS ZENTRUM. DER ADEL

Aus dem vorhergehenden Abschnitt drängt sich die Bemerkung auf, wie in der neuen Ära seit 1887 die Staatswirtschaft Rufslands immer mehr sich von der Volkswirtschaft scheidet. Die Finanzen des Staates nehmen immer stärker die Sorge und Thätigkeit der beiden Finanzminister dieser Zeit in Anspruch, sie gewinnen das Übergewicht über die Volkswirtschaft. Auch wo die Minister die wirtschaftliche Arbeit im Volke fördern, wie in der Industrie, ist der leitende Gesichtspunkt immer ein staatsfinanzieller: die staatlichen Geldmittel sollen gemehrt werden. Nicht, wie der Wohlstand im Volke zu heben wäre, ist die erste Frage, sondern, welchen Nutzen der Fiskus haben wird. Finanzielle Technik, das ist die oberste Regierungskunst, und diese allerdings war seit 1887 glänzend. So waren es auch die Staatsfinanzen. Wie überwiegend Herr WITTE hierin seine Aufgabe sah, wie durchdrungen er davon war, dafs blühende staatliche Finanzen ein untrüglicher Beweis für wachsendes Wohlergehen des Volkes seien, hat er selbst oft ausgesprochen. In seinem Budgetbericht für 1896 erklärte er die finanziellen Erfolge für so glänzend, wie sie seither weder in Rufsland noch anderswo je erreicht wurden; sie hätten alle Merkmale der Dauerhaftigkeit an sich; sie seien nie und nirgends bei einer Verarmung des Volkes vorgekommen, und undenkbar in Zeiten, wo die Volkswirtschaft leide. Er meinte bemerkt zu haben, dafs der Wohlstand im Volke steige, dafs sich aus dem Bauernstande heraus eine wohlhabende Schicht der Landbevölkerung bilde, die in sich die Bedingungen zu weiterer Entwickelung trage. Das Vertrauen in die Macht der Staatsfinanzen spricht auch noch aus den ministe-

riellen Kundgebungen der letzten beiden mageren Jahre. Allein es ist nicht wahrscheinlich, dafs an einem so einsichtigen Mann wie Herrn WITTE die Erfahrungen dieser Zeit und die von allen Seiten sich erhebenden Warnungen ganz wirkungslos könnten vorübergegangen sein.

Wenn man die russische Litteratur der letzten 20 Jahre überschaut, so ist man überrascht, fast immer und überall auf Schilderungen oder Beurteilungen von wirtschaftlichen, sozialen, moralischen Übelständen des Volkslebens zu stofsen. Von GOGOL an bis auf GORKI hat sich die sogenannte schöne Litteratur meist mit diesen Dingen, und zwar kritisch, negierend, klagend beschäftigt. Positiv bauend ist weder diese, noch die Fachlitteratur gewesen, und das ist dadurch erklärlich, dafs das Volk selbst, wenigstens bis 1864, von jeder praktischen Beteiligung an öffentlichen Dingen ausgeschlossen war. Ihm blieb nur die Rolle des Zuschauers und Kritikers gegenüber einem Schauspiel, das von dem staatlichen Beamtentum aufgeführt wurde. Auf diese erzählende Litteratur werde ich noch zurückkommen. Hier will ich nur auf die in letzter Zeit sich mehrenden fachlichen Schriften hinweisen, die neben den amtlichen Veröffentlichungen von den verschiedenen Gebieten des Volkslebens handeln, und die sämtlich in schroffem Widerspruch stehen nicht nur zu dem Optimismus des Finanzministers, sondern fast immer auch zu dem gesamten Gange der inneren Politik. Was uns zunächst interessiert, sind die speziell volkswirtschaftlichen Schriften. Welche von ihnen man zur Hand nehme — von KEUSSLER und ENGELMANN bis auf GOLOWIN, SCHWANEBACH, NOW KOW, ISSAJEW, LOCHTIN, SIMKOWITSCH, JERMOLOW, M LÜKOW u. s. w. — überall, und ganz besonders deutlich in den Werken national-russischer Schriftsteller — wird man denselben tief klagenden Grundton vernehmen, den Ausdruck der Enttäuschung, des Schmerzes über die Gegenwart, oft der Erbitterung über die eigene Machtlosigkeit gegenüber einer Welt von Übeln. Nur Fremde, die als litterarische Geschäftsreisende das Land durchfliegen, sind manchmal anderer Meinung. Man mufs dabei stets im Auge behalten, wie vorsichtig besonders die Tagespresse der Zensur gegenüber zu steuern genötigt ist, sobald sie innere Zustände besprechen will. Vielleicht nicht ein Zehntel von dem, was ihr am Herzen liegt, wird ausgesprochen. Und dennoch brechen manchmal Schreie der Verzweiflung durch.

Es handelt sich bei allen diesen Untersuchungen und Klagen weniger um das ganze russische Reich, als um das sogenannte Zentrum, das eigentliche Rufsland, ja man kann sagen um das alte Grofsfürstentum Moskau mit Ausschlufs Sibiriens. Es sind die Gebiete, wo die Schwarzerde vorherrscht, als Wellenland im nördlichen, als Steppe im südlichen Teil, ein Land, das an natürlicher Fruchtbarkeit unübertroffen ist, das an Ausdehnung Deutschland weit übertrifft. Das sogenannte zentrale Rufsland umfafst 338000 Quadratkilometer mit 14½ Millionen Einwohnern, zeigt aber heute dieselben wirtschaftlichen Erscheinungen, dieselben kulturlichen Zustände wie das Wolgagebiet im Osten. Diese beiden Bezirke zusammen bilden gerade das grofsrussische Kernland in einer Ausdehnung von 923000 Quadratkilometer mit 25½ Millionen Einwohnern.[1] Es bildet die nationale Hochburg, von der aus Geist und Charakter des Riesenreiches bestimmt werden, von dessen Festigkeit die Zukunft Rufslands und der Russen abhängt. An dieses Land schliefst sich im Süden das gleichfalls grofsrussische Neurufsland und im Südwesten Kleinrufsland an, die, in manchen Dingen vom Zentrum abweichend, weit weniger von der wirtschaftlichen Not zu leiden haben, im ganzen aber doch an dem Entwickelungsgange des Zentrums teilnehmen, zu dem sie nach Bodenbeschaffenheit und auch nach Nationalität gehören. Diese letzteren beiden Gebiete, eine gewaltige, fast ganz waldlose Ebene von grofser Fruchtbarkeit, umfassen 633800 Quadratkilometer mit 19300000 Einwohnern. Lassen wir uns nun von kundigen Führern durch einige Räume der russischen Hochburg leiten.

* * *

Vor 1861 waren die sozialen und die wirtschaftlichen Zustände sehr einfach organisiert. Der Staat forderte durch seine Beamten Steuern und Rekruten, handhabte die obere Gerichtsbarkeit und die höhere Polizei, und sah darauf, dafs Ruhe im Lande herrschte. Die eigentliche Macht und Verwaltung lag in den Händen des angesessenen Adels, der weniger sein Land, als die darauf sitzenden Bauern verwaltete, die ihm hörig, an die Scholle gebunden, völlig in seiner Gewalt standen. Von zahlreichem Hausgesinde umgeben safs der Edelmann auf dem Hof und hielt die Dorfbauern zur Arbeit auf

[1] S. KOWALEWSKI, La Russie à la fin du 19. siècle. Paris 1900.

seinem Acker an, zu einer Arbeit allerursprünglichster Art und mit dem allerrohesten Ackergerät; er selbst, der Herr, ohne jede andere landwirtschaftlichen Kenntnisse, als sie der Bauer auch besafs, aber auch mit der Bedürfnislosigkeit, die ein breites, bequemes Leben in weiten Flächen mit dem Überflufs an einfachen Nahrungsmitteln, an Brot und Butter, an Fleisch und Gemüse, an Kwafs und Met und Branntwein, an Wild und Fischen, an Wolle und Lein zur Kleidung so leicht mit sich bringt. Im Hause safsen die Mägde am Spinnrocken, die Weiber am Webstuhl; auf den reicheren Höfen gab es Klöpplerinnen und Stickerinnen, gab es Gestüte, Gärten und Parks; da ritt man mit zahlreicher Meute oder mit Windhunden zur Jagd; man verstand gut zu tafeln, die Vornehmeren hielten mehr auf gediegene Ausbildung ihrer drei oder vier Köche, als auf die eigene Bildung, und die kulinarische gute Tradition hat alle Stürme der Neuzeit überstanden. Aber das kostete alles nicht gar viel, weil Koch und Küche kein Geld erforderten, und so kümmerte man sich wenig ums Geld, denn man brauchte davon wenig. Aber man lernte auch wenig oder nichts; man begnügte sich mit dem sehr dürftigen Unterricht im Gymnasium der Gubernialstadt, man bedurfte nur geringer Kenntnisse, um in den Militärdienst zu treten. Wer höher hinaus wollte, ging nach Petersburg in das Lyceum oder in die Junkerschule. Man lernte auch nicht die Landwirtschaft, denn der Bauer kratzte in althergebrachter Weise mit seiner hölzernen Zoche den Boden im Frühling auf, säte ohne zu düngen und erntete den Weizen in diesem und die Sommerung im nächsten Jahr, und im übernächsten gab es Brache; Rinder, Rosse und Schafe hatten stets ausreichende Weideflächen in der jungfräulichen grasreichen Steppe, frafsen ihr Heu in den leichtgebauten Winterställen oder auch nur unter einem Schutzdach, die Kühe gaben wohl wenig Milch, aber die grofse Kopfzahl machte es. Was war da zu lernen? Der Edelmann war, wie TERPIGOREW sagt, Polizeianstalt, nicht Landwirt. Der Aufseher hatte nur darauf zu achten, dafs kein Bauer den Tag stahl, dafs jeder nach Befehl zur Stelle war, heute zu Fufs, morgen mit Pferd und Gerät, heute allein, morgen mit Weib und Kind. Im Dorf mufste er aufpassen, dafs die Hütten ausgebessert wurden, dafs die Staatssteuer einflofs, und wenn's not that, mufste der Gutsherr einschreiten, hier einen Streit schlichten, da die mannbar gewordenen Mädchen verheiraten, dort für ein Vergehen den Prügel schwingen lassen — was stets im Pferde-

stall geschah — oder gar in Ketten legen, nach Sibirien verschicken, oder diesen oder jenen Taugenichts verkaufen. Was war viel dabei zu lernen? Und auch Sorgen gab's nicht allzuviel. Der Bauer zahlte seine Kopfsteuer, der Herr seine Branntwein-Accise, und sonst war nicht viel zu steuern, es sei denn, dafs man in der Gouvernementsstadt bei dem Kaufmann für ein Pariser Kleid oder einen persischen Teppich oder bei dem Gastwirt für Champagner mit dem Preise indirekt Staatssteuer entrichtete. Hypothekenschulden hatte man nicht oder doch wenig, und das wenige erst, seit vor kurzem der vom Staat errichtete „Vormundschaftsrat“ dem Adel Kredite eröffnet hatte; eine Justiz, bei der Bauer oder Städter Recht finden konnte und die Geld gekostet hätte, gab es auch nicht, und wo nötig, da konnte man Polizei und Gericht mit einigen Gänsen, Fischen, einem Gaul, einem Fäfschen Branntwein in gute Stimmung versetzen. Übrigens gehörten die oberen Beamten in der Provinz ja meist zu „uns“, zum Adel der Provinz, und waren nicht grausam. Was hatte man da zu sparen oder zu sorgen?

Dann aber kam das Jahr 1861 mit dem erschütternden 19. Februar, an dem die Bauern die persönliche Freiheit, ihren Hof im Dorf und ihren Anteil an der Dorfflur erhielten. Erst war man wie betäubt von diesem Schlage, und mit gutem Grunde. Denn der Adel war hierauf in keiner Weise vorbereitet worden. Man erwäge, dafs bisher das Vermögen des Edelmannes in Bauern, nicht in Land bestand, wenn man unter Vermögen den nutzbaren Besitz versteht. Nutzbar war der Bauer, nicht das Land, denn Quadratmeilen des schönsten Landes im Gouvernement Samara oder Simbirsk, auch Saratow jenseits der Wolga, hatten gar keinen Wert an sich; sie bekamen erst Wert von dem Augenblick an, wo der erste Bauer auf ihnen angesiedelt wurde. Die Witwe in TERPIGOREWs Erzählung macht sich Vermögen, indem sie alles Takelzeug, Männer, Weiber, Mädchen, Kinder, dessen sie habhaft werden konnte, im Tambowschen Gubernium, ihrer Heimat, aufkauft und in die Samarasche Wüste, oder vielmehr Steppe, mit Ketten gefesselt schickt, um in Ketten dort zur Arbeit zu gehen, bis sie sich eingewöhnt hatten: Neuland brechend, Hütten bauend, und vor allem Kinder zeugend — niemand durfte damit zögern, sobald er am Ort anlangte; denn jedes Kind mehr trug zur Erhöhung der Werte des Landes bei und jeder Strolch war gut genug, um mit einer Dirne zusammengethan zu werden und eine Familie zu schaffen. Es

waren da unendliche Gebiete, aber ohne Menschen darauf; der Boden war fast umsonst zu haben, der Gutsherr kolonisierte, indem er deportierte. Umgekehrt mochte man wenig Land haben, aber viel Bauern, so hatte man an ihnen doch Vermögen, denn sie erarbeiteten etwas, sie gingen auch wohl als Händler in die Stadt, und von dem Verdienst gaben sie einen Teil dem Leibherrn ab. Und nun waren plötzlich die Bauern weg, frei, und man hatte noch Land, aber ohne die Arbeiter dazu! Freilich, man bekam von der Regierung Loskaufsscheine; der freie Bauer mufste für sein Land dem ehemaligen Gutsherrn eine Summe zahlen; die Regierung trat für ihn ein und gab dem Gutsherrn einen Schein über die Schuld, den dieser verkaufen konnte. Aber der Bauer hatte nur etwa vier Hektar Land auf den Kopf bekommen; vorher, als Leibeigener, jedoch hatte er sechs oder acht Hektar für den Herrn bearbeitet. Wie sollte der Herr nun diese bearbeiten, um zu den alten Einkünften zu kommen? Was er für die vier Hektar des Bauern an Zinsen durch den Fiskus erhielt, deckte nicht den Ausfall von den drei Hektar, die nun brach lagen, und die derselbe Bauer vordem bearbeitet hatte. Denn der Bauer wollte anfangs nur ungern sich für Tagelohn verdingen, und wo ein harter Herr safs, da gab es erst recht keine Lohnknechte. Auch hatte der Bauer seinen Pflug nebst Pferd mit fortgenommen und der Gutshof war oft ohne Gerät und Zugvieh. Es war wirklich eine sehr schwierige Lage; man hatte wohl noch den Gaul, aber Silen und Pflug waren fort — wie sollte man nun ackern? Draufsen das neue Gut im Samaraschen mit den neuen Ansiedelungen, den Erdhütten der deportierten Bauern, ohne Gutsgebäude, hatte gar keinen Wert mehr; aber auch das Stammgut trug nichts mehr, weil wenig darauf geackert wurde; die brach liegenden Flächen wuchsen. Der Kutscher war nach zwei Jahren fortgezogen, der Tischler, der Schmied, die Spinnerinnen und Stickerinnen und Weberinnen hatten nur noch die gesetzliche Dienstfrist von zwei Jahren im Hof ausgehalten und sich dann verlaufen. Der Gutshof war verödet, nur dieser oder jener alte Diener, Koch, Aufseher hielt noch aus Anhänglichkeit bei der alten Herrschaft aus, wenn er eben genug Anhänglichkeit hatte und die Herrschaft danach war. Sonst ging auch er seiner Wege, nahm Dienste in der Stadt oder eröffnete im Dorf eine Schenke, einen Kramladen, eine Schmiede — der arme Gutsherr aber breitete entsetzt die Arme zum Himmel aus: seines

Vermögens, das er von Vätern und Vorvätern ererbt, habe man ihn beraubt — was nun beginnen!

Allmählich wich die Betäubung, und zwar beim Adel wie auch beim Bauern. Dieser letztere hatte seinen Freiheitsrausch ausgeschlafen, und da er von seinem Acker allein meist nicht leben konnte, mufste er beim Gutsherrn Arbeit nehmen. Es begann die erste Wanderung auf Arbeit, die nachmals so grofsen Umfang angenommen hat. Der Gutsherr schickte sich seufzend und klagend in die neue Wirtschaftsart, für die Geld zu Löhnen verlangt wurde, das er nun schaffen sollte. Die Ackerfläche war eingeschrumpft, Geld aus dem Lande zu ziehen war noch schwerer als ehedem, und viele kamen in Bedrängnis. Viele hatten ja auch von dem Vormundschaftsrat das erste Darlehn gegen Hypothek erhalten, und war es nicht grofs, so mufsten die Zinsen doch gezahlt werden. Nun kamen die Loskaufsscheine, man erhielt Geld. Da begann eine Erregung plötzlich durchs Land zu gehen. Was man vom Vormundschaftsrat erhalten hatte, war in alle Winde gegangen. Jetzt hiefs es, man müsse in neuer Zeit ein neues Leben anfangen: die einen wollten eine neue Art von Landwirtschaft beginnen, wie sie im Auslande, in Deutschland, Frankreich, geführt wird, wo die Gutsbesitzer doch von ihrem Lande grofse Einkünfte haben. So sollte es nun auch hier im Orelschen oder Tambowschen werden, und man reiste mit Loskaufsscheinen nach Moskau, ging in die neue deutsche Maschinenniederlage und fragte da, welche Maschinen und Geräte man sich wohl anschaffen müsse, um auf deutsche Art zu wirtschaften. Mit mehreren Fuhren Maschinen und ein paar deutschen Werkführern kehrte man heim, alle Nachbarn wurden auf einen bestimmten Tag eingeladen, und nun wurden vier Rosse vor einen schweren Pflug gespannt, oder eine Säemaschine, ja vielleicht eine Dreschmaschine in Gang gesetzt. War das Glück gut, so kam sie wirklich in Gang zum Staunen der Nachbarn, und es dauerte sogar Wochen, ehe ein Rad brach oder ehe die Knechte erklärten, der Pflug tauge nichts, ehe alles in den Schuppen wanderte und die deutsche Landwirtschaft ein Ende hatte. Die ersten Versuche fielen bei der völligen Unbekanntschaft mit modernem Ackerbau natürlich meist traurig aus, auch wenn sie nicht vom Händler in der Stadt oder von dem deutschen Werkführer, der vielleicht ein mecklenburger Stromer war und nie eine Dresch-

maschine gehandhabt hatte, betrogen wurden. Was dabei sicher war, das war das Hinschmelzen der Loskaufsscheine.

Man kann nichts Vollendeteres dieser Art lesen, als die Schilderungen, die TERPIGOREW von diesen Zuständen nach der Bauernbefreiung entwirft.[1] Es ist das Chaos, das wirtschaftliche und auch das moralische Chaos. Denn dieser Adel ward nicht nur wirtschaftlich gänzlich unvorbereitet aus der reinen Naturalwirtschaft hinausgeworfen in eine Geldwirtschaft, die er nicht verstand, sondern er war auch ebenso moralisch unfähig in Verhältnisse gestofsen worden, die einen festen Willen und viel Besonnenheit forderten. Hatte er bisher Geld in die Hand bekommen für ein nach Petersburg verkauftes Rofs, so war das nur dazu da, um in Champagner und Festen verthan zu werden; denn wozu sonst brauchte er Geld auf seinem Gut, sofern er nicht ein Geizhals war oder Land zukaufen wollte? Jetzt hatte er Geld, und das flofs ihm so schnell wie vorher durch die Finger, denn an die Zukunft, ans Bezahlen zu denken hatte er nicht, aber den Herrn zu spielen überall, wo er erschien, hatte er wohl gelernt; oder vielmehr das safs ihm im Blut aus den Generationen in der Zeit der Leibeigenschaft; vielleicht auch safs es im nationalen Slawenblut, in der „weiten Natur" des Russen. Und dazu kommt noch, dafs der Russe, ob Bauer oder Edelmann, keine Anlage zur Landwirtschaft hat. Er ist nicht Landwirt in dem Geiste, wie wir Deutsche wenigstens, es verstehen; er ist nicht Ackerwirt, hängt nicht an der Scholle und trennt sich leicht von ihr, um in die Stadt zu ziehen und einen Dienst zu suchen.

Andere, die von moderner Landwirtschaft nichts hielten, hielten umso mehr von guter Kindererziehung, die es der Nachkommenschaft ermöglichen sollte, im Staatsdienst den verlorenen Wohlstand wieder zurück zu gewinnen. Sie nahmen ihre Loskaufsscheine, fuhren damit nach Petersburg oder Moskau und lebten dort so breit und bequem, wie sie es gewohnt waren und ihrem Stande angemessen hielten. Die Söhne wurden für die „Kronsanstalten" vorbereitet, lernten die Hauptsachen, nämlich fremde Sprachen und gute Manieren; die Töchter wurden von wirklichen oder vermeintlichen Gouvernanten glattgeschliffen; die Eltern zeigten sich in der Welt — und dann waren die Loskaufsgelder alle. Man mufste wieder

---

[1] TERPIGOREW, Verkümmerung. St. Petersburg. (Russisch.)

heim auf die Scholle, man mufste da zu Gelde machen, was noch vorhanden war, um den hoffnungsvollen Sohn in die glänzende Staatskarriere zu bringen, die ihm nach seinen Gaben und Versicherungen sicher bevorstand. Und dann ging es abwärts.

Etwas später, als auf dem Lande ein Gutsbesitzer nach dem anderen zusammenbrach, suchte die Regierung zu helfen. Trotz der bereits zweimal gemachten Erfahrungen glaubte sie in dem Geldmangel das Übel sehen zu müssen, das an dem Grundadel zehrte. Es wurde im Jahre 1874 die gegenseitige Boden-Kredit-Gesellschaft gegründet mit staatlicher Hilfe und unter staatlicher Kontrolle. Sie gab Papiere zu pari aus, die zu 88 verkäuflich waren, auf Metall lauteten, nicht unter 7—8 Prozent, bald aber 9—11 Prozent Zins forderten, den Kapitalverlust von 12 Prozent eingerechnet, den der niedere Kurs veranlafste. Diese „goldene Bank“ hat eine Menge Gutsbesitzer ruiniert, bis der Staat sie aufhob. Nun trat der Staat selbst ein, gründete im Jahre 1886 und 1894 die Adels-Agrarbank und die Bauer-Agrarbank, regte die Gründung einer Menge von Privatbanken an, kurz streute das Geld ins Land, das den Adel retten sollte. Aber dieser Adel hatte noch immer nicht gelernt, mit Geld umzugehen. Er nahm, was man ihm anbot, hielt es oft für eine Unterstützung, zu der der Zar gegenüber seinem getreuen und bedrängten Adel wohl verpflichtet war, entrüstete sich dann aber manchmal, wenn von ihm Zinsen oder gar Rückzahlung von Kapital gefordert wurden, was doch unmöglich der Zar habe im Sinn haben können, als er das Geld gab. Im übrigen lebte man davon wieder einige Jahre, und einige Gutsbesitzer gelangten wirklich zu moderner, d. h. intensiverer Wirtschaft, besonders durch die Zuckerindustrie; das waren aber wenige und sehr reiche Leute.

Wieder eine neue Zeit brach an, als der Eisenbahnbau in grofsem Mafsstabe begann und als der Gründungstaumel die Residenz erfafste. Da hiefs es denn auch in der Provinz: wir müssen eine Bahnkonzession haben, wir müssen Aktiengesellschaften gründen. Die meisten dieser Gutsbesitzer hatten weder eine Aktie noch eine Fabrik jemals gesehen und keine Ahnung von dem geschäftlichen Gang solcher Unternehmungen. Aber bald fand sich da ein Bruder, der in Paris gewesen war und dort einigemal die Börse besucht hatte, oder ein anderer, der mit dem Finanzminister auf der Schulbank gesessen hatte — ganz in seiner Nähe, nur zwei Plätze von ihm! — dem es gar nicht fehlen konnte,

durch des Ministers Protektion die schönsten Konzessionen zu erlangen, die gewinnreichsten Unternehmungen zu gründen. Das Spiel begann, man nahm aus den neuen Hypothekenbanken das Geld, gründete Bahnen oder sonst was, und das Geld flofs ab; bald safs man wieder auf dem Trockenen, denn all diese Bahnen und Gründungen waren faul in der Wurzel, aus Unkenntnis und Unehrlichkeit, mehr noch aus Leichtsinn.

Man rechnet, dafs auf diese Weise an $1^1/_2$ Milliarden von dem Adel auf seine Besitzungen erborgt und dann zu weitaus gröfstem Teil durch Leichtsinn, Unkenntnis und Unverstand, durch grenzenlose Charakterschwäche und kindliche Sorglosigkeit vergeudet wurden. Denn seit Beginn der siebziger Jahre ist in manchen Gegenden ein Drittel des Adels und noch mehr von seinen Gütern verschwunden, weggefegt durch die gepriesene Geldwirtschaft, die den Fortschritt bedeutet. Man sieht es TERPIGOREW an, wie ihm das Herz blutet, wenn er von diesem Nachbar und von dem und von jenem in langer Reihe erzählt, wie es kam, dafs sie von ihrer Scholle mufsten.

Die wirtschaftliche Umwälzung hatte nicht alle unvorbereitet getroffen. Kalte, geriebene Rechner, kleine Beamte oder Kaufleute aus der Stadt, oder Wucherer, die ihre Zeit verstanden tauchten auf. Zwei Typen solcher Leute schildert TERPIGOREW; sie tauchen in all seinen Erzählungen auf. Der eine raubt den Bauer, der andere den Edelmann aus; der eine nimmt Pferd, Kuh, die nächste Ernte des Bauern durch wucherische Vorschüsse fort, der andere kauft für willkürlich von ihm gesetzte Preise die Pferde des Edelmannes, dann die Wirtschaftsgebäude, dann den Park, den Obstgarten, dann die Möbel im Herrenhause, endlich das Herrenhaus selbst. Alles wird fortgebracht; die uralten eichenen Wände des Hauses werden auseinander genommen und in der Stadt wieder zusammengefügt, die Möbel hineingesetzt, und da ist nun der alte Hof selbst in die Kreisstadt oder Gubernialstadt gezogen, wie der ehemalige Herr es auch gethan hat. Aber in dem Hause sitzt der Wucherer, und der Herr bettelt um eine kleine Anstellung irgendwo im Smolenskischen oder in Petersburg, oder er ist Säufer geworden und verkommen, oder er ist verschollen, man weifs nicht wohin. Wo der Hof stand, ist es öde geworden, die alten Linden der Alleen, die mächtigen Bäume des Parks, alles ist fort, und die Äcker werden jährlich stückweise an die Bauern im Dorf ver-

pachtet, die Wiesen werden verpachtet, der Wald wird abgeholzt und verkauft. Hunderte, vielleicht Tausende von Gütern sind jetzt in diesem Zustande, nicht nur im Tambowschen, Orelschen, Tulaschen u. s. w., sondern auch ganz in der Nähe Moskaus.

Wenn man diese Schilderungen liest, meint man, es sei von Kindern die Rede. So wenig Besonnenheit, so wenig Festigkeit, so wenig Erfahrung, so wenig Lebensklugheit, so wenig Selbstachtung; und so viel Zutrauen, Weichherzigkeit, Sorglosigkeit, so leicht im Nehmen und Geben, so genufsfähig, so duldsam gegen andere — es sind Kinder, die noch kaum die Schule verlassen haben; ihre Gedanken reichen nicht über den nächsten Monat, die nächste Woche hinaus, sie haben nie ökonomisch zu denken, zu rechnen gelernt, und nationalökonomisch schon gar nicht. Es ist in allem ein überraschender Mangel an Besonnenheit, ja an praktischer Vernunft zu beobachten, der uns anderen kaum begreiflich ist. Wenn dies der Charakter, der empirische Charakter des Volkes wäre? Ich wüfste dann freilich kaum, wie es zu Selbständigkeit jemals sich herausarbeiten könnte.

Inzwischen hatte die Regierung Alexanders II den ersten Versuch gemacht, das Volk zu Selbstthätigkeit und Selbständigkeit zu erziehen. Sie hatte die Landschaftsinstitutionen ins Leben gerufen, sie hatte die erste wirkliche Rechtspflege organisiert. Dem Adel öffneten sich seit 1863 und 1864 diese beiden Felder nützlicher und einträglicher Arbeit, und er drängte sich besonders in die die Stellungen, die Landschaften boten, wo es keines Fachstudiums wie in der Justiz bedurfte. Es war in der ersten Schreckenszeit nach der Bauernbefreiung; der Adel hatte durch das Amt des Friedensvermittlers, der den adligen Kreisen angehörte und die Beziehungen zwischen den Bauern und den ehemaligen Leibherren zu regeln hatte, bedeutenden Einflufs auf die Bauern im Dorf und ebenso auf die wenigen bäuerlichen Vertreter in den Landschaften. Als dann dieses Amt abgeschafft wurde, schwand auch dieser Einflufs und es begann sich ein mittleres Element heraufzuschieben, das wirklich arbeiten lernte, das aber den Suppentopf der Pfründen für den Adel schmälerte. Dieses Element wurde für den Adel das, was der Dorfwucherer, die „Faust“, für den Bauer wurde: es beutete den kindlich-leichtlebigen Edelmann aus, bereicherte sich durch seine Wälder, Häuser, Parks, und machte sich in der Verwaltung Stellung.

So fand sich der Adel einem doppelt feindseligen Beamtentum gegenüber und geriet alsbald mit ihm in Streit auf dem Boden der Selbstverwaltung, die die Landschaftsverfassung dem Adel eröffnet hatte. Wie ich schon sagte, fiel diese Neuerung in die Zeit völliger Fassungslosigkeit des bauerlos und damit brotlos gewordenen Adels, der nun, seit 1864, in den neuen landschaftlichen Ämtern Rettung vor Hunger und Schande suchte. Man hatte allerlei Aufgaben den Landschaften überwiesen, die mit Verwendung bedeutender Geldmittel verbunden waren. Die Landschaften besteuerten das Land, erhoben und verwendeten die Steuern für öffentliche Zwecke. Da waren Wege, Spittel, Schulhäuser, Getreidemagazine und Brücken zu bauen, und man wufste sehr gut aus der alten Erfahrung mit den Kronsbauten, Kronsunternehmern und Lieferanten, wie man dabei Geld verdienen konnte. Die Landschaften wurden ein Feld der Spekulation; die Bauten wurden schlecht ausgeführt, die Wege vernachlässigt, und so kam es, dafs die Zustände bald schlimmer wurden als zuvor. Dies brachte die Regierung gleich anfangs in Opposition mit der Landschaft. Dazu kam die natürliche Abneigung des Beamten des Staates gegen jede von ihm unabhängige Autorität, die seine Macht beschränkte, die scheel sehende büreaukratische Eifersucht auf alle ständische Selbständigkeit. Die Gouverneure hinderten, hemmten, die Landschaften beschwerten sich, und der Streit wurde allmählich zu einem Prinzipienkampf zwischen Selbstverwaltung und Staatsbeamtentum. Endlich bildete sich auch noch ein politischer Gegensatz heraus zwischen den Anhängern der alten büreaukratischen Selbstherrschaft und der auf Wahl der Stände ruhenden Landschaft, die den Verdacht erweckte, nach politischen Vertretungskörpern zu streben, durch die die zarische, d. h. die büreaukratische Allgewalt könnte eingeschränkt werden. Den büreaukratischen Verteidigern des Absolutismus stellte sich sofort die Kirche zur Seite, und der Prinzipienkampf nahm dann einen für die Landschaft verderblichen Ausgang, wie wir in einem anderen Abschnitt sehen werden.



SECHSTES KAPITEL

DER ADEL

(Fortsetzung)

Der Grundadel zeigte sich nach der Bauernbefreiung unfähig, in die neue Lage sich zu finden, die Landwirtschaft auf seinen Gütern auf neuer Grundlage wieder in Gang zu bringen. Daran allein aber kann es nicht gelegen haben, wenn das ganze Land verarmte. An die Stelle der verarmten Edelleute traten andere Besitzer, die alten Äcker wurden von diesen selbst bearbeitet oder an Bauern verpachtet, und die Erträge kamen den neuen Nutzniefsern zu gute. Wir werden weiterhin von den Gründen reden, weshalb der Bauer verkümmerte; hier wollen wir den privaten Grofsgrundbesitz im Auge behalten, der über ein Drittel des im Privatbesitz befindlichen Nutzlandes [1] umfafst.

Der Landedelmann der alten Zeit baute wenig Korn auf seinen weiten Ebenen. Wozu auch, da es doch nur schwer verkäuflich war bei guten Ernten und auch bei schlechten nur geringen Geldwert hatte. Vor 50 Jahren galt der Scheffel Hafer dort im Zentrum oft nur 15 Kopeken oder 30 Pfennige, der Scheffel Weizen das Doppelte; und oft konnte man auch dafür keine Käufer finden. War die Ernte eingebracht, so standen die Kornmieten in langen Reihen in der Nähe der Riege, und man drosch nach Bedarf die nächsten Mieten weg. War ein gutes Jahr gewesen, so fand die nächste Ernte noch einen Teil der alten Mieten ungedroschen vor, es setzten neue Haufen sich an die alten an, und kam kein Unfall dazu, so fand man ungedroschene Mieten von drei oder gar

[1] LOCHTIN, Der Zustand der Landwirtschaft in Rufsland. Petersburg 1901.

vier Jahren stehen. Das war dann der Stolz bei Adel und Bauer, das Zeichen des Reichtums, wenn da an der Strafse entlang die hellen neuen Mieten zunächst glänzten, und hinter ihnen immer grauere sich hinzogen, die ältesten halb schon verfault, ganz dunkel gefärbt. Dabei ging dann freilich mancher Scheffel Korn verloren, aber es hatte doch auch eine gute Seite. Denn kam ein Mifsjahr, so wurde das Leben wohl knapper, aber man hungerte nicht, sondern zehrte von den alten Mieten, der Gutshof so gut als der Bauer, den bei Kraft zu erhalten ja im Interesse, wenn nicht im Pflichtgefühl des Leibherrn lag. Hatte ein Bauer im Dorfe nichts geerntet, so griff der Herr zu den Vorräten der alten Mieten und der Kornspeicher, und dem Hunger war gewehrt. Wollte der Acker nichts mehr geben, so liefs man ihn liegen und brach neuen in dem Steppenlande und der Schwarzerde, denn an Düngen dachte man nicht. Der beste Weizen ging wohl nach Moskau in die Mühlen; wo Schafzucht war, wurde Wolle verkauft, wo Pferdezucht war, flofs hiervon einiges Geld ein; die Steuern waren gering, der baren Ausgaben gab es wenig.

Dann aber kam nach der Bauernbefreiung die Not, erst fehlte es an Arbeitskraft, dann an Geld, und viele gingen in dieser Not unter. Inzwischen jedoch dehnte sich das Netz der Eisenbahnen aus und die Frachtsätze wurden unter WYSCHNEGRADSKI so heruntergesetzt, dafs von dem entferntesten Acker her der Weizen, wenn nur eine Bahn nicht sehr weit, d. h. wenn sie nicht viel über 100 Kilometer weit ab war, zur Station gefahren und mit Nutzen nach einem Hafenplatz versandt werden konnte. Man erhielt plötzlich das Dreifache, das Sechsfache der früheren Preise und während vordem nur ein oder zwei Händler in der Kreisstadt Käufer waren, machten bald die Hafenplätze aus weiter Ferne ihre magnetische Anziehungskraft bis in die Dörfer jenseit der Wolga bemerkbar. Nun begann man den Kornbau auszudehnen. Ein Stück Wiese oder Weideland nach dem anderen wurde umgebrochen, die Weizenflächen drangen immer weiter vor, die Maschinen und Ackergeräte wurden in Massen aus dem Auslande herbeigeschafft, die Kornproduktion und die Kornausfuhr schnellten in wenig Jahren zu unerhörter Höhe auf. Die Bodenpreise vervielfachten sich, man glaubte eine goldene Zukunft vor sich zu haben. Heute ist die Steppe, die vielbesungene, die endlose, die blumige und sinnige Steppe, noch jenseits der asiatischen Grenze, jenseits des Ural zu

finden, im alten Rufsland ist sie fast verschwunden, und anstatt ihrer wogen jetzt die Kornfelder ununterbrochen von Tula und Orel bis an das Schwarze Meer und die Wolga und weiter hin. Die Erde ist fruchtbar genug, um manches Jahr hintereinander Weizen, oder abwechselnd Roggen, Hanf, Hafer zu tragen, bei flüchtiger Bearbeitung und ohne Düngung; so wird denn gesät und wieder gesät, und diese gutsherrlichen Äcker, meist Neuland, tragen noch heute das achte Korn in guten Jahren, doppelt so viel als der Acker des Bauern oder doch um ein Drittel mehr. Denn die Kraft des bäuerlichen Ackers ist seit Jahrhunderten ausgesogen worden. Der Gutsherr hat mehr Neuland als der Bauer, also schon um deswillen bessere Erträge. So wurde denn der Raubbau, wie er seit RURIKs gesegneter Zeit in russischem Lande getrieben wird, in gröfstem Stil über das ganze Land ausgedehnt. Nur in noch weit räuberischerer Weise. Denn wenn auch vordem schon nicht gedüngt wurde, so gab es doch viel Rindvieh, Pferde, Schweine, die dem Lande unwillkürlich etwas Dung zuführten, auch ohne viel Bemühung des Menschen. Die gewaltigen Grasflächen nährten das Vieh und kamen mittelbar der geringeren Ackerfläche zu gute. Nun schwanden die Grasflächen und es schwand auch das Vieh. Um ein Drittel hat es an Zahl heute abgenommen gegen die Zeit vor 20 Jahren, während in den Kulturländern Europas der Viehbestand allenthalben gewachsen ist, und auch das mag noch zu gering gerechnet sein. Die Heumenge wurde geringer und das wenige Vieh, was blieb, mufste sich nicht blos beim Bauern, sondern auch auf den meisten Herrenhöfen von Stroh kümmerlich nähren. So erschöpfte sich die Kraft des Bodens um so schneller, je gröfser die Ackerfläche wurde, und die Ackerfläche dehnte sich um so mehr aus, je mehr Eisenbahnen gebaut wurden. Dürftig blieb und wurde die Ernte von dem einzelnen Morgen Landes, aber die Menge der besäten Morgen machte es, so dafs im Herbst sehr viel mehr Kornmieten für den Dampfdrescher längs der Landstrafse aufgebaut wurden, als je dagestanden hatten. Aber graue und grauere Mieten gab es nicht mehr, wie früher, denn kaum war die Ernte beendet, so wurde auch schon gedroschen und schleunig verkauft, so bei den meisten Herren, so bei allen Bauern. Das Stroh faulte irgendwo oder wurde als Brennstoff verbraucht, und kam dann ein Hungerjahr, so hatte man keine Vorräte. Pferdezucht und Viehzucht ver-

fielen, die Schafzucht gleichfalls, besonders in den zentralen Gubernien, und endlich änderte sich auch das Klima. Die Wälder waren fort, die Grasflächen waren fort, und mit ihnen die das Wasser zurückhaltenden Kräfte: die Ackerfläche verdunstete schnell das Schneewasser im Frühling, den Regen im Sommer und Herbst, und die dürren Jahre mehrten sich.

So folgte zwischen 1870 und 1890 auf eine Reihe fetter Jahre mit gewaltigem Aufschwung der Kornerzeugung eine Zeit des Rückganges der Ernten und zugleich auch des Rückganges der Getreidepreise. Kaum waren die Hungerjahre 1891 und 1892 vorüber und hatten die drei folgenden Jahre reiche Ernten gebracht, da sanken von 1894 ab die Preise auf den Kornbörsen der Welt. Die fetten Jahre hatten von dem Erlös aus Getreide wenig Kapital bei dem Gutsbesitzer zurückgelassen. Mit leichter Hand hatte er das Geld verthan, hatte sein Land in den Agrarbanken verschuldet; Kapital hatte er sehr selten erspart. Eine Ausnahme bildeten die Rübenbauer im Südwesten und Süden, die, dank dem Schutz der Regierung, im Inlande willkürlich hohe Gewinne aus dem Zucker zogen und zugleich auf ihren grofsen Gütern eine intensive Bebauung wenigstens eines Teiles ihrer Äcker einführten. Hier erstanden Herrschaften, auf denen 200000 bis 300000 Scheffel Weizen jährlich geerntet wurden. Aber die Wälder lichteten sich, um die Fabriken mit Brennholz zu versorgen.

Die Not, die Unsicherheit in der Beschaffung von Arbeitskräften, der Mangel an Inventar, trieb die Gutsherren dazu, in dienstliche Stellungen des Staates, der Landschaft oder der Banken einzutreten; die Abwesenheit von ihren Gütern zwang sie dazu, von ihrem Lande immer gröfsere Flächen an Bauern zu verpachten, meist auf ein oder ein paar Jahre. Natürlich wurden diese Ländereien noch gründlicher verwüstet, als die Äcker im Dorfe; sie wurden niemals geschont, niemals gedüngt und trugen dementsprechend bald ebensowenig als der Dorfacker, nämlich drei bis vier Korn. Trug aber der Acker nicht mehr als die Aussaat, so blieb er brach liegen. Nimmt man dazu, dafs die Gutswirtschaften, mit Ausnahme sehr weniger und kleiner, die intensiv wirtschaften, und der sehr grofsen mit Rübenbau, nur mit sehr geringem Überschufs, oft aber mit Verlust arbeiten, so wird man verstehen, warum der adlige Grundbesitz sehr schnell schwindet, warum die Listen der zur Versteigerung

gestellten Güter stets Tausende von Nummern enthalten; man wird aber auch verstehen, dafs im ganzen durch den Übergang des Bodens in andere, kaufmännische oder bäuerliche Hände der Fortgang der Verkümmerung nicht gehemmt wird. Der Kaufmann wird nur in seltenen Fällen selbst Landwirt durch den Erwerb eines Gutes; er will sein Geld wieder herausziehen, das ist alles, und das Gut wird geplündert, nicht bewirtschaftet. Bessere Aussicht bietet der Bauer, wenn er auf gekauftem eigenen Lande sich anzusiedeln die Mittel hat. Aber das ist selten der Fall; er klebt zu sehr am Dorfleben mit seinem Gemeindebesitz, den er auch als Kolonist mit sich nimmt. Doch läfst sich in neuester Zeit in der jüngeren Generation die Fähigkeit und die Lust zu stetiger und rationeller landwirtschaftlicher Arbeit häufiger beobachten. Die Zahl junger Männer aus allen Ständen mehrt sich, die nicht mehr im Staatsdienst allein einen würdigen Beruf sehen, sondern sich auf die Scholle setzen zu harter Arbeit, doch sind es leider immer noch seltene Ausnahmen.

Die Gruppe der privaten Grundherren ist nicht grofs; sie sind, wie LOCHTIN meint, „fast ganz mit Staatsdienst oder Kommunaldienst beschäftigt, der auch die materielle Versorgung bietet. Für die meisten Grundherren bildet der Landbau nicht das hauptsächliche oder alleinige Mittel der Existenz.“ Das war schon seit lange so, seit Peter I den Adel dienstpflichtig machte. Aber jetzt ist die Landflucht allgemein geworden, weil man auf seinem Gut hungert, weil die Schulden drücken, weil es so leicht geworden ist, nach Petersburg zu gelangen, weil es auf dem Lande ohne den Trofs von Dienerschaft und das flotte nachbarliche Landleben so langweilig ist, und weil das Wirtschaften so schwer ist. Und es ist in der That schwer, eine rationelle Landwirtschaft zu treiben ohne sefshafte Arbeiter, ohne feste Jahresknechte. Wie kann eine Gutswirtschaft gehen, in der 50 oder 200 Arbeiter zur Feldbestellung im Frühling, zur Ernte im Herbst nötig sind, die aber in der übrigen Zeit des Jahres keine Arbeit gewährt, so dafs nur für die Saat und die Ernte die Arbeiter angenommen und bezahlt werden? Der Verwalter macht im Herbst vorher weite Reisen umher, um die 200 Arbeiter fürs nächste Jahr, d. h. für Saat und Ernte, zu mieten. Er kehrt mit 200 Mietsverträgen, in bester Form ausgestellt, heim und wartet. Kurz vor der Saat kommen 100 statt 200 Arbeiter, und Ersatz ist nicht zu haben. Die 100 feh-

[1] LOCHTIN, a. a. O. S. 309.

enden sind einem höheren Angebot irgendwo andershin gefolgt, und an den Rechtsweg darf der Gutsherr nicht denken, der führt zu nichts. Wie kann unter solchen Umständen eine Landwirtschaft gut geführt werden, wo der Herr nie seiner Arbeitskräfte sicher ist? Und durch Jahresknechte kann nur der sich sichern, der aufser in den wenigen Wochen der Saat und Ernte stets in Hof, Feld, Wiese oder Wald Arbeiten auszuführen hat, also ein Herr, der intensiv wirtschaftet, der Vieh im Stalle füttert, der Dung zu schaffen sucht, der Klee baut, Wege und Gräben in Stand hält, im Walde richtigen Umtrieb hat. Und weiter: wo sollen für die Tausende von Gütern auch bei intensiver Wirtschaft die Jahresknechte herkommen, wenn die Masse der Bauern Höfe und Anteile im Dorf hat, also selbst Land und Haus besitzt, zu dem sie nach den Wanderungen auf Erwerb doch immer wieder zurückkehrt? Der elende Zustand der Bauern, der eine wachsende Menge derselben von ihrem Landanteil nicht mehr leben läfst, und sie zwingt, anderweit Arbeit zu suchen gerade in der Zeit des Jahres, wo im Dorf wie auf dem Gutsacker Arbeit zu thun ist, macht es unmöglich. Landarbeit findet der Bauer nur dann, wenn er daheim auch welche hat.

Die Bedingungen für den Übergang zu intensiver Landwirtschaft sind zwar ungünstig, aber es mufs zu ihr übergegangen werden, weil bei der alten Methode der Bebauung der Acker nicht mehr soviel trägt, als die Bearbeitung kostet. Ein anderer Grundadel als der russische freilich wäre vielleicht der Sache schon früher Herr geworden. Aber wir haben es hier mit Charakter und Sitte einer Klasse zu thun, die weder den Willen, noch die Fähigkeiten zu haben scheint, um aus eigener Kraft, um selbst mit grofser staatlicher Hilfe es zu einer rationellen Ordnung der Landwirtschaft zu bringen. Wenn man das so vortrefflich geschriebene Buch von ENGELHARDT liest, das vor etwa 25 Jahren verfafst wurde,[1] so staunt man über den Rückstand in der damaligen Landwirtschaft in Gebieten, die, wie das Gubernium Smolensk, der Kulturwelt näher liegen. Aber welche naive Unkenntnis der elementaren landwirtschaftlichen Lehren und Erfahrungen auch heute noch aus allen Winkeln des russischen Landes spricht, kann man täglich in Zeitungen und Berichten lesen, und nicht am seltensten in den Publikationen und Beschlüssen hochobrigkeitlicher Kommissionen, die von den Ministern in Petersburg in end-

[1] „Vom Lande", St. Petersburg 1885.

loser Folge eingesetzt werden, um die grofse Frage endgültig zu lösen. Zwar ist auch der Bauer in Deutschland oder Frankreich nicht im Besitz grofser landwirtschaftlicher Bücherweisheit, doch hindert ihn das nicht, eine rationelle Wirtschaft auf Grund gesunden praktischen Sinnes und ererbter Erfahrung zu führen. Hier aber fehlt es an beiden Dingen. Wie viele Güter sind aus russischer in deutsche Hand übergegangen, um in kurzer Zeit zu guter Ordnung und zu Ertrag sich zu entwickeln. „Karl Karlowitsch", wie der deutsche eingewanderte Landwirt gern genannt wird, der lange in den Strafsen der Kreisstadt mit der Pfeife im Munde und schweigend umher gegangen war, der dann eines Tages Eigentümer eines adligen, in dem Kreise belegenen Gutes wurde, der das Gut in drei Jahren in Ordnung brachte und nun ein wohlhabender Mann wird, Karl Karlowitsch wird oft belacht, oft beneidet, manchmal gehafst — aber es ihm nachzumachen unternimmt man nicht oder in unvernünftiger Weise. Statt dessen werden einige junge Edelleute nach Frankreich oder gar England geschickt, auf Staatskosten, um dort Landwirtschaft oder Viehzucht zu lernen; von dort kehren sie wissender, aber praktisch unbrauchbarer als vorher zurück. Das Nächstliegende wird in Rufsland selten gethan, das Fernste, Gröfste wird mit Vorliebe unternommen. Natürlich scheitert man.

Die Verschuldung des Grundadels wird auf 20 Prozent des Bodenwertes berechnet[1] und wäre also nicht hoch im Vergleich mit dem Grundbesitz in anderen Ländern. Allein erstens ist der Wert des Bodens nach den sehr gesteigerten Kaufpreisen berechnet worden, die infolge der schwindelhaften Vermehrung des Kornbaues und der hohen Kornpreise der siebziger Jahre erzielt wurden, und zweitens ist der wirkliche Wert der Güter seitdem durch das Aussaugen des Bodens gesunken. So ist diese Verschuldung thatsächlich drückender, als sie den Zahlen nach scheint. Dazu kommt, dafs neben dem Getreidebau nur sehr geringes landwirtschaftliches Gewerbe besteht, wenn man von den Zuckerfabriken absieht. Nachdem der Fiskus die kleineren, der Landwirtschaft nützlichen Brennereien vernichtet, nachdem er über 400 Fabriken für Reinigung des Branntweins selbst gebaut hat, ist dieses Gewerbe kaum mehr ein landwirtschaftliches zu nennen. Seit in den Gebieten der Schwarzerde die Wiesen und Weiden verschwunden sind, ist noch weniger als früher für verbesserte

[1] Golowin, a. a. O. S. 101.

und vermehrte Viehzucht geschehen. Während die Viehzucht und die damit verbundenen Betriebe in Finland, in den baltischen Provinzen, in Polen, ja in Sibirien sich entwickeln, sind sie im zentralen Rufsland, mit wenigen Ausnahmen, in einer elenden Verfassung. Seit die Steppe verschwand, sind die zahlreichen privaten Gestüte in den zentralen Gubernien meist auch verschwunden und ist die Pferdezucht jenseits der Wolga, im Orenburger Gebiet, vernichtet. Es bleibt nur der Getreidebau übrig für den Gutsbesitzer, der zum Herbst durchaus Geld haben mufs, der nicht jahrelang mit Geld und Arbeit einen guten Viehstand schaffen, der nicht Schweinezucht treiben will oder kann. Und während für solche Nebengewerbe von seiten der Regierung wenig geschieht, treiben die Differentialtarife das Getreide zum Hafen und den Gutsbesitzer zum Kornbau, und damit zur weiteren Erschöpfung des Ackers. Und dieser Gutsacker umfafste im Jahre 1892: 29,6 Millionen Dessätinen, etwa 30 Millionen Hektar,[1] und soll sich bis um 1899 um etwa 3 Mill. Dessätinen vergröfsert haben. Mit jeder Dessätine Neulandes schwindet die Steppe, die beim Bauern gar nicht mehr, nur noch auf einigen grofsen Gütern im Südosten anzutreffen ist. Mit Kummer gedenken schon manche Russen der ehemaligen poesiereichen Steppe, die selbst in Taurien nur noch in geringen Resten zu finden ist. Und, fügte jüngst ein Taurier (NERUTSCHEW in der Pet. Wedom.) hinzu, der Ertrag der Ernte ist durch die Ausdehnung des Areals nicht gewachsen, sondern zurückgegangen. So wird es verständlich, dafs der Landbesitz des Adels seit der Befreiung der Bauern stark eingeschrumpft ist. Vor 1861 besafs der Adel 105 Millionen Dessätinen, nach der Ablösung der Bauern 78 Millionen Dessätinen. Davon waren 1892 nur noch 57 Millionen Dessätinen und am Schlufs vom Jahre 1893 wieder um 1 Million weniger, also 56 Millionen Dessätinen in adligen Händen.[2] Danach müfste man annehmen, dafs heute der adlige Besitz sich gegen 1861 um mehr als die Hälfte gemindert hat. Das Land ging in die Hände von Bauern, Kaufleuten, Stadtbürgern über.

---

[1] LOCHTIN, a. a. O. S. 145.

[2] MILJUKOW, a. a. O. T. I, S. 189. Die Zahlen gründen sich auf Angaben der Adels-Agrarbank, können sich also nur auf den Bereich der Wirksamkeit dieser Bank beziehen; Finland, Ostseeprovinzen, Polen gehören auch dazu.

SIEBENTES KAPITEL

DER BAUER

In bäuerlichem Besitz befanden sich (nach LOCHTIN) im Jahre 1892 an Gesamtareal nur 111 Millionen Dessätinen oder 119 Millionen Hektar, an Ackerland 74,3 Millionen Dessätinen.[1] Und wenn man die endlosen Landstrecken hinzunimmt, die sowohl im europäischen wie im asiatischen Rufsland noch ganz unangetastet oder halb verwüstet vorhanden sind, so wird man überzeugt sein, dafs es an Nährboden für 126 Millionen Menschen nicht fehlt. In demselben Jahr soll[2] der Landbesitz, Gemeinacker und Pachtland, des russischen Bauern auf den Kopf 2 Dessätinen betragen haben, wovon 0,74 Dessätinen unter Frucht standen. Der Anteil des früheren Domänenbauers ist gröfser, bis zu 4 Hektar. Dieser Satz von 2 Hektar und weniger auf den Kopf im zentralen Rufsland, der heute von verschiedenen Seiten als die Regel angegeben wird, ist das Resultat der Umteilungen, wie die bekannte russische Gemeindeverfassung sie mit sich bringt. Der Anteil war jedoch gerade in dem Gebiet der reichen Schwarzerde des Zentrums von Hause aus auch nur 3 bis 4 Dessätinen grofs, er hätte aber bei guter Bewirtschaftung und bei einem entwickelten Städtewesen noch immer die Nahrung einer Familie hergeben können. Denn bei einer Familie von 7 Köpfen, wie sie in Rufsland als Durchschnitt angenommen wird, hat der Bauernhof 14 Hektar Land, und zwar sehr fruchtbares Land. Aber da liegt dieser Anteil von 14 Hektar in mindestens drei, oft viel mehr Stücke geteilt, in weit voneinander abliegenden Gewannen zerstreut. Die Gewanne sind bis zu 20 Kilo-

[1] Alle diese russischen statistischen Ziffern darf man nicht genau nehmen, sondern nur im grofsen und ganzen und auch dann nur mit Vorsicht.

[2] LOCHTIN, S. 225 ff.

meter vom Dorf entfernt, sie bestehen in schmalen, langen Streifen, auf denen der Bauer mitunter einen halben Tag braucht, um mit seinem Pfluge hin, und einen halben, um wieder her zu ackern. Er kann mit seinem elenden Gaul unmöglich einen 10 oder 20 Kilometer weit abliegenden Acker gut bearbeiten, noch weniger bedüngen. Er kann 5 oder 10 Fetzen Landes, ein jedes 10 oder 20 Fufs breit, weithin verstreut, nicht anders bearbeiten als die Nachbarn es thun; er mufs weiden, wo und wann die anderen weiden und säen, wo und was sie säen, denn sonst wird ihm die Saat zertrampelt und abgeweidet von den Nachbarn, die später säen als er, und von der Dorfherde, die auf das Brachfeld zieht. Im Kreise Uglitsch, Gubernium Jaroslaw, also nicht einmal im Gebiet der teueren Schwarzerde, sondern des ärmeren Bodens der Mittelregion, besteht der Landanteil des einzelnen Bauers heute durchschnittlich aus 36 getrennten Stücken, und es giebt in 12 Prozent der Dorfgemeinden solche Schnurländer oder Gewanne, die $^1/_2$ Faden, d. i. $3\,^1/_2$ Fufs breit sind.[1] Das ist natürlich nicht immer so gewesen, sondern allmählich geworden mit dem Anwachsen der Bevölkerung und den wiederholten Teilungen des Gemeinackers. Vor 30 bis 40 Jahren mögen die Gewanne weniger zerstreut und breiter gewesen sein; aber mit der Zahl der Köpfe, die auf sie Anspruch erhoben, wuchs die Zahl der Gewanne, der Acker aber, aus dem diese Streifen geschnitten wurden, blieb stets derselbe. Zwischen 1875 und 1895 hat sich der auf den Kopf entfallende Landbesitz der Bauern, trotz einiger Landerwerbungen aufser der ursprünglichen Dorfflur, stark vermindert. Auf 1000 Bauern beiden Geschlechts kam im Jahre 1895 gegen 1875 ein Verlust an Landbesitz durch Zunahme der Bevölkerung von 20 Prozent im Zentrum, 23 Prozent im Osten, 24 Prozent im Südgebiet.[2] Bleibt es nun bei der bisherigen Kommunalwirtschaft, so mufs der Landanteil auf den Kopf der Dörfler immer weiter sich mindern. Dabei hat der Bauer wenig Wiesen und Weiden im Verhältnis zu dem so elenden Acker. Auf ein bäuerliches Gesamtareal in 50 Gubernien von rund 111 Millionen Dessätinen rechnet LOCHTIN 17 Millionen Dessätinen Wiesen und 14 Millionen Dessätinen Weiden. Eine Ausdehnung des Ackers innerhalb der Dorf-

[1] S. St. Petersburger Zeitung 1901, Nr. 51.

[2] POLENOW, Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der zentralen Schwarzerde-Gubernien. Moskau 1901. S. 13.

flur ist schwierig und soll auch nur in geringem Maſse (0,8 Millionen Dessätinen zwischen 1892 und 1899) vorgekommen sein. Der Kleebau ist schon wegen der Feldgemeinschaft nicht möglich. Das Ackergerät ist das elendeste, das Pferd, die Kuh sind die elendesten. Man wird bei solchen Verhältnissen nicht überrascht sein zu hören (LOCHTIN), daſs auf jenen 0,74 Dessätinen Acker durchschnittlich von der Ernte dem Bauer rein nachbleiben 20,4 Pud oder 6,8 Zentner[1] Korn. Ein anderer Forscher, SIMKHOWITSCH,[2] giebt als den Minimalsatz für die Lebensnotdurft des russischen Bauern 19 Pud an, und findet folgende Zustände (in runden Zahlen): 45 1/2 Millionen Seelen oder 70,7 Prozent der gesamten Bauernschaft erhalten von ihren Landanteilen weniger als 19 Pud Getreide; 13 Millionen Seelen oder 20,4 Prozent der Bauernschaft hat weniger als 26,5 Pud pro Kopf; 5,7 Millionen Seelen oder 8,9 Prozent der Bauernschaft hat mehr als 26,5 Pud. Indem SIMKHOWITSCH 25,5 Pud als das Quantum annimmt, welches zur Ernährung eines Bauern nebst seinem Arbeitsvieh genügt, kommt er zu dem Schluſs, daſs nur 8,9 Prozent der russischen Bauern aus dem Ertrage ihres Landes so viel erübrigen, um überhaupt Vieh halten zu können.

Wie viel oder wie wenig Vertrauen man nun diesen Ziffern auch schenken mag, so darf man als richtig annehmen, daſs der Landanteil der meisten Bauern in den fruchtbarsten Teilen des Reiches heute nicht 2 Hektar auf den Kopf oder 14 Hektar auf den Bauerhof übersteigt, und daſs der Anteil der ehemaligen Domänenbauern 3 bis 4 Hektar pro Kopf beträgt. Nach einer neuerdings von SERING in Schlesien angestellten Untersuchung[3] beginnt bei den dortigen Bauern der Kornverkauf bei einem Mindestareal an Acker von 3 bis 5 Hektar. Diese 3 bis 5 Hektar gut gepflegten Ackers geben dem Bauer die Notdurft für sich, seine Familie und sein Vieh, und erst der sechste Hektar, bei gutem Lande der vierte, giebt Verkaufsware. In Ruſsland selbst liegen ausreichende Erfahrungen vor in den deutschen Kolonistendörfern. Dort, in den blühenden Kolonien Kleinruſslands, hält der Kolonist einen Bauernhof erst für rentabel, wenn er ein Areal von 45 bis 50 Dessätinen umfaſst. Der kleinrussische Bauernhof umfaſste

[1] 1 Pud = 16,38 Kilo.
[2] Die Feldgemeinschaft in Ruſsland. Jena 1898. S. 292.
[3] S. Deutsche Monatsschrift 1901, Heft 2.

ursprünglich 65 Dessätinen und ist heute auf 8 Dessätinen herabgesunken. Daher der Rückgang des russischen und die Ausbreitung des deutschen Ackerbauers in Kleinrufsland. Der Hofbauer hat auf 14 Hektar Land etwa 5,18 Hektar Acker, was in Schlesien sehr ausreichend wäre. Aber dieser Acker ist so ausgesogen, dafs er nur drei oder vier Korn trägt. In den letzten 40 Jahren ist, nach POLENOW, die Ertragsfähigkeit des Ackers im Gebiet der Schwarzerde um ein Drittel gesunken.[1] Wenn man nun hört, dafs der Bauer trotzdem bedeutende Mengen von Getreide verkauft, so wird man versucht sein, den nationalökonomischen Berichten jede Glaubwürdigkeit abzusprechen. Und dennoch sind die Angaben, wenigstens im ganzen, richtig. Wie ist das nun möglich?

Nachdem man über die russische Gemeindeverfassung seit Jahrzehnten und nicht blos in Rufsland, sondern auch in Deutschland ganze Bibliotheken zusammengeschrieben hat, wäre es höchst überflüssig, hier noch die Schäden des Kommunalbesitzes, der Umteilungen der Äcker, der Haftpflicht der Gemeinde für die Steuern auseinander zu setzen. An diesen nationalen Götzen, der zahllose Menschenopfer gefordert hat und noch fordert, zu glauben, ist heute nur noch der verbohrteste russische Fanatiker im stande. Aber freilich: es giebt ihrer noch viele, und man hört noch immer das alte Lied von dieser urrussischen und zukunftsreichen Institution. Das Wahre an der Sache ist, dafs das ursprünglich allgemein bestehende bäuerliche Privateigentum am Boden seit 300 Jahren durch die Regierung allmählich aufgehoben wurde, und dafs die Haftpflicht der Gemeinde eine reine technische Verordnung der Regierung war, um das bequeme und sichere Einfliefsen der Steuern zu erzielen. Die Haftpflicht soll nach SIMKHOW TSCH schon vor der Feldgemeinschaft bestanden haben. Die kommunale Besitzform des Bodens ist in Nordrufsland noch in den dreifsiger Jahren des 19. Jahrhunderts mit Anwendung von Gewalt durchgesetzt worden, wobei die Bauern, die ihr Eigentum verteidigten, als Rebellen behandelt wurden. Die Feldgemeinschaft wird bis in die neueste Zeit von der Staatsregierung geschützt, denn ein Gesetz vom 14. Dezember 1893 verordnet, dafs Ausscheidungen der Anteile aus dem kommunalen Besitz und ihr Übergang in Privat-

---

[1] POLENOW, a. a. O. S. 12.

eigentum, wie sie unter gewissen Bedingungen (Auszahlung der Ablösungsschuld) nach dem ursprünglichen Gesetz von 1861 gestattet waren, von der Zustimmung der Gemeinde und Bestätigung durch die Minister des Innern und der Finanzen abhängig sein sollen. Da nur der Wohlhabende und der Fleifsige sich von der Gemeinde in dieser Weise lösen kann und will, so würden die besten Steuerzahler der für die Steuern und Abgaben haftenden Gemeinde entschlüpfen, weshalb diese also niemals in die Ausscheidung willigt. Der strebsame Bauer kann daher nicht daran denken, sein Landstück zu eigen zu erwerben und in dieser Aussicht es besser zu bearbeiten als die Nachbarn. Er mufs weiter für den faulen Nachbar, der seine Zahlungen nicht aufbringen kann, haften, er mufs weiter sein Landstück aussaugen wie der Nachbar das seine, denn nach einigen Jahren sitzt dieser faule Nachbar vielleicht auf seiner, des Fleifsigen, Scholle, und der Fleifsige bekommt das Stück des Faulen.

Trotz der bis in die neueste Zeit festgehaltenen Tendenz der Staatsregierung, die verrückteste aller agraren Ordnungen aufrecht zu erhalten, treten Anzeichen auf einer Zersetzung dieser Ordnung von innen heraus. Da die Reichen nicht die Fesseln abwerfen dürfen, so thun es die Armen.

Der Kommunalbesitz mit seiner Feldgemeinschaft, hervorgegangen aus höchst praktischen, aber auch ebenso gewaltthätigen Motiven, hat sich im Geiste der nationalistischen Verblendung die ideale Glorie der demokratischen sozialen Gleichheit zugelegt. Alle Bauern der Gemeinde sollen gleich bleiben auf Grund ihres gleichen Landbesitzes. Wie überall, so hat sich auch hier die menschliche Natur von dem Gleichheitsideal nicht lange narren lassen, sondern sehr bald sich daran gemacht, die Ungleichheit herzustellen. Es dauerte nicht lange, bis sich in jedem Dorf Reichere und Ärmere befanden; die Reicheren sorgten unausgesetzt dafür, ganz reich zu werden, indem sie die Ärmeren ganz arm machten. Dieses höchst menschliche Streben, verbunden mit der fortschreitenden Verkleinerung der Landanteile durch die Umteilungen, raubte einer immer gröfseren Zahl von Bauern ihr Pferd, die Kuh, das Ackergerät und trieb sie dazu, ihr Leben durch Nebenverdienst neben ihrem Acker und dann ohne Acker als Tagelöhner im Dorf oder in der Stadt zu fristen. Es stellte sich ein, was die heutige Fachlitteratur die Differenzierung des Bauern-

standes nennt. Der Kulak, die Faust, wurde der Bauer genannt, der, die Not seiner Dorfgenossen ausnutzend, einen nach dem andern zu seinem Schuldner, dann zu su seinem Knecht machte, deren Landanteile an sich zog und von den herabgekommenen Genossen für seine Rechnung bearbeiten liefs. Die ähnliche Erscheinung wie beim Adel der kleine, wuchernde Beamte oder Krämer, der allmählich Land, Haus, Park und alles wegfrifst und den Landedelmann in weit hilfloserer Lage hinaustreibt, als die ist, in welcher der Bauer sich befindet, der, von der Faust vertrieben, doch wenigstens seine Arme hat, die ihm Brot schaffen können. Oder eine ähnliche Erscheinung, wie der Adel des Mittelalters, der den Bauer, den armen Edelmann oder den Gewerbetreibenden erst in Schutz nahm, wie der Wucherer beim Leihgeschäft dem Bauer gegenüber auch als Wohlthäter aufzutreten pflegt, aus welchem Schutzverhältnis sich dann auf die einfachste Weise Leibeigenschaft, Hörigkeit, Vasallenschaft herausbildeten. Welches Geschrei erhob sich vor 20 und 30 Jahren, als dieser Typus des Kulak, der Dorfwucherer, entstand, dem man später, als man seine erfolgreiche Arbeit näher kennen lernte, den Namen Dorffresser beilegte. In ihm erblickte man den Feind des nationalen Heiligtums der Dorfgemeinde und suchte ihn durch Recht und Gewalt zu bekämpfen. Aber er liefs sich nicht niederzwingen, weil er auf dem festen Boden der natürlichen, menschlichen Anlagen stand, die wohl in rechtliche Formen gebracht, aber nicht weggeschafft werden konnten. Und je mehr der Landanteil sich durch Umteilungen verkleinert, je mehr der Bauer auf Erwerb aufserhalb des Dorfes angewiesen wird, je geringer die Erträge des Ackers und je häufiger die Hungersnöte werden, um so leichter, natürlicher fällt der Landanteil des Armen dem Reicheren in die Hand, um so billiger wird der Boden, um so schwerer wird es der Gemeindeversammlung, die zwei Drittel der Stimmen zusammen zu bekommen, die nötig sind, um die Reichen durch eine neue Umteilung aus ihren zusammengewucherten oder billig erworbenen Ländereien hinauszudrängen. So zählte man denn schon am Schlufs der achtziger Jahre in 22 russischen Gubernien[1] 13 Prozent aller Bauerhöfe als ohne alles Vieh, und die Pferdezählung von 1882 ergab 1 100 000 Höfe ohne Gespann.[2] In den letzten 10 Jahren verschwanden in

[1] Ich meine national russisch im Unterschiede von gesamtrussisch.

[2] Vgl. SIMKHOWITSCH, S. 316.

13 Gubernien des Zentrums und Ostens (Schwarzerdegebiet) 185100 Spannhöfe und verminderte sich der Pferdebestand um 1393400 Haupt, d. i. um $21^1/_2$ Prozent im Osten und um rund 29 Prozent im zentralen Schwarzerdegebiet.[1] Dementsprechend mehrten sich die spannlosen Höfe, denn der Bauer ackert dort nicht mit Ochs oder Kuh, sondern nur mit dem Pferd. Offenbar konnten ohne Gespann die Besitzer die Äcker nicht bestellen; aber eben so wahrscheinlich blieben sie deshalb nicht unbestellt; die Erklärung liegt nahe, dafs diese Äcker von den kräftigeren Bauern gepachtet oder sonst wie an sich gebracht und mit ihrem Gespann bestellt wurden. Die Million Hofbauern war eben zu einer Million Land- oder Stadtarbeiter geworden. Und dieser Prozefs der langsamen Depossedierung der schwächeren Bauern durch die Dorffresser geht stetig weiter und wird nur aufgehalten durch das Bestreben der gespannlosen Bauern, ihr Land durch gemietete Kräfte bestellen zu lassen und das Geld dazu durch auswärtige Arbeit zu verdienen. So wurden[2] um 1891 in 5 schwarzerdigen Gubernien, nämlich Tschernigow, Woronesch, Poltawa, Saratow, Kursk, 915140 Bauernhöfe untersucht, und man fand, dafs von ihnen 25,1 Prozent ohne Arbeitsvieh waren, 25,3 Prozent hatten 1 Stück Arbeitsvieh, und 49,6 Prozent hatten 2 und mehr Stück. In 16 Gubereien des Ostens und Südens stieg die Zahl der Bauernhöfe ohne Gespann von 1882—1891 um 3,6 Prozent, und wenn man heute die Zählung in diesen Gubernien, die in diesen 10 Jahren von Hungersnöten getroffen wurden, wiederholen wollte, so würde sich ohne Zweifel ein noch weit stärkerer Rückgang herausstellen. „In Neurufsland,“ sagt GOLOWIN, „wo das Gemeindeeigentum meistenteils nur noch auf dem Papier existiert und die Haftpflicht nicht angewandt wird, stellte das Leben dem natürlichen Wachstum der starken Höfe keine Hindernisse in den Weg. Sie entwickelten sich bis zu normalen Dimensionen durch den Bodenankauf bei den Privatbesitzern und die Pachtung von Anteilen bei jenen benachbarten Bauern, deren Wirtschaft keine nutzbringende war.“[3]

Von manchen Seiten wird als auf ein entscheidendes Hindernis

[1] POLENOW, a. a. O. S. 17.

[2] Nach HURWITZ, Die ökonomische Lage des russischen Dorfes. Newyork 1892. Englisch. Vgl. SIMKHOWITSCH, S. 317 ff.

[3] GOLOWIN, a. a. O. S. 93.

der Aufhebung des Kommunalbesitzes darauf hingewiesen, dafs die Dörfer zerschlagen und die Dorfflur in Einzelhöfen vergeben werden müfste, was unerschwingliche Ausgaben erfordern würde. Davon kann natürlich keine Rede sein, es ist auch durchaus nicht nötig. In ganz Europa herrscht die Dorfsiedelung vor, der Einzelhof ist selten. Schon der Mangel des Wassers würde die Aussiedelung der Bauern in Einzelhöfen unmöglich machen. Aber der Kulak giebt die Richtige Methode an: man gebe die Freiheit des Erdbodens, und der Individualbesitz wird sich auf Grund des persönlichen Interesses schon Raum schaffen. Es werden Tausende schwacher Höfe eingehen, aber es wird sich der Bauernstand kräftigen; es werden die übervölkerten Dörfer an Hofzahl abnehmen, aber die nachbleibenden Höfe werden besser wirtschaften und stärker werden. Der Kommunalbesitz fördert nur die üblen Eigenschaften: Faulheit, Sorglosigkeit, Mifswirtschaft; er unterdrückt die guten Triebe: Fleifs, Sparsinn, Liebe zum Landbau, Arbeitstrieb. Diese Fessel mufs schwinden; dann träte der naturgemäfse Gang der agraren Entwicklung, der seit 300 Jahren künstlich und gewaltsam verrenkt wurde, wieder ein und würde zur Gesundung führen. Es würde, wenn die gesetzliche Fesselung durch den Kommunalbesitz nicht wäre, sich gar bald eine Klasse von Hofbauern mit eigenem Lande herausarbeiten, die vielleicht den allgemeinen Verfall der Bauernschaft aufhalten könnte. Indessen wird diese Entwickelung einer bäuerlichen Aristokratie auch durch die Haftpflicht zurückgehalten, die von dem aufstrebenden Bauer das nimmt, was der verarmte nicht mehr an Steuern zahlen kann und so der Ansammlung von Vermögen entgegenwirkt. Denn die Besteuerung des Bauern ist hoch im Verhältnis zu seinen Einnahmen. Ein russischer Agrarstatistiker[1] hat herausgerechnet, dafs „die gesamte Belastung des bäuerlichen Grundbesitzes mit Staatsabgaben den Bruttoertrag“ ums Jahr 1885 um 20—27 Prozent, um 1890 um 62—69 Prozent überstiegen habe. Er erklärt, dafs die ehemaligen Leibeigenen in 37 Gubernien von dem Reinertrage ihres Bodens nicht nur nichts für sich behalten, sondern 198,25 Prozent, also fast das Doppelte des Reinertrages als Steuern dem Staat zahlen müssen, und dafs die besser gestellten Staats- und Apanagebauern von ihrer Reineinnahme 92,75 Prozent abgeben, also 7,25 Prozent

---

[1] NIKOLAI-ON, Die Volkswirtschaft in Rufsland. München 1899. S. 2 u. 171.

für sich behalten. Es mufs wohl hinzugefügt werden, dafs zu den Steuern auch die Kapitaltilgung für das abgelöste Land, die sogenannte Loskaufszahlung, gerechnet worden ist. Obwohl dieser Gelehrte sich auf offizielle Quellen beruft, wird man zweifeln dürfen, ob dieses Verhältnis als durchschnittliches anzunehmen sei, da es den Bauer, der mehr als 14 Dessätinen Land hat, um so sicherer zu Grunde richten müfste, je mehr er besitzt. Indessen weisen alle Angaben auf eine Überbürdung des Bauern mit Steuern hin. Ein weniger gelehrter, aber in bäuerlichen Verhältnissen erfahrener Zeuge, der Landhauptmann NOWIKOW, sagt[1], man müsse im Gebiet der Schwarzerde auf die Seele, d. h. auf den Kopf der vorhandenen männlichen Bevölkerung an Steuern, nämlich Staats-Grundsteuer, Loskaufszahlung, Landschafts- und Gemeindeabgaben 7—8 Rubel jährlich rechnen, d. i. 3—4 Rubel auf die Dessätine Landes, was ungefähr die Hälfte der Pachtsumme für das Land ausmache. In den ärmeren Böden der industriellen und der Seengebiete bezahle der Boden oft die Abgaben nicht, die sich so in eine Personalsteuer verwandeln. Der Bauer würde oft gern auf sein Land verzichten. Man vergegenwärtige sich nun die elende Bebauung des Ackers, das bei der oft seit Jahrhunderten mangelnden Düngung entkräftete Land: so wird man allerdings gestehen müssen, dafs die Aufhebung der früheren Kopfsteuer den Bauer nicht davor gerettet hat, in anderer Form einer erhöhten Kopfsteuer unterworfen zu sein. In dem städtearmen Lande giebt es, nachdem die Hausindustrie von der Grofsindustrie zerstört worden ist, nur selten und meist in weiter Entfernung einen Nebenverdienst. Doch der Bauer wandert hinaus und sucht ihn, wandert leicht 100 Kilometer weit, fährt mit der Bahn viele hundert Kilometer, um während des Sommers 20—30, oft nur 10 oder 12 Rubel zu ersparen, dann kehrt er im Herbst heim und die Steuern werden beigetrieben. Das ist die Obliegenheit einer langen Reihe von Beamten: Kreispolizeichef und dessen Bezirksgehilfen, Landhauptleute, Steuerinspektoren, Kreisversammlung der Beamten — das alles müht sich um den Steuerbeutel, und hat mehr oder weniger seine Hände auf der Tasche oder auch in der Tasche des Bauern. Die Hauptsache aber macht der Polizeichef mit den von ihm abhängigen Gemeindeältesten, und man wird Herrn NOWIKOW gern glauben, dafs die Zeit der

[1] Aufzeichnungen eines Landhauptmanns. Petersburg 1879. S. 119 ff.

Abgabenzahlung die wichtigste Zeit des Jahres für den Bauer ist. Gleich hier auf der ersten Stufe der administrativen Thätigkeit machen sich die ewigen Schäden des rein büreaukratischen Regiments geltend: Willkür und Bestechung, in sanfteren Formen als vor hundert Jahren, aber doch überall umher schleichend, bald in dem Glase Branntwein sitzend, mit dem der Bauer den Gemeindeältesten vertröstet, bald in dem Tribut, den der Gemeindeälteste dem Landpolizisten leistet; daneben der Druck, den die geistlose Uniformität des büreaukratischen Mechanismus ausübt. Die Kornpreise sind im September schlecht — aber der Bauer mufs verkaufen, was er gestern erdroschen, oft die ganze Ernte, um Steuern und Rückstände zu zahlen; oder das Dorf hier baut Tabak, der im November zum Markt kommt. Aber bis zum November ist der Gemeindeälteste schon dreimal oder viermal vom Polizeimeister wegen versäumter Einzahlung der Steuern bestraft worden; denn was kümmert sich die Polizei darum, ob dieses Dorf Tabak baut oder Fische fängt: vom Weifsen Meer bis zum Schwarzen müssen die Steuern an einem bestimmten Tage gezahlt werden, einerlei, wann der Bauer dazu in die Lage kommt: so erfordert es die staatliche Ordnung.

Trotz aller Urädniks (Landpolizisten), Polizeimeister u. s. w. gelingt es nicht, die Steuern überall beizutreiben, und es entstehen Rückstände. Die Versteigerung der letzten Habe wird angedroht, der Bauer nimmt Geld auf unter jeder Bedingung, oder verkauft das Notwendigste. Wer dem Bauer Geld zu 30 Prozent leihen wollte, wäre um diese Zeit, meint NOWIKOW, ein Wohlthäter. Und doch mehren sich die Rückstände jährlich, gerade im sogenannten Zentrum, dem grofsrussischen Rufsland. SCHWANEBACH führt an, dafs um Mitte 1893 die bäuerlichen Rückstände in 46 Gubereien $119^1/_2$ Millionen Rubel betrugen, wovon auf das Zentrum 110 Millionen entfallen. „Fast in allen zentralen und östlichen Gubernien überstiegen die Rückstände die Jahresquote, und in einigen — Ufa, Kasan, Orenburg, Samara — sogar zweifach und dreifach.“ Für das Jahr 1896 giebt ISSAJEW[1] schon $142^1/_2$ Millionen an, obgleich ein Jahr vorher 8 Millionen erlassen worden waren. Im einzelnen gab es Rückstände im Gouvernement Woronesch 164 Prozent der Jahresquote, Nowgorod 306 Prozent, Kasan 355 Prozent, Sa-

[1] Zur Politik des russischen Finanzministeriums. Stuttgart 1898. S. 7.

mara 342 Prozent, Orenburg 492 Prozent. Aufserdem liegt auf diesen Bauern aus früheren Mifsjahren eine bedeutende Schuld dem Staat gegenüber an Summen der Volksverpflegung. Und jene Ziffern beziehen sich auf das Jahr vor der Hungersnot von 1897—1898, die jene Gubernien schwer traf. Die Folge ist gewesen, dafs die Rückstände der Loskaufszahlungen sich am 2. Januar 1901 auf 250 Millionen Rubel belaufen haben. Wie es nach diesem Hungerjahr dort aussah und aussieht, haben uns anschaulich und, wie ich glaube, richtig die Herren LEHMANN und PARVUS geschildert.[1]

Zu all diesen Nöten kommt nun noch die grofse Finanzpolitik, die von WYSCHNEGRADSKI begonnen ward und bis heute fortgesetzt wird, bestehend in dem Druck der Regierung auf die steuerpflichtigen Ackerbauer mit dem Zweck, die Kornausfuhr zu steigern. Kaum ist die Ernte beendet, so wird die Beitreibung der Steuer in Gang gebracht, die den Bauer nötigt, sofort sein Korn zu verkaufen. Er erntet, wie wir sahen, weniger als die Notdurft, mufs nun aber auch diese um jeden Preis losschlagen, und so beginnt schon im Herbst das Hungern. Und je billiger das Korn auf dem Weltmarkt ist, um so mehr mufs der Bauer, um die Steuersumme voll zu machen, auch von dem losschlagen, was er auf gepachtetem Lande oder gekauftem etwa erntete. So standen die Preise in den Mifsjahren von 1891 und 1892 hoch, aber der hungernde Bauer hatte keine Ware; dann fielen sie, z. B. im Gubernium Samara[2] im Jahre 1894 auf 3—5 Mark der Zentner Weizen, auf etwa 1,17 bis 2,27 Mark der Zentner Roggen; 1895 stand das Korn noch niedriger, z. B. im Gubernium Poltawa die Gerste 9 Kopeken das Pud (18 Pfennige für 16,38 Kilo); an der Wolga wurde das Pud Getreide mit 11—19 Kopeken bezahlt. Die Preise begannen 1896 wieder zu steigen. Aber je billiger, um so mehr mufste ausgeführt werden und wurde ausgeführt, weil die Handelsbilanz gehalten und der Goldvorrat des Staates gemehrt werden sollte. Im Jahre 1864 exportierte Rufsland an Getreide $9^1/_2$ Millionen Tschetwert oder etwa $121^1/_2$ Millionen Pud (zu 16,38 Kilo) im Wert von 54,7 Millionen Rubel, d. h. 33 Prozent des gesamten Exports. Zwischen 1882 und 1887 wurden durchschnittlich ausgeführt 312 Millionen Pud; dann

[1] In „Das hungernde Rufsland".
[2] Nach BRSCHESKI, zitiert in „Das hungernde Rufsland". S. 459.

kam unter WYSCHNEGRADSKI die künstlich verstärkte Ausfuhr mit durchschnittlich 441,8 Millionen Pud bis 1891, und unter WITTE bis 1897 mit durchschnittlich 522,8 Millionen Pud. Man exportierte bis zu einem Viertel des gesamten Ertrages des Reiches.[1] Und davon lieferte der Bauer 350 Millionen Pud (GOLOWIN), also mehr als die Hälfte, obwohl er eigentlich überhaupt nichts zu verkaufen hatte. Denn der Ackerbauer erntet durchschnittlich im ganzen Reich (mit Ausnahme von Polen und Finland) nur 29,3 Pud Getreide und Kartoffeln (in Mehl umgerechnet) auf den Kopf der ackerbauenden Bevölkerung.[2] Da steckt eben der Steuerbeamte dahinter, der das „Herauspeitschen des Kornes" im Herbst besorgt, zum Wohl der ministeriellen und zum Unheil seiner, des Bauern Rechnung. Denn nachher mufs der Bauer sein Brotkorn zu höheren Preisen wiederkaufen, und im Frühling erst recht teuer das Saatgut bezahlen. So kommt LOCHTIN zu dem Ergebnis, dafs in 50 Gubernien des europäischen Rufsland auf den Kopf der gesamten Bevölkerung durchschnittlich jährlich an Korn (Kartoffeln eingerechnet) geerntet wird 22,4 Pud, wovon exportiert wird 3,6 Pud, und also für den Bedarf nur zurückbleibt 18,8 Pud, was weniger ist, als in irgend einem Kulturlande zum Lebensbedarf der Bevölkerung gehört. Und wir sahen schon, dafs der Bauer, ohne den Grofsbesitz, noch weniger als jene 29,3 Pud, nämlich von seinem 0,74 Dessätinen grofsen unter Frucht stehenden Acker nur 20,4 Pud erntet. Natürlich kann der Bauer unter solchen Umständen keine Vorräte für schlechte Jahre ansammeln; aber auch der Gutsbesitzer kann das aus anderen Gründen nicht, denn in Jahren mit niedrigen Preisen kann nichts gespeichert, sondern mufs um so mehr verkauft werden. In den Jahren 1894 und 1895, als die Preise fielen, stieg die russische Kornausfuhr sofort von 404 Millionen Pud im Jahre 1893 auf 639,5 Millionen im Jahre 1894 und 574,7 Millionen Pud im Jahre 1895.[3] Und wie unfähig das Land aus

---

[1] SCHWANEBACH, S. 95.

[2] So LOCHTIN, der selbst unter den Nationalökonomen als Zahlenmagier hervorragt. Sollte er dieses Erntemafs des Bauern zu niedrig geschätzt haben, so hat er anderseits es für den russischen Bauern des Zentrums doch noch zu hoch gegriffen, weil er z. B. die Bauern der baltischen Provinzen mit in den Topf geworfen hat, die in völlig anderen Verhältnissen leben, d. h. genug Brot haben und gelegentliche Mifsernten leicht überwinden.

[3] SCHWANEBACH, S. 95.

Mangel an Betriebskapital ist, das Getreide zurückzuhalten, zeigt der Umstand, dafs die Ausfuhr auch in Hungerjahren nicht oder wenig sinkt, bis die aus Vorjahren noch vorhandenen Lager geleert sind. So sank die Ausfuhr in dem Hungerjahre 1891 nur um 27,2 Millionen Pud.

Dieselbe Erscheinung zeigte sich bei der Mifsernte von 1897. In den letzten 6 Monaten von 1897 wurden 233,3 Millionen Pud Korn ausgeführt, mehr als in den vorhergehenden guten Jahren, und in den folgenden 6 ersten Monaten von 1898 wurden 241,3 Millionen Pud ausgeführt, wieder mehr als im Vorjahre. Im Jahre 1901 war die Mifsernte in einem grofsen Teil Rufslands seit dem Juli bereits gewifs und sogar offiziell anerkannt. Der ministerielle Budgetbericht giebt die Gesamternte an Getreide für 1901 mit 3050 Millionen Pud und den Ausfall gegen den Durchschnitt der letzten 5 Jahre mit 236 Millionen Pud an. Dieser Ausfall beträgt fast die Hälfte des im Durchschnitt ausgeführten Getreides. Dennoch drückt sich die Kornausfuhr in folgenden, die ersten 11 Monate des Jahres umfassenden Ziffern aus: 1899 323866000 Pud, 1900 395691000 Pud, 1901 428300000 Pud. Trotz der Mifsernte wird also mehr als vorher ausgeführt. „Wenn," sagt SCHWANEBACH (S. 103) von dem Mifsjahr 1897, „die Bewegung unseres Kornes sich unserem eigenen Bedarf unterordnete, so hätten die Überschüsse des Südwestens (wo die Ernte gut gewesen war) die Richtung zur Aushilfe in den (notleitenden) zentralen Gubernien genommen. Aber die zentrifugale Strömung blieb fest und die Ausfuhr kiewschen und podolischen Korns nach Österreich nahm solchen Umfang an, dafs die österreichischen Eisenbahnen nicht im stande waren, die Anforderungen an das rollende Material zu befriedigen." Eine dortige Zeitung zog den Schlufs, dafs „wie gering auch die Ernte in Rufsland sein möge, der Welthandel von dort stets soviel Korn nehmen werde, als er braucht, wenn die Ausfuhr nur nicht durch künstliche Mafsregeln eingeschränkt wird. Das sei auch ganz verständlich: das reiche Europa überbietet ohne Mühe die Ware bei dem unvermögenden inneren Nachfrager." Dazu kommt, dafs zur Zeit der notgedrungenen fieberhaften Ausfuhr im Herbst die lokalen Kornpreise zu fallen und erst im Frühling, wenn der Bauer kaufen mufs, wieder zu steigen pflegen.

Es wird demnach mehr Korn ins Ausland verkauft, als das

Volk bei genügender Ernährung entbehren kann; der gröfsere Teil des Volkes, und gerade der gröfste Teil des speziell russischen Volkes, hungert stets zum Wohl der Finanzen des Staates, und zwar deshalb, weil er zu arm ist, um sein Brot für sich zu behalten oder um in Mifsjahren welches zu kaufen. Wenn die oben angeführte Ziffer von etwa 18—19 Pud Korn auf den Kopf, die dem Bauer zur Ernährung für sich und sein Vieh noch bleiben, richtig ist — und diese Ziffer scheint allerseits als richtig anerkannt zu werden —, so liegt allerdings ein überraschendes Zeugnis von der Disharmonie zwischen Staatswirtschaft und Volkswirtschaft in der Thatsache, dafs der russische Soldat aufser der übrigen Kost an Kohl und etwas Fleisch seit dem Jahre 1872 an Brotfrucht 29 Pud erhält. Der Bauer sieht fast nie Fleisch, und wenig von dem so zuträglichen Kohl auf seinem Tisch, und nährt sich hauptsächlich von Brot und Grütze; und doch hat er davon nur zwei Drittel der Ration zur Verfügung, die der Staat zur Erhaltung des Soldaten als notwendig ansieht. Man kann unter diesen Umständen sagen, dafs für den russischen Bauer die Zeit des Militärdienstes eine Festzeit sein müfste, und dafs in keinem Lande die allgemeine Wehrpflicht so grofsen Zauber für sich haben dürfte, als in Rufsland, — sofern jene 29 Pud Grütze und Mehl nicht nur in den Rechnungen der Intendantur verzeichnet stehen, sondern auch in den Magen des Soldaten ohne Abzug gelangen. Eine andere Rechnung mit überraschendem Ergebnis ist diese: Die Regierung nimmt bei ihrem Kampf gegen die Hungersnöte als Notdurft auf den Kopf und aufs Jahr an Brotkorn 330 Kilogramm oder $19^4/_5$ Pud an. Die Statistik hat herausgerechnet, dafs von dem geernteten Brotkorn nach Abzug der Ausfuhr auf den Kopf im Lande zurückbleibt 240 Kilogramm. Demnach mufs das Volk aussterben an Hunger. Zum Glück darf man aber diese Rechnungen als Beweise dafür ansehen, dafs die statistischen Angaben falsch sind, denn es bleibt ohne Zweifel mehr als jene 240 oder auch 330 Kilogramm im Lande zurück, nur bekommt die Statistik das Mehr nicht zu fassen, weil es verheimlicht wird und aus andern Gründen.

Ähnlich wie mit dem Getreide verhält es sich mit der Fleischproduktion: die Fleischernährung des russischen Volkes sinkt. Während in allen anderen Ländern mit der wachsenden Bevölkerung auch das Rindvieh sich mehrt, vermindert es sich in Rufsland.

Nach LOCHTIN zeigt Rufsland in dem Jahrzehnt von 1888—1898 einen jährlichen Verlust an Rindvieh von 0,08 Prozent und besitzt nicht mehr Rindvieh auf den Kopf der Bevölkerung als Belgien und fast um ein Drittel weniger als Deutschland. Rufsland, das Land der Grasebenen und der Nomaden, das Land der reichen Schwarzerde und der blumenbedeckten Steppe! Ebenso vermindert sich die Schafzucht, die Schweinezucht, die Pferdezucht von Jahr zu Jahr, während das Land auch in Rücksicht dieser Nutztiere weit weniger auf den Kopf der Bevölkerung besitzt als andere Länder. Die neuesten offiziellen Untersuchungen [1] haben ergeben, dafs in den letzten zehn Jahren der Pferdebestand im Zentrum (neun Gubernien) um 117000, im Osten (vier Gubernien) um 68000 Kopf zurückgegangen ist, dafs die Zahl der pferdelosen Bauernhöfe dort zunimmt, und dafs in allen russischen Gubernien die einpferdigen Höfe auf Kosten der mehrpferdigen zunehmen. Und doch wird die Ausfuhr aller Arten von Vieh, Pferd, Rind, Schwein, lebend und in Gestalt von Fleisch, Häuten, Fett, eifrig gefördert. Noch eben, Oktober 1901, beschlofs die Regierung die Ausfuhr von Fleisch und Butter nach England zu fördern, ein Unternehmen, das wieder die unheilbare Selbsttäuschung zeigt, mit der man in Rufsland stets und am liebsten nach solchen Aufgaben greift, die durchaus nicht mit den vorhandenen Bedingungen zusammenstimmen, aber den Schein hoher Kultur erwecken. Wie immer, wird dann auch eine Kommission ernannt, und die soll eine Untersuchung darüber anstellen, ob das russische Landvieh sich zur Mästung für den englischen Markt eigne. Das russische Landvieh! Es hat nicht genug zum Leben, hat nie seit Generationen von Fettansätzen und erst recht nicht von feiner Fleischbildung sich auch nur träumen lassen, aber jetzt mufs es per Kommission daraufhin untersucht werden, ob es sich wohl eigne, auf dem schwierigsten Fleischmarkt der Welt zu glänzen. Man hat dazu und zur Entsendung von 30 landwirtschaftlichen Reisenden nach England ganze 50000 Rubel ausgeworfen und die Herren haben in London und Windsor mit Essen, Trinken und Reden sehr viel zur Vorbereitung einer russisch-englischen Staatsallianz beigetragen, — und viel mehr wird dabei auch nicht herauskommen. Aber diese unpraktisch-überschwängliche Weise der Behand-

[1] POLENOW, a. a. O. S. 17.

lung praktischer Fragen ist für Rufsland typisch. Wir werden noch manchen Fällen solcher Unvernunft begegnen, die an sich unwesentlich, aber kennzeichnend sind für die überall sich kundgebenden Mängel eines richtigen Mafsstabes für die eigenen Kräfte.

Da der Bauer von seinem Dorflande nicht leben kann, sucht er nach Nebenverdienst und überläfst die Bestellung des Ackers gern der Frau und den Kindern. Indessen ist es schwer, Nebenverdienst in einem Lande zu finden, wo aufser dem Ackerbau die Handarbeit nur wenig Verwendung hat. Im Zentrum ist die ganze Industrie in Moskau und den anliegenden drei oder vier Gubernien konzentriert. Aufserhalb dieses industriellen Zentrums giebt es kaum erhebliche Fabrikanlagen auf viele Hunderte, ja Tausende von Kilometern, wenn man nicht die Metallwerke von Tula, von Bränsk, oder die Kohlengruben und Hochöfen des Donez dazu zählen will. Die Industrie beschäftigt heute in ganz Rufsland 2—3 Millionen Menschen beiderlei Geschlechts; was will das sagen gegenüber einer bäuerlichen Masse von mehr als 100 Millionen? Das Land der Schwarzerde ist ganz auf Ackerbau angewiesen, und soweit der Bauer in ihr keinen Nebenverdienst findet, thut er eben nichts. Denn die Hausindustrie ist meist erstickt und Landarbeit giebt es nur im Laufe von ein paar Sommermonaten. Sieben Monate des Jahres sind fast ganze sieben Monate verlorener Zeit, und die Annahme erscheint daher nicht unbegründet, dafs der tägliche Verdienst des russischen Bauers sich durchschnittlich auf 18—19 Kopeken (34—36 Pfennige) beschränkt.[1] „Die Unmöglichkeit,“ heifst es in einer 1892 erschienenen Schrift[2], „während der ganzen von der Landarbeit freien Zeit Beschäftigung zu finden, bildet in unserem Dammerdestrich eine der Hauptursachen des niedrigen ökonomischen Niveaus der Landbevölkerung. In dieser Beziehung hat sich die Lage der Dinge gegen früher verschlechtert.“ Seit der Bauer über die dringendste Notdurft hinaus weder Lein baut noch Schafe hält, weder Flachs spinnt noch Wolle webt, seit alles auf den Kornbau gestellt ist, ist auch alles auf Geld gesetzt, und dieses fehlt. Der Bauer lebt, bis auf jene etwa 2 Prozent, die Industriearbeiter sind, bisher noch immer in Naturalwirtschaft

---

[1] GOLOWINS Angabe nach MULHALLS Untersuchungen S. 95 a. a. O.
[2] S. NIKOLAI-ON, S. 305.

und steht hilflos einer Regierung gegenüber, die die Technik und die Lehren reinster Geldwirtschaft auf ihn anwendet.

Der Widerspruch zwischen der Gemeinde, die ihre Glieder wirtschaftlich an Hand und Fufs fesselt, und dem Staat, der von ihr Steuern fordert, lähmt die materielle Entwickelung und die Thatkraft des Volkes. Wo sich Bauern von der Gemeinde losgerissen und auf gekauftem Lande einen freien Hof gegründet haben, da findet man oft blühenden Wohlstand. Und dasselbe fand ein so eifriger Verteidiger altrussischen Wesens wie der Fürst MESTSCHERSKI[1] in den freien russischen Kolonistenansiedelungen an der unteren Wolga. Er liefs sich von einem Landsmann, der von dort kam, folgendes erzählen: „Welch augenfälliger Kontrast! In den zentralen Gouvernements, wo das russische Volk gewissermafsen in seiner Quintessenz vertreten ist, wo man nur hinsieht — überall Armut, überall andauernder träger Schlaf, der ganze Fortschritt des Volkslebens scheint in der Aufgabe zu gipfeln, ein Hungerdasein zu fristen .... Von da verschlug es mich in das Astrachansche Gouvernement, wo auf gewaltsam okkupierten Kirgisenländereien sich russische Bauerndörfer gebildet haben .... Ich traute meinen Augen nicht, als ich diese prächtigen Dörfer sah, mit reinen, geräumigen Häusern, mit Gärtchen vor den Häusern, Gärten hinter den Häusern, in denen zufriedene reiche Besitzer von Pferden und aller Art Vieh wohnen und wo aufser Behäbigkeit und Reichtum Reinlichkeit und Ordnung herrschen ... Als ich diese Dörfer sah, die durch ihren Wohlstand an jene (deutschen) Kolonistendörfer erinnerten, die stets dem russischen Bauern zum Muster hingestellt und zum Vorwurf gemacht werden, da mochte ich nicht glauben, dafs hier dasselbe russische Volk lebt und arbeitet, welches, je näher man Moskau kommt, um so fügsamer sein unglückliches Haupt unter dem Druck der unerbittlichen Armut neigt und scheinbar jeden Glauben an seine Volkskraft, an sein geistiges Vermögen, an seine Muskeln, seine Seele verliert ... Ich glaubte schon, es seien Sektierer, Raskolniki, diese glücklichen, reichen Russen im Astrachanschen Gouvernement, doch nein, es waren Orthodoxe ... Unter dem Eindruck dieser Erzählung wollte meine Seele sich Träumereien ergeben ... Was

---

[1] Nach einer Übersetzung aus dem Graschdanin in der St. Petersburger Zeitung 1901 Nr. 184.

bedeutet diese Parallele ganzer kernrussischer Gouvernements, die vernichtet, verarmt, hungrig sind, mit jenen grofsen Dörfern desselben russischen Volkes, in denen Wohlleben und Reichtum herrscht, und wo in stetigem Strom der Quell der persönlichen und Gemeindearbeit und der individuellen Initiative sprudelt ... Was das bedeutet, ist schwer zu entscheiden, doch erfassen Wehmut und Trübsinn meine Seele bei dem Gedanken, dafs, wenn ich die Frage stelle: welches ist bei der Kraft und Begabtheit des russischen Volkes das naturgemäfse Bild des Lebens, diese Oasen des Wohlstandes im Astrachanschen Gouvernement oder jene ruinierten Gouvernements des zentralen Rufsland? — Dafs es auf diese Frage keine andere Antwort als das Geständnis giebt: naturgemäfs ist das Bild der reichen Dörfer des Astrachanschen Gouvernements, unnatürlich und naturwidrig das Bild ganzer Gouvernements im Kern Rufslands mit ruinierter, elender Bevölkerung!" ...

Und wiederum umgekehrt: Welcher Kontrast zwischen den deutschen Kolonieen des Südens und Südwestens und denen im Wolgagebiet, wo sie die russische Gemeindeverfassung angenommen haben. Hier sind diese deutschen Dörfer womöglich noch elender als die russischen: dort im Süden und Südwesten, wo sie an ihren schwäbischen Sitten festgehalten haben, sind es reiche, gedeihende, schöne Dörfer, deren Zukunft freilich trübe geworden ist, seit die Regierung ihnen ihr Deutschtum zu nehmen beschlossen hat, die aber bisher mit ihrer Selbstverwaltung ganz andere, glänzende Erfolge errungen haben, als der gleichfalls mit Selbstverwaltung ausgestattete „Mir", die russische Bauerngemeinde. Dieses Privileg der Selbstverwaltung ist heute bei Russen wie Deutschen in Gefahr, dem Gleichheitsmoloch geopfert zu werden.

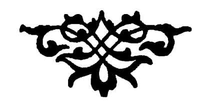
Indessen scheint die Staatsregierung seit einigen Jahren doch der Ansicht sich zuzuwenden, dafs Kommunalbesitz und Haftpflicht nicht länger aufrecht zu halten sind. In dem Budgetbericht für 1899 stellte der Finanzminister die Abschaffung der Haftpflicht der Bauerngemeinde für die Steuern in Aussicht. Ich habe damals (in den Grenzboten) die Erwartung an jenen Bericht geknüpft, dafs Herr WITTE vom finanziellen Anstofs aus die Reform der ganzen Dorfverfassung in Angriff nehmen werde. Es hat nicht lange gedauert, bis man von weiteren Schritten auf

diesem schwierigen Wege vernommen hat. Durch ein Gesetz vom Jahre 1899 wurde die Haftbarkeit beschränkt und die Aufhebung der Haftpflicht in Aussicht gestellt; ferner wurde die Frist für die Feldumteilungen auf ein Mindestmafs von 12 Jahren normiert; zugleich wurde bestimmt, dafs bei Umteilungen dem Bauer, der auf seinem Anteil Verbesserungen vorgenommen habe, für dieselben, falls ihm sein Acker genommen würde, von der Gemeinde Entschädigung zu leisten sei. Hiermit ist, wenn nicht mehr, die Tendenz vorgezeichnet, mit der die Staatsregierung hier vorgehen will. Und da ein plötzlicher Bruch mit der Feldgemeinschaft den Bauer ebenso fassungslos und hilflos machen würde, wie der Adel durch die Befreiung des Bauern wurde, so scheint es weise, nach dem Ziel langsamen Schrittes hinzustreben. Auch ist das wohl der Sinn einer Kommission, die erst unter dem Ministergehilfen KOWALEWSKI arbeitete und neuerdings unter Leitung des Ministergehilfen KOKOWZEW vornehmlich die wirtschaftliche Lage des Zentrums — wie das verarmende Gebiet jetzt bereits bezeichnend genannt wird — zu beraten hatte. Nachdem diese Vorarbeiten zu einem Abschlufs gebracht worden sind[1], ist zu Anfang 1902 eine neue grofse Kommission niedergesetzt worden, bestehend aus Ministern und hohen Würdenträgern, unter Vorsitz des Finanzministers, der das Recht hat, Experten zur Beratung heranzuziehen. Die Bedürfnisse der Landwirtschaft sollen klar gestellt und die zu ihrem Besten nötigen Mafsnahmen erwogen werden. Vom Konferenzsaal des Finanzministeriums aus die Bedürfnisse der Landwirtschaft richtig zu erkennen, ist an sich eine sehr schwere Aufgabe. Sie ist unlösbar in einem Reich mit so mannigfaltigen Bedingungen und Formen der Landwirtschaft, und mit so verschieden für die Landwirtschaft veranlagter und vorgebildeter Bevölkerung. Sie ist hoffnungslos in der Hand einer so zentralisierten und der Landwirtschaft so fern stehenden Versammlung, wie diese Kommission sie umfafst. Alle diese 20 Generäle und Exzellenzen haben schwerlich jemals über Fruchtfolge oder Viehfütterung auch nur einen Gedanken gedacht. Der Landwirtschaft im strengen Sinne könnte nur der Landwirt selbst und die Selbstverwaltung der Provinzen aufhelfen. Aber

---

[1] Das Ergebnis liegt in der mehrfach zitierten Schrift von POLENOW vor.

diese Kommission wird sich grofse Verdienste erwerben, wenn sie in den russischen Landesteilen die solidarische Haft der Dorfgemeinde und die Feldgemeinschaft endlich abschafft. Die Person des Vorsitzenden giebt eine Gewähr dafür, dafs in dieser Richtung etwas erreicht werden wird. Nirgends wird die grofse Energie Herrn WITTES mehr am Platze und heilsamer gewesen sein, als hier, wenn er diese Reform durchführt.



ACHTES KAPITEL

DER BAUER

(Fortsetzung.)

Wenn wir die statistischen Sammelwerke der Landschaften durchsehen, so ergiebt sich für viele Gubernien, dafs ein Viertel bis ein Drittel der Dorfbevölkerung in Hütten wohnt, die eine Länge und Breite von je 6 Arschin ($4^1/_2$ Meter), eine Höhe aber von nicht mehr als 3 Arschin ($2^1/_4$ Meter) haben; und in einer solchen Stube befinden sich oft nicht nur die ganze Bauernfamilie, sondern auch die Haustiere . . . . Die alljährlichen, vom Ministerium der Landwirtschaft herausgegebenen Übersichten zeigen, dafs der durchschnittliche Tagelohn der ländlichen Arbeiter im Sommer in der besten Zeit im Rayon der Schwarzerde 27—36 Kopeken ausmacht, im Südwesten Rufslands 40—60 Kopeken (80—120 Pfennige).[1] Wo noch Hausindustrie besteht, ist der Lohn höher, aber er übersteigt nicht 50 Rubel im Jahr und sinkt bis auf 17 Rubel im Jahr (bei den Töpfern in Perm) herab. Wenn man nun bei dem Landarbeiter die kurze Zeit des sommerlichen Verdienstes und den verdienstlosen Winter in Anschlag bringt, so scheint selbst die Annahme MULHALLs, von der im letzten Kapitel die Rede war, eher zu hoch als zu gering gegriffen: auf der Schwarzerde verdient der Arbeiter im Durchschnitt des Jahres nicht einmal 18—19 Kopeken täglich. Dies mag der Durchschnitt sein, was nicht ausschliefst, dafs sich der Tagelohn je nach Zeit und Ort weit höher stellt, wenn reiche Ernte oder die Industrie viele Hände verlangen. Das Ausgabebudget des Bauern in jenen Gubernien wird von

[1] ISSAJEW, S. 7.

den Forschern mit 50—65 Rubel jährlich für den Haushalt angegeben. Wenn wir nach einer neuen Untersuchung als durchschnittliche Ausgabe der bäuerlichen Familie 63 Rubel 20 Kopeken annehmen, wovon 20 Rubel 44 Kopeken auf die Nahrung entfällt, so ist das, wenigstens für den hier in Frage stehenden beschränkten Landesteil, eine Dürftigkeit, die offenbar Hunger bedeutet. Denn in dieser Summe von 63—65 Rubel sind alle Dinge in Geld verrechnet, deren der bäuerliche Haushalt im Laufe eines Jahres bedarf und von 20 Rubel 44 Kopeken oder 43 Mark kann man auch an der Wolga eine Familie nicht voll ernähren. Die Kopfsteuer und die Salzsteuer wurden freilich schon in der neuen Finanzära unter dem Minister BUNGE aufgehoben. Um dem Bauer den Ankauf von Land zu erleichtern, wurde die Bauer-Agrarbank gegründet. Allein so wenig dem Adel mit Gelddarlehen genützt wurde, ebenso selten haben die Versuche Erfolg, dem Bauer zu kapitalistischer Wirtschaft zu verhelfen durch Darlehen oder Steuererleichterung. Wer im Dorfe zu Gelde kommt, wer etwa seine Einlage in der Sparkasse hat, der verdankt das selten der verringerten oder erlassenen Steuer, oder dem Darlehn der Regierung, sondern meist sich selbst, der harten Arbeit und der Ausbeutung des Nachbarn. Aber in den grofsrussischen Ackerbaugebieten fliefst wenig bäuerliches Geld in die Sparkassen; um so mehr in die fiskalische Saugpumpe der Branntweinsteuer. Solange der russische Bauer noch einen Scheffel Weizen zu verkaufen hat, weist er den Branntwein nicht ab. Das verarmteste Dorf findet immer noch Mittel, nötigenfalls in der Gemeindekasse, um Feste zu feiern, d. h. ein paar Eimer Branntwein zu trinken. Es kennt eben andere Freuden in aller Welt nicht, und das Sparen ist dem Bauer nicht anerzogen; im Gegenteil, er ist dazu erzogen, nicht nach individuellem Besitz zu streben. Denn der Privatbesitz war für ihn und ist noch wertlos: vor 1861 konnte der Grundherr ihn jederzeit an sich ziehen, nach 1861 ist die Haftpflicht der Steuergemeinde da, die dem Sparer seine Rubel abnimmt, sei es um Steuern zu bezahlen, die der Nachbar nicht zahlen konnte, sei es, indem die Gemeinde durch Drohungen ihn zwingt, mit seinem Rubel zum allgemeinen Besten herauszurücken. Wenn der ministerielle Budgetbericht für 1902 den seit 10 Jahren konstanten Spiritusverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung mit $2\frac{1}{2}$ Liter hundertgrädigem Spiritus angiebt, so ist das an sich, und verglichen mit dem Ver-

brauch an Alkohol in anderen Ländern, nicht allzu viel, denn der russische Bauer nimmt Alkohol nur in Form von Branntwein, der westeuropäische aufserdem in Wein und Bier zu sich. Jenes vom Minister angegebene Quantum bedeutet aber eine Ausgabe von 3 Rubel 65 Kopeken oder 7 Mark 76 Pfennige, wovon auf die Staatssteuer $2^1/_4$ Rubel kommen. Das ist verderblich viel für einen Bauer, der, wie man uns sagt, im runden Jahr von nur 63 oder 65 Rubel auf die Familie lebt, und für einen Steuerzahler, der für den Staat ohnehin hungert. Bei einer Kopfzahl von nur 4 Familiengliedern gäbe der Bauer 14 Rubel 60 Kopeken, also fast den fünften Teil seines gesamten Einkommens, für Branntwein aus. Das ist mehr — als ich zu glauben vermag. Mag dieses Verhältnis aber auch zu hoch gegriffen sein, richtig scheint doch zu sein, dafs das Verhältnis von Einkommen und Brantweinverbrauch ein höchst ungesundes ist. Was die Regierung an Kopfsteuer nachliefs, nimmt sie der Menge des Volkes als Branntweinsteuer wieder ab, und so ändert sich wohl die Methode, nicht aber das Ergebnis: was der Bauer irgend erübrigt, ja mehr als was er entbehren kann, geht durch die Steuerpumpe doch zuletzt in die Kasse des Fiskus. Und die Ursache davon liegt in dem sittlichen Charakter des Bauern, der wahrscheinlich durch äufsere Verhältnisse sich herausgebildet hat. In dem öden Leben der Dorfgemeinde, die nicht nur allen geistigen, sondern auch des materiellen Interesses an der eigenen Scholle entbehrt, herrscht natürlicherweise die roheste Gewalt, Polizeistock und Branntwein.

Jene Hütten in den Dörfern, wie ISSAJEW sie beschreibt, wurden meist noch gebaut, als der Leibherr das Holz dazu umsonst hergab, und seitdem immer wieder geflickt, wenn sie nicht abbrannten. Aber inzwischen schwanden die Wälder auch dort, wo vor Zeiten ihrer viel waren, und in dem Steppenlande gab es ja überhaupt keine. Das Holz wurde teurer von Jahr zu Jahr, und dementsprechend wurde das Flicken der alten Hütten teurer. Die Verarmung des Bauern kam hinzu, und so wurden dann die Hütten immer weniger ausgebessert, immer elender, und wurde eine neue gebaut, so war sie aus schlechtem Holz, ärmlicher als ehedem der Bauer sie zu bauen pflegte. „Die Thatsache der Verarmung,“ sagt NOWIKOW, „springt in die Augen; das ist schon nicht mehr eine Frage .... Unterdessen hören wir beständig, dafs die wirtschaftliche Lage der Bauern von der landschaftlichen und der staatlichen Statistik unter-

sucht wird, dafs Kommissionen ernannt werden, um sie kennen zu lernen.“ Leider lernen die Kommissionen die Lage selten kennen, und thun sie es, so bleibt es doch beim Alten, denn die Regierung hatte andere Dinge zu thun als die Hütten der Bauern auszubessern. So stehen die Hütten an der langen Dorfstrafse hin, niedrig, mit Stroh notdürftig gedeckt, dahinter ein Gemüsegärtchen, drüben, jenseits der Strafse, jenseits dieser nie gereinigten Kehricht- und Unratstätte, steht dem weniger verarmten Bauern noch ein elendes Wirtschaftsgebäude; kein Baum, kein Strauch weit und breit zu sehen, nur die Kuppeln der hölzernen oder auch backsteinernen, weifs getünchten Kirche heben sich aus dem einförmigen Grau hervor. Tausend bis zu 3000 und mehr Einwohner hat das Dorf; ein paar Läden bieten die einfachen Waren feil, die der Bauer nicht selbst anfertigt; ein Schmied, ein Schuster — und die Monopolbude, wo die Krone ihre Steuer herausdestilliert durch reichlichen Branntweinverkauf. Kein Arzt, keine Apotheke, aber einige „Wissende“, quacksalbernde, alte Weiber. Treten wir nun in eine der Bauernwohnungen ein.

„Noch jetzt,“ erzählt unser Landhauptmann[1], „wird die Hälfte der Hütten auf schwarze Art geheizt — hat aber je der Landbewohner gesehen, was das heifst? Das heifst, dafs morgens, wenn geheizt wird, an der oberen Hälfte der Hütte ein undurchdringlicher Rauch steht, der durch Spalten oder eine besondere Öffnung abzieht, zumeist jedoch durch die dazu geöffnete Thür. Die Bewohner verbringen diese Zeit liegend oder sitzend auf dem Boden, um den Rauch nicht allzu viel zu schlucken. Zwanziggradige Kälte dringt durch die Thür herein. Ist die Heizung beendet, so wird alles geschlossen und in der Hütte wird es heifs wie in einer Badestube. Gegen morgen gefriert oft das Wasser wieder. Vom Rauch sind Wände und Lager mit schwarzem Anflug bedeckt. Hier wohnt die Familie von etwa acht Seelen: der Alte mit der Alten, der verheiratete Sohn, die Tochter, die Kinder. Hier wird gegessen, auf dem Stroh geschlafen; hier gebären die Weiber, spinnen und weben sie; hier müssen die Knaben ihre Schularbeiten machen; hier sind ein Kalb, Lämmer, manchmal Ferkel, Hühner; hier herrscht unerträglicher Gestank, hier leuchtet die Lampe ohne Zylinder oder es giebt auch gar kein Licht, wenn kein Geld da ist, um Petroleum

[1] Nowikow, S. 225.

zu kaufen.“ Draufsen friert es bei 20° R., aber die Hütte birgt nur zwei Schafpelze, man kriecht auf den grofsen Ofen, wärmt sich, räumt dann einem andern den Platz und friert drunten auf dem Stroh, oder man nimmt einen der Pelze, geht zur Arbeit irgendwo hin, kehrt nafs und frierend abends heim, die Kleider kommen zum Trocknen auf den Ofen, die Hütte dampft davon. Und am nächsten Tage nimmt das Weib den Pelz und geht arbeiten wie heute der Mann. Schmutz überall, denn Seife ist ein Luxus und lange nicht alle können sie haben. Zur Wäsche genügt das Wasser im Bach, und dann zur Reinigung des Körpers sonnabends das Schwitzbad, das Labsal des Bauern. So arm das Dorf auch sei, nie fehlt die gemeinsame Badestube. Und die Nahrung? Leerer Kohl, nämlich heifses Wasser, darin Kohl schwimmt und ein Löffel Hanföl, gekochte Kartoffeln und Weizengrütze — das ist das Mittagsmahl. Wenn man Milch hat, so ist sie für die Kinder; Fleisch giebt es an Feiertagen, ein Huhn zu Weihnachten und Ostern. Oftmals fehlt die Kartoffel, die Grütze — dann ist nur das Schwarzbrot da. Mifsernte — und auch das Brot fehlt.“

Was ist seit Jahrzehnten nicht über die Gesundheitspflege in der Presse geschrieben, in ungezählten Kommissionen verhandelt worden! Vor 200 Jahren war der erste Arzt mit wissenschaftlicher Ausbildung nach Rufsland gekommen; erst 1861 aber war man soweit gelangt, Kreisärzte in den meisten Kreisen anzustellen; und solche Kreise sind oft von der Gröfse von Königreichen. Seit 1861 ist es neben der Errichtung von Schulen das Hauptverdienst der Landschaften, dafs sie sich bemühten um Anstellung von mehr Ärzten, um Spitäler, um Hebammen. Aber so verdienstvoll ihr Wirken war, wie weit ist man heute gelangt? Nach einer Aufstellung der „St. Petersburger Wedomosti“ vom Jahre 1899 (Februar) kam in neun landschaftlichen Gubernien ein angestellter Arzt auf 26740 (Cherson) bis zu 48800 (Poltawa) Einwohner, durchschnittlich ein angestellter Arzt auf 35000 Einwohner. Kann der Bauer da an ärztliche Hilfe denken aufser in besonders günstigen Verhältnissen? Und wären Arzt und Apotheke nur wenig Meilen entfernt, er hätte nicht das Geld, die Arznei zu bezahlen oder nicht das Pferd, das ihn hinschleppte, oder die alten Sitten lehrten ihn, dafs es besser sei, nach der „Wissenden“ zu rufen, oder noch besser zu stöhnen, sich auf den Ofen zu legen und zu sterben. Oder das Weib gebiert; wo? in der kalten Hütte unter der Hand

eines unwissenden Weibes; dann mufs die Wöchnerin sogleich auf den Ofen, den heifsen, bekommt Branntwein zu trinken, und nach drei oder vier Tagen geht es wieder hinaus an die Feldarbeit. Und das Kind? Nun, wenn eine milchende Kuh da ist, bekommt es etwas Milch; ist keine da, so lutscht es an der Zulpe aus Schwarzbrot, die selten gewechselt wird, von Mund zu Mund geht und die Syphilis verbreitet, wie NOWIKOW sagt. Alles wird gegessen, der Durchfall stellt sich ein, bis es endlich stirbt. Da hülfe auch kein Arzt, keine Arznei, kein guter Rat. Man versuche einmal, erzählt unser Landhauptmann, gegen diese wilden Behandlungen der Wöchnerin oder des Kindes anzukämpfen; „ratet einmal, dem am Durchfall leidenden Kinde keine Gurken zu geben — ihr wendet euch ab, und wie das Kind weint, wird man ihm eine Gurke geben. Bemüht euch, ein an einer Frauenkrankheit leidendes Weib zu überreden, dafs es sich an die Hebamme wende — um nichts: eine Schande, man wird lachen, dafs sie krank sei . . .“ „Ist es zum verwundern, dafs bei diesen schrecklichen Lebensbedingungen und bei dieser Unwissenheit es eine solche Masse von Kranken an allen möglichen Anämien, Katarrhen giebt, dafs fast alle Weiber an Frauenkrankheiten leiden, an Hysterie, dafs Kinder und auch Erwachsene wie die Fliegen sterben?“ „Man wird selten eine gesunde Familie finden, die Weiber sind alle krank, mit seltenen Ausnahmen.“ Von anderer Seite[1] wird berichtet, die grofse Sterblichkeit der Kinder komme daher, dafs sie mit Brot allein aufgezogen werden; alle Milch werde dort, in einem Dorf des Gubernium Twer, der Käserei des Herrn WERESCHTSCHAGIN geliefert. Also wieder wie mit dem Getreide: die so notwendig für die Nahrung erforderliche Milch geht in Form von Käse nach Petersburg oder ins Ausland, und der Bauer ist zu arm, sie für sich zurück zu halten.

Die Folgen dieser Lebensweise haben sich längst bemerkbar gemacht. Die Sterblichkeit nimmt zu und die Vermehrung des Volkes stockt in entsprechendem Mafse. Den jährlichen Zuwachs giebt SCHWANEBACH für die elf Jahre von 1885 bis 1897 und für das eigentlich russische Gebiet — Zentrum, Süden, Südwesten und Osten — mit 0,26 Prozent an, während er für das gesamte Reich 1,38 Prozent, d. h. mehr als das Fünffache, für die westlichen

---

[1] Sanitäts-Kommission aus dem Gubernium Twer, vgl. NIKOLAI-ON S. 73, Anm.

Grenzprovinzen 2,2 Prozent, d. i. das $8^1/_2$ fache, beträgt. In Deutschland hat für das Jahrfünft von 1895 bis 1900 der Zuwachs 7,82 Prozent, also jährlich 1,56 Prozent betragen, d. h. um 0,16 Prozent mehr als der Zuwachs im russischen Reich und sechsmal so viel, als der Zuwachs im national-russischen Kernlande beträgt. Die ehemals gerühmte schnelle Volksvermehrung der Russen ist hiernach vollständig geschwunden und fast wie die Volksvermehrung von Frankreich zum Stillstand gekommen. Die fremdländische Einwanderung in die westlichen Grenzgebiete fällt kaum ins Gewicht, denn ihr steht die Abwanderung aus diesen Gebieten nach Rufsland, nach dem Innern, gegenüber, die erheblich ist, ohne dafs umgekehrt Russen in die Grenzprovinzen einwandern. Andererseits besteht ein grofser Teil der nach Sibirien abziehenden Scharen aus Bauern der zentralen Gubernien, denen ihre Landanteile zu klein und zu kraftlos geworden sind, denen es daheim zu eng geworden ist. Zu Zehntausenden verlassen sie jährlich ihre Dörfer, um sich in Westsibirien auf frischem Lande anzusiedeln. Und doch sitzen auf dem von Natur reichsten Boden in diesen Gubernien auf dem Quadratkilometer nur 51 (Kursk), 44 (Orel), 41 (Tambow), 46 (Tula), 39 (Woronesch) Köpfe.[1] — Ein weiteres Symptom ist die fortschreitende Degeneration des Bauern im Zentrum. Die Rekrutenaushebung giebt alljährlich davon Zeugnis, dafs die Körpermafse sich dort verschlechtern; die Klagen wiederholen sich über die Menge der zum Dienst Untauglichen und die Abnahme der Brustweite und auch der Körperlänge. Die ehemals gerühmte Stattlichkeit des grofsrussischen Bauern ist verschwunden, der russische Rekrut sticht schlimm ab neben dem Rekruten aus den unrussischen Provinzen.

Wenn man sich ein Dorf mit 2000 oder 3000 Einwohnern vergegenwärtigt, die ihre kleinen Landfetzen weit draufsen, oft einige Kilometer von ihrer Behausung entfernt, bestellen müssen, die kein Holz zum Heizen, zum Bauen, keinen Stein zu einem Fundament haben, die nie etwas anderes als Stroh auf dem Dach, in vielen Gegenden auch nur mit Dünger verarbeitetes Stroh zum Heizen haben, so wird man finden, dafs nur die unselige Feldgemeinschaft an dem übermäfsigen Anwachsen der Dörfer schuld gewesen ist. Ohne sie hätten die als Eigentümer wirtschaftenden

[1] In Deutschland auf den Quadratkilometer 104.

Bauern die Zersplitterung des Bodens nicht so unvernünftige Maſse annehmen lassen, und statt 500 Hofbauern säſsen auf demselben Raum heute 50 oder weniger; sie hätten ihre Ackerknechte und wären zufrieden und wohlhabend. Die Wohnhäuser wären besser, die Öfen weniger gefährlich, die Brandschäden seltener. Denn jetzt brennt solch ein Dorf, sobald einmal irgend an einer Ecke Feuer ausbricht, rein ab, es bleibt nichts übrig; und wie leicht bricht Feuer aus in dieser Ansammlung von Zunder und unter einer Einwohnerschaft, die ihren höchsten Genuſs im Rausch sucht. Man rechnet, daſs für 200 Millionen Rubel an Bauerngut jährlich vom Feuer zerstört wird. Und wiederum, wie darf man sich wundern, wenn in solchem Dorf, das 2990 Bettler und zehn wohlhabende Dorftyrannen birgt, in dem sich Hütte an Hütte reiht in endloser Einförmigkeit, der Branntwein die erste Rolle spielt? In einem groſsen Dorf giebt es noch hier und da Läden, ein Gemeindehaus, eine Gemeindeschule; je kleiner das Dorf ist, um so seltener trifft man auf solche Dinge, aber der Krug früher, die Monopolbude jetzt, die fehlen nicht. Jedes Geschäft, das auſserhalb der gewohnten Arbeit liegt, jedes Familienereignis, jeder Handel, jede Stundung einiger Rubel an Steuer, die der Gemeindeälteste gewährt, jede Versammlung der Gemeinde zu einer Wahl, zur Beschluſsfassung über Äcker, Kirche u. s. w., alles und jedes fordert Branntwein und wird mit Branntwein erledigt. Und da kommen nun noch 150, ja bis zu 170 Feiertage im Jahr hinzu, an denen der Bauer nicht arbeitet, einmal weil er im Winter keine Arbeit findet, dann weil es ihm von der Kirche oder von der Polizei verboten wird, und endlich auch weil es ihm so wohlbehagt. Am Sonntag, da sieht man den Fleiſsigen noch eher auf dem Felde, wenn die Arbeit drängt; aber die Heiligentage und die „Kronsfeiertage" sind schwer zu versäumen. Und wären das nur Wintertage — da schläft der russische Bauer ohnehin, weil keine Arbeit zu haben ist; aber im Sommer, wo die Arbeit brennt, wo ein solcher Feiertag durch einen unzeitigen Regen die Ernte verderben, durch brennende Sonne die Saat verdorren kann, die gerettet worden wäre, wenn sie 24 Stunden früher in den Boden gekommen wäre — aber zu allen Zeiten giebt es Feiertage, und womit soll der Bauer sie denn hinbringen, wenn er nicht schlafen kann und noch einen Groschen im Beutel hat? Auf das baumlose Feld, auf die Steppe hinauspilgern, sich vor dem Dorf mit

Weib und Kind ergehen, wie es wohl in deutschen Gauen geschieht? In der brennenden Sonne, ohne Schatten, mit der gering geachteten, kränklichen Frau, den halbnackten Kindern? Ehedem war der Krug der Sammelplatz der Männer; die Jugend suchte den Platz davor zum Tanz auf. Jetzt giebt es nur noch die Monopolbude, in der man nicht zum geselligen Schwatzen sich setzen kann, aus der man die Flasche Branntwein kauft, um sie vor der Thür auf offener Strafse zu leeren. Der alte Krug war gefährlich: safs man erst, so war es nicht leicht aufzustehen, man trank mehr als gut war im Kreise der Genossen, man liefs sich vom Krüger verleiten, mehr zu trinken, als man bezahlen konnte, und bald war man tief in der Kreide, und wo, wie im südwestlichen Gebiet es gewöhnlich war, der Jude hinter der Lette stand, da ging es dann bald bergab mit Hab und Gut. Die Gefahr ist jetzt geringer, aber dafür ist es auch mit dieser letzten Art von Geselligkeit zu Ende, und es bleibt vom Branntwein nur der Genufs des Rausches übrig. Oder man trinkt daheim in der Hütte, wird dann leicht zum Säufer, und das Weib trinkt mit und die Kinder bekommen auch ihr Teil. Das ist eine Schattenseite der Monopolbude. Wenn in Rufsland auf den Kopf der Bevölkerung weniger Alkohol verbraucht wird, als in den Kulturländern, in Deutschland, Frankreich, England, so ist der Grund wieder die Armut des Volkes; es reicht bei dem Bauern nicht aus, täglich einen Schnaps zu bezahlen, andere Getränke kann er überhaupt nicht bezahlen. Er trinkt nur bei besonderen Gelegenheiten, oder wenn er gerade zu etwas Geld gekommen ist, oder wenn er seinen „Sapoi“ hat, diese sonderbare russische Krankheit: ein Mann der Wochen, Monate lang das nüchternste, geregeltste Leben geführt hat, greift plötzlich, von unwiderstehlichem körperlichem Drang getrieben, zum Branntwein und verbringt einige Tage lang in ununterbrochenem Rausch. Der Säuferanfall ist vorüber und der Mann ist wieder der fleifsige und ordentliche Mensch, der er vorher war. Wäre der Bauer minder arm, könnte er täglich einen Schnaps, einen Krug Bier oder Met geniefsen, so wäre ihm der Branntwein minder gefährlich, soweit er nicht etwa den anderen Weg ginge, umsomehr zu trinken, je mehr er Geld verdient. So wie er jetzt ist und lebt, in Elend und Schmutz, ohne alle Anregung von Geist und Gemüt, ohne Gelegenheit zu harmlosem Vergnügen, ohne Aussicht auf Erreichung von Besitz und Wohlstand, und doch an die Scholle gefesselt —

hat nur der Dorftyrann, die Faust, Glauben an sich und eine Zukunft vor sich: die anderen, die grofse Masse, lebt ein fast viehisches Leben vom Tag in den Tag, und der Afrikareisende JUNKER hatte Recht, wenn er in den Negerdörfern des östlichen Sudan mit ihren sauberen Häusern und Strafsen, ihren gut genährten und fröhlichen Bewohnern schweren Herzens der russischen Dörfer gedachte. Man versuche nur, jene Neger von russischen Beamten mit Wehrpflicht, Finanzwesen, Polizei und all der anderen Kultur regieren zu lassen — man würde bald diese Wilden nicht mehr zu beneiden brauchen. Steuern und Branntwein würden ihnen bald die Fröhlichkeit vergehen lassen. Und trotz allem ist der russische Bauer von solcher Zähigkeit und Sorglosigkeit, dafs auch heute noch, wenn nicht gerade der Hunger oder die Seuche über dem Dorf liegen, man Sommers an Sonntagen Burschen und Mädchen in bunter Tracht froh durch die Flur ziehen oder beim Ton der Ziehharmonika sich im Tanze schwingen sehen kann. Giebt es morgen noch Brot, so ist der Bauer längst gewöhnt, alles in bester Ordnung zu finden.

So fruchtbar das Land der Schwarzerde ist, so weist es doch auch Mängel auf, die einer höheren Kultur grofse Hindernisse bereiten. Der fette tiefgründige Boden hat weder Grant noch Steine und bedarf mehr als ein mageres Erdreich künstlicher Wege. Da kein Material dazu vorhanden ist, giebt es aufser den wenigen Heerstrafsen keine richtig gepflegten Wege; was eine Brücke in diesen Gegenden ist, lehrt die bekannte Erzählung, in der der Bauer den vorüberfahrenden und auf der Brücke durchbrechenden Herrn einen Narren nennt, weil er doch sehen mufste, dafs eine Brücke käme und trotzdem nicht vom Wege ablenkte. Man fährt sicherer neben der Brücke durch den Flufs und weiter in der Richtung der Geleise, die, in Abständen nebeneinander herlaufend, bei Trockenheit dichten schwarzen Staub aufwirbeln, bei Regen zu tiefem zähem Brei werden. — Ein anderes Hemmnis der Kultur bildet der Wassermangel. Meilenweit fährt man dahin, ohne ein Haus, einen Baum, eine Bodenerhebung zu sehen: Alles ist Acker oder Weide, in schmale, lange Bänder zerschnitten oder in endloser gleichförmiger Fläche als Ödland daliegend. Und meilenweit ist keine Ansiedelung, weil es kein Wasser giebt. Da hält man plötzlich vor einem schroffem Hang: in die Ebene geschnitten wie mit dem Messer, scharf und tief,

sodafs man von ferne keinen Rand, keine Unterbrechung in der Ebene wahrnimmt, dehnt sich vor dem Auge des überraschten Reisenden die enge Schlucht aus, in der ein in der Zeit des Sommers freilich nur dürftiges Bächlein sich fortwindet, das aber mit der Schneeschmelze anschwillt und dann von beiden Seiten die Wassermassen fortwälzt, die, von keinem Hügel, keinem Sumpf, keinem Walde aufgehalten, sich von weit her hier sammelnd, dem Acker eine Menge der fruchtbarsten Bestandteile entführen. Aber hier ist Wasser, und daher liegt zu beiden Seiten des Rinnsals die Zeile der Dorfhütten weithin, manchen Kilometer weit gestreckt, ein Dorf von Hunderten von Hütten, vor den Stürmen durch die steilen Lehmwände der Ufer geschützt. Je mehr die Felder und Wiesen schwanden, um so leichter gewaltsamer und leichter furchten die Wassermassen solche Risse in den Boden, die, sich von Jahr zu Jahr erweiternd, zu Schründen und Thälern wurden. Diese stets zunehmende Durchfurchung des Landes ist heute zu einem bedrohlichen Vorgang geworden: das Ackerland wird zerrissen, gemindert, die Flüsse werden verschwemmt, und man ruft nach Abhilfe durch den Staat. Schwerlich jedoch wird anders geholfen werden können, als durch Wiederherstellung von Wald und Wiese. Wo der Boden dem Wasser gröfseren Widerstand leistet, wie in den nördlichen Teilen des Zentrums, da findet sich leichter Wasser auch in der Ebene, und die Dörfer brauchen nicht immer dem Flufslauf zu folgen. In dem Gebiet der Schwarzerde mit dem das Wasser durchlassenden Untergrunde ist der Wassermangel ein Hauptgrund für die Bildung der grofsen Dörfer mit den entlegenen Äckern, und ein Haupthindernis für weniger zentralisierte Besiedelung. Indessen findet die Verbindung von Dorf und Flufs sich aus anderen Ursachen auch dort, wo es an Wasser nicht gebricht, in der nördlichen Waldzone, die man das Seengebiet nennt. In den Gubernien von Nowgorod, Wologda, Olonetz, Archangel, Perm mit ihren Seen und ihrem Waldozean bilden die Flüsse fast die einzigen Verkehrsstrafsen. Hier siedelte sich der Bauer am Flufsufer an, um zu Boot seinen Verkehr mit der nächsten, aber vielleicht immer noch 100 bis 300 Kilometer weiten Stadt zu haben, um die Flufswiesen zu nutzen, um oberhalb derselben etwas Acker zu roden. Weiterhin, jenseits des Ackers, beginnt der Urwald, hunderte von Kilometern weit nur von Sümpfen oder Seen unterbrochen, ohne Weg noch

Wohnung, nur in winterlicher Erstarrung für den Menschen gangbar. Dort giebt es noch heute grofse Landstrecken, die so gut wie ohne Eigentümer sind; dort mag jeder sich im Walde ein Stück Land aussuchen, roden, bauen, auch säen und ernten, ohne dafs er jemandes Erlaubnis dazu bedürfte. Und entsteht allmählich ein Dorf daraus, das hauptsächlich von Jagd und Fischfang lebt, weil den Landbau das Klima verbietet, dann erscheint, wenn ein Zufall, eine aufserordentliche Begebenheit die Kunde von der Existenz des Dorfes bis weit in die Kreisstadt, gar in die Gubernialstadt gelangen liefs, vielleicht ein Beamter, der die Niederlassung in die Steuerlisten aufnimmt, womit sie dann staatlich anerkannt ist. Hier lebt der Bauer so wild wie der Samojede oder Lappe, aber er hungert weniger als sein Genosse im Süden auf dem ehemals reichen, leider heute nicht mehr reichen Kornboden.

Das ist das materielle Elend des grofsrussischen Volkes. Nicht viel anders verhält sich's mit dem geistigen Leben. Man kann sich ja leicht vorstellen, dafs bei solcher Armut der Bauer weder Zeit noch Lust noch Fähigkeit hat, an Schule und Lernen viel zu denken. Vor dem Jahre 1861 gab es fast gar keine Volksschulen. In den dreifsiger Jahren des vorigen Jahrhunderts fing der Staat an, auf Domänen und Apanagegütern einige Elementarschulen zu gründen. Aber im Jahre 1853 gab es auf den Domänen erst 2795 russische Volksschulen mit 153117 Schülern, und auf den Apanagegütern 204 Schulen mit 7477 Schülern.[1] Sie waren sehr schlecht und leisteten nichts. Seit 1861 wurde das Interesse für die Volksschule besonders nach Einführung der Landschaftsverfassung rege; die Landschaften gründeten aus ihren Mitteln Schulen und veranlafsten die reicheren Dörfer, ihrerseits sich anzustrengen. Im Jahre 1893 wurden die Ausgaben für die Volksschule in folgenden Verhältnissen aufgebracht:

von den Landschaften	69	Prozent
„ „ Bauerngemeinden . . .	29	„
vom Staat und aus anderen Quellen	2	„ [2]

In den Gubernien mit Landschaftsverfassung sind die Ausgaben für die Volksschule in den letzten 5 Jahren um 66 Prozent

[1] Milükow, Umrisse zur russischen Kulturgeschichte, T. 2. Petersburg 1899. S. 350.

[2] Milükow, a. a. O. S. 357 ff.

gestiegen. Aber durch Gesetz vom 12. Juni 1900 beschränkte die Staatsregierung die Erhöhung des Einnahmebudgets der Landschaften so, daſs damit eine weitere Vermehrung der Ausgaben für das Volksschulwesen abgeschnitten ist. Im Jahre 1891 übertrug der Staat die Sorge für die Volksschule, soweit sie bis dahin staatlich gewesen war, fast ganz der Kirche, die den Dorfgeistlichen auftrug, der Sache sich anzunehmen. Es ist schwer, die Zahl der Kirchenschulen festzustellen. MILÜKOW giebt für 1893 58490 Volksschulen an, von denen orthodox russisch 51540 waren. NOWIKOW nimmt heute für das Reich insgesamt 70000 Volksschulen an. Nach Angabe des „Regierungsboten" bestanden im Januar 1899 etwa 21500 von der Kirche geleitete Elementarschulen mit rund $1^1/_2$ Millionen Kindern, und auſserdem 18341 dem geistlichen Stande gewidmete Kirchenschulen mit ein und zwei Klassen; darunter 16 Lehrerschulen. Die Lehrer bestehen aus Geistlichen, Diakonen, Psalmensängern, in der Mehrheit aber — 37000 — aus Laien. Von ihnen erhielten über 19000 einen Gehalt von 100 Rubel und weniger; in Woronesch z. B. begnügen sich, wie berichtet wird, die Lehrer an den dortigen Kirchenschulen mit 40 Rubel jährlich. Doch wird der Gehalt oft durch Unterstützung Privater oder der Landschaft ergänzt. Der höchste Gehalt von etwa 500 Rubel kam nur 122 Personen zu, den Lehrern in den Seminaren und anderen höheren Anstalten. Schon diese Ziffern zeigen, auf welcher Stufe diese Kirchenschulen stehen. So ungebildet der niedere Klerus ist, so wenig Bildung vermag er zu verbreiten, und wer von 100 bis 200 Mark im Jahre lebt, kann auch in Ruſsland sein Wissen und seine Lehrkraft nicht gar hoch einschätzen. Auch kommt ein erheblicher Teil der Lehrkräfte und Ausgaben der Kirche nicht dem russischen Bauer, sondern allerlei unrussischen Kindern in Polen, Littauen, in den Ostseeprovinzen u. s. w. zu gute, für die, wie wir noch sehen werden, weit besser als für die Russen gesorgt wird. Im ganzen gab die Kirche für Schulen im Jahre 1899 rund 11 Millionen Rubel aus, wovon 5 Millionen Rubel aus dem Staatsschatz flossen. NOWIKOW berechnet, daſs von diesen Summen auf die 21500 eigentlichen elementaren Volksschulen in Wirklichkeit nicht 2 Millionen fallen, was mit dem angegebenen Gehalt von unter 100 Rubel für den Lehrer stimmen würde. Es nimmt nicht eben Wunder, wenn solche Schulen wenig leisten, besonders bei der heute vom Synod ausgehenden religiös-propagandistischen und

offenbar obskurantistischen Leitung. Ein sprechendes Zeugnis dieses Geistes brachte im November 1901 die „Petersb. Wedomosti“.

In einigen Kirchenlehrerschulen wurden Missionsabteilungen eingerichtet, in denen die Lehrer mit dem Sektenwesen, namentlich dem Stundismus bekannt gemacht und mit den Mitteln ausgerüstet werden, ihnen entgegenzutreten. In den Elementarschulen wird nach diesem Missionsprogramm der Religionsunterricht wesentlich im Sinne der Polemik gegen den Stundismus erteilt. In den Eparchien von Poltawa, Charkow, Woronesch, Astrachan, Tambow hat der Religionsunterricht diesen Charakter angenommen, der bei Kindern, die kaum erst Lesen und Schreiben lernten, offenbar zu der allerflachsten Auffassung von Religion führen mufs. Statt Religion lernen die Kinder kirchlichen Streit, und statt Schulung und Erziehung bekommen die Kinder der Kirchenschulen Unterricht in Missionsdebatten und im kirchlichen Chorgesang. Diese beiden Fächer werden von oben her besonders begünstigt, was diese Art Volksschule genügend charakterisiert. Fast ebenso charakteristisch ist, dafs auch unser alter Landhauptmann NOWIKOW, der die Verbreitung von Schulbildung im Volke für die wichtigste Aufgabe der Gegenwart erklärt, den Gesang als Unterrichtsgegenstand ganz voranstellt. Wenn ein so einsichtiger Mann die Volksbildung auf die Musik gründen will, welche Begriffe können da selbst bei den gebildeteren Ständen verbreitet sein?

In 36 Gubernien mit Landschaftsverfassung wurden im Jahre 1900 von den Landschaften für das Volksschulwesen 15 Millionen Rubel aufgewandt, so dafs dem elementaren Volksunterricht der orthodoxen Russen etwa 20 Millionen Rubel, und wenn man die Ausgaben für unrussische, aber orthodoxe Schulen abzieht, noch weniger zufliefsen. Wenig genug bei einem Staatsbudget von 1800 Millionen und ganz besonders wenig angesichts dessen, dafs aus der Staatskasse selbst von jener Summe nur 5 Millionen flossen, d. h. etwa 10 Pfennige auf den Kopf der russisch-orthodoxen Bevölkerung. TRUBNIKOW berechnet für 1898 den Anteil der Elementarschulen an den Staatsausgaben mit 0,7 Prozent.[1] Und jetzt lesen wir (Petersb. Wedomosti), dafs der Synod für die Volksschulen im Jahre 1902 nur $3^1/_2$ Millionen Rubel übrig habe, seine Ausgaben hierfür also um etwa $2^1/_2$ Millionen herabsetzen

[1] a. a. O. S. 167.

werde. Dafür sind im Staatsbudget für 1902 für die niederen Schulen rund 9 Millionen, d. i. um 2 Millionen mehr als im Jahre 1901 eingestellt. Zu diesen niederen Schulen aber gehören: Kreisschulen, Stadtschulen, Kirchspielschulen, Elementar- und Volksschulen. Wieviel mag davon für die Elementar- und Volksschulen noch bleiben? Wohl kaum mehr als jene 5 Kopeken oder 10 Pfennige auf den Kopf der Bevölkerung und wenig mehr als $^1/_2$ Prozent des staatlichen Ausgabebudgets, wenn man die Summen zusammenzählt, die das Ministerium der Volksaufklärung und der Synod dafür ausgeben. Wo der Adel und die Bauern selbst Hand anlegen oder anlegen würden, sofern der Staat ihnen freie Hand liefse, wie in den Ostseeprovinzen, in Polen, in einigen Gubernien mit Landschaftsverfassung, da brauchte der Staat wenig zu thun. In den russischen Landesteilen aber ist die Initiative der Bevölkerung an sich gering und wird von Staat und Kirche hier so gut wie in den unrussischen Provinzen gehemmt.

Der russische Bauer von heute fühlt instinktiv das Bedürfnis, wenigstens das Lesen zu erlernen. Die elenden Kirchenschulen haben geringen Wert; die landschaftlichen Schulen leisten schon weit mehr. Nebenher wandert im Dorf oft ein verabschiedeter Unteroffizier als Lehrmeister umher, oder der Sohn lernt das Lesen von dem Vater, und so ist trotz der schlechten Schulen die Schriftkunde, d. h. das Lesenkönnen, bei den Männern keine Seltenheit mehr; es ist so weit verbreitet, dafs in den meisten gröfseren Dörfern jemand zu finden ist, der eine Zeitung hält. Nützlich erweist sich auch der Unterricht, der den meisten Rekruten im Regiment zu teil wird.

Wie es im allgemeinen bestellt ist, zeigen Mitteilungen, die in der Presse über die Ergebnisse der Volkszählung von 1897 zu erscheinen anfangen. Darnach (Russk. Wedom.) wurden in Petersburg 1242815 russische Unterthanen gezählt, von denen 469720 schriftlos waren. Also in der Residenz, in der am meisten für die Elementarschule geschieht, sind 37,4 Prozent der Bevölkerung gänzlich ungeschult.[1] Wenn das der Stand des Elementarunterrichts in der Residenz ist, so mag man den Wert der Elementarschulen des orthodoxen Rufsland danach ermessen. Und

[1] Hier kommt noch in Betracht, dafs zu der unteren Volksmenge Petersburgs viele Finnen, Esten und Letten gehören, die nicht zu den Schriftlosen gehören.

da giebt die Rekrutierung gute Auskünfte. Von den etwa 290000 jährlich ausgehobenen Rekruten sind nur 43 Prozent schriftkundig. Wollte man die Mannschaften Polens, der Ostseeprovinzen, die einen guten Elementarunterricht haben, abziehen, so würde sich die Zahl der schriftlosen russischen Rekruten auf weit über 60 Prozent steigern.[1] Das weibliche Geschlecht ist natürlich noch schlimmer daran. Die Zeitung Nedelä (Die Woche) erzählt, im Durchschnitt erhalte von 7 Bauernmädchen nur eines überhaupt etwas Unterricht; in vielen Dörfern gebe es kein einziges weibliches Wesen, das zu lesen oder gar zu schreiben verstehe.

In den meisten gröfseren Dörfern ist eine Kirche und ein Geistlicher; dieser ist verpflichtet, eine Kirchenschule zu halten. Da kommt freilich eine grofse Zahl solcher Schulen heraus und man könnte, will man durchaus Zahlen haben, annehmen, dafs etwa auf 4000 Russen eine orthodoxe Kirchenelementarschule kommt.[2] Wenn man aber die Qualität dieser Schulung ins Auge fafst, wenn man die elende Lage, die Unbildung der Geistlichen und erst recht ihrer Kirchendiener und der rohen Psalmensänger, Unteroffiziere u. dergl., die als Dorfschullehrer angestellt werden, bedenkt, so kann man keine erheblichen Erfolge von diesen Schulen erwarten. Auch die nichtkirchlichen Schulen, sowohl die sogenannten ministeriellen, die hier und da von den Gemeinden errichtet wurden und unter Aufsicht des Ministeriums der Volksaufklärung stehen, als die landschaftlichen, entbehren ausreichender Lehrkräfte, Schulhäuser, Geldmittel, trotz der Anstrengungen, die von den Landschaften gemacht werden, hier auf diesem so wichtigen Boden endlich Leben zu erwecken. Die Armut, die Not, die äufseren und die innermenschlischen Zustände, die Abneigung der Kirchenobrigkeit gegen Bildung überhaupt — Alles hindert, nichts fördert die Volksbildung. Ein sehr dem Obskurantismus ergebenes Blatt, wie die „Moskauer Nachrichten“ rief unlängst verzweifelt aus: „Wir haben keine Wege, das Volk lebt in Steppen, Wäldern und Sümpfen. Die Ansiedelungen sind nicht selten durch unwegsame und unkultivierte Strecken von 500—800 Werst voneinander getrennt, und die Bevölkerung, die gleichfalls unkultiviert und hier und da, so-

[1] In Deutschland betrugen die Analphabeten der Rekrutierung von 1895: 0,15 Prozent.

[2] Bei der Volkszählung von 1897 waren in Rufsland 87 385 000 Angehörige der russischen Kirche gezählt worden.

zusagen, sogar wild ist, führt ihre traurige Existenz fern von allen industriellen und kommerziellen Verkehrswegen. Liegt es im Bereiche menschlicher Kraft, alle diese Gebiete mit regelrecht organisierten Schulen und mit Lehrern zu versehen?" Während für die elementare russische Volksbildung vom Staat und der Kirche sehr wenig geschieht, während dafür nur etwa $^1/_2$ Prozent des gewaltigen Ausgabebudgets zu haben sind, werden nicht geringe Summen jährlich verwandt auf allerlei Schulen in fremden Ländern, auf Erziehung von Serben und Bulgaren, von Polen, Littauern, Letten, Esten, die meist weit bessere eigene Schulen in genügender Menge haben. So kommt in der Eparchie Riga eine russisch-orthodoxe Kirchenschule auf 554 orthodoxe Einwohner, also sechsmal mehr als im ganzen Reiche auf den Kopf der orthodoxen Bevölkerung fällt. Dieser politisch-kirchlichen Propaganda ist es zu verdanken, daſs keines der russischen Gubernien so wohl mit Schulen versorgt ist, als die drei baltischen Provinzen und insbesondere das von der kirchlichen Propaganda am meisten kultivierte Livland, wie aus den folgenden Beispielen zu ersehen ist: [1]

Gubernium	1 Schule	1 Schüler und Schülerin
	auf Einwohner	
Moskau	1772	23
Wladimir	1620	27
Tambow	2330	37
Livland	766	15

Hiernach ist Livland mit Schulen reicher gesegnet, als selbst Deutschland, wo eine Schule erst auf 874 Einwohner kommt; und zwar deshalb, weil die orthodoxe Kirchenschule sich neben die protestantische Schule gesetzt hat.

Es ist wahrscheinlich, daſs die orthodox-russischen Elementarschulen der baltischen Provinzen nicht nur die bestdotierten, sondern auch die am besten geleiteten russisch-orthodoxen Elementarschulen im Reich sind, und zwar einmal weil sie die Konkurrenz mit den

[1] Vgl. „Schulstatistik der Freien Ökon. Gesellschaft über die Elementarschulen Ruſslands zum 1. Januar 1894."

von den Ritterschaften und Städten gegründeten und mit Hilfe der protestantischen Geistlichkeit, soweit der Staat nicht hindernd eingriff, vortrefflich verwalteten lutherischen Volksschulen von Hause aus zu bestehen hatten; mehr noch deshalb, weil von jeher das Interesse der Russen weit mehr der äufseren Propaganda als den inneren russischen Zuständen zugewandt ist. Und an der Spitze dieser nach aufsen, auf politisch-kirchliche Propaganda gerichteten Thätigkeit steht der Synod, steht der Oberprokureur POBEDONOSZEW, wie man alljährlich aus seinen dem Kaiser unterlegten Berichten über die Lage der Orthodoxie in den Grenzprovinzen ersehen kann, in denen mit höchst unlauteren Mitteln gegen Katholizismus und Protestantismus gekämpft wird. Und hier sind diese Schulen weit besser materiell gestellt als im eigentlichen Rufsland. Es ist wieder die sonderbare Erscheinung, dafs der Russe aus Politik hungert, nicht nur materiell, sondern auch geistig.

Wie kann man einen Erfolg im Elementarunterricht erwarten von einer Schulung durch Geistliche, die ihrer Bildung und Stellung im Volk nach so schlecht dazu vorbereitet sind, wie im Durchschnitt die russischen Popen?



NEUNTES KAPITEL

KIRCHE UND MORAL

Die vorhergehenden wie auch die nachfolgenden Schilderungen werden manchem meiner Leser tendenziös gefärbt erscheinen. Und in der That würde man sich auf falscher Fährte befinden, wenn man, in der Spur dieser Schilderungen schreitend, glaubte, im ganzen russischen Reiche sich zurechtfinden zu können. Ich habe wiederholt bemerkt, dafs es neben dem Elend auch Wohlstand, neben der Verkommenheit in Adel und Bauernschaft auch tüchtige Männer in gesunden und gedeihlichen Umständen giebt, und das Gleiche wird auch von dem Stande gelten können, welchem ich jetzt einige Worte widmen will. Es giebt gebildete Geistliche und aus privaten Mitteln wohl ausgestattete und wohl gepflegte Pfarren. Der russische Geistliche und der russische Bauer haben Grundzüge des Charakters, die unter günstigen Umständen grofse sittliche Eigenschaften zur Reife bringen. Allein der Zeugnisse, auf die meine Schilderungen sich gründen, sind so viele, und sie sind so ähnlich lautend, dafs man annehmen darf, sie seien nicht blos den trüben persönlichen Erfahrungen einzelner weniger Unglücksraben entnommen. Kein Staat Europas ist vielleicht so wenig kulturlich ausgeglichen wie Rufsland. Die Gegensätze von reich und arm, von höchstem Luxus und tiefstem Elend sind hier so grofs als in den vorgeschrittensten Industrieländern. Aber die vom Besitz Einzelner unabhängige Stufe der allgemeinen Kultur ist in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Und unsere Zeugnisse stammen fast alle aus Landesteilen, deren kulturlicher Rückschritt während der letzten Jahrzehnte von niemandem bestritten wird. Ich bitte daher meinen Leser, stets im Auge zu behalten,

dafs es sehr wohl möglich ist, mit einiger Vorsicht Rufsland von Petersburg bis Odessa zu durchreisen, ohne viel von dem Elend und der Unkultur zu bemerken, über die links und rechts vom Wege von russischen Beobachtern geklagt wird. Ich will in den folgenden Zeilen nur von der Weltgeistlichkeit reden, nicht von der Mönchsgeistlichkeit, die in ihren reichen Klöstern als „unbeerdigte Leichname" lebt, wie ein alter russischer Schriftsteller gesagt hat, und die zugleich das Kirchenregiment verwaltet.

Mit einer sehr dürftigen Bildung verläfst der künftige Geistliche das Seminar, sucht sich vorschriftsmäfsig eine Gefährtin, fast immer aus seinem Stande, die Tochter eines Geistlichen, und wird nach vollzogener Ehe in ein Dorf geschickt. Was er dort erlebt, lesen wir in den „Erinnerungen eines Dorfgeistlichen".[1] Er kommt an — kein Gasthaus, keine Einfahrt! — „Wo wohnt der Küster?" Man zeigte mir eine elende Hütte. „Und der Kirchendiener?" Es ward auf eine noch erbärmlichere Hütte hingewiesen. „Fahren wir zum Kirchendiener." Wir fahren hin und erblicken eine kleine steinerne, schief gewordene Kirche, umgeben von einem zerfallenen Zaun, und eine verwitterte, aus den Fugen gegangene, halb offene Wächterhütte. Wir treten ein: der Fufsboden ist aus Lehm, die beiden Fenster, einen halben Arschin (15 Zoll) hoch, sind blind geworden, die Wände feucht, die Winkel mit Schimmel bedeckt." Das arme Paar wird bei einem Bauer, untergebracht, der zwei Stuben hat und sich nebst Familie in die eine zusammenprefst. Dann geht es ans Handeln mit der Gemeinde, die eine eigene Wohnung für den Popen schaffen soll. „Nach vielen Bitten, Verbeugungen und schmerzlichen Erniedrigungen von der einen, Belehrungen und hochmütigem Wesen von der anderen Seite, liefsen sie mich nach Verlauf von zwei Wochen rufen: ich solle in die Gemeindeversammlung kommen und um Überlassung einer Wohnung bitten. Lange, lange mufste ich hier reden, fast jeden einzelnen persönlich bitten, dafs man mir doch irgend einen besonderen Raum anweisen möchte. Endlich entschlofs man sich dazu .... und ich erhielt die Weisung, zu einem Bauern zu ziehen" .... Das Zimmer war nur wenig besser als das Wächterhäuschen und in diesem Schmutzloch wohnte das geistliche Paar fortan mit dem

[1] Aus dem Russischen übersetzt von M. VON ÖTTINGEN. 1894. Cotta.

alten Bauernpaar zusammen. Zum Thee erscheint der Küster, aber betrunken. Der Pope fragt, warum er so betrunken sei. „Du, Väterchen, hast dich hier noch nicht eingelebt. Wenn du erst ein Jahr hier zugebracht haben wirst, wirst du noch mehr trinken als ich.“ Und wahrlich, das wäre kein Wunder bei dem Leben, das dieser Seelsorger nun hier führen mufs. Geld hat er sehr wenig, er mufs sich seinen Unterhalt verdienen durch Taufen, Beerdigen u. s. w., er mufs umherfahren in kleinere Dörfer der Umgegend, um hier 2 Pfennige, dort ein Huhn, ein wenig Mehl zu verdienen, aber er fährt auch einen ganzen Tag, um mit zwei Groschen heimzukehren, und das ist das Gewöhnliche; und immer heifst es: trinke! Die Gemeinde giebt ihm diese sogenannte Wohnung — er aber mufs zum Einzug einen Eimer Branntwein anschaffen, und mufs mit ihnen trinken, will er nicht ihre Wohlthaten mitsamt ihrer Neigung einbüfsen. „Du hast es nur mit uns zu thun, heifst es da, du mufst uns Achtung erweisen; dann werden wir dir alles gewähren, und auch dich achten. Willst du das nicht, dann schnüre lieber gleich wieder dein Bündel. Schone deinen Rücken nicht; es wird dein Nachteil nicht sein, wenn du dich vor der Gemeinde beugst.“ Und in jenem Schmutzloch, dessen verfaulte Diele einmal jährlich, vor Ostern, gewaschen wird, wo weder Licht noch Luft in der Schulzeit des langen Winters eindringt, da sollen auch Kinder unterrichtet werden . . . . Mancher Geistliche, klagt der Verfasser, wohne in einer Höhle oder in der Dorfschenke. Es ist daher wohl erklärlich, dafs die Trunksucht in diesem Stande ein nicht seltenes Laster ist und auf Verfügung des Oberprokurators POBEDONOSZEW in den „Dienstlisten“ der Popen stets bemerkt werden mufs, „in welchem Mafse der einzelne berauschenden Getränken zuzusprechen pflege“. Eine solche Rubrik, seufzt unser Pope, kommt „bei den übrigen Staatsbeamten nicht vor“; wir sehen, wie naiv sich der Geistliche zu den Staatsbeamten zählt, was er thatsächlich ja auch ist.

Dies sind Schilderungen aus der Zeit vor 30, 40 Jahren. Aber wenn auch inzwischen etwas — wenigstens auf dem Papier — geschehen ist, die Lage des Weltgeistlichen ist doch noch heute eine äufserst elende bei allem Reichtum, der in Kirchen und Klöstern angesammelt ist. Schon das Budget der Kirchenobrigkeit, des Synods, zeigt das. Da sind für das Jahr 1901 für „städtische und ländliche Geistlichkeit, Missionen und Missionare“

rund $10^1/_2$ Millionen Rubel veranschlagt. Käme diese Summe ganz der niederen Geistlichkeit des eigentlichen Rufsland zu gut, so fielen auf den einzelnen vielleicht 100 Rubel im Jahr. Indessen geht viel davon ab für Missionen und Missionare, für Geistliche im Auslande, wo oft russische Kirchen ohne Bedürfnis dazu errichtet werden. Mehr noch geht ab für die vielen russischen Kirchen und geistlichen Anstalten im unrussischen Rufsland. Überall, von Kamtschatka bis an die Weichsel, werden russische Kirchen und Popen erhalten, auch an Orten, wo durchaus kein religiöses, sondern ein blos politisches Bedürfnis den Synod dazu treibt, Propaganda zu machen. Der Vergleich des russischen Dorfgeistlichen im Gubernium Saratow oder Tambow mit seinem Amtsbruder in Polen, Littauen, Livland ist oft überraschend. Gute, grofse Wohnhäuser, oft Wagen und Pferde, Äcker und Wiesen dabei, Gärten, freundliche, hübsche Kirchen. Der Pope lebt behaglich mit 1000—1500 Rubel an Gehalt oder Ertrag aus seinem Pfarrlande, hat seine guten Schulräume, braucht den Rücken nicht zu krümmen, noch Branntwein zu trinken, noch zu hungern. Brüderschaften werden gegründet, im ganzen orthodoxen Rufsland werden Sammlungen veranstaltet, um Littauern und Letten zur Orthodoxie und zum Russentum zu verhelfen, um Politik zu treiben. Kaum hat man sich in der Mandschurei festgesetzt, so beschliefst — wie in der Presse mitgeteilt wird — der Synod ein mandschurisches Bistum mit dem Sitz in Peking und ein grofses orthodoxes Kloster in der Mandschurei zu gründen, um die russisch-orthodoxe Mission dort kräftig zu fördern. Für allerlei fernliegende Dinge hat man stets eine offene Hand, „nur für uns, die Popen, giebt es keine verfügbaren Gelder," so klagt unser Dorfgeistlicher immer wieder. Und seine Beispiele sind allerdings überzeugend. In einer stark bevölkerten Pfarrgemeinde, sagt er, erhält der Geistliche 144 Rubel, in einer mittleren 108 Rubel und in einer kleinen 72 Rubel an Gehalt (S. 191). Dabei werden diese armen Popen noch von den Konsistorien arg gebrandschatzt; alle ihre Angelegenheiten dort werden mit Hilfe von Geld betrieben. Ähnliches berichtete aus den siebziger Jahren der Engländer WALLACE in seinem Buche.[1] Seitdem hat sich manches und an manchen Orten sogar viel gebessert; der Russe kargt nicht mit seinen Gaben für Kirche

[1] Rufsland, Leipzig 1876.

und Popen. Die Klagen aber der niederen Geistlichkeit über ihre dürftige Lage, über die Mifsachtung des Volkes, über den Druck der Kirchenobrigkeit verstummen nicht, und solche Erfahrungen, wie jener Geistliche sie machte, mögen auch heute noch oft gemacht werden. Nehmen wir eine Schilderung aus unseren Tagen zur Hand, die Chronik LESKOWS,[1] so begegnen wir zwar nicht jenem materiellen moralischen Elend, aber einer Stellung des Geistlichen, die einen religiös-sittlichen Einflufs auf seine Gemeinde doch fast unmöglich macht. Der lauterste Charakter, der beste Wille werden gehemmt durch eine Kirchenzucht, die nur die hergebrachten und vorgeschriebenen äufseren Formen des Ritus gelten läfst, jede selbständige Regung und Anwendung des Gotteswortes verbietet. Die Jagd nach Sektierern ist Mode, und der Geistliche mufs suchen, Sektierer herauszufinden, um als tüchtig zu gelten. Man spürt eben überall, auch in der Kirche, die Hand der staatlichen Gewalt und die Politik. An welchen Heiligen man sich in diesem und jenem Falle zu wenden habe, das weifs jeder Diakon auswendig; aber Predigt des Evangeliums und Seelsorge, das Wesentliche für den Bauer und erst recht für den russischen Bauer — dieser Weg ist für den Popen von der Kirchenbehörde mit Dornen besät. Die natürliche Folge hiervon ist, dafs die Stellung des Bauern zur Kirche, dafs sein ganzes religiöses Leben ein blos äufserliches, in Gebräuchen, Formeln, Gebärden, Opfern aufgehendes ist. Und die weitere Folge ist, dafs, sobald er von dem Geist des evangelischen Wortes berührt wird, er sich von der Staatskirche abwendet, Sektierer wird. Dann greift die Kirche ein. Sowie die politische Propaganda hinzukommt, ist das Geld für Popen, Missionen, Kirchen, Schulen da. Aus Politik hungert der Russe auch im religiös-kirchlichen Sinne.

Wer einen Einblick in das moralische Leben des russischen Volkes gewinnen wollte, würde nach einer Moralstatistik moderner Art vergeblich suchen, und fände er eine, so wäre sie ihm nicht viel nütze, weil sie nicht verläfslich wäre. Es liefsen sich nur zerstreute Angaben zusammenstellen über Verbrechen, über Trunkenheit u. s. w., die hier und da gesammelt wurden, aber unzuverlässig werden sie, sobald sie auf das ganze Volk der Russen oder gar das russische Reich ausgedehnt werden. Wenn man jedoch die

---

[1] LESKOW, Gesammelte Werke, Petersburg 1892, 3. Auflage, T. 1 und 2.

materiellen und die geistigen Verhältnisse im Auge hat, auf die im vorhergehenden hingewiesen wurde, so wird man zu der Annahme gedrängt werden, dafs der sittliche Stand dieses Volkes kein hoher sein kann. Und die neuere russische Litteratur, dieser wunderbar scharfe Spiegel des Volkslebens, bestätigt nur all zu sehr jene Annahme. Wer TERPIGOREW, GORKI, TSCHECHOW, wer TOLSTOIS kleinere Schriften, z. B. das bei uns so viel bewunderte Buch „Macht der Finsternis", kennt, der mufs die tiefe Verkommenheit fühlen, zu der der Bauer Grofsrufslands herabgesunken ist.

Das Familienleben ist nicht nur in den oberen Volksklassen zerrüttet. Auch bei anderen Völkern, z. B. dem deutschen des 17., dem französischen des 18. Jahrhunderts, erreichte die sittliche Erschlaffung einen hohen Grad, ohne jedoch das Leben des niederen Volkes allzusehr zu vergiften, und eine Gesundung folgte durch herbe Prüfungen, denen die oberen Stände unterworfen wurden. Weit verhängnisvoller ist es, wenn die sittliche Erschlaffung die untere Volksmasse erfafst. In Rufsland nahm die Frau nie eine solche Stellung ein wie etwa bei den Germanen, sie war im 16. Jahrhundert auch am Zarenhofe selbst ähnlich geachtet wie heute in den Ländern des Orients, sie war in ihre Frauengemächer eingeschlossen, erschien bei festlichen Gelegenheiten nur um dem Gaste den Trunk zu kredenzen, sie war halb noch Sklavin des Mannes. Bis auf die neueste Zeit konnte man Spuren dieser Stellung nicht nur beim Bauern, sondern beim reichen moskowitischen Kaufmann finden. Dem Bauer ist das Weib noch heute die Sklavin, die Arbeiterin, und sie, das Weib und die Tochter, fühlen sich als solche, erdulden Schläge und Sklavenarbeit ohne sittlich sich verletzt zu fühlen. Das Weib ist gering geachtet und die eheliche Pflicht besteht weit mehr im Dienen als in geschlechtlicher Treue. Die Sitte ist in Bezug auf den geschlechtlichen Verkehr äufserst locker. Die Männer wandern im Sommer auf Arbeit aus, die Weiber daheim nehmen sich unterdessen einen Soldaten ins Haus, wenn es deren giebt; der wilden Soldatenkinder gab es daher Legionen, solange die Truppen noch in den Dörfern lagen, weil es keine Kasernen gab. Oder die Weiber und Töchter lassen sich zur Erntezeit für einen Gutsbesitzer, oft in entfernten Gubernien anwerben. Da erscheinen dann hundert Weiber für einige Wochen in der schönen, fröhlichen Sommerzeit, kampieren in Scheunen und Heuböden, und natürlich fliegt alles,

was Männlein ist, alsbald von weit und breit herbei zu Tanz und Liebe. „Was kümmert mich," sagte mir ein solcher Gutsbesitzer vor etwa 12 Jahren, „die Moral dabei? Natürlich geht es arg her; aber im September zieht die Bande wieder ab mit der Eisenbahn, und damit ist es aus und meine Ernte ist gemacht." Wie wenig Jahre ist es denn her, dafs im Dorf der Hausvater mit Schwiegersohn und Schnur, mit Enkeln und Urenkeln gemeinsam in einem Hause oder auf einem Hofe lebte, drei, vier, fünf Familien zusammen, und dafs das Haupt der Familie dann in höchst patriarchalischer Ordnung das geschlechtliche Anrecht nicht nur an seinem Weib, sondern auch an den Weibern von Söhnen und Enkeln übte. Liest man heute von dem zwanglosen Verkehr der Weiber und Mädchen mit Männern, so wird man an japanische Zustände erinnert.

Schlimm ist diese Zwanglosigkeit besonders durch die Verbreitung geschlechtlicher Krankheiten, die die neue Zeit gebracht hat. Weithin ist diese Pest gedrungen und hat im Verein mit dem Branntwein die Kraft und die Gesundheit des Bauers untergraben. Noch schlimmer aber dünkt mich die Erscheinung, dafs auch die sittlichen Banden zwischen Eltern und Kindern sich gelöst haben. Das neugeborene Kind wird zumeist vom ersten Tage an nicht mit Liebe, sondern als eine Last behandelt. Es hängt in einem Kasten am Haken von der Lage herab und wird darin so lange mit dem Fufs von der strickenden Mutter oder dem Bruder umhergeworfen, bis es schläft, oder es wird mit Mohnsaft eingeschläfert, der stets zur Hand ist; es wird in verpesteter Luft mit schlechtester Nahrung aufgezogen; es ist kraftlos und geht leicht zu Grunde, wenn die Natur ihm nicht eine eiserne Gesundheit mitgab. Daher stirbt die Hälfte und mehr der Kinder in frühem Alter, daher steht die Bevölkerung still, wie bereits erwähnt wurde. Was aber das sittlich Ungewöhnliche dabei ist, das ist dieser Mangel an Liebe der Mutter für das Kind. Die Mutter kann zärtlich sein, mit süfsen Worten das Kind überschütten, im nächsten Augenblick aber mifshandelt sie dasselbe, verflucht es, und wenn die Armut grofs ist, mag es hungern und verkommen — möchte Gott es doch fortnehmen! wir brauchen es nicht, es kann ja nicht arbeiten, ist ja zu nichts gut! Und Gott nimmt es dann, und es wird verscharrt und der Pope macht sein Kreuz darüber und die Mutter — versucht ein paar Schicklichkeitsthränen zu weinen. Die Erschlaffung der Mutterliebe, das ist — wenn sie volkstümlich auftritt — eine furchtbare

Entsittlichung, weit schlimmer als die sogenannten lockeren Sitten im Verkehr der Geschlechter. Und auch diese Erscheinung wird man hauptsächlich auf Rechnung der allgemeinen Verarmung setzen dürfen.

Wo die sittlichen Giftbeulen an dem Volkskörper stecken, ist nicht schwer zu entdecken. Ich habe in einem früheren Kapitel die Schilderung eines Korrespondenten des „Grashdanin“ angeführt, der ob dem Wohlstand und der Ordnung in den russischen Dörfern an der unteren Wolga staunt, die dort auf dem Steppenlande der Kirgisen sich angesiedelt haben. Der Korrespondent glaubte beim ersten Anblick Ansiedelungen von Sektierern vor sich zu haben, so vorteilhaft stachen sie von den Dörfern im alten Russenlande ab. So fest also sitzt bei ihm und bei allen die Erfahrung, dafs es bei den Sektierern anders aussehe, als beim orthodoxen Russen! Und allerdings, man weifs es längst in ganz Rufsland, dafs der Sektierer ein Mensch ist, der nicht säuft, nicht raucht, der sparsam und ordentlich und auch fleifsiger ist als der Rechtgläubige. Wie kommt das? Nicht das Dogma ist hier das Bedeutsame, denn die grofse Masse der aufserhalb der Staatskirche stehenden Russen besteht aus Altgläubigen, aus Anhängern der alten orthodoxen Kirche, wie sie vor der Reform des 17. Jahrhunderts war, einer Kirche, die nicht durch das Dogma sich von der heutigen Staatskirche scheidet, sondern nur durch, geistig genommen, unwesentliche Äufserlichkeiten. Diese Altgläubigen hängen starrer noch als die Staatskirchlichen an leeren Formen, sie werden noch weniger als diese von lebendigem religiösen Geist in ihrer Kirche getragen: und dennoch wirkt eine geringe formale Abweichung grofse sittliche Verschiedenheit. Unter den Sektierern werden die Altgläubigen meist nicht mit einbegriffen, sondern nur die von der Staatskirche später Abgefallenen. Aber diese Altgläubigen zeichnen sich in gewissem Grade durch dieselben moralischen Eigentümlichkeiten vor den Staatskirchlern aus wie die Sektierer. Es ist klar, dafs hier das Bedeutsame nicht darin liegt, was geglaubt wird, sondern wie es geglaubt wird. Dieselben Dogmen werden dort unter strengem Zwang beobachtet und bringen keinen moralischen Segen; hier werden sie in freier Selbstbestimmung als ein Eigenes, ein Privileg des Geistes geschätzt, und gewinnen im Kampf und durch die für sie gebrachten Opfer an gemütlichem Wert und Lebendigkeit. Die blofse Thatsache,

dafs die Altgläubigen verfolgt wurden und werden, dafs sie sich bewufst sind, durch eigene Kraft, ihre religiösen Schätze zu hüten, das Gefühl, dafs sie leiden müssen um dieser Schätze willen, heiligt, durchgeistigt sie. Sie werden sozial einander genähert, sie helfen einander, sie schützen einander, und damit tritt das moralische Element in Wirksamkeit, welches das Gemütsleben in der Gemeinde und dann auch in der Familie veredelt. Der Altgläubige steht durchgängig sittlich höher als der Orthodoxe und ist dadurch auch durchgängig zu gröfserem Wohlstande gelangt.

Kommt nun bei den eigentlichen Sekten wirklich lebendiger religiöser Inhalt des Glaubens hinzu, so wird die Umwandlung des sittlichen Charakters noch deutlicher, entschiedener. Unter Alexander I drang, von dem Minister GOLIZIN gerufen und gefördert, die englische Bibelgesellschaft ins Land, die Bibel wurde in russischer Volkssprache statt in der dem Volk unverständlichen slawonischen Kirchensprache und in vielen anderen Sprachen den verschiedenen Völkern des russischen Reiches zugängig gemacht. Lange hat sie geringe Wirkung geübt, weil die Masse des Volkes sie nicht lesen konnte. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgte der Schriftkunde im russischen Dorf die Bibel unmittelbar auf dem Fufse. Sie wirkte und wirkt mächtiger als alle Nihilisten, und will der heilige Synod die geistige Knechtung konsequent durchführen, so mufs er damit beginnen, der Verbreitung der Bibel Einhalt zu thun. Das Entstehen der „Stunde“ aus den Betstunden der deutschen Menoniten und anderen evangelisch-deutschen Kolonistenversammlungen ist bekannt. Der religiöse Sinn des Russen, seit Jahrhunderten unter leeren Formen brütend, vereint mit dem ebenso niedergehaltenen Bedürfnis nach geistiger Regung — sie haben schnell die befreiende Kraft einer einfachen und praktisch lebendigen Religionslehre erfafst, und die stundistische Bewegung durchflog den ganzen Süden des Reiches. Wo eine Bibel in russischer Volkssprache im Dorf ist, da findet sich bald ein Kreis um den schriftkundigen Besitzer, der ihm zuhört, und das Wort übt seine Wirkung.

Neben der Stunde hat es seit lange andere auf evangelischem Boden erwachsene Sekten gegeben, wie Molokanen und Duchoborzen, und neuerdings die Paschkower. Von dem zu Anfang 1902 in Paris verstorbenen Gardeobersten PASCHKOW ging in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Petersburg eine Bewegung aus,

die evangelisch mit methodistischer Färbung war, und bald alle Schichten der Residenz ergriff. Im Wesen war es dieselbe religiöse Neubelebung gegenüber der verdorrten griechisch-katholischen Kirche, die sich im 16. Jahrhundert gegen die römische Kirche in Deutschland und der Schweiz wandte. Das Evangelium war PASCHKOW selbst eine neue frohe Botschaft, und als solche trug er sie hinaus in die vornehmen Kreise, die er in seinem Palast an der Newa versammelte, und ebenso in die dichtgedrängte Menge der Kutscher, Arbeiter, Wäscherinnen u. s. w., die er von den Strafsen herbeirief, das Neue zu hören. PASCHKOWs Namen kannte der letzte Strafsenkehrer, und viele Tausende segneten ihn, die einen, weil sie von dem Geist lebendiger Religion waren erfafst worden, die in PASCHKOW glühte, die anderen, weil sie die vielen Stätten der Wohlthätigkeit kannten, die PASCHKOW aus seinen reichen Mitteln und mit Hilfe reicher Genossen und Genossinnen geschaffen hatte. Mir selbst werden die wenigen Stunden unvergefslich bleiben, die ich mit diesem an Geist schlichten, an Bildung ebenso einfachen, aber an religiösem Empfinden und wahrem Menschentum reichen Manne im Gespräch verbrachte. Mir konnte er nichts Neues bieten, denn was ihm neu war, kannte ich von frühester Jugend als Sohn lutherischer Eltern längst. Neu war mir aber die Erscheinung eines Mannes, der in christlicher Kirche seit fünfzig Jahren lebend, erst jetzt als etwas Neues gefunden hatte, was jedem Gliede einer evangelischen Kirche als die Summe christlicher Lehre vertraut war und ist. Ihm war eben das Evangelium selbst etwas Neues, eine Offenbarung.

So ist es auch den vielen Tausenden in dem russischen Lande ergangen, als sie zum erstenmal in die Bibel blickten. Von Dorf zu Dorf flog der Funke und zündete, weil das Volk nach der religiös-geistigen Bethätigung lechzte, weil es in ihr Trost fand für materielles Elend und für das Verkommen des Gemütes. In wenigen Jahren staunte man über die sittliche und materielle Verwandlung, die sich unter der Einwirkung der Stunde vollzog. Nüchtern, arbeitsam, ehrlich, sparsam, auch äufserlich auf Ordnung und Anstand haltend — so zeichnet sich der evangelische Sektierer vor dem Staatskirchler aus, sei er nun Stundist oder Molokane oder Tolstoier oder Paschkower. Lebendiges Christentum hat der heilige Wladimir mit seinen byzantinischen Priestern nicht ins Land gebracht und hat der gemeine Russe in diesen 900 Jahren

daher nicht kennen gelernt. Wo es heute mit der Bibel eindringt, da ist die Wirkung handgreiflich. Sie ist eine solche, wie die beste Regierung sie mit blos weltlichen Mitteln nicht erzielen könnte. Aber sie läuft stracks der Staatskirche entgegen, sie führt zum Abfall von der Orthodoxie. Und der Staat hat den Kampf aufgenommen.

Mit welcher Härte seit Jahren gegen Molokanen und Duchoborzen vorgegangen wird, wie sie aufgepackt, in wüste Landstriche jenseits des Kaspi versetzt werden, wo sie mittellos und arbeitslos interniert, durch englische Spenden, durch Sammlungen, die vom Grafen TOLSTOI und anderen Menschenfreunden veranstaltet werden, notdürftig am Leben erhalten werden — das ist zur Genüge bekannt. Nach ihnen kamen die Stundisten an die Reihe, die jetzt überall verfolgt werden, deren Betstunden polizeilich verboten werden, gegen die die Kirche ihre Geistlichen und nun auch die ganze Jugend der Kirchenvolksschulen aufbietet. Man nennt es Mission, aber es ist Unterdrückung des evangelischen Christentums. Auch PASCHKOWs Arbeit wurde zerstört, seine Anstalten der Wohlthätigkeit gingen ein, er selbst wurde verbannt.

Es kann nichts für die Gesundung des Volkes Verderblicheres ersonnen werden, als diese gewaltsame Knebelung der Volksseele, die nach Luft schreit. Der Roheit dies Volkes wäre auch durch eine gute Volksschule, wenn man sie schaffen könnte, nicht so unmittelbar beizukommen, als dies durch die Entfesselung des Gewissens, die Befreiung des religiösen Triebes möglich wäre. Im äufseren Leben gefesselt durch den Mir mit seiner Feldgemeinschaft, im inneren Leben durch Entziehung aller gemütlichen und geistigen Nahrung — wie sollte dies Volk nicht zu Grunde gehen müssen? Vor Zeiten, in der Leibeigenschaft, lebte es wild dahin, ohne aufzuschauen, ein einfaches und geistloses, aber in sich doch harmonisches Leben. Heute zeigt ihm jeder Blick die ungeheure Tiefe, aus der es hinaufblickt zu den Schöpfungen europäischen Kulturlebens, und der grelle Widerspruch reizt auch den einfachen Mann zum Nachdenken über sich und seine Umgebung. Die alte Harmonie ist dahin und die Last des Daseins wird schwer empfunden, weil sie erkannt wurde. Man schaffe die Gewalt der Kirche und den Zwang der Agrarverfassung ab, und die guten Folgen werden sich gar bald zeigen. Alle Staatsalmosen, alle landwirtschaftlichen Schulen, alle die zahllosen Quacksalbereien, die man in den Kanz-

leien ersinnt, um der Erfüllung des Notwendigen zu entgehen, werden dem steigenden Elend nicht Einhalt thun, wenn man sich zu jenen beiden Maſsregeln nicht vor allem anderen entschlieſst.

Aus faulem Sumpf steigen erstickende Dünste auf, so daſs wir schaudern. Eine molluskenhafte Haltlosigkeit ist in diesen Gestalten, die sie zur Trunksucht, zum Verbrechen taumeln läſst wider ihren Willen, fast ohne Leidenschaft, ohne Furcht vor Strafe, die Opfer eines Verhängnisses, nicht die Träger eines bösen, starken Willens; nicht schlecht von Natur, aber ihr haltlos unterworfen; nicht verderbt durch das Leben, aber ohne jede sittliche Erziehung, Gestaltung durch die Erfahrung; nicht zerrissen oder getrieben von Bedürfnissen und Begierden wirrer sozialer Umgebungen, aber willenlos dem einfachen Empfinden, Begehren folgend; Kinder scheinen es, die verwahrlost, in dumpfer Höhle sich selbst überlassen wurden. Und trotz alledem gute, begabte Kinder, die von gutem Gefühl zu edler That können gehoben werden, die sich bis zur Erde beugen vor dem Vornehmen, dem Mächtigen, und doch mit ruhigem Selbstvertrauen sich wieder aufrichten und wie Gleichstehende in Haltung und Worten nichts kleinlich Knechtisches zeigen. Ein merkwürdiges Gemisch steckt im russischen Bauer: er läſst sich miſshandeln bis zum Tode, er duldet alles; körperlich, geistig, sittlich zeigt er eine bewundernswerte Kraft des Ertragens, und doch ist man oft erstaunt über die selbstbewuſste Würde dieser einfachen Wilden, doch findet man oft bei ihnen eine auſserordentliche sittliche Gröſse. Aber es ist, als wären ihm die Sehnen aktiver Kraft durchschnitten: der individuelle Charakter fehlt, die gefestete Persönlichkeit, die Willenskraft. Der Spruch der Gemeinde, der Befehl der Obrigkeit, der Wille des Zaren: auſser diesen drei Gewalten lebt in seiner Brust kein klares Bewuſstsein eigener Selbständigkeit. Sieht man ihn vor sich, so meint man oft, das sei der Abkömmling eines groſsen, freien Volkes; sieht man sein Thun, sein Leben, sein Wollen, so meint man das Opfer einer langen Knechtschaft vor sich zu haben — oder den Sohn eines Volkes ohne Zukunft.



ZEHNTES KAPITEL

VERARMUNG UND HUNGERSNOT

In einem Lande von der Ausdehnung des Teiles des russischen Reiches, von dem die Rede ist, und von der Mannigfaltigkeit der natürlichen Bedingungen, wie sie dort trotz äufserer Gleichförmigkeit vorkommen, können die wirtschaftlichen Zustände der örtlichen Verschiedenheit nicht ermangeln, die aus der Ungleichartigkeit von Boden, Menschen, Lage u. s. w. entspringen. Kleinrufsland und Neurufsland unterscheiden sich zum gröfseren Teil vorteilhaft von dem Zentrum. Sie leiden weniger von dem Gemeindebesitz, der dort, wenn nicht gesetzlich, so vielfach thatsächlich mehr als im Zentrum seine erstickenden Formen abgeworfen hat; in Kleinrufsland besteht die Haftpflicht der Gemeinde für die Steuern nicht. Starke deutsche Einwanderung hat zur Belebung des Landbaues beigetragen. So ist der Wohlstand dort weit gröfser als im Zentrum, und gelegentliche Mifsernten wirken weniger verderblich. Es sind Grenzländer, auf die der Verkehr mit dem Westen einigen Einflufs übt. Auch im Zentrum und im Osten findet sich hier und da ein wohlhabendes Dorf, ein reicher Bauer auf eigenem Grunde. Es finden sich grofse Herrschaften mit prächtigen Herrensitzen. Aber das sind Ausnahmen. Alle Angaben, auch die amtlichen, bezeugen einen allgemeinen Niedergang in dem Wohlstande dieses Gebietes, und wiederkehrende Hungersnöte bestätigen die Zeugnisse. Und hätten wir auch diese Zeugnisse nicht, so müfsten wir aus dem, was wir über Boden und Arbeit, die beiden Hauptfaktoren aller Volkswirtschaft, wissen, den Schlufs

ziehen, dafs es mit der russischen Volkswirtschaft in jenen Gebieten schlecht stehe.

„Der russische Acker," sagt LOCHTIN, „weist unzweifelhafte Anzeichen auf einer starken Erschöpfung an wertvollen Nährstoffen des Bodens, und die Mifsernten stellen sich als die Folgen der Erschöpfung dar."[1] Das ist die fast allgemeine Meinung von der Sache, der nur die gewichtige Ansicht des Finanzministers gegenübersteht, wonach böses Wetter, Dürre oder Regen oder Frost die zufälligen und unvermeidlichen Ursachen der Mifsernten sind.[2] Der einfachste Landwirt wird sich sagen, dafs bei dem schonungslosen Raubbau, der auf dem Baueracker seit Jahrhunderten getrieben wurde und der seit Erbauung der Eisenbahnen auch auf den in Acker verwandelten ungeheuren privaten Ländermassen der Schwarzerde getrieben wird, eine Erschöpfung eintreten mufste. Es ist überraschend, von dem Minister zu hören,[3] dafs es ein Zeichen des wachsenden Wohlstandes der Steuerzahler sei, wenn in den Jahren vor 1897 so gewaltige Kornmassen erzeugt und bei niedrigen Preisen ausgeführt werden konnten, während alles dafür spricht, dafs diese Massen erzeugt und ausgeführt wurden aus den zwei Ursachen: stark erweiterter Raubbau und zunehmende Verarmung. In dem Mifsjahr 1897, das der Minister für eine vorübergehende Erscheinung hielt, lagen offizielle Daten bereits vor, die eine andere Anschauung begründen konnten. Die „Mosk. Wedom." brachte im Jahre 1898 über das grofse Wolgagebiet mit seinem verhältnismäfsig noch frischen Boden folgende Mitteilungen aus jenen offiziellen Quellen:[4] „Vor nicht langer Zeit sei das Wolgagebiet die Kornkammer Rufslands gewesen, in den letzten 2 bis 3 Dezennien aber habe sich die Situation wesentlich verändert, beinahe alljährlich brauche die Bevölkerung Verpflegungsdarlehen. In diesem gewaltigen Rayon mache sich ein Sinken der Ertragsfähigkeit bemerkbar. Vergleiche man den mittleren Ertrag der Ernte des Gouvernements Samara im Dezennium 1883—1892 mit dem, welcher früher für die Norm gegolten habe, so stelle sich für die einzelnen Getreidearten folgendes heraus:

---

[1] a. a. O. S. 212.
[2] Vgl. die Budgetberichte des Ministers für 1898 und 1899.
[3] Budgetbericht für 1898.
[4] Relat der „St. Petersburger Zeitung".

	Normalernte	Mittlere Ernte in den Jahren 1883—1892
Roggen	41,7 Pud v. d. Dess.	30,4 Pud v. d. Dess.
Winterweizen . .	30,8 „ „ „ „	27,6 „ „ „ „
Sommerweizen .	34,7 „ „ „ „	25,5 „ „ „ „
Hafer	33,8 „ „ „ „	26,5 „ „ „ „
Gerste	33,5 „ „ „ „	18,7 „ „ „ „
Dinkel	35,6 „ „ „ „	23,5 „ „ „ „
Buchweizen . .	26,6 „ „ „ „	21,5 „ „ „ „
Hirse	32,9 „ „ „ „	19,0 „ „ „ „
Erbsen	31,9 „ „ „ „	23,4 „ „ „ „
Kartoffeln . . .	301,9 „ „ „ „	213,6 „ „ „ „

Diese offiziellen Daten zeigen, dafs im Gouvernement Samara ein starkes Sinken der Ertragsfähigkeit sämtlicher Getreidearten beobachtet wird. Die gleiche Erscheinung wiederholt sich in den angrenzenden Gouvernements. Unter diesen Umständen ist es augenscheinlich, dafs man sich nicht auf die Verpflegung der Notleidenden beschränken kann, da die Schwierigkeiten hierdurch nur vorübergehend erleichtert werden, die Wurzel des Übels aber nicht beseitigt wird. Ernstlich mufs man sich mit der Besserung der Vorbedingungen für die landwirtschaftliche Produktion beschäftigen, um eine Festigung des erschütterten wirtschaftlichen Wohlstandes der Wolgagouvernements zu erzielen."

Von eben diesem Gebiet hat uns „Das hungernde Rufsland" im vorigen Jahre erschütternde Schilderungen gebracht. Grofse Dörfer, in denen die ganze Bevölkerung halb verhungert in den Hütten liegt, in denen es keine Mäuse mehr giebt aus Mangel an Nahrung, keine Katzen aus Mangel an Mäusen, keine Hunde, weil sie verhungerten — das sind Zustände, die vielleicht in den indischen Hungerländern ihre Parallelen finden, und die vielleicht aus ähnlichen Ursachen wie dort entstanden sind. In anderen Schriften haben wir gelesen, wie in den Dörfern die Bewohner sich das Essen abgewöhnen, indem sie sich einer Art von Winterschlaf hingeben, sich so wenig als irgend möglich bewegen, wodurch sie den Stoffwechsel im Körper herabsetzen und damit an Nahrungsmitteln und Heizung sparen. Solche Zustände sind natürlich weder allgemein verbreitet noch beständig. Aber eine Bevölkerung, die sich solchen Zuständen auch nur nähert, mufs notwendig an ihrer Arbeitsfähigkeit stark einbüfsen. Und in den

letzten zehn Jahren sind die rein ackerbauenden Gubernien des Zentrums und Ostens solchen Zuständen sehr nahe gekommen.

Wie sollte eine Bauernschaft gedeihen bei so schlechter Qualität und so geringer Quantität der Arbeit? Der russische Bauer ist nicht zur Arbeit erzogen; er arbeitet ohne rechte Lust, er ermangelt der Stetigkeit, der Zähigkeit; er mag nicht andauernd lange arbeiten und nicht mehr, als für die nächsten Tage nötig ist. Dort im Gebiet der Schwarzerde aber giebt es für ihn nur im Sommer Beschäftigung, und auch dann eine durch Feiertage sehr verkürzte Arbeit. Im Winter kann er nur selten einige Kopeken verdienen. Und seine Arbeit ist oberflächlich, wie sein ganzer Ackerbau. Der Erdboden aber giebt nur dem seinen besten Segen, die sittliche Kraft, der in ihn Mühe und Schweifs in langen Jahren gelegt, der mit ihm verwuchs, dem die Scholle ein Teil seines Wesens geworden ist. Bauer wie Edelmann sind dort keine rechten Landwirte in unserem Sinne. Sie versenken sich nicht in ihre Wirtschaft, sie ringen nicht mit dem Boden um die Frucht, sie beobachten nicht scharf, sie haben nicht die Geduld, um Jahre lang auf ein Ziel hin zu arbeiten, auch wenn sie es erkannt haben. Der Bauer hat nie mit dem Erdboden verwachsen können, weil dieser nicht ihm, sondern der Gemeinde gehört. Der Bauer hängt am Dorf, nicht an der Scholle, die ihm nicht gehört, wie dem Edelmann nur an seinen Einkünften, nicht an seinem Grundbesitz gelegen ist. Der Bauer aber, der eine Scholle sein Eigen nennt, liebt auch den Erdboden wie jeder Ackerbauer. Der Dorfbauer, der keine eigene Scholle hat, ist halber Nomade, und nomadenhaft ist auch die Behandlung des Erdbodens. Das reichste Kornland Europas ist in die Hand des nur wenig für den Ackerbau begabten Volkes gelegt. So kommt es, dafs die Produktivität der Landwirtschaft in Rufsland geringer ist als in anderen Ländern sowohl aus äufseren wie aus innermenschlichen Gründen. Und das wirkt auf die Moral zurück, das erschlafft, entnervt das Volk. Der Russe ist nicht dazu geschaffen, durch sich und für sich selbst vorwärts zu kommen, sondern durch andere oder die Regierung; der Individualismus ist nur in Wenigen stark, die Masse bewegt sich am besten im Artel, in der Genossenschaft, oder auf Befehl einer Obrigkeit. „Die allgemeinen Klagen, sagt NOWIKOW, über die Unordnung des Dorfes, die Armut des Bauern, seine Wildheit, über die schlechte Obrigkeit des Dorfes und der

Wolost,[1] über die Fäuste — alles das hat dieselbe Wurzel: es ist die hundertjährige Gewohnheit des äufseren Zwanges ohne die geringste Selbstthätigkeit von Seiten der Bauern." Passiver, willenloser Gehorsam gegenüber dem Leibherrn früher, jetzt gegenüber dem Polizisten, dem Landhauptmann u. s. w., zuletzt gegenüber der Gemeinde und ihrem Ältesten, aber nirgend persönlich eigener Wille, selbständiges Handeln aufser dem Wollen und Handeln der Gemeinde, das erschlafft den Charakter der Masse und reizt einzelne Gewaltnaturen dazu, die Schwäche der Masse zu mifsbrauchen, zur Faust zu werden. Das hat auch den russischen Bauer zu einem so tüchtigen Soldaten erzogen, als welcher er bekannt ist: blind ist sein Gehorsam, er erfriert auf dem Schipkapafs, weil man ihn dort hingestellt und vergessen hat; er mufs in der Schlacht männiglich totgeschossen werden, weil er, geschlagen, nicht leicht sich zum Rückzuge wendet, solange der Befehl dazu nicht gegeben ist. Was eine Tugend bei dem Soldaten ist, ist ein Mangel bei dem freien Arbeiter, wenn diese Eigenschaft des Beharrens im Charakter, im passiven Wesen des Menschen begründet ist. Die Unselbständigkeit ist Volkscharakter, sie ist es, wenn nicht von Natur, so durch die Geschichte geworden. Und diese Geschichte, diese Erziehung zur Trägheit durch Knechtschaft und schlechte Regierung geht noch heute ihren Gang. Noch heute sind Kirche und Staat der Meinung, dafs es besser sei, durch Vermehrung der Feiertage den Bauer an die Heiligkeit der Kirche und die Autorität des Staates zu mahnen, als ihn durch Beseitigung von Feiertagen zur Arbeit anzuhalten und von der Schnapsbude fern zu halten. Ja weit nachdrücklicher als ehedem der Edelmann, drückt heute der Beamte alle Selbständigkeit darnieder.

Ein erschöpfter Ackerboden, ein erschöpfter Körper, eine staatlich und kirchlich gelähmte Arbeitskraft, eine geistige und materielle Kultur, die seit 500 Jahren stillgestanden hat, das sind Voraussetzungen, die eine Konkurrenz mit anderen Ländern auf dem Gebiete des Landbaues äufserst ungünstig gestalten. Von seiten des Staates aber geschieht nichts, um diese Arbeit,

---

[1] Die Wolost ist die erweiterte bäuerliche Gemeinde, in der mehrere Dorfgemeinden unter besonderer bäuerlicher Selbstverwaltung zusammengefafst erscheinen.

diese Produktionskraft zu stärken. Eher mufs man das Gegenteil erkennen. Die Feiertage kosten dem Lande ungeheure Summen. Wenn man auf die 126 Millionen Einwohner nur 60 Millionen arbeitsfähiger Menschen annimmt, die täglich eine Arbeit im Wert von 20 Kopeken leisten, so entginge dem Volksvermögen mit jedem Feiertage ein Gewinn von 12 Millionen Rubel. Der Russe des Ackerbaugebietes hat, wie überall zu lesen ist, bis zu 150 und mehr Feiertage, also etwa 90 mehr als der Westeuropäer, von denen freilich die auf den Winter fallenden für viele unwillkürliche bleiben würden, auch wenn man sie von ihnen befreien wollte. Indessen sucht man den Arbeiter keineswegs davon zu befreien, sondern man vermehrt vielmehr obrigkeitlich die Feiertage, und man vermehrt das Nichtsthun auch in den Landesteilen mit nicht blos ackerbauender und nicht orthodoxer Bevölkerung, die gezwungen wird, neben ihren katholischen, protestantischen u. s. w. Feiertagen auch orthodoxe Namenstage und andere nicht kirchliche Tage zu feiern, die sie früher nicht feierte. In Geld berechnet müfste der auf diese Weise obrigkeitlich erzwungene Verlust an Arbeit sehr grofse Summen ergeben, und rechnet man hinzu, wieviel der Arbeiter an solchen Tagen auf Branntwein verwendet, so wäre der Verlust, der dem Volke aus den Feiertagen erwächst, mit 100 Millionen jährlich sicher nicht zu hoch bewertet. Es gewinnt der Staatssäckel durch den Branntweinverbrauch und die Kirche durch — „Gaben". Wie vorteilhaft diese Gaben nicht nur für die Kirche, sondern auch für den Fiskus sind, sieht man aus folgender von einem in Perm erscheinenden Blatte gegebenen Schilderung. Der Pope oder der Diakon bestimmt einen Tag für Darbringung der Gaben.

„Und siehe da: wenn Tag und Stunde gekommen sind, dann sieht man die Leute herbeischleppen, was ihnen gerade an Vorräten zur Verfügung steht, wie Brot, Holz, Thee, Zucker u. s. w., u. s. w. Das «Väterchen» aber empfängt sie alle höchst liebenswürdig und giebt ihnen auch etwas Gutes zu trinken. Dabei stehen Bewirtung und Gaben in einem gewissen Verhältnis; je besser die erstere ausfällt, desto reichlicher auch die Geschenke der Bauern. — In diesem Sommer wurde ins Dorf Woskressenskoje ein neuer Diakon übergeführt, der, da die Veränderung in finanzieller Hinsicht für ihn eine unvorteilhafte war, sich natürlich auf die Gaben angewiesen sah. Er redete daher mit seinen Gemeinde-

gliedern, überzeugte sie und setzte den Termin fest, wo die «köstliche Gabe» ins Haus strömen sollte. In der That wurde es für ihn ein recht gewinnbringender Tag, obgleich er für Branntwein allein 25 Rubel verausgabt hatte. Die Gäste jedoch kratzten sich nachher den Kopf, denn von der Freigebigkeit des Diakons hingerissen, hatte mancher fast sein Letztes fortgegeben und am folgenden Tage mufste man aufserdem auf eigene Kosten den Brummschädel kurieren. — Wo Branntwein gespendet wird, da fehlt es selbstverständlich nicht an Zank und Streit, daher sind die Gaben eine keineswegs erfreuliche Erscheinung, deren Beseitigung recht wünschenswert wäre.“[1]

So wird immer und immer wieder auf Ursachen hingewiesen, die sowohl materiell als moralisch den Verfall der Volkskräfte in den grofsrussischen Gubernien und besonders in den reinen Ackerbaugebieten zur Folge haben. Und die Erfahrungen geben diesen Hinweisen recht. Die Thatsache, dafs in jenen östlichen und zentralen Gebieten die Mifsjahre in beschleunigtem Tempo aufeinander folgen, ist unleugbar. LOCHTIN zählt von 1885—1899 sieben Mifsjahre; SCHWANEBACH zählt zwischen 1888 und 1898 (inkl.) vier Jahre, in denen die Regierung mit Staatsmitteln die Bevölkerung der kornreichsten Landstriche ernähren mufste.[2] Und das Jahr 1901 hat wiederum eine Hungersnot zu verzeichnen, die hauptsächlich eben jene zentralen und östlichen Gubernien umfafste, die schon vorher von den Mifsernten getroffen wurden. In diesem letzten Jahre war die Mifsernte nicht blos über die Schwarzerde verbreitet; aber getroffen wurden wieder 22 Gubernien der Schwarzerde. 17 Gubernien und einige Bezirke Westsibiriens wurden vom Staate unterstützt. Einen Teil derselben Gebiete mit einer hungernden Bevölkerung von 12—16 Millionen[3] bereisten die Herren LEHMANN und PARVUS, um die Hungersnot von 1897 und 1898 zu beobachten. Und wenn man die Schilderungen dieser Herren, sowie die Angaben vieler russischen Gelehrten und Laien über denselben Gegenstand zusammennimmt, so kann man nicht zweifeln, dafs die Hungersnöte wiederkehren und verderblicher wiederkehren werden als bisher. Auch in anderen Teilen des Reiches, auch in den Grenzprovinzen treten Mifsernten von ähnlicher Schärfe ein wie

[1] Relat der „St. Petersburger Zeitung“.
[2] SCHWANEBACH, a. a. O. S. 101.
[3] Nach Angaben in der Schrift „Das hungernde Rufsland“.

im Zentrum und im Osten; aber dort ist die Bevölkerung im stande, ohne staatliche Unterstützung sie zu überwinden, nicht etwa dank dem besseren Boden, dem häufigeren Regen, sondern dank der besseren Arbeit und der gröfseren Sparsamkeit. Im Zentrum ist der wirtschaftliche Körper dazu zu geschwächt, weshalb die Mifsernten konstant werden.

Ich habe schon mehrmals darauf hingewiesen, wie mifstrauisch man gegenüber der russischen Statistik zu sein berechtigt ist. Indessen kann man doch einigen Wert auf solche Angaben legen, die von dem Bestreben ausgehen, die Dinge eher zu hell als zu dunkel darzustellen. Zu solchen Angaben zähle ich die mehr oder minder amtlichen. Durch die schon angeführte, von hohen Finanzbeamten geleitete Untersuchung über das Gebiet der zentralen Schwarzerde[1] wurde die Verarmung dieser Gebiete vollkommen bestätigt; sie führt sie auf drei Hauptursachen zurück: das Fehlen allen Verdienstes aufserhalb des reinen Ackerbaues die dadurch gegebene Arbeitslosigkeit während der Hälfte des Jahres, und endlich die zu hohe Besteuerung, durch welche dem Lande sehr viel mehr zu allgemeinen Staatszwecken entzogen, als ihm vom Staat zurückgegeben wird. So wird angeführt, dafs von 1894—1898 die zentralen Schwarzerdegebiete an die Staatskasse 106,4 Millionen Rubel im jährlichen Durchschnitt abgegeben, und nur 42,8 Millionen von ihr bekommen haben; der Osten gab 80 Millionen und bekam 59,2 Millionen Rubel. Die Schrift sieht hierin eine ungerechte Belastung, obgleich z. B. auch der Süden 122,6 Millionen gab und 64,8 Millionen bekam und andere Gebiete ähnliche Verhältnisse aufweisen. Aus der Schrift tritt die Tendenz hervor, jene verarmten Gebiete auf Kosten der reicheren zu unterstützen, also wieder die alten Wege mechanisch-büreaukratischer Hülfeleistung zu gehen, ohne den Grundübeln: der schlechten Landwirtschaft, der Feldgemeinschaft, der fehlenden Selbsthilfe, entgegenzutreten. Gegen die Ergebnisse dieser Konferenz von Fachleuten wendet sich ein angesehenes Fachblatt mit folgenden Ausführungen:[2]

„Es sei durchaus falsch, die Thatsache des Niederganges der bäuerlichen Wirtschaft auf die neun zentralen Schwarzerdegouverne-

---

[1] POLENOW, a. a. O.

[2] „Rufskoje Bogatstwo.“

ments zu beschränken. Auch wenn man nur die Symptome berücksichtigen wolle, auf welche die Konferenz ihre Diagnose stütze, so müsse man die nämliche Diagnose auch den Bauerverhältnissen einer ganzen Reihe anderer Gebiete stellen. Das gewaltige Anwachsen der Steuerrückstände ist keineswegs eine spezfische Eigentümlichkeit des Zentrums, ja in den östlichen Gouvernements hat dieser Prozefs noch gröfsere Fortschritte gemacht. Ein Rückgang der Pferdezucht und eine dadurch bedingte Zunahme der spannlosen Bauernhöfe läfst sich auch in den östlichen und in einigen südlichen Gouvernements nachweisen. Eine Abnahme des Konsums der bäuerlichen Bevölkerung konstatieren die Spezialisten nicht nur im Zentrum, sondern auch in den westlichen Grenzmarken, die sich nach Ansicht der Konferenz in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Selbst der gesegnete Süden Rufslands hat Bekanntschaft machen müssen mit dem allgemeinen Prozefs der Verarmung der bäuerlichen Bevölkerung: Neurufsland und Bessarabien mit ihrem prachtvollen Boden, ihrem schönen Klima und ihrer dünnen Bevölkerung haben in den letzten Jahren Mifsernten erlebt, die den bäuerlichen Wohlstand total erschüttert haben."

SCHWANEBACH giebt für 1893 an Steuerrückständen $119^1/_3$ Millionen an, von denen 110 Millionen auf das zentrale und das östliche Gebiet fallen.[1] ISSAJEW giebt für 1896 an $146^1/_2$ Millionen, nachdem im Jahre 1895 8 Millionen Rückstände waren erlassen worden. Also in drei Jahren ein Zuwachs von $22^5/_6$ Millionen, von denen man 20 Millionen auf Zentrum und Osten schreiben kann. Laut Reichsbudget für 1900 betrugen, nach neuen Erlassen und Umrechnungen, die Rückstände zum 1. Januar 1899 im ganzen Reiche 116 Millionen. Wie ich schon früher anführte, beliefen sich die gesamten Rückstände an Loskaufszahlungen zum 2. Januar 1901 auf 250 Millionen Rubel, wovon ein grofser Teil wieder auf Zentrum und Osten fällt. Der Staat hat jene Gebiete unterstützt

im Jahre	1891/1892	mit	162	Millionen
	1898	„	35	„
	1901	„	10	„ [2]
	zusammen	mit	207	Millionen.

[1] SCHWANEBACH, S. 36.

[2] Vgl. die Budgetberichte dieses Jahres; darin sind zur Unterstützung der Notleidenden des ganzen Reiches 20 Millionen angesetzt. Davon darf man wenigstens 10 Millionen auf Rechnung des Zentrums und Ostens setzen.

Nimmt man die Rückstände und Erlasse von Rückständen bis zum 1. Januar 1899 für Zentrum und Osten mit nur 120 Millionen an, so hätte der Staat jenen Gubernien, da auf das Einfliefsen der nicht erlassenen Rückstände nicht zu rechnen ist, 327 Millionen gezahlt, und davon 207 Millionen im Laufe der letzten zehn Jahre. Hierzu kämen die Rückstände vom 1. Januar 1899 bis 1. Januar 1902, die sicherlich grofs, für die notleidenden 22 Gubernien der Schwarzerde wahrscheinlich um ziemlich den vollen Steuerbetrag beider Jahre angewachsen sind, wodurch zu jenen 327 Millionen noch einige Zehnmillioner hinzukämen. Denn wenn nach neueren Mitteilungen die Rückstände seit 1896 um $153^1/_2$ Millionen Rubel wuchsen, und zwar angeblich allein an Loskaufsgeldern, so kann man für jene 327 getrost 350 Millionen Rubel schreiben. Wenn man nun auch mit jener offiziellen Kommission annehmen wollte, dafs der Staat von den Steuerbeträgen jener Gubernien zu viel für seine allgemeinen Bedürfnisse, für sich zurückbehält, so hat er dieses Zuviel der letzten zehn Jahre doch wohl reichlich mit 327—350 Millionen ihnen wieder erstattet. Eine noch stärkere Ernährung des Zentrums und Ostens durch die übrigen Landesteile wäre demnach zwar büreaukratisch bequem, aber weder gerecht noch vernünftig, sofern im übrigen alles beim alten gelassen wird.

Wie wenig mit staatlichen Geldunterstützungen allein so verelendeten Zuständen, wie jene Gebiete sie aufweisen, aufzuhelfen ist, wird man aus dem „hungernden Rufsland“ entnehmen können. Ich füge indessen noch zwei Zeugnisse russischer, nicht durch russischen Parteleifer oder gelehrten Beweiseifer verdächtiger Schriftsteller hinzu, aus denen der gleiche Schlufs wird gezogen werden müssen, der sich dem Leser aus jenem ergreifenden, aber glaubwürdigen Buche aufdrängt. Der Nationalökonom GOLOWIN, der an den oben berührten, unter KOWALEWSKI vorgenommenen Untersuchungen über das Zentrum beteiligt war, schreibt:[1]

„Die glänzende Fassade unserer wirtschaftlichen Lage hat somit einen sehr unansehnlichen Hinterhof. Einerseits die unzweifelhaften Zeichen der Entwickelung: das rasche Wachstum der Staatseinkünfte, die Belebung der bearbeitenden Industrie, die Erweiterung des Eisenbahnnetzes, die zunehmenden Einkünfte vom

---

[1] GOLOWIN, a. a. O. S. 119.

Eisenbahnverkehr trotz der Herabsetzung des Personentarifes, sowie die Erweiterung der Umsätze im Aufsenhandel. Andererseits der Rückgang der Ernte im Zentrum des Landes und gerade in den fruchtbarsten Gebieten, und zu gleicher Zeit die offenbaren Zeichen der wachsenden Verarmung der beiden Ackerbauklassen: die zunehmende Rückständigkeit der Bauern[1] und die Verschuldung des privaten Bodenbesitzes, die fortschreitende Vermehrung des ländlichen Proletariats, der Stillstand des inneren Handels und endlich — als das Resultat alles dessen — der Stillstand im Wachstum der Bevölkerung des russischen Zentrums. Wie sollen diese scheinbar sich widersprechenden Erscheinungen in Übereinstimmung gebracht werden? Wie soll man sich erklären, dafs der Staat sich bereichert und seine Wirtschaft erweitert, während die Wirtschaft seiner Unterthanen in einem grofsen Teil des Reiches immer mehr dem Verfall entgegen treibt? Dafs die verarmende Bevölkerung im stande ist, immer gröfsere Budgets zu bezahlen, dafs die bearbeitende Industrie wächst und zugleich auch der Barvorrat der Sparkassen, während das Hauptgewerbe des Volkes und seine Fähigkeit sich zu vermehren, zurückgehen?"

Aus ganz anderen politischen Lagern ertönt eine Stimme, die der uns schon bekannte Landhauptmann NOWIKOW zum Ausdruck bringt.[2]

Er beruft sich auf eine Reihe von Artikeln der als konservativnationalistisch bekannten Zeitung „Grashdanin" über die ländlichen Zustände im Reichsinnern, und führt unter anderen folgende Stellen an: „Das ganze zeitgenössische Landleben — das bäuerliche wie das gutsherrliche — ist ein vollkommener Widersinn und undurchdringlich finsterer Unsinn. Diese ungeheuren Entfernungen ohne fahrbare Wege, durchschnitten von eleganten Bahndämmen; diese ringsum benagten Landpaläste neben strohenen, in riesigen Lagern aneinander geklebten Hütten; dieser fette Boden, der die Saat nicht wiedergiebt; dieses vorsintflutliche Gerät, das die Pferde schlachtet; diese ausgehungerten Pferde und Kühe auf unermefslichen Wiesen; dieses fromme, körperlich starke Volk, das 150 Tage im Jahr feiert und säuft; diese Kirchen, die die Sitten nicht bessern; diese

[1] d. h. an Steuern und Ablösungszahlungen.

[2] Aufzeichnungen u. s. w. S. 141.

Schulen, in denen die Schriftkunde nicht erlernt wird; diese Landschaften, aus zufälligen Parteien zusammengeschmiedet, die einander hassen; diese Vereinsamung auf der verzagten Fläche der Äcker; dieser geistige Hunger, der allmählich durch physischen Hunger vermehrt wird; dieses allgemeine, alle ergreifende Gefühl der Feindschaft, der Ichsucht, des Schreckens, und das über allem hinziehende, von den Stöfsen des Windes aus Nord, Süd, aus West und aus Ost hergetragene Stöhnen des russischen Pflügers: rette sich wer kann! — ist das etwa nicht ein Widersinn, ein Unsinn, wenn man sich erinnert, dafs Rufsland — ein selbstherrliches und ackerbauendes Land und der russische Mensch fromm, befähigt und zähe im Ertragen ist? Wenn die Wurzel fault, gedeihen auch keine üppigen Äste." Der Landhauptmann fügt hinzu: „Liest man dieses, so erfafst einen unwillkürlich ein Schauder, und der Zweifel taucht auf, ob das wahr sei. Ach, jeder der im Dorf lebt, der das Land aufrichtig liebt, fühlt, dafs der Verfasser, wenn er auch die Farben dick auftrug, doch unbedingt recht hat."

Dem Finanzminister können diese steten Klagelieder nicht unbekannt sein. Er selbst berechnet (Budgetbericht für 1902) den Minderertrag, den die Mifsernten der letzten fünf Jahre der Bevölkerung gebracht haben, auf eine Milliarde Rubel, zieht jedoch aus dem befriedigenden Eingang der Staatseinnahmen und dem schnellen Anwachsen der Ausgaben den Schlufs, „dafs in dem allgemeinen Wohlstande des Landes im ganzen keine Verschlechterung eingetreten sei." Wollte man in ähnlicher Weise, wie diese Milliarde herausgerechnet wurde, die Verluste zählen, die in diesen fünf Jahren in der Industrie erfolgt sind, so käme man vielleicht auf eine zweite verlorene Milliarde. Ist es nun erlaubt anzunehmen, dafs Rufsland in fünf Jahren solche Summen verlieren kann, ohne an seinem Wohlstande Schaden zu leiden? Sollte nicht eher einiges Mifstrauen in die Ziffern des Statistischen Zentralkomitees gerechtfertigt sein, die der Berechnung des Ministers zu Grunde liegen? Und sollte man nicht noch bedenklicher werden angesichts des Optimismus des Ministers, mit dem er an den Verlust jener Milliarde nur die Betrachtung knüpft, es „erhelle daraus, einen wie mächtig belebenden Einflufs auf die wirtschaftliche Lage des Landes und auf den inneren Markt die nächste reiche Ernte ausüben könnte"? So pflegt wohl manch ein ver-

schuldeter Gutsbesitzer sich über schlechte Ernten hinwegzutrösten; für einen Staatsmann ist solche Hoffnungsfreudigkeit gefährlich — wenn sie ernst ist.

Können solche Zustände, wie sie oben geschildert wurden, mit Steuernachlässen und Geldunterstützungen geheilt werden? Ist es hier mit „Volksverpflegung" gethan, die der Staat neuerdings den Landschaften wieder abgenommen hat, um sie durch seine Beamten zu verwalten? Das ist sehr unwahrscheinlich. Und doch ist dieses Verkommen Grofsrufslands eine Angelegenheit von grofser Bedeutung für das gesamte Reich. Gehen die Dinge wie bisher weiter, so mufs allmählich der Schwerpunkt des Staates sich verschieben. Die staatliche Kraft steckte bisher wesentlich in den 80 Millionen Russen, und diese wieder hatten ihr nationales Zentrum eben in jenen grofsrussischen Gebieten. Verschiebt sich der wirtschaftliche und kulturliche Schwerpunkt nach den Grenzländern hin immer weiter, so wird eine nationale Politik, die alle nichtrussischen Bestandteile des Reiches zu Feinden des Staates macht, immer bedenklicher. Die Interessen von Staat und Nation geraten in Zwiespalt.



ELFTES KAPITEL

MITTELKLASSEN

STADTWESEN, SCHULEN, REVOLUTIONÄRE, KUNST, LITTERATUR

Es hat im moskowitischen Rufsland niemals ein Bürgertum im europäischen Sinne gegeben, keine Städte mit staatlicher oder auch kommunaler Selbständigkeit und mit Gewerbe und Handel treibender, aber auch kriegstüchtiger Einwohnerschaft. Daran sind nicht etwa die Mongolen, denen man in Rufsland alles historische Übel gern in die Schuhe schiebt, schuld gewesen, sondern wieder, wie an so vielen anderen Dingen, ihre Erben und Nachfolger in der Macht, die Grofsfürsten von Moskau. Vor ihrer Zeit, als 72 Fürsten und ein paar Stadtrepubliken, die einzigen Bürgerschaften in unserem Sinne, die es in Rufsland gegeben hat, sich in den Besitz Rufslands teilten, wuchsen Städte empor, gerade wie in Deutschland oder Italien auch, gefördert von diesen Fürsten, oft in regem Verkehr mit dem Westen. Das Grofsfürstentum Moskau brach das alles nieder, die Fürsten mit ihren Städten, die Republiken mit ihrem freien, nach europäischer Art geordneten Bürgertum. Gleichheit und — Knechtschaft für alle kam an die Stelle.[1] Wo heute alte Mauerruinen sich um eine russische Stadt herziehen, da lebten vor 500 oder mehr Jahren die jungen Schöfslinge eines Städtewesens; wo es keine solchen mittelalterlichen Ringmauern giebt oder gab, da konnte sich der Handwerker oder der Händler nicht gegen Adel und Fürsten halten. Bürgertum des Mittelalters ist unzertrennlich von Turm und Mauer, und als nach

---

[1] Ich habe das des Näheren ausgeführt in dem Buche „Wie Rufsland europäisch wurde.“ Leipzig, VEIT & COMP.

den Fürsten auch die Mauern und mit ihnen die Freiheiten, die Privilegien von Naugard und Pleskau fielen, da waren die Kulturkeime des Landes zerstört, aber die Fundamente zu dem Prunkbau gelegt, den wir heute sehen.

Hinderlich der Bildung eines Bürgerstandes ist in Rufsland nächst der moskowitischen Despotie mit ihren Handelsmonopolen die Natur des Landes gewesen. Landmangel treibt den Bauer heute in die Stadt und trieb ihn schon vor Jahrhundertén dahin. In Rufsland war und ist Landmangel nicht vorhanden; wird es dem Bauer heute zu enge, und stirbt er nicht lieber an Hunger, so macht er sich nach Sibirien oder in die Kirgisensteppe auf; vor 600 Jahren brauchte er so weit nicht zu wandern, um sich auf neuem Boden anzusiedeln; als dann Moskau die Schollenpflichtigkeit und endlich die Leibeigenschaft durchführte, konnte der Bauer die Scholle nicht mehr gegen die Stadt vertauschen. Nur die Flüchtlinge, die der zunehmende Druck und endlich das barbarische Wüten Peters des Grofsen zu Zehntausenden über die Grenze trieben, hätten vielleicht im Süden städtegründend die äufseren Bedingungen für bürgerliche Organisation gehabt, wenn sie nicht, mit tatarischen und türkischen, polnischen und russischen Nachbarn in fortwährender Fehde lebend, sich dem Kriegshandwerk ganz hätten hingeben müssen. Die Ansiedelungen der Kosaken zeigen aber von Hause aus Züge, die nur äufserlich andere sind, als wir sie beim russischen Bauer sonst finden. Der demokratische Geist ist beiden gemeinsam, und was die Kosaken auszeichnet, der Freiheitssinn, ist die Frucht der Freiheit selbst. Die Ssetsche der Dneprkosaken, dieses befestigte Lager unbeweibter Krieger, dessen Glocke gleich der von Naugard durch lange Zeit hin die Kosaken zur Beratung rief, deren Obrigkeit vom Volk gekürt wurde, hätte bei einem andern Volke vielleicht zu städtischen Lebensformen geführt. Glocke und Ssetsche sind noch heute die Wahrzeichen der Privilegien der Freiheit, deren sich die Kosaken am Dnepr, Don und Ural erinnern. Sie sind stolz auf die Vorrechte, die ihnen geblieben sind. Oft genug in der Geschichte haben die Aufstände der Kosaken von ihrem Selbstbewufstsein und ihrer Freiheitsliebe Zeugnis abgelegt. Aber es ist die Freiheitsliebe mehr des Nomaden als des Stadtbürgers. Und dieser leichtlebig nomadenhafte Charakter, der dem Russen überhaupt eigen ist, tritt beim Kosaken noch stärker hervor als beim russischen Bauer. Im Kosaken ist der Volks-

charakter sehr rein ausgeprägt, und so hat er bei aller Freiheitsliebe es nie zu Städtegründungen und zu bürgerlichem Leben gebracht.

Alle Ansätze zu einem Bürgertum haben sich im alten Rufsland unter dem Einflufs fremder Elemente gebildet, sei es germanischer im Norden und Westen, sei es türkisch-tatarischer im Osten. Aber sie haben unter dem Drucke Moskaus sich nicht auswachsen können, und erst unsere Zeit scheint mit dem Aufblühen der Grofsindustrie auch der Entwickelung des Städtewesens eine Zukunft zu öffnen. Seit zehn Jahren haben die industriellen Zentren viel Volks an sich gezogen. Die städtische Arbeiterschaft soll über 2 Millionen zählen, die Menge der technisch geschulten Arbeiter steigt, der Handel beschäftigt eine immer gröfsere Zahl von Menschen, die gelehrten Berufe gewinnen an Bedeutung. Unzweifelhaft hat gegen früher eine heilsame Belebung der mittleren Volksschichten stattgefunden, was schon aus dem starken Andrang zu den Lehranstalten hervorgeht. Das alles hat natürlich eine Verstärkung der städtischen Bevölkerung zur Folge. Aber diese findet nicht gleichmäfsig im ganzen Reiche statt, sondern nur in den Zentren von Industrie und Handel. An der Spitze steht der industrielle Bezirk von Moskau und Wladimir; aufser diesem Bezirk aber wächst das Stadtleben nur an wenigen Punkten, und diese sind fast alle an der Peripherie des Reiches gelegen. Die Ursache hiervon ist vor allem darin zu finden, dafs der Binnenhandel seit Vollendung des Eisenbahnnetzes gesunken ist zu Gunsten des Aufsenhandels. Die grofsen Handelsumsätze vollziehen sich im Aufsenhandel mit seiner Massenausfuhr von Rohstoffen und diese konzentriert sich in den Exportplätzen an den Küsten und der Landgrenze, während im Inlande der Ankauf durch Agenten besorgt wird. An denselben Plätzen konzentriert sich natürlich auch der Einfuhrhandel. Eben dorthin nun drängt sich, mit Ausnahme des Moskauer Bezirks, die junge Industrie, einmal weil sie dort mehr freies Kapital findet, als in den Provinzen des Inlandes, dann aber auch weil sie dort dem Auslande als der Bezugsquelle geschulter Werkführer, guter Halbfabrikate, vieler Rohstoffe und Maschinen, auch billiger und stets erlangbarer Kohlen näher ist. Hier liegt wieder ein Beispiel dafür vor, dafs grofse Naturschätze noch nicht genügen, um ein Land reich zu machen, sondern erst die Menschen und deren Arbeit dies bewirken. Die reichen Kohlenlager des Donezbeckens könnten ganz Rufsland ver-

sorgen. Die Regierung wäre wohl bereit, die Verfrachtung in die Ostseehäfen und nach Polen auf ihren Bahnen selbst mit Verlust zu übernehmen; dennoch würde damit die englische und preufsische Kohle nicht aus dem Felde geschlagen werden, weil die Fabrikanten sich nicht darauf verlassen können, von den Bahnen pünktlich bedient zu werden und daher die fremde Kohle vorziehen, auch wenn sie teurer ist als die einheimische.

So haben sich Handel und Industrie rund um das Reich gelagert, in Petersburg, Reval, Riga, Libau, Warschau, Lodz, Odessa, Kiew, Rostow, Baku u. s. w., und in Moskau-Wladimir. Die beiden Residenzen mit 1 200 000 Einwohnern, Warschau mit über 700 000, im ganzen 74 Städte von über 30 000, 16 Städte von über 100 000 Einwohnern. Das ist an sich sehr wenig für ein Land, das ungefähr zehn mal so grofs ist als Deutschland. Von diesen 16 gröfseren Städten liegen 10 in den westlichen Grenzlanden und an den Küsten der Ostsee und des Schwarzmeeres; im eigentlichen Innern, in Grofsrufsland, nur 2. TRUBNIKOW [1] zählte im Jahre 1895 in Rufsland, ohne Polen, Kaukasus und Turkestan, 709 Städte, deren Einnahmebudgets zusammen rund 67 Millionen Rubel aufwiesen. Das würde durchschnittlich für die Stadt eine Jahreseinnahme von 94 500 Rubel geben, und wenn man die Millionenbudgets der grofsen Städte in Anrechnung brächte, bliebe für die grofse Masse der Städte an Jahreseinkünften sehr wenig übrig. Berlin hatte im Jahre 1897/1898 ein Budget von 88 Millionen Mark, und wenn man die städtischen Betriebe, wie Gas- und Wasserwerke, Schlachthaus, Markthallen u. s. w., hinzunimmt, so beliefen sich seine Ausgaben auf 157,7 Millionen Mark, also weit mehr als jene 709 Städte zusammen auszugeben hatten. Für 1902 beläuft sich das Berliner Ausgabenbudget mit Einschlufs der Betriebe gar auf rund 200 Millionen Mark. — Man berechnet die heutige städtische Bevölkerung Rufslands im ganzen auf 16 289 000 Köpfe, was 13 Prozent der gesamten Bevölkerung darstellt.[2] Wenn man Berlin mit rund zwei Millionen Einwohnern annimmt, so wäre das der achte Teil von der Einwohnerschaft aller russischen Städte, und nach Berliner finanziellen Bedürfnissen müfsten diese russischen Städte also etwa 800 Millionen Rubel statt 67 Millionen jährlich verbrauchen. Aber von diesen 709 Städten haben nur

[1] a. a. O. S. 61.
[2] MILÜKOW, a. a. O. T. I, S. 82.

sehr wenige wirklich städtisch-bürgerlichen Charakter. Das will sagen, dafs die Städte des Binnenlandes und also auch das bürgerliche Element derselben von sehr geringer Bedeutung sind, während die grofsen Zentren seit 1895 stark gewachsen sind; Petersburg hat heute ein Budget von 17 Millionen Rubel. Aber das geschieht auf Kosten der Masse der andern Städte. Viele der provinziellen Städte gehen zurück, nicht vorwärts. Andererseits spriefsen längs der Eisenbahnen eine Menge neuer Ansätze zu Stadtbildungen auf. In Presse und Litteratur wird dieser Neubildung vielleicht bei Abschätzung der Bevölkerung mit städtischem Gewerbe zu wenig Rechnung getragen. Im Februar 1901 schrieb die „Now. Wrema“ folgendes:

„Es ist eine Thatsache, dafs augenblicklich nicht nur unsere Dörfer, sondern auch unsere Kreisstädte in Verfall geraten. Zunächst bleibt in den meisten unter ihnen die Bevölkerungszahl schon seit Jahrzehnten unverändert. Nach den Daten der Volkszählung vom Jahre 1897 ist besonders in Zentral- und Nordrufsland die Bevölkerungszahl vieler Kreisstädte beinahe ganz dieselbe geblieben und in einigen ist sie sogar erheblich gesunken. Eine so alte Stadt wie Uglitsch ist z. B. von 13000 Einwohnern auf 9000 gekommen. In Bezug auf die Bildung steht es in den Kreisstädten vielleicht noch schlechter als auf dem Lande. Eine Kreisschule und im besten Falle noch eine Stadtschule dienen als einzige Bildungsquelle, und zwar nach einem Programm, welches den Anforderungen des Lebens wohl wenig entspricht. Die Postverbindungen sind über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen.“

Zwei- bis dreimal wöchentlich kommt die Post, und niemand denkt daran, hierin Wandel zu schaffen, obwohl die Einrichtung einer täglichen Verbindung ganz geringe Mittel beanspruchen würde.

„Keine Bibliotheken, keine Lesehallen, kein Theater! Und wenn auf Initiative eines Lehrers in dem geräumigsten Gebäude der Kreisstadt, dem Gefängnis, Vorlesungen mit Nebelbildern veranstaltet werden, so kommt das schon in die Zeitungen. Gesellschaftliches Leben ist nicht vorhanden. In sehr vielen Städten giebt es nicht einmal Klubs, und dort, wo sie existieren, dienen sie der örtlichen Intelligenz, die manchmal durchweg aus verzweifelten Trinkern besteht, als noble Schenken. Die Städteordnung vom Jahre 1879, welche diesen Städten zur Hebung ihrer Selbstthätigkeit verliehen ward, ging ihnen über die Kräfte

und mufste der vereinfachten Städteordnung von 1894 Platz machen. Der Verfall macht sich auf Schritt und Tritt bemerkbar: die Strafsen sind mit Gras bewachsen, die Zäune schief, halb in Trümmern stehen die Häuschen der Kleinbürger da, hier und da sind ihre Fensterscheiben zerbrochen, überall sieht man unbebaute Plätze . . . der Handel und die städtischen Einnahmen sinken merklich und hoffnungslos. Alles, was für die städtische Wohlfahrt geschehen ist — irgend welche Brücken und städtische Institutionen —, gehört längst entschwundenen Tagen an, vergrast oder bedarf ernstlicher Remonte. Was den Handel betrifft, so sind ‚städtische Kaufhallen‘, die einst voller Leben waren und nun ganz verlassen daliegen, durchaus keine Seltenheit."

Als eine der Ursachen dieser traurigen Erscheinungen bezeichnet die „Now. Wr." die Eisenbahnen, welche die Kreisstädte umgangen und neue Handelszentren geschaffen haben. Hauptsächlich aber klagt der Autor des Artikels über die unmäfsige Entwickelung der Residenzstädte und der übrigen Grofsstädte.

Die Städte sind mit Gewerbesteuern, Immobiliensteuern, Militärquartierlast und anderen Abgaben an den Staat schwer belastet. Eine Einnahmequelle nach der anderen wird ihnen entzogen zu Gunsten des Fiskus; die Ausgaben aber für Polizei, Militär, Kasernenbauten werden vermehrt, so dafs auch die Residenzen und grofsen Provinzialstädte trotz ihres Anwachsens in bedrängter Lage sind und ihre dringendsten Bedürfnisse nicht oder nur durch starke Verschuldung befriedigen können. Die kleineren, kreditlosen Städte können nichts für innere Wohlfahrt thun, weil sie kaum so viel übrig haben, um einige Laternen und Schutzleute zu bezahlen. Mehr als durch das Anwachsen der Residenzen wird die Entwickelung des Städtewesens in den Provinzen gehemmt durch den Niedergang der Landwirtschaft, die Verarmung der Landbevölkerung. Wo diese an Wohlstand zunimmt, wie in den baltischen Provinzen, in Finland, in Polen, da gedeihen und wachsen auch die Provinzial- und Kreisstädte. Wie soll in Gubernien, wo Adel und Bauer bankerott sind, wo alle paar Jahre Hunger herrscht, städtisches Gewerbe blühen? Wer soll vom Städter kaufen? Und eine mitwirkende Ursache dürfte der allgemeine russische Mangel an Selbstthätigkeit, an fester Ordnung in der Arbeit wie in den Bedürfnissen sein. Der Russe ist kein guter Handwerker, von ländlichen Gewerben abgesehen, wohl aber ein guter Kaufmann.

Aber er findet als Kaufmann in der Provinzialstadt mit schlechtem Handwerk und armer Einwohnerschaft wenig Gelegenheit zum Verdienst, da der Aufsenhandel in den Händen von Agenten der Hafenplätze liegt. Diese Städte produzieren nichts und handeln nicht; es sind passive Körper, Niederlagen von Beamten, Versammlungsplätze des Adels, in denen die elementarsten Bedürfnisse der Landbevölkerung im Kleinhandel befriedigt werden.

Die grofse Wasserstrafse der Wolga wird von 600 Dampfern und Tausenden von Barken befahren, die den Verkehr vermitteln. Aber wie armselig sind die wenigen Städte an dem Ufer! Kasan, Simbirsk, Saratow — Städte ohne Leben, öde Strafsen, Gasthäuser ohne Gäste, Museen ohne Kunst, Klubs ohne Geselligkeit — überall Einrichungen, Versuche ohne Vernunft, Schein ohne Inhalt.

Anders in den grofsen Städten. Hier konzentriert sich das materielle und geistige Leben in Industrie und Handel, in Universitäten, Mittelschulen, Litteratur, Presse. Eine geschlossene Bürgerschaft, korporelle Gliederung giebt es auch hier nicht; die Regierung widerstrebt solchen selbständigen sozialen Gebilden, was sich auch in der Städteordnung von 1879 ausdrückt. Aber die städtische Luft hat doch auch hier einen belebenden Einflufs, die Schulen bringen Gedanken, Kritik, die sich mehrende Menge der für Unterricht, Technik, für den Staatsdienst wissenschaftlich Vorgebildeten schafft eine geistige, eine öffentliche Atmosphäre. Es wäre schwer, den Begriff der „Intelligenz" zu definieren, wie er heute in Rufsland umläuft. Die Anhänger des alten Wesens verstehen darunter alle die Leute, die ihnen unangenehm sind als ein unruhiges, neuerungssüchtiges, doktrinäres, auf Bildung und besseres Wissen pochendes Element, bei dem man mehr oder weniger gefährliche Gesinnung oder politische Umtriebe vermuten kann. Jeder Student und jeder, der studiert hat, gehört zur „Intelligenz" und wird von dem Anhänger alter Sitten und Gegner des aufdringlichen Europa mifstrauisch angesehen. Die thörichten Unternehmungen der Nihilisten haben den Studenten etwas in Verruf gebracht und eine Mifsachtung gegen die Intelligenz sich verbreiten lassen, die erst ganz in letzter Zeit durch die steigende Willkür der Beamtenschaft verwischt wird. Man beginnt zu fühlen, dafs in den intelligenten Elementen doch allein die Kraft und Selbständigkeit zu finden sind, die der Willkür zum Gegengewicht dienen könnten. Die Reform des Schulwesens ist heute die wichtigste Tagesfrage.

Nach dem Voranschlag des Budgets sollen für 1902 im ganzen an staatlichen Mitteln für das Unterrichtswesen aller Ressorts 74,8 Millionen Rubel verwandt werden. Davon wird etwa die Hälfte von militärischen und anderen Fachschulen beansprucht; den bürgerlichen Mittelschulen kommen nur $10^1/_2$ Millionen, den niederen Schulen rund 9 Millionen zu gute. Das sind geringe Summen für 126 Millionen Menschen. Man berechnete bisher die Staatsausgaben für Volksbildung auf etwa 40 Kopeken pro Kopf.[1] Für 1902 würden sie nach der Angabe des Ministers auf 59 Kopeken steigen. Aber diese Ausgaben kommen nur zu geringem Teil den mittleren und niederen Volksschichten zu gute. TRUBNIKOW giebt die Zahl aller Schulen im Reich auf 78699 an, die „Moskauer Nachrichten" auf 79934. Die Staatsmittel kommen jedenfalls einer sehr geringen Zahl der oberen Lehranstalten aller Art zu gute und werden immer spärlicher, je tiefer sie hinuntersteigen. Aber der gröfsere Mangel besteht in der Qualität dieser Schulen. Der russische Lehrer erfüllt weitaus nicht die Ansprüche, die man etwa bei uns in Deutschland an Professoren, Gymnasiallehrer, Kreisschullehrer, Elementarlehrer stellt. Er ist wissenschaftlich oberflächlich vorbereitet, er ist pädagogisch gar nicht vorbereitet. Mit Ausnahme eines Teiles der Lehrer an den Hochschulen fehlt es den Lehrern an allgemeiner Bildung und an dem sittlichen Ernst, der noch wichtiger für dieses Amt ist, als die allgemeine wissenschaftliche Reife. Auch der Lehrer fühlt sich vor allem als Staatsbeamter und sein Blick ist auf den Vorgesetzten, auf die Regierung, auf politische Strömungen mehr gerichtet als auf die geistige und sittliche Erziehung seiner Schüler. Die Zahl russischer, fachlich vorgebildeter Lehrer ist sehr gering, und von der geringen Menge wird ein erheblicher Teil nicht für die russische Bevölkerung, sondern als Sprachlehrer für fremdsprachliche Polen, Balten, Kaukasier u. s. w. verwandt. Dort ist jeder russische Lehrer vor allem Sprachlehrer und nationaler Propagandist, und sein Fach, ob Geschichte, Mathematik oder ein anderes, kommt erst nachher zur Würdigung. Die besten Schulen sind heute noch ein paar deutsche Schulen in Petersburg und die finnischen Schulen, ehemals waren es die baltischen Schulen; sie bedeuten aber sehr wenig für die Schulbildung der russischen mittleren und höheren Volksklassen. Von den 79934 Schulen

---

[1] SKARSCHINSKI, im „Europ. Boten", Januar 1902.

des Reiches, die der Staatsleitung und der Kirche unterstellt sind, kommen 12132 auf das Ressort des Krieges,[1] welches bestrebt ist, bei den Rekruten der elenden Volksschule etwas nachzuhelfen. Am schlechtesten bestellt ist es mit der für das heutige Rufsland wichtigsten Klasse der Schulen, mit den Mittelschulen. KOWALEWSKI[2] zählt deren für 1899 folgende: 191 Gymnasien, 53 Progymnasien, 115 Realschulen. Es fragt sich nur, was sie leisten. Wir haben in einem früheren Kapitel gesehen, dafs die sogenannten niederen Schulen, von der Kreisschule abwärts sich mit 7 Kopeken auf den Kopf begnügen müssen. Die Mittelschulen, Gymnasien, Progymnasien, Real- und Gewerbeschulen (ohne die Fachschulen der besonderen Ressorts) werden mit rund $10^1/_2$ Millionen Rubel bedacht, das macht 8,3 Kopeken auf den Kopf. Für den gesamten Volksunterricht mit Ausnahme der Hochschulen und Fachschulen giebt der Staat demnach etwa 15 Kopeken auf den Kopf oder ein Hundertstel seines Einkommens aus. Ein sehr geringer Betrag in einem Budget, dessen Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung $15^1/_2$ Rubel betragen.

Die Bildung ist in Rufsland auch in den oberen Schichten weder tief noch weit verbreitet. Das Streben nach Bildung ist in der heranwachsenden Jugend um so stärker und allgemeiner. Das junge Rufsland, hauptsächlich der Mittelklassen, hat Enthusiasmus, Ausdauer, Hochachtung vor dem Wissen. Die russischen Studenten und Studentinnen in Deutschland und der Schweiz zeigen grofsen Fleifs, rasche Fassungsgabe und eiserne Geduld im Ertragen des äufseren Mangels. Sie neigen zu Überschätzung der eigenen Person und der erlangten Kenntnisse; sie gehen, wie alle Russen, leicht ins Allgemeine und lassen sich, selbst von regem Geist, gern durch Geist blenden. Sie sind von glühendem Patriotismus erfüllt und, wie der Nihilismus gezeigt hat, fähig, für ihre patriotisch-politischen Ideen Energie, Mut, Entsagung aufzuwenden. Ihr stürmischer Eifer hat, besonders seit der Ermordung Alexanders II, ungeheures Übel, auch in ihrem eigensten Interesse, über Rufsland gebracht. Die nihilistischen Attentate und die wiederholten revolutionären Nadelstiche haben der regierenden Beamtenschaft die besten Werkzeuge geliefert, um auf der einen Seite die Regierungs-

---

[1] Moskow. Wedomosti.
[2] a. a. O. S. 885.

gewalt durch Erregung der Furcht an sich zu reifsen und auf der anderen ihre Gewalt zu vermehren. Allein es wäre ungerecht zu leugnen, dafs der Zustand des Landes notwendig zu einer Auflehnung patriotischer, schwärmerischer und opferbereiter Köpfe gegen die bestehende Ordnung herausfordert. Solche Köpfe finden sich am ehesten in der von einiger Schulbildung gehobenen Jugend, und es gesellt sich dazu die Rücksichtslosigkeit, die weder von Amt, noch Familie, noch Besitz gehemmt wird. Die drakonischen Mafsregeln Alexanders III haben den kopflosen, die realen Verhältnisse nicht berücksichtigenden Ausbrüchen der revolutionären Jugend Fesseln angelegt. Es ist indessen nicht wahrscheinlich, dafs die revolutionäre Gärung dadurch dauernd geschwächt wäre. Viel eher ist anzunehmen, dafs die früheren Nihilisten einige ihrer Fehler erkannt haben und Geduld lernten. Ein Hauptfehler in ihrer Rechnung war, dafs sie wähnten, das niedere Volk, den Bauer mit sich fortreifsen zu können, weil sie sich bewufst waren, für dieses Volk ihr Leben zu wagen. Sie kannten das Volk nicht und mufsten erfahren, dafs es seine Wohlthäter kurzer Hand niederschlug. Unterdessen hat sich in den industriellen Städten eine starke Arbeitermasse angesammelt, unterdessen ist Hungersnot auf Hungersnot über das Land gezogen, und jene Arbeitermassen scheinen den Unruhestiftern nicht mehr so feindlich gegenüber zu stehen, als die Arbeiter der achtziger Jahre. Zudem bemerkten die jungen Umstürzler ohne Zweifel, dafs das heutige System bureaukratischer Willkür für ihre Ideen besser wirkt, als sie selbst es jemals vermochten. Sie bemerkten, dafs, wo im Reiche noch irgend ein Rest von Zufriedenheit aufzutreiben war, alsbald eine amtliche Hand dreinfuhr und dreinfährt, die diesen Rest zerstreut. Sie bemerkten, dafs Hunger, Willkür, Unterdrückung aller Selbstthätigkeit, ununterbrochene Beunruhigung durch Verordnungen, durch Aufbauen und Niederreifsen, dafs mafsloser Formalismus und schreiendste Unvernunft in der Verwaltung im Innern des Landes selbst die eingewurzelte duldende Trägheit des Bauern erregt hat, und dafs zugleich von Tiflis bis Helsingfors die letzten Winkel nach zufriedenen Leuten durchsucht wurden, um sie unzufrieden zu machen durch Bedrückung in Nationalität, Glaube, Sitte, Recht, Ordnung. Sie mochten endlich die Zerfahrenheit bemerken, die in den regierenden Klassen selbst sich mehrte, neben der wachsenden Bedeutung der industriellen Arbeitermasse. Und

so begannen sie denn wieder zu den verzweifelten Mitteln zu greifen, die wenig mit der Intelligenz zu thun haben, aber eine weit verbreitete Stimmung kennzeichnen.

Trotz aller Armut des Adels, der Geistlichen, der Beamten drängt sich die Jugend dieser Stände in anschwellender Menge zu den Schulen und Universitäten. Tausende mufsten wegen Überfüllung der Anstalten jährlich abgewiesen werden. Die höheren Schulen sind voll von Schülern und Studenten, die auch bei dem Leben von Bettlern nicht im stande sind, ihre Kollegiengelder zu bezahlen und nur durch reiche Spenden privater Wohlthäter vor der Ausschliefsung gerettet werden. Ein starkes Kontingent solcher mittelloser Schüler liefert die Weltgeistlichkeit in den sogenannten Popensöhnen. Seit die Geistlichkeit als geschlossener Stand aufgehoben wurde, seit die Söhne der Popen und Diakone nicht wieder Kleriker zu werden brauchen, wenden sie sich weltlichen Berufen zu und dringen in die Staatsämter. Sie füllen die Mittelschulen und die geistlichen Seminare, sie drängen in Scharen in die Hochschulen. Sie kommen aus den geistlichen Seminaren mit sehr dürftiger Vorbildung, sittlich verwahrlost und bettelarm, aber sehr strebsam und von zäher Ausdauer, hungern sich an den vier ihnen offen stehenden Universitäten durch und ringen sich von da weiter in bürgerliche und staatliche Stellungen hinein. Sie bilden eine feste Masse bürgerlichen Elementes, die bisher die meiste Arbeitskraft gezeigt hat. Sie begannen schon unter Alexander II in dem Beamtentum sich sehr bemerklich zu machen und wurden unter Alexander III, wahrscheinlich durch den Einflufs POBEDONOSZEWs, geradezu bevorzugt. Aus ihnen gehen heute Minister und hohe Würdenträger hervor. An der Spitze dieser Popensöhne mit den phantastischen Namen[1] steht der Oberprokureur des heiligen Synods, POBEDONOSZEW, zu ihnen gehörten, wie man sagt, der ermordete Minister der Volksaufklärung BOGOLEPOW, der Finanzminister WYSCHNEGRADSKI. In den oberen Ämtern der Zivil- und der Militärverwaltung wimmelt es von Popensöhnen. Diese Leute haben keine Traditionen, keine ständischen Schranken, sie stehen der Kamarilla der grofsen Geschlechter fern; sie sind ein belebendes, können aber auch ein gefährliches Element für den alten Beamtenstaat werden. Auch der grofse und von zelotischem Geist ge-

[1] Wie sie zu diesen Namen kommen, erzählt sehr ergötzlich der Dorfgeistliche in seinen schon oben zitierten „Erinnerungen“ S. 3.

tragene Einfluſs, den POBEDONOSZEW seit Jahrzehnten ausübt, läſst die zersetzende Wirksamkeit dieses merkwürdigen Jesuiten der Orthodoxie schon heute deutlich erkennen.

Wenn dieses Element oft ein ebenso unsympathisches Äuſsere darbietet, wie etwa die Faust im Dorf, so muſs man doch zugeben, daſs in ihm Kraft steckt, und daſs es voraussichtlich eine groſse Bedeutung für die Zukunft des Landes haben wird. CUSTINE hat es vor 63 Jahren in seiner revolutionären Bedeutung erkannt, er sagt von ihnen: „Ce sont ces hommes incommodes à l'état . . . . qui commenceront la prochaine révolution de la Russie."[1] Wir müssen heute den Scharfsinn dieses geistvollen Franzosen bewundern, indem wir diese Söhne der orthodoxen Kirche an der Arbeit beobachten. Aus ihnen und den Söhnen kleiner Beamten, kleiner Gutsbesitzer, Kaufleute, Handwerker geht die Menge der Revolutionäre, der Nihilisten, aus ihnen aber auch ein groſser Teil der fleiſsigen, vorwärts ringenden, nüchternen, selbständigen Arbeiter hervor, wie man sie heute besonders in der Justiz finden kann. Sie werden vielleicht einmal die Rolle spielen, die den schwachen Händen des alten grundgesessenen Adels jetzt entgleitet. Denn diesem alten Grundadel haben alle die Geldspenden, die er erhielt und noch erhält, nicht geholfen, und ihm ist im ganzen nicht zu helfen, weil er nicht zu arbeiten versteht, und weil er zu schwach ist in dem Wettstreit mit Popensöhnen, Kaufmannssöhnen und ganz besonders mit dem staatlichen Beamtentum.

Diese von unten emporsteigenden Elemente sind der Gärstoff, der vorwärts treibt und bisher, immer wieder besiegt, die Reaktion hervorrief. In ihnen tritt besonders deutlich der Widerspruch zwischen innerer Unkultur und äuſseren kulturlichen Ansprüchen hervor, der stärker oder schwächer sich in allen Volksschichten bemerkbar macht. Da lebt in der Kreisstadt ein Schüler des geistlichen Seminars, der vielleicht ein Jahr lang es in einer höheren Realschule oder gar auf einer Hochschule mit naturwissenschaftlichen Studien versucht hat, dann bei Unruhen sich beteiligt, Tische zerschlagen, Fenster eingeworfen hat, und verwiesen wurde. Er kehrt in die Kreisstadt zurück, wo man lebt, denkt, fühlt wie zur Zeit des heiligen Wladimir, wie vor tausend Jahren, und wird da Kreislehrer. Seine Verwandten, Bekannten, der Kaufmann, der

[1] CUSTINE, La Russie en 1839.

Pope, die noch fest davon überzeugt sind, dafs der Hausgeist überall umgeht und dafs der heilige Nikolaus neulich den Regen sandte, staunen den jungen Gelehrten an, der über den Hausgeist lacht und von der Elektrtzität der Wolken zu reden weifs. Dann aber merken sie, dafs er auf bösen Wegen wandelt; er hat sich einen Leichnam verschafft, ihn gekocht, die Knochen gesammelt, zusammengestellt, und da hängt nun das Gerippe in seiner Kammer, ein gotteslästerlicher Greuel.[1] Alles verschwört sich gegen den Jüngling und sein Skelett: es wird gestohlen, geraubt, immer wieder begraben, dann entdeckt, gereinigt, zusammengesetzt, in die Kammer gehängt — des jungen Mannes Mutter ist der Verzweiflung nahe — und alles wegen einer renommistischen Spielerei, die man für sündigen Frevel hält. Es stellt sich heraus, dafs er weder an Gott noch an den Teufel glaubt, sogar vor den Heiligen sich nicht bekreuzt, noch dem Popen die Hand küfst; ja, Weihwasser hat er seinem Hunde zu trinken gegeben. Aber der Kreisarzt tritt auf seine Seite, ein Schuster, selbst ein Diakon bewundern ihn, und die Propaganda geht los, nicht nur gegen Aberglaube, Heilige, Dummheit, sondern bald auch gegen Kirche und Staat. Das ist die „Intelligenz", die da in das friedlich wilde Dorf, in die stille Kreisstadt, weifs Gott woher, mit diesem Jüngling herbeigeflogen ist, die den Weibern und den Alten das Treiben des Antichristes verrät, manchem der Jungen aber wie eine göttliche Offenbarung erscheint. Der Jüngling kleidet sich wie seine Eltern und Geschwister in Leinwand und schläft auf Stroh; aber er liest BÜCHNERS „Kraft und Stoff", schwärmt für STUART MILL und bemüht sich, hinter die Erhaltung der Kraft zu kommen. Weder die Eltern noch die Bekannten verstehen auch nur die Richtung, in der sein Geist sich bewegt, aber man bewundert und ehrt ihn trotz seines brutalen Hochmuts, seiner offenen Verachtung der Eltern, von Sitten, der Kirche und von allem, was den anderen heilig ist. Gerade der Realismus im Unterrichtswesen, dem man heute sich wieder, und zwar radikaler als je, zuwendet, bringt ungeheure Gegensätze in das Volksleben. Zu dem aus Glauben und Fühlen bestehenden Leben des Bauern und des Städters passen die harten, kalten Lehren, die Denkweise der physikalischen und chemischen Wissenschaften so wenig, dafs sie notwendig wie

[1] Eine gute Schilderung solcher Verhältnisse giebt LESKOW in seiner „Chronik der Kirchendiener".

schwarze Kunst wirken und auch so aufgefaſst werden. Nach dem Stande des Volksgeistes müſste man annehmen, daſs Zauberwesen und Hexenprozesse sich ausbreiten, wie bei uns im Mittelalter. Aber die äuſseren Umstände wandeln diese sozial-intellektuellen Widersprüche in politische Gegensätze um. Auf Schritt und Tritt begegnet man dieser Erscheinung: hier ist volle Wildnis wie zu RURIKs Zeit; ohne jede Brücke fliegen da von Europa her über einen ungeheuren Abgrund die Funken des höchst entwickelten geistigen Schaffens hinein, unverstanden, aber ahnend erfaſst von verlangenden, schnell fertigen Köpfen, phantastisch verklärt durch ihre Neuheit, zündend bald hier, bald da, und in der unvorbereiteten Masse Unheil anrichtend. Und dennoch . . . da ist geistige Bewegung, mag sie auch verkehrt und thöricht auftreten. . . .

Alle Jahre wiederholen sich die Unruhen an den Hochschulen, die mit Relegation, Haft, mit administrativem Verschwinden bestraft werden. Die büreaukratische Verwaltung nach dem Statut von 1884 hat die Qualität der Lehrkräfte, die niemals ausreichend war, noch herabgesetzt. Das Reich leidet an einem sehr groſsen Mangel an tüchtigen wissenschaftlichen Kräften, und die Unfreiheit der Hochschulen stöſst eine Menge der vorhandenen von dem Lehramt zurück. In einem Lande, das an zu wenig und zu schlechter Arbeit zu Grunde geht, werden nicht blos die Tagelöhner, sondern auch die Schuljugend durch Vermehrung der Feiertage an der Arbeit gehindert. In dieser Richtung wirkt an erster Stelle wieder der Synod, die Kirche. Im Oktober 1901 erschien in dem Organ des Synods[1] ein Artikel, in dem die Kirchenobrigkeit sich darüber heftig beschwerte, daſs Kirchenfeste, wie z. B. im Jahre 1896 dasjenige zur Feier der Enthüllung der Reliquien des heiligen Feodossi, Erzbischofs von Tschernigow, trotz zeitiger Ankündigung in den Kirchen der meisten weltlichen Lehranstalten nicht gefeiert worden seien und die Schüler bei ihren Aufgaben säſsen. Dazu kommen die vielen staatlich-dynastischen Feste, dazu endlich die Unterbrechungen, die durch die studentischen Unruhen veranlaſst werden, um einen Zustand zu schaffen, der allerdings für westeuropäische Verhältnisse unbegreiflich ist. Der Rechenschaftsbericht der Reformierten Kirchenschule in Petersburg verzeichnet für das Schuljahr September bis Juli 1900 auf

---

[1] Zerkownija Wedomosti.

1901: 174 Schultage; es wurde also vorschriftsmäſsig, nicht etwa freiwillig, in allen mittleren und höheren Lehranstalten an 181 Tagen gefeiert. Nimmt man den für unsere Begriffe völligen Mangel an pädagogischer Leitung, nämlich an mehr als äuſserem Formalismus, hinzu, so brauchen wir im Westen nicht zu fürchten, daſs die Konkurrenz der Russen in allgemeiner wie in fachmännischer Wissenschaft uns in naher Zeit gefährlich werden könnte.

Sturm und Drang, wo man in diesem Reiche heute hinblickt, natürlich aber am heftigsten in der unreifen Jugend. In jedem Jahre werden die meisten Hochschulen wegen der Unruhen der Schüler für längere Zeit geschlossen. Methode sowohl als Inhalt des Unterrichtes in den Mittelschulen werden immer wieder geändert. Polizeiliche Bändigung der Jugend, nicht Ausbreitung noch weniger Vertiefung des Wissens, ist die Hauptsorge der Lehrobrigkeit. Die Ansprüche an die Leistungen der Studenten und Schüler werden herabgesetzt in Rücksicht auf die Gründlichkeit der Kenntnisse, und der Lernende wird doch zugleich überhäuft durch die Menge des Stoffes; die Oberflächlichkeit wird aufs äuſserste getrieben. In der Schule treten an die Stelle von Latein und Griechisch Gesetzeskunde, Rechtslehre, Staatslehre — und man nennt das Realismus, praktische Methode! Es ist in Wirklichkeit nur Verflachung des Unterrichts. Was man anstrebt, ist nicht Mehrung der Volksbildung, sondern Dressur: polizeiliche Dressur und geistige Dressur, aus der der diplomierte Stellenjäger hervorgehen soll. Denn je weiter die staatliche Thätigkeit alles an sich reiſst, umsomehr Beamte sind nötig. Nun wird die ohnehin schwache Ausbildung von Kandidaten zu den Stellen durch die steten Unruhen an den Hochschulen sehr erschwert. Zu einer Zeit, wo Staat, Industrie, Unterrichtswesen, Gerichte, Handel — kurz alle Teile des Volkslebens entwickelt werden sollen, wo man das Reich zu kulturlicher Unabhängigkeit emporheben will — da stockt das Herz, da versagt das Organ, welches die dazu nötigen Menschen heranbilden soll. Sollen nicht alle Anstrengungen, eine blühende Industrie, gute Ärzte, Lehrer, Beamte zu bekommen, vergeblich sein, so muſs das Schulwesen vor allem anderen blühen, ruhig und sicher arbeiten. Würde die Regierung im Sinne Nikolais I oder Alexanders III den Stürmen der Jugend mit noch gründlicherer Repression begegnen wollen, als sie jetzt anwendet — sie könnte es nicht, weil sie sich damit zu einem Feldherrn ohne

Offiziere machen würde, weil man für die Entwickelung des Landes heute nicht nur mehr, sondern auch anders vorgebildete Kräfte braucht als früher. Die Lage der Regierung ist durch diesen verzauberten Kreis eine höchst schwierige.

Wenn fast alle öffentlichen Verhältnisse im heutigen Rufsland ins Schwanken geraten sind, so ist die Krisis, in der das Schulwesen sich befindet, die drohendste. Nicht weil aus dem Fenstereinwerfen eine Revolution notwendig entstehen müfste, sondern weil diese Krisis den ganzen von der Regierung so stark geheizten Staats-Dampfwagen hemmt. Und das jetzt, in einer Zeit, wo von unten her die nach Bildung, nach geschulter Arbeit, nach öffentlicher Bethätigung verlangenden Massen wie mit vulkanischer Kraft empordrängen. In dem Mafse, wie der Staat immer neue Stellen schafft, fordert diese Masse, sie zu besetzen. Die alte Gesellschaft und die alte Beamtenschaft wird durchsetzt von neuen Elementen. Alles hängt davon ab, wie gut geschult und wie gut erzogen diese Elemente ins Leben treten. Und da kommen sie aus Hochschulen, wo sie wenig Wissen geschöpft, aber viel Unfug gesehen haben. Nicht blos in den Westprovinzen, besonders den Ostseeprovinzen, ist bereits die Bildung in allen Klassen herabgedrückt worden: im ganzen Reich macht die Bildung der oberen Klassen Rückschritte und weicht einer flachen Halbbildung. Auch wenn man von der freien Bildung der obersten Aristokratie der älteren Zeit absieht, die heute ziemlich verschwunden ist — wo findet der strebsame Russe seit der Reform der Hochschulen unter Alexander III noch die ernste Wissenschaft, die besonders für den Beruf des Lehrers nötig ist? Er mufs sie mehr noch als ehedem im Auslande suchen. Was etwa noch an Lehrkräften im Lande ist, verzettelt sich in Beamtenstellen, in technischen Anstellungen u. s. w.; die Hochschulen, die Mittelschulen mit ihrer polizeilich leblosen Organisation sind gar nicht im stande, das Menschenmaterial zu erziehen, dessen auch nur Herr WITTE für seine Kulturzwecke bedarf. Man geht in der Geistesbildung und im Wissen systematisch, wenn auch streng national, rückwärts, und man will doch zugleich die Leiter der Kultur zu drei und drei Stufen hinanspringen. Unlösbare Widersprüche!

Die Wissenschaft hat in Rufsland noch kein Heim, wenigstens auf national russischem Boden, und es kann unter ernsten Leuten wohl kaum von einer russischen Wissenschaft, wie sie die natio-

nalen Schwärmer manchmal sich vorzaubern, die Rede sein. Wissenschaft und Kunst sind vom Westen und Südwesten nach Rufsland eingewandert, wie sie auch nach Deutschland aus West und Süd einwanderten, nur um so viel später. Noch heute lebt alle Wissenschaft in Rufsland von deutscher, französischer, englischer Arbeit, und die russische wissenschaftliche Litteratur besteht aus Übersetzungen oder Kompilationen aus fremden Werken. Selbständige wissenschaftliche Werke von allgemeinem Wert giebt es kaum, und wenn aus nationaler Eitelkeit in den Lehranstalten Lehrbücher russischer Autoren eingeführt werden, so wird damit nur wieder die Jugend in der wissenschaftlichen Bildung niedergehalten. Geschichtslehrbücher wie die von ILOWAISKI und ähnliches können nur zu inferioren Kenntnissen gegenüber den Westländern führen. Der Nationalismus ist eben überall, in Staat, Kirche, Schule, Gewerbe, eines der stärksten Hemmnisse des kulturlichen Fortschrittes.

Die Russen sind bis heute Schüler, wollen aber vorzeitig die Lehrer spielen. Sie haben auf dem Gebiet der Wissenschaft nur wenig geleistet, was von allgemeiner Bedeutung wäre. Es giebt nur sehr wenig Gelehrte russischer Herkunft, die in spekulativer oder angewandter Wissenschaft eine in der europäischen Welt bekannte und anerkannte Stellung sich erworben hätten. Der Chemiker MENDELEJEW hat durch seine Ergänzung der fehlenden Elemente in dem System der FRAUENHOFERschen Spektrallinien der Wissenschaft der ganzen Welt einen Dienst geleistet; ob er russischer Herkunft ist, weifs ich nicht.[1] Wenn man noch TSCHEBYTSCHEW, LOBATSCHEFSKY, PIROGOW, BOTKIN, SOLOWJEW, BILBASSOW nennt, so ist die Reihe der in Europa einigermafsen bekannten wissenschaftlichen Gröfsen russischer Herkunft zu Ende; und auch von diesen Namen wird vielen hochgebildeten Europäern kaum einer bekannt sein. Seit einiger Zeit ist indessen grofse Regsamkeit auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten zu bemerken: die Zahl der jungen Fachgelehrten ist ziemlich ansehnlich und ihre Schriften sind zahlreich genug, um die Zeit absehbarer erscheinen zu lassen, wo Rufsland nicht mehr völlig von fremdem Wissen wird abhängig sein.

---

[1] Der frühere Professor MENDELEJEW ist jetzt Direktor der staatlichen Aichkammer!

Auch in der bildenden Kunst sind die Russen nur schwach vertreten. Durchwandert man eine russische Kunstausstellung, so entdeckt man unter den Namen der Künstler leicht die starke fremde Beimischung. Die Hälfte der Namen, die man noch vor wenig Jahren in den russischen Abteilungen unserer Ausstellungen fand, gehört Künstlern unrussischer Abstammung. Wie in der Wissenschaft von dem Tataren KARAMSIN an eine Menge Fremder sich unter russischen Namen verbergen, so noch mehr in der bildenden Kunst. Der Armenier AIWASOWSKI, der Preufse BRÜLOW, der Jude ANTOKOLSK sind Namen von gutem Klang und gelten in Europa meist für Russen, sind es aber nicht. Einem russischen WERESCHTSCHAGIN könnte man Dutzende von Künstlern unrussischer Herkunft gegenüberstellen.

Ganz anders steht es mit der russischen Dichtung und erzählenden Litteratur. Es giebt wenig gute russische Dramen; GOGOLS „Revisor", GRIBOJEDOWS „Verstand bringt Leiden", die Dramen OSTROWSKIS, die Trilogie TOLSTOIS sind gute, aber doch nur Stücke mittleren Ranges. Es giebt aber vortreffliche lyrische und epische Poesie. Mit LERMONTOW und PUSCHKIN steht diese Dichtung in Rufsland auf gleicher Höhe mit derjenigen westlicher Völker. Aus Charakter und Geist des Russen ergiebt sich das Volkslied wie von selbst. Die künstlerische Höhe erreicht der Russe als Erzähler, in Roman, Novelle, Kulturbild, Charakterzeichnung. Er ist von feinem Formensinn, ein scharfer Beobachter und Kritiker; dazu gesellt sich der wunderbare Reichtum der Sprache, die als Volkssprache biegsamer, anpafslicher an den Gedanken ist, als irgend eine mir bekannte lebende Sprache. Man könnte ein wissenschaftliches Werk, man könnte die Pandekten JUSTINIANS oder KANT oder HELMHOLTZ nicht ohne Schaden am Inhalt ins Russische übersetzen: aber bei der Übertragung eines GOGOL, TURGENJEW, TERPIGOREW ins Deutsche bekommt man nur einen Teil, oft nicht die Hälfte von dem in die Hand, was in diesen Werken steckt. Das Russische ist nicht die Sprache des höheren Geisteslebens in der Wissenschaft, es ist Volkssprache und als solche unvergleichlich. Die Schriftsteller wissen die Eigentümlichkeiten, die Beweglichkeit, den Reichtum der Sprache an Formen, Worten, Wandlungen, feiner Tönung meisterhaft zu verwenden. Wer von Natur ein scharfes Gefühl für Sprache und Sprachform hat, wird die überraschende Gestaltungskraft sowohl der Sprache

als der Dichter mit Entzücken geniefsen. Freilich mufs er Sprache und Menschen besser kennen, als es durch das Studium einiger Monate oder eine flüchtige Forschungsreise erreicht werden kann.

Die geniale Gröfse scheint bisher den Russen versagt zu sein, aber sie sind reich an Talent. Der russische Schauspieler ist auf der Bühne so natürlich einfach, so zu Hause, wie der deutsche gezwungen, angelernt, fremd ist. Der Russe erzählt einen Roman so einfach, so frei von unserer deutschen Effekthascherei, dabei so wahr und scharf, dafs die Wahrscheinlichkeit des Erzählten unwiderstehlich ist. Er erzählt umgekehrt die einfachsten Begebenheiten mit einer solchen psychologischen Feinheit, dafs man wie von einem Roman gepackt wird. Ich kenne auf dem Gebiet des psychologischen Romans nichts, was DOSTOJEWSKIS „Verbrechen und Strafe", bei uns sonderbarer Weise in „Raskolnikow" umgetauft, an die Seite zu stellen wäre. Dieser Raskolnikow, der Übermensch, wie Zeit und Sitten ihn geschaffen und wie dann das kranke Gehirn eines NIETZSCHE ihn theoretisch verzerrte, ist ein Meisterwerk psychologischer Beobachtung und Schilderung. Giebt es wohl etwas Ergreifenderes, als die Unterhaltung zwischen dem Verbrecher und dem ihn aushorchenden Beamten? Das sind Zeichnungen, die an Feinheit nur selten, etwa im Hamlet, erreicht oder übertroffen worden sind, und diesen Roman rechne ich zu dem Vollendetsten, was in diesem Fache in aller Welt geleistet worden ist. Oder nehmen wir die AKSAKOWsche Familienchronik, die Erzählungen TURGENJEWS: welche wohlthuende Einfachheit, Wahrheit, und dabei welche Wärme in der Schilderung von Natur und Menschen! Nehmen wir TERPIGOREWS „Verkümmerung": ich kenne keine Schilderungen aus dem zeitgenössischen Leben, die so reines Material, so zweifelloses Gold dem Kulturhistoriker darbieten können. Und diese einfachsten Vorgänge, diese einfachste Natur russischer Steppe, wie fesselnd werden jene erzählt, wird diese gemalt! Dieser Erzähler aus dem Volksleben finden sich fast mit jedem Jahre mehr ein: so TSCHECHOW, LESKOW, GORKI. Es ist nicht die Sprache des Salons, für die das Russische sich ebensowenig eignet als das Deutsche. Die französische Causerie kann weder der deutsche noch der russische Plauderer wiedergeben. Aber es ist eine Volkssprache von wunderbarer Kraft, die den Volkscharakter mit grofser Klarheit wiederzuspiegeln im stande ist. Und so hervorragend die Fähigkeit des

Gestaltens ist, so grofs ist die der Satire, des Verspottens, der Ironie. SOLTIKOW-SCHTSCHEDRIN, GOGOL sind Meister ersten Ranges in diesem Fach. Besonders der erste verspottet die staatlichen Zustände mit einer Schärfe, einem Humor, die man bewundern mufs und immer wieder belachen kann. Das Beamtenwesen ist nie ärger gegeifselt worden, als von dieser Excellenz und Wirklichem Staatsrat, der immer wieder darunter leiden mufste, dafs er seine Vorgesetzten zum Gegenstande des Gelächters in Stadt und Land machte. Leider ist der russische Tschinownik mit seiner Thätigkeit und Umgebung so eigentümlich russisch, dafs die Werke SCHTSCHEDRINs überhaupt nicht übersetzt werden können, weil man sie aufserhalb Rufslands nicht verstehen würde.

Der Russe der Mittelklassen ist im allgemeinen nicht der Typus, an dem man dieses Volk messen möchte. Der Bauer im Dorf, der Diener, der Kutscher, der Kaufmann alter Art — sie werden jedermanns Herz leicht gewinnen. In den Kreisen der hohen Aristokratie, besonders wo noch der frühere internationale Geist der Bildung und Vornehmheit nachweht, wird der Fremde sich schneller wohl fühlen, als vielleicht in irgend welchen gleichstehenden Kreisen anderer Länder. Offenheit, Einfachheit, Würde finden sich unter verschiedener Form im Dorf wie im Palast. Der Unterschied der Macht bildet nicht die steifen, einschnürenden Umgangsformen heraus, wie in Deutschland und anderwärts. Kleinlichkeit, die man uns Deutschen so im privaten Leben wie im politischen mit einigem Recht vorwirft, behindert weniger die Bewegungen des Russen. Der Russe bedarf weniger als wir Deutsche der Disziplinierung, der Schulung, um freie und auch gute Manieren zu erlangen; er ist sicher im Auftreten und nicht von der Sorge gelähmt, sich etwas zu vergeben, die man bei uns immer dichter gelagert im Salon findet, je höher man in dem Bau der Gesellschaft emporsteigt. Der Bauer redet jeden, bis zum Zaren hinauf, mit du an, der Diener sagt zum Herrn oft statt Graf blos Iwan Iwanowitsch, die Stubenmagd redet die Herrin mit Mütterchen Awdotja Pawlowna an. Die obere Gesellschaft Petersburgs und Moskaus ist oder war wenigstens vor 30 oder 50 Jahren eine wirklich vornehme Gesellschaft grofsen Stils. Im Salon war Fürst TRUBEZKOI nur Peter Wassiljewitsch und reichte dem einfachsten Popow die Hand mit der Anrede „Wassili Petrowitsch“. Das gab und giebt noch heute einen äufseren Ausgleich

der Klassen, der in die Geselligkeit eine uns nicht geläufige Ungezwungenheit bringt. Aber freilich sind diese einfachen und vornehmen Formen auf die oberste Schicht des Adels beschränkt, bei dem kleinen Landedelmann ist es anders damit bestellt, er ist bequem, leichtlebig, aber nicht kleinlich gegen andere, oft auch gegen das eigene Gewissen. Was die grofse Masse des Adels, den papierenen Dienst- oder Diplomadel, betrifft, so hat er eben nur eine Dekoration, das Dienstzeugnis erlangt, er ist kein rechter Adel und trägt durch seine Masse nur zur Demokratisierung der Stände bei.[1]

Sobald man in die Schicht tritt, die zwischen Bauer und hoher Aristokratie liegt, sobald man in das Treiben der geschäftlichen und besonders der Beamtenwelt sich mischt, gewinnt man einen anderen Eindruck. Die Offenheit wird von List, die Einfachheit von Augendienerei zurückgedrängt. Sowie der Russe die Uniform anzieht — und wie wenige sind ohne irgend eine Uniform! — scheint sich seine Natur zu ändern. Er wird innerlich und äufserlich unreinlich; er verliert seine Selbständigkeit nach oben, seine Unbefangenheit nach unten; sein Gewissen erweitert sich, seine Schlauheit schärft sich, aber an Weisheit gewinnt er nicht. Der auffallende Mangel an praktischer Vernunft, dessen ich beim Adel erwähnte, geht im Beamtentum bis in die höchsten Sprossen der Leiter hinauf. Die Redlichkeit ist sehr wenig widerstandsfähig. Sehr brauchbar, solange er geführt, beherrscht wird, taugt der Russe wenig zum Leiten, zum Regieren. Ihm fehlt aufser der praktischen Vernunft die Fähigkeit Mafs zu halten. Ihm fehlt vor allem der ererbte Sinn für das Recht. Er kennt kein in den Personen oder Dingen fest gewurzeltes, eigenes Recht, sondern nur Gesetze, und da diese vom Zaren ausgehen, geht ihm alles Recht vom Zaren aus, wie es ja auch der Despotie eigen ist. Der Russe versteht, fühlt gar nicht die Heiligkeit des Rechtes an sich, sondern nur die Heiligkeit des zarischen Willens. Er sieht keinen Rechtsbruch darin, dafs der Herrscher heute ein Wort bricht, welches er oder ein Vorgänger gegeben, er versteht es nicht, wenn ein Recht an sich, auch ohne Rücksicht auf den materiellen Nutzen verteidigt wird. Und ebenso unverständlich

[1] Edelmann wird er erst, wenn er nach Deutschland kommt und da von Gastwirten und Journalisten ehrfurchtbeflissen mit einem „von“ geschmückt wird, worüber er, von der Reise heimgekehrt, mit Recht sich lustig macht.

ist ihm die Heiligkeit des geschichtlichen Werdens: ihm fehlt jeder historische Sinn. Was gestern wurde, wird heute zerbrochen, für die Vergangenheit fehlt ihm das Verständnis und also auch das Interesse. Die Pietät, mit der wir an alten Einrichtungen oder Werken hängen, mit der wir lieber eine unbequeme Burg des 14. Jahrhunderts bewohnen, als ein neues Haus an ihre Stelle setzen; mit der wir uns lieber von einem zopfigen Magistrat regieren lassen, als von einer neuen und vorurteilslosen Behörde, begreift er nicht. Und diese Geschichtslosigkeit läfst ihn bis heute auch schwer begreifen, ganz innerlich empfinden, wie ein Mensch, ein Stand, eine Provinz anders als durch den Willen der Regierung und nach dem geschriebenen Gesetz leben und geleitet werden kann. Ungeschriebenes Recht, Gewohnheitsrecht liegen aufserhalb des russischen Rechtsbewufstseins. Es giebt in dem russischen Rufsland keine Geschichte aufser der der Staatsregierung und des Staates, es giebt keine Ortsgeschichte der Stadt Orel oder des Guberniums Charkow, Naugard der Grofsen, Kiew, Wladimir, Pleskau, selbst Moskau — was weifs denn der Russe, auch der Gebildete, wenn er nicht gerade Gelehrter ist, von der Geschichte dieser für Rufsland doch so bedeutsamen Orte? Russische Ortsgeschichte findet man allenfalls in Kleinrufsland, das seinen Separatismus sich bis heute bewahrt und seine eigenen Dichter und Historiker hervorgebracht hat. Grofsrufslands Geschichte spielt im Kreml zu Moskau und in den Schlössern Petersburgs, und was die russischen Historiker aufserdem erzählen, ist wenig und interessiert wenige. Die Staatsregierung hat sich stets bemüht, etwaige Spuren der Lokal- oder Provinzialgeschichte zu verwischen. So interessiert sich der Russe nicht für seine Stadt oder Provinz, daher hat er keinen Lokalpatriotismus und kein rechtes Gefühl für provinzielle Selbständigkeit. Die wird er auch nicht anders erlangen als im Kampf mit der Zentralregierung, im Gegensatz zum Staat. Ohne den Lokalpatriotismus aber, ohne provinzielles Selbstbewufstsein, also ohne Separatismus, wird er nie Freiheit erringen, sondern in Despotismus oder Anarchie stecken bleiben.

Das sind Eigenschaften und Mängel, ob nun urspünglich nationale oder ob anerzogene, die der kulturlichen und besonders der politischen Entwickelung hinderlich sind. Fast alles erscheint in diesem Volke so hilfsbedürftig, so passiv, so ohne eigenes

inneres Gewicht, und dabei so phantastisch und unvernünftig, dafs man den Zweifel nicht unterdrücken kann, ob es aus eigener Kraft sich von den Fesseln der eigenen Natur und der historischen Erschlaffung werde befreien können. Der Gang, den die Dinge heute nehmen, führt keinesfalls zur Stärkung der Volkskraft. Der einzige Lichtschein, den das Bild gewährt, geht von der Litteratur aus, deren Umrisse ich angab. Und von einem Volk, das auf dem einen Gebiet so schöpferisch und so selbständig sich erwiesen hat, darf man annehmen, dafs dieses nicht die einzige Blüte sei, die zu treiben es berufen ist.



ZWÖLFTES KAPITEL

DIE EUROPÄISCHEN GRENZLÄNDER

Die westlichen Grenzländer kamen zu verschiedenen Zeiten an Rufsland, die einen auf Grund des Rechts der Eroberung, die anderen auf Grund internationaler Verträge. Alle traten sie in den Verband des Reiches ein, ohne in der inneren Organisation völlig aufzugehen. Kleinrufsland hatte vertragsmäfsig seine Privilegien so gut als Polen und die Ostseeprovinzen, und Finland bekam seine Sonderverfassung. Diese Sonderstellung sollte ihnen die auf ihrer Geschichte ruhende Entwickelung weiter verbürgen, und die abgesonderte Entwickelung sollte sie in den Stand setzen, im engeren Zusammenhange mit der europäischen Kultur zu bleiben und so dem Hereinströmen dieser Kultur in das russische Volk einen ungestörten Kanal zu erhalten. Die Absicht ist zu einem Teil erreicht worden. Aber bald wurde diese Absicht aufgegeben. Kleinrufsland verlor seine Privilegien, die Polen ihre Verfassung, ihr Heer, endlich jegliche eigene Rechtsstellung. Die Polen hatten mehrmals revoltiert, und man vergewaltigte sie deshalb. Man sagte, die Sicherheit Rufslands fordere die Knebelung der Polen, die Russifizierung Littauens. Man hatte auch gesagt, die Sicherheit Rufslands fordere die Ausrottung des Deutschtums in den Ostseeprovinzen. So wenig man diese Forderung begründen konnte, so brachte man doch den Schein davon herbei, indem man auf das neue Deutschland mit seinen Eroberungswünschen hinwies. Es ist freilich für jeden, der sehen will, klar, dafs um des baltischen Deutschtums willen, auch wenn es von der gesamten dortigen Bevölkerung vertreten wäre, Deutschland niemals diese Länder annektieren würde, auch wenn sie ihm angeboten würden,

weil ihre geographische Lage das verbietet, wenigstens solange Deutschland und Rufsland die Staaten bleiben, die sie sind. Aber, dafs diese Sorge auch gar nicht die wirkliche, sondern nur die vorgeschützte Triebfeder war, die zum Bruch von Verträgen und Privilegien hier führte, beweist die Fortsetzung des Systems der nationalen Vergewaltigung in Finland. Wenn in den Ostseeprovinzen schon die revolutionäre Herausforderung als Motiv fehlte, so fehlte in Finland auch das letzte aller Motive, die Gefahr der fremden Eroberung. Man konnte nicht ernstlich fürchten, dafs Finland für den Abfall zu Gunsten von Schweden reif sei, auch wenn Rufsland aufser stande wäre, einen schwedischen Eroberungszug aufzuhalten. Die Finländer waren mit ihrer Lage ebenso zufrieden, wie die baltischen Deutschen, ehe man ihre privilegierte Stellung zerbrach. Die Privilegien hatten diese von der Natur dürftig ausgestatteten Länder in den Stand gesetzt, dem russischen Staat und Volk sehr viele und gute Dienste zu leisten, und zugleich bei sich selbst Zustände der Ordnung, des Rechts, des Wohlergehens, des kulturlichen Fortschreitens zu schaffen, die eben nur durch die von Privilegien geschützte Selbstverwaltung zu erreichen waren, Zustände, die sie gar nicht wünschten durch eine Änderung irgend welcher, auch staatlicher Art in Frage zu stellen. An der staatlichen Loyalität der Finnen oder Balten hat niemand gezweifelt. Was zum nationalen Feldzuge der Russifizierung trieb, war, wie ich schon im ersten Kapitel hervorhob, das Bedürfnis einmal des russischen Beamten, seinen Machtbereich und seine Weideplätze auszudehnen, ferner das büreaukratische Bedürfnis nach Uniformität, und endlich der nationale Ärger darüber, dafs eroberte russische Länder es anders und besser haben sollten, als der Eroberer im inneren Rufsland. Statt danach zu streben, die eigenen Zustände zu bessern, suchte man die Zustände in den höher kultivierten Provinzen zu verschlechtern; statt auch für sich, für Orel oder Moskau oder Saratow besondere, den besonderen Verhältnissen sich anpassende Rechte zu fordern, forderte man die Abschaffung der Sonderrechte, durch welche die eroberten Provinzen in den Stand gesetzt waren, ihre Kräfte freier als die inneren Gubernien zu entwickeln. Dazu kam der erwachte Dünkel, der sich freute, europäischer Kultur und europäischem Wesen ungestraft einen Fufstritt versetzen zu können. Dazu kam die Nachäfferei, mit der man auf Österreich, auf Deutschland wies, ohne die Verschieden-

heit der kulturlichen Lage und Kräfte zu berücksichtigen. Dazu kam endlich der durch den despotischen Druck in den russischen Provinzen gesteigerte Drang, sich im Kampf mit fremden Nationalitäten zu bethätigen, politisch zu wirken nach aufsen, weil man es daheim nicht durfte. Welche Vernunft läge wohl darin, die Finländer tief zu kränken, nur um ihre 5000 Mann Truppen nicht aufserhalb des russischen Heeres zu lassen? Ein Millionenheer, und da mufste das finische Korps von 5000 Mann durchaus aufgelöst werden? Welchen Nutzen wird es bringen, dafs gegenwärtig nach dem in den baltischen Provinzen erprobten Rezept die Sonderstellung der Sprache, Schule, Presse vergewaltigt werden, dafs an die Stelle freiwilliger Arbeit, vorzüglicher Verwaltung, musterhafter Ordnung nun Rechtlosigkeit, Unruhe, Zwang, Mifshandlung der öffentlichen Meinung und des allgemeinen Empfindens, und als Folge dieser Neuerungen polizeiliche Willkür, Mifstrauen, Erbitterung in dieses friedliche Land getragen werden? Liegt nicht knabenhafte Bösartigkeit darin, die Polen zu zergen — wie man in baltischer Sprache sagt —, indem man in Wilna ein Denkmal MURAWJEWs errichtete, der der Henker genannt wird? Ist es nicht der Hut GESSLERs, die höhnende Provokation, die aus diesem Denkmal und aus vielen in ähnlichem Sinne geschaffenen Dingen spricht, mit denen man an Polen, Balten, Finländern die rohe Gewalt ausläfst? In Wahrheit konnte der russische „Quafspatriot“, wie er in Petersburg vormals genannt wurde, es nicht ertragen, dafs die Finländer besondere Rechte haben, dafs sie ihr gesondertes und glückliches Dasein haben. Neid und Ironie fand einst CUSTINE als hervorstechende Talente in Rufsland. Derselbe Russe, der daheim in Kaluga oder Orel alles schlecht findet, alles, vom Gouverneur bis zum Bauer verspottet, erträgt es nicht, in Finland oder Livland Ordnung und Sauberkeit, Redlichkeit und Zufriedenheit zu sehen. Derselbe Russe, der das Elend des russischen Bauern bejammert, den Verfall des russischen Adels beklagt, ruft nach der Polizei und dem Staat, um dem baltischen Tagelöhner zu helfen, der jährlich seine 50 und mehr Rubel in die Sparkasse legt, um von dem Druck des Edelmanns den Bauerwirt zu retten, dessen Viehställe stattliche Bauten sind gegenüber den Wohnhütten des russischen Bauern, um die Stellung dieses tyrannischen Adels zu brechen, dem die baltischen Provinzen die beste Agrarverfassung verdanken, die vielleicht irgend ein Land der Welt aufzuweisen hat.

und deren weitere Entwickelung nur durch die gewaltsame Zerstörung des historischen Baues und den Bruch der beschworenen Privilegien gehemmt worden ist. Derselbe Russe, der ganz Asien beherrschen will und sich an der Macht seines Riesenreiches berauscht, beneidet und fürchtet zugleich die Macht einiger hunderttausend Schweden und Deutschen. Derselbe Russe, der unter dem Joche des Tschinowniks seufzt, reifst mit brutaler Hand die Selbstverwaltung in Provinzen nieder, die ihre Vorrechte nie mifsbrauchten, und deren Vorrechte nur darin bestanden, dafs sie für ihre Interessen, ihre Entwickelung und Wohlfahrt selbst nach eigenem Wissen und Handeln sorgen durften.

Jeder Widerstand, den die zerstörende Hand in den Grenzlanden findet, wird zum Verbrechen des Separatismus gestempelt. Aber ist denn der Separatismus ein Verbrechen? Ist es unrecht, anders leben zu wollen, als die grofse Masse der Bevölkerung eines Reiches von 126 Millionen, weil man anders ist nach Stamm, Glaube, Geschichte? Ist es verwerflich, anders sein zu wollen als die Bewohner dieses Zentrums, dessen Elend zum Himmel schreit? Kann ein vernünftiger Mensch in den Grenzlanden wünschen, sich und seine Provinz mit Zuständen zu assimilieren, wie sie in dem russischen Innern bestehen? Kann ein vernünftiger Mensch in den Grenzlanden des Westens etwas anderes sein, als Separatist oder, wenn dieses Wort mifsfällt, als Autonomist? Kann er wünschen, ein Spielball des staatlichen Beamtentums zu werden, alle Selbstthätigkeit aufzugeben, alle Schläge mit zu empfangen, die ein Minister etwa gegen eine widersetzliche Landschaft in Charkow, eine schlechte Stadtverwaltung in Petersburg zu führen für nötig hält? Man kennt doch die Art des Büreaukratismus zur Genüge, und nicht nur in Rufsland, sondern auch in Preufsen und anderwärts weifs man von dem seelenlosen Formalismus zu erzählen, der nun einmal leicht in die blanken Knöpfe fährt, ob sie nun am Rock sitzen oder oben auf dem Scheitel glänzen. Man erzählte vor einigen Jahren, in Petersburg habe sich ein Mann an Hoffmanns Tropfen vergiftet, die er statt Branntweins trank; was auch den Anstofs gegeben haben mag, jedenfalls wurde ein Befehl an sämtliche Apotheker des Reiches erlassen, diese Tropfen nur auf ärztliche Verordnung zu verabfolgen. Das arme Volk, das diese Arznei in Menge braucht, mufste statt einige Kopeken zu bezahlen, jedesmal zum Arzt, um ein Rezept sich zu verschaffen,

bis man dann nach vielen Monaten den Befehl wieder zurücknahm. Wie es diesen Tropfen erging, so ergeht es leicht auch wichtigeren Dingen. Das Gubernium Wätka hat gute Schulen mit Sorgfalt sich aus landschaftlichen Mitteln geschaffen. Ein anderes Gubernium hat für das Schulwesen nichts gethan; deshalb nötigt die Zentralregierung nicht etwa dieses Gubernium zur Anlage von Schulen, sondern greift in die Kompetenz aller Landschaften legislativ ein. Wätka wird gestraft für Vergehen von Wologda, und die Folge ist, dafs die Schulen auch in Wätka in Verfall geraten. In Twer zeigen sich konstitutionelle Bestrebungen: die Folge ist, dafs alle Landschaften des Reiches in den Verdacht solcher Tendenzen kommen und gemafsregelt werden. Wie Flurzwang und Haftpflicht auf den russischen Bauern, so wirkt der Gleichheits- und Assimilierungszwang auf die Provinzen und Gubernien. Natur, Rasse, Kultur scheidet hier mehr, dort weniger die Provinzen voneinander; aber das kümmert den Staat nicht: wie der Bauer im Dorf nicht fleifsiger sein, den Acker nicht besser bearbeiten kann und darf als der Nachbar, so kann und darf die Provinz Podolien oder Kurland nicht anders und besser sich entwickeln als Orel und Perm. Und thun sie es gegen den Druck des Staates dennoch, so müssen sie dafür büfsen wie der Bauer, der die Steuer des faulen Nachbars bezahlt. Diese Uniformität in Gesetz und Verwaltung ist ein Zwang zu Faulheit und Stumpfheit. Nirgends kann sich die individuelle, die provinzielle Kraft entwickeln, weil die Uniformität von der zentralisierten Gewalt gefordert wird. Nirgends aber ist das Bedürfnis nach Entwickelung der Selbstthätigkeit allgemeiner und gröfser als in einem so grofsen, verschiedenartigen Reiche wie Rufsland. Und nirgends ist die Autonomie berechtigter. Was will denn der Finländer und Livländer, ebenso wie der Bewohner von Kiew, von Tambow, von Moskau, von Wätka anderes, als dafs ihm die Möglichkeit gegeben werde, aus eigenem Wollen und Handeln in seinem Kreise, in seiner Provinz die Zustände besser zu gestalten? Wonach sehnt er sich, als nach Freiheit für Arbeit, für Denken und Glauben, für Sitten und Leben, für Sprechen und Wirken? Was lastet auf allen Teilen dieses Reiches so schwer, als das Bewufstsein der Unfähigkeit, die individuellen, die kommunalen, die provinziellen Bedürfnisse zu fördern unter dem Zwang, sich angeblichen allgemeinen Reichsinteressen, d. h. der Uniformität, unterzuordnen? Denn diese sogenannten Reichs-

interessen sind in Wirklichkeit meist nur büreaukratische Interessen. Wie kann sich die Meinung des Einzelnen, der Stadt, der Provinz, geltend machen, wenn nur eine Meinung, nämlich die des ministeriellen Ressorts gilt? Die drängendsten Reformen sind unausführbar, weil sie nicht im ganzen Reich anwendbar oder vorbereitet sind. In den Ostseeprovinzen nahmen die Stände, besonders der Adel bis vor 30 Jahren an der Gesetzgebung teil, insoweit sie diese Provinzen allein oder mit dem übrigen Reich gemeinsam betraf. Die Landtage machten ihre Anträge und die Regierung prüfte, änderte, bestätigte. Seit 30 Jahren liegen Wünsche, Projekte, fertig ausgearbeitete Vorlagen für die wichtigsten Reformen, wie z. B. ein Bauernerbrecht, ein Wasserrecht u. a. in den Archiven, weil — solche Fragen für das Gesamtreich nicht vorliegen, oder weil der Gegenstand für das ganze Reich auf einmal — vielleicht nach Jahrzehnten — gesetzlich geregelt werden soll. Ein Bauernerbrecht für den baltischen Bauer mit seinem stattlichen Hof, seiner intensiven Wirtschaft, seinem starken Rechts- und Eigentumsbewufstsein — und für den landlosen russischen Gemeindesklaven ohne Sinn für Recht und Erbrecht! Wie soll der Balte nicht Autonomist sein? All die Kulturarbeit von Jahrhunderten am Rechtsleben, an dem Schulwesen, an dem wirtschaftlichen Leben der Provinz, an Sitte und Sprache — alles wird niedergebrochen und einem staatlichen Beamtentum in die Hand gegeben, welches die ihm völlig fremden und notwendig unverständlichen Verhältnisse nur hindern, hemmen, entstellen kann; wie soll der Balte, der Finländer nicht Autonomist sein? Sie sind es alle, und die Kleinrussen, die Armenier, von den Polen und Littauern nicht zu reden, sie sind es, denen man allen die nationale Seele auszutreiben sucht. Und Separatisten sind viele Russen selbst.

Will denn der besonnene, ernst denkende Russe in Tambow oder in irgend einem anderen Teil Rufslands etwas anderes, als von dem Joch des staatlichen Zentralismus loskommen? Was wollen denn die Landschaften, als mit all den Fehlern, die sie begingen, das Recht erlangen, die Fehler zu verbessern, die politische Schule durchzumachen, deren sie bedürfen, um die schwere Kunst der Selbstverwaltung mit der Zeit zu erlernen? In Tambow und Smolensk weifs man sehr gut, dafs man von der Uniformität, von der grofsen, brutalen Reichs-Allgemeinheit erdrückt wird und nur Rettung hoffen kann von der Möglichkeit,

selbst seine provinziellen Verhältnisse zu gestalten; Rettung ist nur von der Absonderung vom allgemeinen Reichsbrei zu erhoffen, kurz Rettung durch Autonomie. Autonomie, das ist das Ziel, dem alle Teile des Reiches zustreben müssen, das ist die Zukunft Rufslands. Privilegien, Sonderrechte sind der Ausdruck der Verschiedenartigkeit der einzelnen Teile, wie sie durch Natur, Nationalität, Geschichte geworden sind; sie können im einzelnen Fall unberechtigt sein, aber sie sind im Prinzip berechtigt als Schirm gegen demokratischen oder despotisch-büreaukratischen Gleichheitsbrei. Will man in Rufsland ernstlich einen Fortschritt der Kultur, so mufs man vor allem Selbstverwaltung der Provinz, Autonomie, Lokalinteresse wünschen.

Die Kosaken sind heute wahrscheinlich der einzige Volksteil, der — von sozialistischen künstlichen Erregungen abgesehen — mit seinem Geschick zufrieden ist. Weshalb wohl?

Die Kosaken stehen nicht unter der ordentlichen Verwaltung, sondern haben eine privilegierte Stellung. Das ganze Kosakengebiet ist von der allgemeinen Administration ausgeschieden; an der Spitze steht der Thronfolger als oberster Hetmann (Hauptmann), der sich durch den vom Kaiser ernannten „Hetmann locum tenens" vertreten läfst. Diesem ist das Gebiet militärisch untergeordnet; jeder Kosak ist dienstpflichtig, die Offiziere werden gewählt, ebenso die Verwaltungbeamten. Ständische Unterschiede giebt es nicht, es ist eine demokratisch-bäuerliche Verfassung, eine freie Selbstverwaltung, heute die freieste im russischen Reich. Und welches sind die Wirkungen? Ich nehme zum Zeugen TERPIGOREW, den mafsvollen und treuen Schilderer russischer Zustände, der von einer Reise, die er zu Schiff auf dem Don macht, über die Kosaken vom Don, die gröfste Gruppe des Kosakenheeres, einige Erlebnisse erzählt.[1] Er staunt über das reiche, lachende Steppenland mit seinen sauberen, weifsen, im Laube der Gärten versteckten Dörfern, mit seinen frohen, behäbigen Bewohnern. Und doch klagt ein mitreisender Einwohner dieses Gebietes, wie das Land in den letzten paar Jahrzehnten sich nachteilig verändert habe — die stete Klage über die Eingriffe des Beamtentums, wie man sie überall hört.

Ihnen, sagt TERPIGOREW zu ihm, ist es Sünde, zu murren. Wenn schon jemand Grund dazu hat, Sie haben jedenfalls keinen.

---

[1] TERPIGOREW, „Auf dem stillen Don".

Ja, es geht uns leidlich. Wissen Sie, was uns noch rettet? Das, dafs es bei uns weder Juden noch Beamte[1] giebt. Hauptsächlich — die Beamten. Mit den Juden — das thut nichts — mit denen werden wir schon fertig. Aber die Beamten... O—o—oh!

Sie sind gut? Man liebt sie nicht bei Ihnen?

Die habe ich mir angesehen ... Dort in Ihren Gegenden ... Und wissen Sie, es ist das doch nichts als nur blofses Mifsverständnis. Da hört man, liest auch manchmal, Peter der Grofse werde ihretwegen beschuldigt, weil er alle diese Kanzleien eingeführt habe. Ja, wozu hat er sie denn eingeführt? Anschreiben, Rechnungen führen, seine Befehle versenden — dazu wohl. Hat man ihnen in den Kanzleien damals erlaubt, Projekte zu schreiben „über Herstellen der Ordnung"? Das haben sie erst nachher gewaltsam sich angemafst. Bei ihm waren sie bescheiden, still — sie stahlen, nun, was weiter, ein Strunt, davon lohnt nicht zu reden, aber die Hauptsache — sie hinderten nicht die Entwickelung regen Lebens — da liegt das ganze Wesen darin. Das aber kennen sie gar nicht, das lebendige Leben, und wollen es immer „in Ordnung bringen".

Ich antwortete ihm nicht, ich horchte.

Nun, bei uns giebt es keine, nämlich Tschinowniks, oder fast keine. Diese Gerichtsleute da sind eben erst eingeführt, und andere giebt es nicht . . . Und dann noch ein Umstand. Sehen Sie, wenn Sie unser Gebiet besser kennten, würden Sie bemerken, dafs bei uns das Verhältnis von Dorf zu Stadt ein ganz anderes ist als bei Ihnen. Bei Ihnen ist die Stadt was? Ein Räubernest, in dem die Kaufmännchen, allerlei Bitternis, sich festgesetzt haben und von da aus am Dorf saugen. Bei uns nicht so. Unsere Stanitzen[2] sind reich und stark. Da weifs ich nicht, wie es später sein wird, wenn man bei uns die „bessere Ordnung" schafft, jetzt aber können unsere Städte die Dörfer nicht unterkriegen. Bei Euch dort, sagt man, wird in den Städten die Kultur gezüchtet oder gepflanzt — ich weifs nicht, wie ichs sagen soll —, bei uns aber ist das nicht, und diese eure Kultur, die alles den Beamten in die Hand gegeben hat, brauchen wir nicht. Geniefsen

[1] Es ist stets der Staatsbeamte, der Tschinownik gemeint, nicht der Wahlbeamte. Die Juden füllen nebst Griechen die wenigen Städte, auf deren Weichbild sie gesetzlich beschränkt sind.

[2] Dörfer der Kosaken.

Sie sie nur. Scherz beiseite — fügte er hinzu —, aber passen Sie auf, Sie werden noch uns, die ‚Kulturlosen', beneiden.

Und wirklich, nicht nur TERPIGOREW, sondern wer überhaupt in Rufsland beneidet nicht diese einzigen zufriedenen, oder seit 20 Jahren, seit man bei ihnen auch anfing, die wahre „Ordnung" zu verbreiten, halb zufriedenen Kosaken vom Don? Ihre Vorfahren waren die Flüchtlinge vor moskowitischer und petrinischer Ordnung, und ihre Nachkommen fürchten nichts so sehr, als die heutige Petersburger Ordnung. Es sind die ärgsten Separatisten, so arg wie Balten und Finländer auch, und wäre ihre Sprache nicht zufällig die russische, so säfse der Staatsbeamte mit seiner russifizierenden Kultur ihnen schon längst auf dem Nacken. Freilich fürchtet man diese siebzehn feldtüchtigen Regimenter vom Don fest anzupacken, denn sie haben ihre Pugatschew, Stenka Rasin, Bogdan Chmelnizki noch nicht vergessen, und haben auch in neuerer Zeit schnell die Zähne gezeigt, wenn man ihre Privilegien antastete. Wie wunderlich! Seit Jahrzehnten schreit das ganze beamtliche und publizistische Rufsland auf, wenn es irgendwo im Reich ein Privilegium entdeckt: und die besten, reichsten und die einzig zufriedenen Russen im Reich sind die mit den gröfsten Privilegien ausgestatteten Kosaken; Separatismus, Autonomie wirken wie das rote Tuch auf den Stier, und doch sind sie die Quelle des Wohlergehens der Kosaken, und alle Welt weifs das und billigt das. Und wem die Zufriedenheit ein Dorn im Auge ist, der wühlt heute auch bei den Kosaken.

Eine der gröfsten Thorheiten, die begangen wurden, ist es gewesen, die Sonderstellung der Ostseeprovinzen niederzubrechen. Giebt es denn wirklich eine national-russische Kultur? Nein, sondern alle Kultur kommt vom Westen, wo Jahrtausende an ihr gearbeitet haben, und von wo Peter der Grofse sie herbeiholen wollte. Das beginnt man auch heute in Rufsland einzusehen, nachdem man eine schöne Zeit mit vergeblichen Phantastereien von slawischer Originalkultur verloren hat. Will man in Rufsland vorwärts kommen, so müssen die Thore gegen Westen weit geöffnet werden, um den Kulturkräften Europas das Hereinströmen zu erleichtern. Fremde goldene Millionen bringen vielleicht vermehrte Zivilisation, aber noch nicht Kultur ins Land. Dazu bedarf es der Menschen, der Meinungen, der Kenntnisse, der Lehren, kurz der reichen geistigen Befruchtung der russischen Ebene. Die Ostseeprovinzen und Fin-

land waren die besten Vermittler für diese geistige Befruchtung, wie Polen es im 15. und 16. Jahrhundert gewesen ist. In Finland kann der Russe noch heute am besten lernen, worin die Selbstverwaltung besteht, welche Wurzeln sittlicher und rechtlicher Art sie hat und wie sie gehandhabt werden mufs, um gute Früchte zu tragen. In den Ostseeprovinzen konnte der Russe bis vor 30 Jahren lernen, wie aristokratische Verwaltung unter monarchischem Schutz und Kontrolle in langsamem aber sicherem Vorschreiten Aufgaben zu erfüllen vermag, die kein staatliches Beamtentum der Welt besser zu lösen im stande ist. Er konnte hier in einem vortrefflichen Schulwesen die Vorteile regen deutschen Geisteslebens sich aneignen, deren er nun einmal durchaus von der Kultur Europas allein teilhaft werden mufste, um auf russischem Boden kulturlich zu wirken. Er fand Schulen und eine Universität, die gerade zu dem Zwecke grofsenteils von den russischen Herrschern gepflegt worden waren, um eine lebhafte Verbindung Rufslands mit dem westlichen Geistesleben durch diesen Kanal herzustellen. Und welchen Vorteil haben Tausende von Russen direkt oder indirekt von diesen Schulen, dieser Universität gezogen! Die wohlthätige Wirkung baltischer Schulen und baltischer Universität hat sich durch Deutsche und Russen bis in die entferntesten Winkel des Reiches spüren lassen.

Nun ist das vernichtet. Universität und Schulen sind völlig russisch geworden. Der Bildungsstand in den Ostseeprovinzen sinkt von Jahr zu Jahr, die russische Universität Jurjew ist wissenschaftlich bedeutungslos. Die Gymnasien sind pädagogisch und wissenschaftlich so herabgekommen, dafs vor dreifsig Jahren baltische Eltern es für gewissenlos gehalten hätten, ihre Kinder solchen Lehranstalten anzuvertrauen. Die Universität, das Polytechnikum werden überflutet von einer Masse russischer Jünglinge, die anderwärts abgewiesen wurden, und die durch Ausschreitungen die zeitweilige Schliefsung der Vorlesungen veranlafsten. Alle diese Anstalten haben nicht mehr wissenschaftliche Ausbildung, sondern russischen Sprachunterricht zur Aufgabe. Und welchen Nutzen hat Rufsland von dieser Umwandlung? Keinen, wohl aber grofse Verluste. Denn ich will nicht als Gewinn gelten lassen das Vergnügen, fremde Arbeit und Kultur zerstört und an die Stelle Plakate in russischer Sprache gesetzt zu haben.

Rufsland kann ohne die Wissenschaft der Westländer nicht auskommen. Seit Dorpat zerstört ist, müssen die jungen Kräfte,

die an den westlichen Quellen schöpfen wollen, über die Grenze an fremde Schulen und Universitäten gehen. Man rechnet allein auf Deutschland über 700 russische Studenten an den Universitäten. In Zürich zählte man für 1901 an der Universität 98, am Polytechnikum 30 Russen, und ebensoviel mögen auf den Hochschulen zu Genf, Bern, Lausanne und Basel studieren. Ein Teil von ihnen hätte, wäre Dorpat geblieben, was es noch vor dreifsig Jahren war, hier finden können, was man jetzt draufsen sucht. In Berlin werden Spezialkurse für russische Ärzte gehalten, die stark besucht sind. Ehedem versorgte DORPAT ganz Rufsland mit tüchtigen Ärzten, seine medizinische Fakultät stand auf der Höhe der Wissenschaft. Man hat die deutsche Wissenschaft aus dem eigenen Lande vertrieben, um ihr jetzt nach Deutschland nachzulaufen. Wie viele tüchtige Kräfte auf allen Gebieten des Wissens sind vertrieben und zieren jetzt die deutschen Hochschulen! Ihrer sind Dutzende, während in Rufsland ein grofser Teil der Lehrstühle aus Mangel an Lehrern unbesetzt bleibt. Das ist die Folge davon, dafs man die deutsche Bildung in den Ostseeprovinzen totschlug. Ich kann darin keinen Gewinn für Rufsland sehen.

Wären solche Provinzen wie die Ostseeprovinzen mit deutscher Bildung, deutscher Sprache, Recht, Sitte, Verwaltung, und Finland mit schwedischer Bildung und Verwaltung nicht vorhanden, sie müfsten heute im wahren Interesse Rufsland auch mit grofsen Opfern geschaffen werden. Die Erfahrungen, deren der Russe am meisten bedarf, die fremden Einflüsse, die ihm am meisten not thun zur richtigen Beurteilung seiner heimischen Verhältnisse im Gubernium Orel oder Twer, gerade die fände er eher und besser hier, als an Schweizer Universitäten, in Handbüchern über englische Selbstverwaltung oder auf Studienreisen zu englischen Viehzüchtern. Aber man jagt die westeuropäische Bildung aus dem eigenen Lande hinaus, um sie in der Fremde wieder zu suchen. Man will die russische Nationalität fördern und zerstört nur Kulturkräfte, die aus einer engen Verbindung mit dem Westen in 700 Jahren herausgewachsen sind. Denn national ist Rufsland um keinen Schritt weiter gekommen von Helsingfors bis nach Kiew und Tiflis. Der Staat hat sein nomadisierendes Beamtenheer als unheilvolle Wellen über die Grenzlande des Westens ergossen: das russische Volk hat dabei nur grofse Opfer an Geld und Menschen gebracht, ohne Gewinn.

Trotz des verderblichen büreaukratischen und nationalen Druckes sind diese zwischen Ostsee und Schwarzmeer gelegenen westlichen Grenzländer heute die stärksten Träger des wirtschaftlichen Lebens im Reich. Die Verarmung des Zentrums hat, wie wir gesehen haben, zur Folge, dafs, was dort an Steuern aufgebracht wird, durch die wiederkehrenden Hungersnöte in Steuernachlässen und staatlichen Unterstützungen wieder aufgesogen wird. Die Grenzländer haben solche staatliche Hilfe nicht gefordert, ihre Landwirtschaft schreitet vorwärts, ungehindert von Flurzwang und Kommunalbesitz. Die Arbeitskraft steigt und wird produktiver mit der Vervollkommnung des Ackerbaues und dem Eindringen der Industrie. In Polen wird ein sehr bedeutender Gewinn aus der Anwesenheit der Truppen gezogen, seit der gröfste Teil der Armee dorthin verlegt ist. Durch die nahe Berührung mit dem Westen werden noch immer die alten Wurzeln der Kultur zu neuen Trieben angeregt. Aber diese Provinzen haben es nicht leicht, mit den feindlichen Mächten um das Mafs freier Bewegung zu ringen, dessen sie auch zu blos wirtschaftlicher Entwickelung bedürfen. Ihre besten Kräfte werden verbraucht in der Verteidigung gegen büreaukratische Unvernunft und Unkenntnis, gegen Neid und Dünkel — und ihre besten Werkzeuge der Kultur werden ihnen entwunden von blödem nationalisierenden Eifer.

MILÜKOW meint in seinen Kulturstudien,[1] der Prozefs der Entwickelung des sozialen Gedankens müsse früher oder später zu einer Änderung des Inhaltes des nationalen Selbstbewufstseins führen. „Aus einem nationalen Selbstbewufstsein," sagt er, „mufs es sich in ein gesellschaftliches verwandeln, im Sinne einer gröfseren Aufmerksamkeit auf die innere Politik, eines besseren Verständnisses der Forderungen unserer Zeit auf diesem Gebiet und eines thätigeren Verhaltens zu diesen Forderungen." Das sind sehr beherzigenswerte Ratschläge eines wissenschaftlich denkenden Mannes. Wo die nationale Propaganda nicht zugleich kulturliche Propaganda ist, da ist sie überall vom Übel, ganz besonders in einem Staat, der vor so ungeheuren Aufgaben der inneren Politik steht, wie Rufsland. Denn die nationale Propaganda ist vom nationalen Gesichtspunkte aus äufsere, nicht innere Politik.

Es ist eitel Selbsttäuschung, wenn mafsvoll denkende Russen sagen, es handle sich in Finland, Livland, Polen nur um Einführung der offiziellen Sprache in das offizielle Leben. Man

[1] Umrisse zur russischen Kulturgeschichte, III, S. 2.

will aus Finländern, Deutschen, Polen im Grunde Russen machen in Sprache, Glaube, Sitten, Einrichtungen, kurz man will das Fremde austilgen, ohne zu bedenken, dafs es etwas anderes ist, ob man Tschuwaschen oder Schweden sich gegenüber hat. Wie duldsam ist der nichtamtliche und oft auch der amtliche Russe gegen Tataren und Mongolen, wie ruhig erträgt er es, dafs noch heute 150000 Heiden im Gubernium Perm sitzen, und wie unerträglich scheint ihm das Fremde in den Grenzländern. Was aber hat man erreicht, und was kann man erreichen? Man hat, oft mit überraschender Raffiniertheit, vom Kaukasus an bis Finland alle unrussischen Elemente so viel und schwer gereizt, dafs heute die Menge des nichtamtlichen russischen und unrussischen Volkes, mehr als jemals früher, in der einen Sache wenigstens einig ist, diesem Beamtentum feindlich gesinnt zu sein. Man fragt sich oft: wo wird stärker für Umwälzungen vorgearbeitet: oben oder unten? Wer sind die gröfseren Revolutionäre? Das ist, was an Verschmelzung, an Uniformierung durch die sogenannte Russifizierung der Grenzlande hauptsächlich erreicht worden ist: die Einigung mit den russischen Zentrallanden in der Abneigung gegen den Beamtenstaat.

Dieser Eifer, Rufsland zu einem nationalen Einheitsstaat zu machen, fordert von dem Staat so grofse Opfer, dafs man erwarten könnte, es werde sich eines Tages die Erkenntnis Bahn brechen, dafs dieser Kampf aufgegeben werden müsse, weil er dem Staat, weil er insbesondere dem russischen Volke nicht gleichwertige Vorteile bringe. Einem Reich, das auf den Quadratkilometer seines europäischen Gebietes $19^1/_2$,[1] des gesamten Gebietes nur fünf Bewohner zählt, sollte es, müfste man annehmen, nicht leicht fallen, auch nur diesen Landbesitz nützlich zu verwerten und national zu sichern. Einem Reich, welches in seinen Grenzen die einheimischen Volkssprachen nach vielen Dutzenden zählt, sollte es, müfste man annehmen, nicht beifallen, zu allem anderen die Last des amtlichen Sprachlehrers für 40 Millionen Nichtrussen auf sich zu laden. Einem Reich, dessen Volk noch auf der Stufe der Halbkultur steht, sollte es mehr auf Hebung der materiellen und geistigen Kultur, woher sie auch herbeiströmen mag, als auf eine national einheitliche Form ankommen, die an sich unzureichend ist. Aber man darf nicht aufser acht lassen, dafs Rufsland heute wie vor 200 Jahren ein halb asiatisches Reich ist, und, wie ich

[1] Milükow, a. a. O. T. I, S. 28.

schon bemerkte, sich als solches fühlt. Peter I wollte es gewaltsam europäisieren, und es ist seitdem in vielen Dingen der europäischen Kultur zugänglich geworden. Aber es ist zugleich räumlich immer weiter nach Asien hineingewachsen, und die 100000 Quadratkilometer jährlichen Zuwachses sind asiatischer Boden. Diese Lage erklärt das fortgesetzte Schwanken zwischen dem Bedürfnis nach kultivierendem Einflufs Europas und dem Bedürfnis, sich als asiatische Kulturmacht selbständig zu fühlen. Noch immer stofsen die Gegensätze aufeinander, die sich einst in Peter I und seinem Sohne Alexei verkörperten, und zwar hauptsächlich deshalb, weil Rufsland nie dazu gelangt, in Ruhe organisch mit Europa zu verwachsen, sondern die aufgenommene Kulturkraft immer wieder in äufseren Kriegen, in Eroberungen, in inneren nationalen Kämpfen verbraucht, und weil es immer neue asiatische Elemente in sich aufnimmt, noch ehe die alten russischen Elemente zu selbständiger Kulturkraft gelangt sind. Es reibt sich innerlich auf in diesem Ringen zugleich nach äufserer Gröfse und innerer Kraft; es schwächt sich immer wieder selbst in dem Sträuben gegen einen fremden Einflufs, dessen es doch bedarf zu seiner nationalen wie kulturellen Entwickelung. Wie häufig vernimmt man in der russischen Presse wie einen verzweifelten Notschrei den Ruf nach Originalität, nach kultureller Selbständigkeit! Man kan es eben nicht verwinden, ein dominierendes Weltreich und ein unbedeutendes Kulturvolk zu sein. Daher schlägt man auf fremde Kultur, die als solche im Lande erscheint, nicht weil sie Kultur, sondern weil sie fremd ist, aber man gelangt auf diesem Wege oft dahin, die Kultur selbst, da sie sich nun einmal von dem Fremden nicht losreifsen läfst, zu mifsachten. Dies ist gerade der Weg, auf dem China zur Absperrung und zur kulturellen Erstarrung gelangt ist. Das heifst, lieber keine Kultur als eine unrussische wünschen. Und das ist ein verzauberter Kreis, der Rufsland lähmt und ihm verhängnisvoll werden würde, wenn es in ihm verharren sollte. Die bildenden Hände von Geschichte und Geographie sind im russischen Staate deutlich genug zu erkennen.

Das Mifsverhältnis zwischen den vorhandenen Kräften und der zu leistenden Arbeit ist so grofs geworden, dafs, wie ich schon im Hinweis auf die Finanzen hervorhob, dieses Riesenreich Gefahr läuft, an kultureller Anämie in Verfall zu geraten. Die äufsere Macht verdeckt dem flüchtigen Beobachter die inneren Schwächen.

DREIZEHNTES KAPITEL

KOLONIEN UND WELTMACHT

In Rufsland hört man oft die Meinung aussprechen, Rufsland sei grofs genug, um der Kolonien entbehren zu können. Aber wenn es keine überseeischen Kolonien besitzt, so ist es doch das gröfste Kolonialreich der Welt durch seine asiatischen Besitzungen, die, an Einwohnerzahl gering, für das Mutterland mehr den kolonialen Charakter tragen, als etwa Indien für England. In Sibirien ist für die Kultur noch alles zu schaffen, in Zentralasien das meiste; unendliche Flächen harren der Bebauung, grofse mineralische Schätze der Ausbeutung. Und seit der Schienenstrang diese Länder dem Mutterlande genähert hat, verstärkt sich der Reiz, den sie auf den Unternehmungsgeist der Privaten sowohl, als der Staatsregierung ausüben. Seit etwa 50 Jahren hat der Staat in den neu erworbenen zentralasiatischen Ländern mit viel Erfolg sich bemüht, Ordnung zu schaffen. Wo ehedem nomadisierende Räuberhorden oder gewaltthätige Khane herrschten, reist heute der Handelsmann mit russischer Pferdepost oder mit der Eisenbahn oder auf dem Dampfer in voller Sicherheit. Ruhe und polizeiliche Ordnung sind dort in einem Grade eingekehrt, wie sie schwerlich zur Zeit des grofsen TAMERLAN geherrscht haben. Der Handel mehrt sich, die russische Einwanderung mehrt sich und eine wirkliche Kolonisation hat Wurzel geschlagen, wenn auch der Beamte und der Soldat noch überall vorherrschen. Wo der Russe eine eingeborene Bevölkerung niederer Kultur vorfindet, da versteht er mit ihr sich zu setzen, ohne sie zu vertreiben oder zu drücken; er wird von den Eingeborenen als der Bringer der Ordnung, als Kulturkraft empfunden und erweckt nicht die Erbitterung des Unterlegenen, solange er, solange die Regierung nicht nationalen oder

religiösen Kampf heraufbeschwört. Hier vollzieht sich eine gesunde und nützliche Kolonisation.

Mit der Ausbeutung des Erdöls in Transkaukasien waren im Jahre 1900 28 Gesellschaften beschäftigt, die Dividenden bis zu 60 Prozent zahlten. In der reichen Provinz Fergana hat man neuerdings ungeheure Ölmengen unter dem fruchtbaren Erdreich entdeckt. Die Baumwollenkultur hat solche Fortschritte gemacht, dafs sie im Jahre 1900 schon 7 638 200 Pud Baumwolle lieferte; die schlechte Ernte von 1901 brachte rund $5^1/_2$ Millionen Pud. Schon jetzt kann Rufsland darauf rechnen, die Hälfte seines Bedarfs an Baumwolle aus Fergana und den anderen Kolonien Zentralasiens zu beziehen. Die Goldwäschereien Sibiriens liefern etwa 40 Millionen Rubel Gold. Wenn man jedoch von dem Golde absieht, so liegt die Ausbeutung der meisten Erwerbsquellen Russisch-Asiens in den Händen fremdländischer Unternehmer. Selbst die Butter, die heute in ganzen Wagenzügen von Sibirien wöchentlich zu den Ostseehäfen herabkommt, um über See zu gehen, wird von dänischen Landwirten produziert. Immerhin bleibt ein Teil des Gewinnes im Lande, und sicheren Vorteil zieht der Fiskus aus der Produktion jener Länder, soweit er sich nicht mit Ausgaben für Bahnen und anderes so belastet, dafs der Gewinn durch die Verzinsung verschlungen wird. Die 40 Millionen Gold fliefsen gegen Entschädigung der Produzenten dem Staatsschatze zu; vom Erdöl wurde für 1901 im Budget eine Steuer von 26 Millionen veranschlagt, für 1902 eine solche von 27 Millionen. Die Ausfuhr von Weizen und Butter aus Sibirien kommt der Handelsbilanz zu gute. Und die Staatsregierung ist eifrig bemüht, die Produktion der kolonialen Länder zu heben. Es werden schon Stimmen laut, die ihr dieses Bemühen als ein Begünstigen der Grenzländer auf Kosten des alten Rufsland zum Vorwurf machen. „Man kann," rief der uns schon bekannte GOLOWIN neulich aus,[1] „überzeugt sein, dafs für die künstliche Weckung des wirtschaftlichen Lebens eines Gebietes umsomehr geschieht, je entfernter es ist, je schwächer bevölkert, je mehr von der Natur vernachlässigt. Es ist Zeit, endlich auch an das Zentrum von Rufsland zu denken." Und freilich hat die wohlthätige Arbeit in Asien auch ihre Kehrseite.

Noch vor dreifsig oder vierzig Jahren setzte man in Rufsland seinen Stolz darein, europäischer Kulturstaat zu sein. Heute ist man

[1] In der Zeitung „Rossija".

oft geneigt, mit Befriedigung sich als asiatische oder halbasiatische Macht zu fühlen. Oder ist auch diese Welle schon wieder vorübergerauscht? Wenn man die kulturlichen Erfolge abwägt, die Rufsland nach der europäischen und nach der asiatischen Seite hin aufzuweisen hat, so mufs man jenem Empfinden Recht geben. So vergeblich die Anstrengungen gewesen sind, gegen Westen national und kulturlich vorzudringen, so zweifellos sind die auf diesem Gebiet im Osten und Süden errungenen Vorteile. Die Eroberung des Kaukasus hat eine neue Welt dem russischen Trieb nach Ausdehnung erschlossen. Hinter dem russischen Soldaten drang der russische Beamte, hinter ihm der Kaufmann in Vorder- und Mittelasien ein, und grofse Gebiete, die seit Jahrhunderten räuberischen Horden angehörten, wurden für Ordnung, Arbeit und Handel gewonnen.

Die Kräfte, die zu einer extensiven Politik treiben, sind verschieden. Sie fliefsen aus der Herrschsucht, dem Ehrgeiz grofser Eroberer, und erlahmen meist bald, sobald dieser Ehrgeiz schwindet oder der Eroberer stirbt. Oder sie fliefsen aus der im Volk angesammelten expansiven Kulturkraft, und sind dann dauernd wirksam. Die Politik eines TAMERLAN steht in vollem Gegensatz zu der der grofsen und erfolgreichen Kolonialstaaten. Reiche, die blos durch die kriegerische Überlegenheit gegründet wurden, zerfielen gar bald; Rom aber hat die Welt lange beherrscht, nicht nur durch seine Feldherren, sondern durch seine Kulturkraft. Englands extensive Politik begann mit dem Schutz seiner nach aufsen drängenden Volkskräfte und folgt seitdem immer seinen Handelsschiffen und Auswanderern als den volkstümlichen Kulturträgern. BISMARCK hat diese Methode für die normale in der kolonialen Politik erklärt, deren Sinn ist, dafs alle offensive Politik eine überschüssige Volkskraft zur Voraussetzung haben mufs, ohne welche ein Staat wohl Eroberungen machen, nicht aber den Wirkungskreis seiner Thätigkeit zum Wohle des Volkes dauernd ausdehnen kann. Wie wenig England durch Waffenmacht erfolgreich kolonisiert, sehen wir heute in Transvaal; es kolonisiert aber mit unvergleichlichem Erfolg dort, wo es, wie in Australien, ohne Anstrengung der Staatsfinanzen und ohne einen Schwertstreich, durch die freie Bethätigung der kulturlichen Kräfte seines Volkes vorgeht. Die ungeheuren materiellen, intellektuellen und sittlichen Kräfte, die es in Grofsbritannien in einer Arbeit von Jahrhunderten angesammelt hat, diese sind es, die Australien, Amerika, Indien

englisch gemacht haben. Und zwar zum Nutzen, nicht auf Kosten Englands. Denn ohne dieses ungeheure Kulturkapital wäre England an der Hälfte seines Kolonialbesitzes längst zu Grunde gegangen — wenn überhaupt dieser Besitz durch bloſse staatliche Macht hätte erworben werden können. Die aufgewandten Mittel bestehen zu einem Teil aus Geld, zum anderen aus Menschen. Wenn wir bedenken, daſs Ruſsland seine Bahnen mit fremdem Gelde gebaut, seine Eroberungen, seinen Einfluſs in der Türkei, in Persien, in China mit Anleihen und Geldern, die dem inneren Gedeihen sehr viel besser gedient hätten, bezahlt hat und bezahlt, so tritt der Unterschied mit englischem Vorgehen grell zu Tage. England hat seine Kolonien immer aus den Zinsen seines Kulturkapitals an Geld sowohl wie an Menschen erworben und entwickelt. Das Gedeihen der administrativen, sozialen, gewerblichen Zustände im Vereinigten Königreich ging stets seinen sicheren Weg neben aller kolonialen Ausdehnung. Für jede neue Landerwerbung fanden sich stets die privaten Gelder und Menschen, ohne daſs der Staat an das Volk Ansprüche zu stellen brauchte, die es entkräften muſsten. In England nimmt jeder Kaufmann, jeder Bauer in die Kolonie die Selbständigkeit mit, deren er bedarf, um ohne staatliche Beihilfe oder doch unter bloſsem staatlichen Schutz auf fremdem Boden zu organisieren und zu kultivieren. Das kann durch keine büreaukratische Gewalt ersetzt, noch durch beamtliche Schulung erlernt werden. Deshalb ist die uralte englische Selbstverwaltung die beste Schule des englischen Kolonisten. Der Staat kann nur die äuſseren Mauern eines neuen Baues aufführen, die innere Einrichtung, das lebendige Wachstum muſs aus dem Volk selbst hervorgehen, um dem Volk nützlich zu werden. Sonst treibt der Staat extensive Politik auf Kosten und zum Schaden des Volkes.

Dies ist der Fall gewesen bei vielen Eroberungen, die Ruſsland seit Peter I gemacht hat. Ruſsland hat am besten kolonisiert durch die Kosaken, d. h. durch ein Volk von entlaufenen, von staatlicher Macht befreiten Bauern. Der Süden Ruſslands ist hauptsächlich durch solche ohne Staatshilfe, ja gegen die Staatsmacht arbeitende Flüchtlinge russisch geworden, und seitdem ist keine russische Erwerbung gemacht worden, die von gleichem Nutzen für das russische Volk gewesen wäre. Hinter den Kosaken und der Freiheit kamen dann seit Peter I die staatlichen Beamten und die Knechtschaft. Mit Kosaken und Beamten hat Ruſsland zumeist kolonisiert, da es an einem

gewerblichen Mittelstande dazu gebrach. Aber so kostenlos der Kosak den Süden besiedelte und ganz Sibirien für Rufsland erwarb, so teuer sind neuerdings viele staatliche Kolonisationen gewesen.

Indessen schreitet Rufsland auf diesem gefährlichen Wege der extensiven Weltpolitik weiter. Mit Aufwand von einer Milliarde ward die sibirische Bahn, mit einer weiteren halben Milliarde werden die Mandschurische Bahn, die Baikalbahn und die Häfen erbaut. Solange Sibirien sich selbst überlassen blieb, kostete es dem russischen Volke nichts. Noch ist die Bahn nicht fertig, und schon sind am Stillen Ozean für Häfen, Befestigungen, Kasernen, Ansiedelungen, Vorratshäuser u. s. w. neue Millionen verausgabt, schon ist die Mobilisierung eines Heeres von 200000 Mann dort nötig gewesen. Die Erschliefsung Ostsibiriens, der Bau der Häfen, der Bahnen zieht die Notwendigkeit nach sich, die Flotte zu vergröfsern. Die Politik am Stillen Ozean verschlingt alljährlich an Zinsen und Ausgaben so viele Millionen, dafs auch der blühendste Handel sie nicht wieder einbringen könnte. Mit 60 Millionen jährlich käme man noch nicht auf die Kosten. Und was bringen Wladiwostok, Port Arthur und die Bahnen ein? Vorläufig fordern sie nur Zuschüsse. Wer bezahlt das? Der russische Steuerzahler. Denn niemand wohl hofft für absehbare Zeit auf eine Verrentung dieser Ausgaben. Diese Ausgaben bringen dem Staat einen Zuwachs an Macht, und sie öffnen grofse Landstrecken der menschlichen Einwanderung und Arbeit. Aber hat etwa das russische Volk ein Bedürfnis nach Machtzuwachs des Staates oder nach Zuwachs an Ackerland, an Nährboden? Die Staatsmacht ist gröfser, als dem Volk vielleicht heilsam ist, und zwischen Wolga und Dnjepr verödet der heimatliche Boden aus Mangel an sorgsamer Bearbeitung. Sicheren und schnellen Nutzen werden jene Ausgaben allerdings einer Klasse von Leuten bringen: den Beamten, die dort neuen Boden zu weiterer Vermehrung finden.

Wenn man diese russische Kolonialwirtschaft — denn das ist sie, obgleich kein Ozean die Kolonien vom Mutterlande trennt — mit unserer deutschen Art, unsere Kolonien zu behandeln, vergleicht, so wollen unsere Budgetwächter im Reichstage uns manchmal ein wenig spiefsbürgerlich vorkommen. Das geldarme Rufsland giebt drei Milliarden Mark, die es zuvor borgte, für den Bau von Bahnen in seinen Kolonien aus. Unser Reichstag kann es nicht über sich gewinnen, drei Millionen Mark für eine ostafrikanische Bahn zu bewilligen. Aber beide, Herr WITTE und unser Reichstag,

könnten voneinander hierin etwas lernen, nämlich Mafs zu halten; der eine im Ausgeben, der andere im Kargen.

Als Rufsland über den Kaukasus nach Mittelasien vordrang, hiefs es stets, es sei dazu genötigt durch die räuberischen Stämme, welche die Grenzen beunruhigten und unterworfen werden müfsten. Aber Asien ist nicht nur von Räuberstämmen bevölkert; und doch nahm man 1860 das Amurland und ist heute dabei, die Mandschurei in irgend einer Form sich anzugliedern, ein Land von mehr als 900 000 Quadratkilometern, gröfser als Deutschland und Österreich zusammen und bewohnt von 7 bis 8 Millionen Menschen mongolischer Rasse. Wer wird dort von russischer Herrschaft einen Vorteil haben? Schon hört man von den Kirchen, den Schulen, ja von Lehrerseminaren, die in Ostasien errichtet werden; man spricht von der Notwendigkeit einer ostasiatischen Universität, man errichtet ein mandschurisches orthodoxes Bistum und baut ein Kloster für — Mandschu und Chinesen. Eine Macht wie Rufsland hat Pflichten gegenüber ihren sibirischen Gebieten, Kulturpflichten, die sie erfüllen mufs. Gewifs; nur dafs sie noch gröfsere Pflichten gegenüber dem Mutterlande hat, dafs das Geld der russischen Steuerzahler daheim bessere Verwendung fände als in Ostasien, und dafs diese ein geringes Interesse daran haben, in Ostasien oder Westrufsland Tausende von Beamten, Priestern, Lehrern, Professoren zu halten und zu bezahlen. Denn alle diese Leute dienen vielleicht dem Staat und der Vermehrung seiner Macht, nicht aber dem russischen, nach Brot und Bildung schreienden Volk.

In Ostsibirien, vom Baikal an, arbeitet Rufsland schon jetzt für andere, nicht für sich. Der Chinese ist Arbeiter, Kaufmann, Bankier, alle Geschäfte werden durch ihn oder den ebenso geschmeidigen Koreaner gemacht, und das wird so bleiben, weil niemand es besser als diese Leute machen wird. Der Chinese mit seiner wirtschaftlichen Überlegenheit wird sehr bald der angreifende Teil sein, und Rufsland wird es schwer werden, sich seiner zu erwehren. Nachdem man die Grenze auf chinesisches Gebiet verlegt hat, wird man bald sich eine russische grofse Mauer gegen China wünschen. Der Japaner rückt als Kolonist in Menge ein und hat den überseeischen Verkehr in die Hand genommen, der Amerikaner und der Deutsche haben zum grofsen Teil den Import übernommen, nicht nur von Industriewaren, sondern auch von Lebensmitteln. Die ostchine-

sische (russische) Handelsflotte arbeitet mit grofsem jährlichen Verlust. An der Bahn arbeiten polnische Ingenieure. Was bleibt für den Russen übrig, soweit er nicht Soldat oder Beamter ist? Das Land zur Besiedelung freilich. Aber auch damit ist es bisher schlecht bestellt. Deutsche, baltische, esthnische Landwirte gedeihen in Sibirien. Der Russe bringt nicht die Energie, noch den Fleifs mit, die zu solchen Kolonisationen gehören, und verpachtet die grofsen ihm verliehenen Ländereien. Rufsland hat diese Bahnen für Deutsche, Engländer, Franzosen hier, für Amerikaner, Chinesen, Japaner dort gebaut, die sie für ihre Ausfuhr und zum Transitverkehr benutzen werden. Rufsland selbst wird für den Durchgangshandel die Fracht zahlen, die Verwaltung des Landes bezahlen und die Schutztruppen und Schutzflotte stellen. Im übrigen werden Rohprodukte von dort nach Westen strömen und dem russischen Korn die Preise weiter verderben. Dafs Rufsland aber in Japan, China, Korea sich nicht mit industrieller Ausfuhr festsetzt, dafür wird halb Europa und Amerika sorgen, denen der billigere Seeweg offen steht.

Und zu alledem ist nun der englisch-japanische Allianzvertrag vom 30. Januar 1902 hinzugekommen. Seit 1895 war es wahrscheinlich, dafs dies die Folge der Einmischung Rufslands in den japanisch-chinesischen Krieg sein werde. Es lag sogar nahe anzunehmen, dafs dieser Bund früher würde zum Abschlufs kommen, und dafs die beiden Seemächte den Ansprüchen Rufslands in Ostasien entgegentreten würden, ehe noch die sibirische Bahn den russischen Streitkräften dort zu nutz kommen könnte. Indessen ist die Stellung Rufslands auch nach Vollendung der Bahn eine sehr schwierige gegenüber der ansehnlichen japanischen Kriegsmacht, die von England gestützt werden würde. Die Deklaration der russischen Regierung vom 3./16. März 1902 kann die Thatsache nicht verdecken, dafs ihre Stellung in Ostasien bedrohlich geworden ist, und es steht zu vermuten, dafs sie sich durch einen geheimen Vertrag die Hilfe Frankreichs für den Fall eines kriegerischen Angriffs von seiten Japans gesichert hat. Es fragt sich, welchen Preis sie dafür gezahlt hat. Sollte eine gegenseitige Garantie des Besitzstandes in Ostasien der Preis sein, so kann Rufsland bei den unruhigen Verhältnissen in Südchina sich genötigt sehen, immer weiter seine Machtmittel in diesen wirren Angelegenheiten zu verzetteln, während doch die Einsätze der beiden verbundenen Staaten in Ostasien nicht gleichwertig sind. Geht aber der russische Ein-

flufs in China und Korea durch einen Konflikt mit den Seemächten verloren, so dürfte die Mandschurei unhaltbar werden. Welche Aussichten öffnen sich dann dem ostsibirischen Unternehmen, welche Sicherheit bleibt dann nicht blos für die Verrentung, sondern für das Kapital selbst, das dort festgelegt ist? Eine Milliarde Rubel schwebt dort in der Luft und ein Sturm kann sie verwehen. Das ist eine koloniale Politik, die sehr weit über die Kräfte des russischen Volkes hinausgeht, eine Politik, die verhängnisvoller für Rufsland werden kann, als es der südafrikanische Krieg für England war.

Durch die Thore, die in die Welt der gelben Rasse führen, drängen sich heute die leitenden Kulturstaaten ungestüm hinein, hastend, mit den Ellenbogen arbeitend, einander scheel anblickend, stofsend, wie in eine eben erbrochene Schatzkammer. Die Gier nach Geld treibt sie alle, und niemand denkt daran, was ihm da drinnen sonst begegnen könnte. Kein Volk steht unserer europäischen Kultur so gegensätzlich gegenüber als das chinesische. Wo der Europäer mit dem Chinesen bisher sozial in engere Beziehung kam, trat der Gegensatz alsbald hervor: der harte Materialismus des Chinesen stiefs stets den Europäer ab. Ohne Religion, ohne Moral, ohne Sinn für Wahrheit, für Redlichkeit, für Reinlichkeit — dieses Volk konnte der Engländer in Australien, konnte selbst der freisinnige Amerikaner in Kalifornien nicht ertragen, weil es verderblich auf die sozialen Zustände Kaliforniens einwirkte, und der Chinese wurde als einziger von allen dort verkehrenden Fremdländern in Ausnahmegesetzen gefesselt. Wenn der Engländer, der Armenier, der Jude das goldene Kalb verehren — der Chinese thut es noch inbrünstiger, es ist ihm daneben fast nichts heilig, und so ist er sittlich verkommener als irgend wer. Und dieses Volk, dieses Reich soll nun durchaus dem Europäer erschlossen werden, und zwar wieder zu Ehren des goldenen Kalbes, des gemeinsamen Götzen. Der Chinese ist an Arbeitsfähigkeit dem Europäer überlegen, als Händler, als Geschäftsmann auch. Wer wird auf die Dauer der wirtschaftliche Gewinner sein? Wenn wirklich eine Reform in China vor sich gehen, wenn europäische Industrie und Technik und Verkehr dort sich einbürgern sollten, wenn der Zopf und die Heimkehr der Toten und die Verachtung der Fremden und die Mifswirtschaft der Mandarinen aufhören, wer wird davon den Nutzen haben? Werden wir uns von der Unmoral der Chinesen verpesten, von seinen billigen Fabrikaten

überrennen, von seinen vortrefflichen und zahllosen Arbeitern, die mit 20 Pfennigen täglich zufrieden sind, das Brot vorweg nehmen lassen? . . .

Ich kann diese Aussichten hier nicht weiter entwickeln, sondern will nur sagen, dafs Europa besser thäte, die Chinesen sich selbst zu überlassen und sich nicht von der Küste ins Innere zu begeben, um China aufzuschliefsen, um diese Millionen zur Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiet und zum Hineinströmen in die Länder europäischen Wesens herauszufordern. Geschähe das Letztere, so wäre eine grofse Gefahr für unsere Kultur heraufbeschworen. Das Unheil wird einmal kommen, aber wir sollten es nicht selbst herbeiwünschen und seinen Gang beschleunigen.

Von allen in China konkurrierenden Staaten hat allein Rufsland Landgrenze mit diesem Staat. Die Nachbarschaft giebt ihm einen grofsen Vorsprung in dem staatlichen Einflufs auf China. Wenn Rufsland die Mandschurei in irgend einer Form behält, und wenn sich die Beziehungen zu China beleben, so ist eine starke chinesische Einwanderung nach Rufsland nur mit Waffengewalt zu verhindern. Wirtschaftlich ist der Chinese dem Russen so sehr überlegen, dafs er von diesem Verkehr allein den Vorteil haben wird. Moralisch aber wird er auf den Russen den verderblichsten Einflufs üben. Die Moral der russischen Verwaltung in Ostasien wird schon jetzt nicht hoch anzuschlagen sein. Ein starker chinesischer Einflufs, wie ein lebhafter Verkehr ihn notwendig herbeiführen mufs, wird Ostasien zur Hochschule aller Laster für Rufsland machen. Statt die Mandschurei zu nehmen, thäte Rufsland besser, die mandschurische Bahn an China zu verkaufen. Sonst wird es dahin kommen, dafs man in Rufsland eine Mauer gegen China herbeiwünschen wird, stärker als die, welche einst die Chinesen gegen die Tataren errichteten.

Das Interesse des russischen Volkes berührt die sogenannte öffentliche Meinung wenig. Ihr ist es noch an Ausdehnung der Grenzen des Reiches nicht genug. Sie verlangt nach der Mongolei, vorläufig wenigstens einem Teil derselben, dem westlichen; sie begnügt sich nicht mehr mit einem Protektorat über Persien, sie fordert dringend einen Ausweg zum persischen Meerbusen und einen Hafen daran; sie erklärt endlich Kleinasien und die Euphratländer für russische Interessensphäre und den Bau einer Bahn nach Bagdad und an den indischen Ozean durch

Deutsche und Franzosen für eine Verletzung russischer Interessen. Asien ist nicht zu grofs für diesen Landhunger. Man gedenkt vielleicht nicht gerade Asien in russische Gubernien zu teilen, aber man will in Asien die Hegemonie haben, und man will den Handel Asiens in die Hand bekommen. Und welches sind denn diese russischen Interessen? Wie grofs ist wohl die Zahl der Russen in ganz Asien, wie viel beträgt denn die Summe der russischen Waren, die nach Asien gehen? Rufsland führte im Jahre 1898 an Fabrikaten im ganzen für 21,2 Millionen Rubel aus, und, wie ich schon früher angab, in der Frist von 1887—1899 durchschnittlich jährlich für 25,6 Millionen Rubel. Nach Asien können davon also an Kattunen, Eisenwaren u. s. w. nur für wenige Millionen jährlich gegangen sein. Und nun gar die russischen Handelsinteressen in Südpersien und am persischen Golf! Hat Rufsland gegenwärtig auch nur das geringste Interesse an dem türkischen Hafen von Koweit? Dort lebt nicht ein einziger Russe und mit jener Küste besteht kein Handel irgend welcher Art. Aber es wurden im Herbst 1901 zwei Kriegsschiffe hingeschickt, um angebliche russische Interessen gegen Engländer und Deutsche dort zu wahren, und man will dort ein Konsulat errichten. Oder welche realen Interessen hat Rufsland in Abessinien? Und doch wurden diese Interessen unlängst zu einer nationalen Angelegenheit ersten Ranges aufgebauscht. Das ist wirkliche und wahre uferlose Weltpolitik. Sie wurde zwar schon von Peter I getrieben, hat seitdem aber nicht an Nützlichkeit gewonnen, sondern dient nur dazu, Beamte und Streber zu züchten und zu nähren, und wird von Beamten und der Presse deswegen ihrerseits genährt und getragen.

Was ist denn die Macht eines Staates wert? Doch nur so viel, als sie dem Volke Nutzen bringt. Äufsere Macht giebt vor allem den Schutz gegen äufsere Feinde; darüber hinaus giebt sie Einflufs auf fremde Mächte, und dieser Einflufs wieder schafft Nutzen dem einzelnen Unterthan im Verfolgen seiner Interessen in der Fremde, und damit Nutzen dem ganzen Volke. Ist niemand da, dem die Macht in der Fremde nützen könnte, bringt die äufsere Macht, der aus ihr fliefsende Einflufs auf Menschen und Zustände an einem Orte in der Fremde keinem Angehörigen des Staates, der die Macht ausübt, einen Vorteil, so ist diese Macht eben nutzlos, und wenn ihre Erwerbung oder Erhaltung von dem betreffenden Staat Opfer an Geld und Menschenkraft fordert, so

ist solche Macht dem heimatlichen Volke schädlich, Verlust bringend. Wer einen Konsul unterhält an einem Platze im Auslande, wo kein Angehöriger des eigenen Staates lebt oder kein Handel mit dem heimatlichen Staat besteht, noch in Aussicht steht, der treibt Verschwendung mit Staatsmitteln. Der Konsul mufs sich bezahlen durch den Vorteil, den er Angehörigen seines Staates an seinem Amtssitz sichert; sonst ist er eine Last für das Volk seiner Heimat. Man ist heute nur zu leicht geneigt, das Vorhandensein staatlichen Ansehens und Einflusses an irgend einem fernen Ort oder Land an sich für etwas Wertvolles zu halten, und bedenkt dabei oft nicht, dafs solches Ansehen meist von erheblichen darauf verwendeten Kosten abhängt. Man ist stolz, in irgend einem Koweit die Flagge zu zeigen, ein Konsulat in Buschiri den Engländern zum Trotz zu errichten, ohne ein anderes Bedürfnis dazu, als das, der nationalen Eitelkeit zu schmeicheln. Rufsland hat schon unter dem grofsen Peter eine Menge Vertretungen im Auslande bezahlt, die nichts einbrachten, sondern nur Aushängeschilder waren mit der Aufschrift: „Es giebt einen Staat, der Rufsland heifst." Jetzt will Rufsland durchaus an den persischen Golf, und viele Politiker halten diesen Wunsch für durchaus begründet. Aber welche Vorteile stellt denn ein russischer Hafen dort in Aussicht? Solange nicht eine Bahn von dem Kaspischen See oder von Merw zum Golf besteht, offenbar gar keine, denn dort verkehren weder russische Menschen noch Waren. Wird Rufsland diese Bahn bauen? Wird es wieder hunderte erborgter Millionen für eine blaue Zukunft ausgeben, während das Volk hungert? Und wäre die Bahn gebaut, meint man dann mit russischem Fabrikat die Engländer dort zu schlagen? Man hat wenig Ausfuhrwaren aufser Rohstoffen und thut, als habe man das gröfste Bedürfnis nach Absatzgebieten für Fabrikate; man phantasiert von Interessensphären, wo gar keine Interessen sind. Aber diese grofse Schwindelpolitik interessiert daheim viele Gernegrofse weit mehr, als die langweiligen Hungerer im Lande, die Provinzen ohne Wege, ohne Schule, ohne Arbeit, ohne Leben. Gegen England grofsthun ist weit befriedigender, als sich mit dem Jammer zu Hause zu beschäftigen. Und da man in Persien, in Afghanistan die englische Handelskonkurrenz fürchtet, möchte man die Engländer hindern, sich am persischen Golf festzusetzen. Asien ist indessen nicht dazu da, zu warten, bis in der Zukunft

einmal Rufsland so weit sein wird, es kommerziell zu erschliefsen und zu versorgen, und der russische Steuerzahler ist nicht dazu da, zu hungern, damit künftige Generationen vielleicht in Vorderasien einmal keine englische oder deutsche Handelskonkurrenz vorfinden.

Will man nüchtern die wirkliche Interessensphäre Rufslands in Asien umgrenzen, so umfafst sie die zentralasiatischen Länder, deren gröfster Teil bereits in russischen Händen ist, und aufserdem das nördliche Afghanistan und das nördliche Persien mit Teheran und Ispahan. Aus diesen Gebieten zieht Rufsland einigen Nutzen und kann in Zukunft noch mehr Nutzen ziehen. Daher mag die eben begonnene Bahn Orenburg-Taschkent ein staatswirtschaftlich richtiges Unternehmen sein. Rufsland holt sich von dort Rohstoffe, vor allem die ihm so wichtige Baumwolle, und es hat sich einen günstigen Markt für industrielle Waren, für Textilwaren, Zucker, Eisen, geschaffen. Dieses Gebiet ist sehr grofs und sehr entwickelungsfähig. Niemand tritt ihm dort in den Weg; auch wenn es seine Hand fester auf Teheran, Ispahan, Kandahar, Herat legen wollte, wird England schwerlich zu einem Kriege schreiten, solange es Garantien dafür hat, dafs Rufsland sich auf diese Gebiete beschränken will, und solange Deutschland in dieser Frage auf russischer Seite steht. Rufsland hat schon jetzt einen so starken finanziell-politischen Einflufs in Persien, dafs es die Engländer verdrängt hat. Mit russischem Gelde ist die Heerstrafse von Rescht am Kaspi bis Teheran gebaut, eine persische Anleihe bei Rufsland hat russische Zollkontrolle, Kosaken und Beamte ins Land gebracht. Das Land ist sehr schlecht verwaltet und bietet sich wie von selbst der russischen Schutzmacht dar. Der Handelsumsatz Rufslands in Persien beträgt bereits jetzt etwa 6 Millionen Rubel jährlich. Wie Chiwa und Buchara, so wird auch Persien, wenigstens zum grofsen Teil, einmal russisch werden müssen. Dann hat Rufsland von der türkischen bis zur chinesischen Grenze ein Kolonialgebiet, wie es schöner und zugleich bequemer gelegen kein anderer Staat Europas hat, die Türkei etwa ausgenommen. Dieses Gebiet teils zu verwalten, teils wirtschaftlich zu bearbeiten, wird Rufslands Kräfte für eine lange Zeit ganz in Anspruch nehmen. Rufsland ist viel zu schwach, um ohne Schaden seine Kräfte so zersplittern zu können, wie es heute geschieht. Die Fabel vom Hunde mit dem Knochen, den er aus Neid verlor, sollte warnen. Ist der direkte Schienenweg von Taschkent über Orenburg nach Moskau

erst fertig, so wird man der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Rufslands, nach der Herr WITTE strebt, um ein Bedeutendes näher kommen. Aber jene reichen Länder erfordern zu ihrem vollen Blühen noch grofser Arbeit und grofser Summen, die hier besser angelegt wären als in Ostasien. Hier in Turkestan und in Persien liegt eine grofse Zukunft für Rufsland. Was aber darüber hinausgeht, das Drohen gegen den persischen Golf, die maritime Stellung im stillen und im indischen Ozean, die Ansprüche in Kleinasien und Mesopotamien — das ist leeres Gepolter, und wenn es mehr würde, ein gefährliches und teueres politisches Spiel. Das einzige Interesse, das Rufsland in Anatolien hat, ist ein rein militärisches, nämlich die Beherrschung der Strafse am Südufer des Pontus. Seit sich ihm an der Donau Rumänien in den Weg nach Konstantinopel gelegt hat, wünscht es ungehindert auf dem südlichen Landwege an den Bosporus kommen zu können. Auf diesem Wege aber tritt ihm Deutschland mit der Bagdadbahn nicht entgegen, hat auch, so viel wir wissen, in Konstantinopel dagegen keinen Einspruch erhoben, dafs sich Rufsland das Recht sicherte, jene Strafse einmal durch einen Schienenstrang zu verbessern und damit der Residenz des Sultans um ein Bedenkliches schneller zu Hilfe rücken zu können. Rufsland wird sich an den Gedanken gewöhnen müssen, dafs die Türkei nicht mehr ausschliefslich russische Interessensphäre ist.

Die übermäfsige Weltpolitik birgt aufser der Schwächung der Volkskraft noch einen anderen Nachteil in sich. Sie trägt zur übermäfsigen Ausdehnung der büreaukratischen Gewalt bei. Um dieser Weltpolitik willen mufs die Omnipotenz des Beamtentums erhalten werden, ohne die sie nicht möglich wäre, eine Omnipotenz, die den im Volk geheiligten Titel zarischer Selbstherrschaft führt, in Wahrheit aber die Herrschaft des weltlichen und kirchlichen Tschinowniktums bedeutet. Um dieser Politik des äufseren Glanzes und der Eroberungen willen mufs die staatliche Zentralisation immer schärfer durchgeführt werden, die alle Kräfte des Volkes aus den Provinzen herauszieht und in der Hand der ministeriellen Regierung sammelt. Und umgekehrt wird die Zentralregierung zu einer Politik äufseren Glanzes und Scheines getrieben durch das Bedürfnis, die Volkskräfte in der Hand zu behalten, die ihr bei Mifserfolgen nach aufsen hin nicht mehr sicher wären. Denn dieser Beamtenstaat ist so grofs an

Personenzahl geworden, dafs ihm die innere Einheitlichkeit fehlt und immer weiter schwindet, je gröfser er wird. Ein beträchtlicher Teil des Beamtentums selbst ist stets bereit, sich innerlich kritisch der Zentralgewalt gegenüber als zum Volk gehörig zu fühlen und zu stellen, und er wird das auch äufserlich bethätigen, sobald er durch äufsere Niederlagen verletzt oder in seinem Bedürfnis nach neuen Ämtern und Erwerb eingeschränkt wird. Jeder neue Landzuwachs in Asien schafft dem Beamtentum neue Weideplätze, wie andererseits jede Ausdehnung der Selbstverwaltung im Innern das Nährgebiet des staatlichen Beamtentums schmälert. Aber hier sind eben auch die Grenzen. Reichen die Volkskräfte nicht mehr aus, die staatliche Weltpolitik zu tragen, bleibt der Erfolg aus, verbreitet sich die Erkenntnis, dafs die vom Volk gebrachten Opfer zu grofs für den damit erkauften Gewinn sind, so kommt die büreaukratische Omnipotenz ins Schwanken. Die russische Büreaukratie wird heute von Männern geleitet, die Kraft und den Willen haben, an dem zentralistischen System festzuhalten trotz der bedenklichen Lage, in die alle Klassen des Volkes allmählich geraten sind, und trotz der Mifsstimmung, die weite Kreise gegenüber der staatlichen Alleinherrschaft ergriffen hat. Man hält in diesen Kreisen die Opfer des russischen Volkes an Steuern und Männern, an Freiheit und Selbständigkeit für zu grofs im Verhältnis zu den dafür eingetauschten Leistungen der Büreaukratie. Man klagt, Rufsland, das eigentliche, das russische Rufsland, verarme von Jahr zu Jahr mehr, während zugleich die Allmacht des staatlichen Beamtentums zunehme. Immer lauter und häufiger hört man Äufserungen in der Öffentlichkeit, die auf einen herannahenden Kampf lokaler Volkskräfte gegen die zentrale Macht des Beamtentums hindeuten. Auf diesen Kampf scheint die Zentralregierung selbst sich vorzubereiten, soweit er nicht schon in vollem Gange ist, indem sie die Machtquellen in Finanzen und Administration aufs äufserste zentralisiert.

So werden die spärlichen Kulturkräfte nach beiden Seiten hin fort und fort vergeudet: in Asien durch zu mafslose territoriale Ausdehnung und ebenso mafslose Ausdehnung phantastischer Interessen; im Westen durch Absperrung gegen den Eindrang fremder Kulturkraft und Kampf gegen die im eigenen Lande vorhandenen fremden Kulturkräfte.

Es giebt Leute, die diesem russischen Volke alle Zukunft in

der kulturlichen Entwickelung zur Selbständigkeit absprechen. GOBINEAU hat das vor Jahrzehnten von seinem ethnologischen Gesichtspunkte aus gethan, und gerade gegenwärtig verbreitet sich diese Ansicht wieder unter denen, die sich nicht auf die Bewunderung äufserer Gröfse und äufseren Glanzes beschränken, sondern der Leistungsfähigkeit des Volkes nachspüren. Und man könnte in der That den Glauben an dieses Volk verlieren, wenn man sieht, wie es stets nach Selbständigkeit und Freiheit verlangt, und wie es unfähig ist, sich ihrer zu bedienen, sobald es sie irgendwo oder in irgendeinem Mafse erlangt. Man kann es begreifen, wenn ein Minister selbst an der Möglichkeit verzweifelt, dafs das Volk aus eigener Initiative je seine Lebensverhältnisse durch Fleifs, Ordnung, Pflichtbewufstsein fördern werde, und wenn er endlich wieder zu dem alten System, der amtlichen Peitsche, zurückgreift. Aber wenn man sich dazu genötigt sieht, dann müfste man sich auch eingestehen, dafs man es nicht mit einem Kulturvolk, sondern mit einem rohen Naturvolk zu thun hat, und man sollte nationale Ansprüche und staatliche Formen vermeiden, die nur auf Kulturvölker anwendbar sind. Man sollte sich klar eingestehen, dafs der Russe, wie er heute ist, nicht das leitende, mafsgebende Element in einem Reiche sein kann, in dem er nicht nur westeuropäischen Elementen, sondern selbst Finnen und Tataren an Kulturkraft nachsteht. Das aber ist der Zauberkreis, dafs dieses Naturvolk von 86 Millionen es nicht vertragen kann, an zweiter Stelle zu stehen, sondern durch äufseren Schein die eigenen Mängel zu verdecken strebt. Mit diesem nationalen Empfinden mufs jeder Minister rechnen, und so wird der Russe nicht kulturlich gehoben durch die im Lande vorhandenen fremden Elemente, sondern diese werden hinabgedrückt auf den Stand der russischen Leblosigkeit. Diese Lage ist allerdings fast hoffnungslos. Überall in Europa hat die nationale Idee sich zu einer Krankheit der Volksseele gesteigert; in Rufsland bedeutet sie als leitendes Prinzip die Erstarrung, den Stillstand allen Volkslebens. Und ein Minister, der diesem Prinzip zu gunsten der Kultur und des Volksrechtes entsagte, müfste, um Erfolg zu haben, ein Staatsmann allerersten Ranges sein. Mittelgröfsen werden stets im Polizeistaat stecken bleiben, so lange sie an der uniformierenden Zentralisation festhalten.

VIERZEHNTES KAPITEL

DIE LANDSCHAFTSVERFASSUNG[1]

In Stuttgart ist von der Redaktion einer russischen Zeitschrift, die sich „Morgenröte“ nennt, zu Anfang 1901 eine höchst merkwürdige Schrift veröffentlicht worden. Sie ist in russischer Sprache verfafst, betitelt sich „Selbstherrschaft und Landschaft“ und enthält eine Denkschrift des russischen Finanzministers W TTE über die russischen Landschaftsinstitutionen. Sie ist eine Streitschrift gegen eine Denkschrift des ehemaligen Ministers des Innern GOREMYKIN, die ihrerseits durch eine Denkschrift WITTES hervorgerufen worden war, und in der GOREMYKIN seinen Plan verteidigte, die Landschaftsinstitutionen in den sogenannten Westgebieten einzuführen.

Wenn es sich blos darum handelte, nachzuweisen, dafs der Plan GOREMYKINS gänzlich verfehlt sei, so wäre dazu nichts weiter zu sagen. WITTE hätte vollkommen recht, und GOREMYKIN, weil er vollkommen unrecht hatte, mufste seiner Wege gehn. Aber hier ist sehr viel mehr als ein Streit um die Einführung der Landschaft im Westen; hier wird ein Prinzipienstreit ersten Ranges geführt von einem Minister ersten Ranges nicht nur gegen einen Kollegen, sondern gegen das halbe Rufsland oder drei Viertel von Rufsland. Es handelt sich darum, ob Rufsland büreaukratisch-absolut bleiben oder in konstitutionelle Bahnen geleitet werden soll.

Was die Meinung GOREMYKINS sei, kann uns gleichgiltig sein, um so mehr, als man aus dieser Streitschrift diese Meinung nicht deutlich zu erkennen vermag. Die Meinung eines so gewaltigen Mannes wie WITTE aber interessiert uns sehr, und er sagt sie

[1] Bereits zum Teil veröffentlicht in den Grenzboten, III, 1901.

uns am Schlusse der Schrift mit klaren Worten. Er hält die modernen Konstitutionen für die grofse Lüge unsrer Zeit und ihre Anwendung auf Rufsland für das sichere Mittel der Auflösung dieses Reiches. Darin mag er wohl nicht unrecht haben. Nun aber erklärt er selbst, dafs es so wie jetzt mit der Verwaltung des Reiches nicht weiter gehen könne, weil zwei feindliche Prinzipien einander in der Verwaltung bekämpfen: die staatliche Büreaukratie und die Organe der landschaftlichen Selbstverwaltung, jene als Vertreterin monarchischer Selbstherrschaft, diese als Vertreter einer Volksgewalt, die notwendig zur Konstitution, zur Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung führen müsse. Auch hierin mag WITTE recht haben. Aber was soll nun geschehen, den Zwiespalt aufzulösen? Es soll, sagt WITTE, keinerlei Erweiterung der Thätigkeit der Landschaften erlaubt werden, es soll ihr eine klare Grenze gezogen werden, die sie unter keinem Vorwande überschreiten darf. Zugleich aber soll so schleunig als möglich eine richtige und zweckentsprechende Organisation der staatlichen Administration vorgenommen werden, in dem Bewufstsein, dafs „wer der Wirt im Lande ist, auch der Wirt in der Administration sein soll".

Soll hierin nun das Programm WITTEs enthalten sein, mit dem er die grofse Reform ins Werk setzen und die Entwicklung einer landschaftlichen Thätigkeit von vierzig Jahren abthun will? Eine Reform der Staatsverwaltung — nichts weiter? Das Ei des Kolumbus, so scheint es; nur dafs man, wenn man bedenkt, wie sich seit zweihundert Jahren alle russischen Zaren und Zarinnen, Minister und Kanzler bemüht haben, eine solche „regelrechte und passende Organisation" zu erfinden, bisher aber keine „regelrecht und passend" war, etwas zweifelhaft werden kann an der Ausführbarkeit der Aufgabe, die WITTE sich oder andern Ministern stellt. Wenn das so leicht wäre, wenn das auch überhaupt ausführbar wäre, was WITTE will: eine durchaus zentralistisch geleitete, allgewaltige Beamtenherrschaft, mit einer „richtig organisierten Beteiligung der gesellschaftlichen Elemente an den staatlichen Institutionen", dann wäre seit den Reformen Katharinas II dieses Ideal wohl gefunden worden, dann hätte auch WITTE nicht so viel Mühe darauf zu verwenden brauchen, nachzuweisen, dafs die Landschaftsinstitutionen prinzipiell unvereinbar seien mit der absoluten zarischen Macht. Was ist denn die „richtig organisierte Beteiligung

der gesellschaftlichen Elemente" an der Verwaltung der öffentlichen Dinge, die die unrichtig organisierte Beteiligung der Landschaften ersetzen soll?

„Die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte," sagt WITTE, „die volle und allseitige Entwickelung widerspricht nicht nur nicht den Prinzipien der absoluten Monarchie, sondern verleiht ihr vielmehr Lebendigkeit und Kraft. Indem die Regierung zur Entwicklung der gesellschaftlichen Selbstthätigkeit mitwirkt, indem sie sozusagen auf den Schlag des gesellschaftlichen Pulses horcht, gerät sie doch nicht in Abhängigkeit von der Gesellschaft, bleibt sie eine vernünftige Kraft und eine folgerichtige Macht, versteht immer ihre Ziele, kennt immer auch die Mittel zu ihrer Erreichung, weifs, wohin sie geht und führt." Nun wahrlich, wir haben WITTE bisher oft als einen Mann der praktischen und energischen Thatkraft bewundert und sind um so mehr erstaunt, ihm hier als einem Idealisten von höchstem Fluge zu begegnen. Der aufgeklärte Absolutismus des Herrn Ministers stellt sich da, wie es uns scheint, eine Aufgabe, die kein Staat des achtzehnten Jahrhunderts vollständig gelöst hat, auch wenn er das beste Material an Beamten zur Verfügung hatte, und die das Rufsland des zwanzigsten Jahrhunderts nun nach der Meinung WITTEs lösen soll. Was trieb denn die Regierung Alexanders II dazu, zur provinziellen Selbstverwaltung zu greifen, wenn nicht die Erfahrung, dafs das staatliche Beamtentum unfähig sei, sowohl den Pulsschlag des Volkes zu vernehmen, als auch die übrigen Ideale des Herrn Ministers zu erfüllen? Was ist denn die ewige seit Jahrhunderten von Rufsland zu uns herübertönende Klage, dafs es an einem tüchtigen Beamtenmaterial fehle? Hat sich denn das plötzlich geändert? Hören wir denn nicht täglich von uralten Schäden dieser Büreaukratie, an der seit Peter I herum reformiert wird ohne durchgreifenden, genügenden Erfolg, und der als Ersatz und Kontrolle in bescheidenen Grenzen die landschaftliche Selbstverwaltung von 1864 gegenübergestellt ward? Woher hat denn der Minister plötzlich das Vertrauen in diese Büreaukratie gewonnen, um mit ihr, auch wenn sie „richtig und passend organisiert" ist, die ideale Verwaltung eines Reiches wie Rufsland zu ermöglichen?

Es ist aber nicht unsre Sache, als Verteidiger der russischen Selbstverwaltung aufzutreten. Uns interessiert vor allem die Frage, welchen Weg das russische Staatsleben einschlagen werde. Und

hier haben wir eine Schrift, in der sich der heute, oder doch vor drei Jahren, als er die Schrift verfaſste, mächtigste Mann in Ruſsland klar für die Rückkehr zu dem System rein büreaukratisch-zentralistischer Regierung ausspricht. Wenn wir jedoch aufmerksam zwischen den Zeilen lesen, so dünkt uns, daſs der Minister nur unter schwerem innerm Kampf zu seiner Erklärung gelangt ist, weil er der Ausführbarkeit seines büreaukratischen Ideals keineswegs so ganz sicher war, vielmehr zu seinem Entschluſs nur deshalb gelangte, weil er keinen andern Ausweg fand, der gefürchteten Konstitution zu entgehen. So ängstlich wie er steht aber wahrscheinlich nur eine Minderheit der politisch thätigen Männer einer kommenden Volksvertretung gegenüber, und noch viel geringer dürfte die Zahl derer sein, die mit dem Minister die Selbstverwaltung definitiv zu lähmen und die Omnipotenz des Tschinowniktums zu rehabilitieren bereit sind. Es ist deshalb doch zweifelhaft, ob WITTE das letzte Wort behalten wird; es ist von Interesse, seinen Ausführungen etwas genauer nachzugehen.

In seiner ersten Denkschrift hatte er ausgeführt, daſs in einer autokratischen Staatsordnung mit der in ihr unvermeidlich büreaukratischen Zentralisation die landschaftliche Selbstverwaltung ein unpassendes administratives Mittel sei, oder daſs sie unvermeidlich zur Volksvertretung und zur Teilnahme dieser an Gesetzgebung und oberster Verwaltung führe. Beides sucht er in dieser zweiten Denkschrift eingehend zu begründen, wobei freilich der Beweis für die Unverträglichkeit der Selbstverwaltung mit einer autokratischen Staatsordnung recht leicht genommen wird. Denn so groſs die Menge wissenschaftlicher Autoritäten ist, auf die sich der Minister in seiner Schrift beruft, so erscheint seine Behauptung, daſs die Selbstverwaltung schon heute von der Theorie fast verworfen sei, dennoch auch wissenschaftlich anfechtbar. Sehr viel besser begründet, aber freilich auch kaum von jemand bestritten ist die weitere These, daſs Selbstverwaltung und Staatsbüreaukratie einander wesentlich gegensätzlich gegenüber stünden. Diesen prinzipiellen Gegensatz hält WITTE nun für einen ausgiebigen Beweis gegen die Ersprieſslichkeit einer gleichzeitigen Thätigkeit beider Arten von Beamten, denn es kommt ihm gar nicht in den Sinn, auch nur zu untersuchen, ob das Vorhandensein eines solchen Gegensatzes und der aus ihm folgende Kampf nicht an sich auch nützlich sein können. Widerstand gegen die oberste Staatsleitung

ist ihm an sich ein Übel, das prinzipiell beseitigt werden mufs. Er führt gegen die Selbstverwaltung als eine Erfahrung ins Feld, dafs es leichter sei, einen Gouverneur ein- und abzusetzen, als ein gewähltes Stadthaupt, leichter, eine Anordnung irgend einer staatlichen Behörde abzuändern, als den Beschlufs einer Landschaft u. s. w. Der starre Büreaukrat charakterisiert sich hiermit genügend scharf. Aber alle solche Bedenken treten doch zurück vor der drohenden Gefahr, aus der lokalen Selbstverwaltung eine allgemeine Volksvertretung, eine Reichsverfassung nach europäischem Muster hervorgehen zu sehen. Um diese Gefahr recht deutlich zu machen, läfst der Minister einen langen Zug wissenschaftlicher Gröfsen als Zeugen auftreten.

Es ist, sagt man, fast üblich, dafs russische Minister und Würdenträger in solchen Staatsschriften in der vollen Rüstung europäischer Wissenschaft auftreten. Jedenfalls hat WITTE in einer Anlage zu dieser Denkschrift eine Sammlung gelehrter Quellen gegeben, zum Beweise des innigen Zusammenhangs zwischen Selbstverwaltung und repräsentativer Staatsverfassung. Er bedauert zwar die Kürze dieser Quellensammlung; aber der kurze Abrifs dieser Sammlung, der einen grofsen Teil des Textes seiner Denkschrift umfafst, ist allein schon ausreichend, über die Gelehrsamkeit Staunen zu erregen, über die ein russischer Minister verfügt. Die gesamte staatsrechtliche Litteratur Europas, die Verfassungen und Provinzialordnungen und Kreisordnungen Deutschlands, Frankreichs, Englands, ja Rumäniens und Japans, die Geschichte der französischen Revolution und der STEIN-HARDENBERGschen Reformen bis auf die Vorgänge von 1848 und die Debatten im Reichstage von 1872 — alle die Waffen des Geistes sind da, um — die enge Verbindung von Selbstverwaltung und Konstitutionalismus zu beweisen. Allerdings scheint das dringend nötig gewesen zu sein gegenüber einem Minister, der seinerseits, ganz auf wissenschaftlichem Boden stehend, aus der russischen Geschichte nachgewiesen hatte, dafs die örtliche Selbstverwaltung durch den ganzen Gang der russischen Geschichte, durch die besondere gesellschaftliche Struktur und sogar durch die geographische Lage im voraus angezeigt sei, und dafs mit Ausnahme einer kurzen Übergangszeit um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts die büreaukratische Verwaltung niemals zur Grundlage des russischen Staatsbaues gedient habe. So überraschend diese

Anschauungen des Ministers des Innern sind, so überzeugend ist die Meinung des Ministers der Finanzen von der Tendenz der örtlichen Selbstverwaltung zu der allgemeinen Selbstverwaltung, wenn es eines Beweises noch heute bedurft hätte; nur dafs der grofse Vorzug, der nach WITTEs Meinung der russischen Entwickelung vor der europäischen eigen ist: der Vorzug, den Kampf der Stände untereinander und mit dem Monarchen vermieden zu haben, schwerlich allgemeine Anerkennung finden dürfte. Denn diesem Kampfe wird auch Rufsland nicht entgehn, und WITTE selbst schürt ihn vielleicht zu unnötig hoher Flamme auf, eben durch die rücksichtslose Verwirklichung seines staatlichen Ideals der autokratischen Büreaukratie und der aus ihr folgenden Zentralisation der Staatsverwaltung.

In der Verehrung dieser Zentralisation läfst WITTE sich wieder von der Wissenschaft, insbesondere von A. LEROY-BEAULIEU, bestärken, dem Fremden, obwohl der entgegengesetzte Standpunkt von so guten Kennern Rufslands wie HERZEN, den beiden AKSAKOW, dem Historiker KOSTOMAROW eingenommen wird. Es ist in der That leicht, blendende Argumente für die Notwendigkeit einer administrativen Zentralisation in Rufsland aufzuführen, und LEROY-BEAULIEU hat das ausgiebig gethan.[1] Aber wir haben einmal erlebt, wie der Baron HAXTHAUSEN vor fünfzig Jahren alle Welt mit seiner Entdeckung des sozialen Ideals in der russischen Gemeindeverfassung blendete und die vernünftige Entwickelung der russischen bäuerlichen Verhältnisse bis auf den heutigen Tag in unheilvollster Weise zurückgehalten und verwirrt hat. Der Mir, die russische Bauerngemeinde, ist bis heute noch ein nationales Dogma, an das viele glauben, und wenn WITTE sein Ziel erreichen sollte, so könnte die büreaukratische Zentralisation ebenso zu einem nationalen Dogma werden. Denn an blendenden Argumenten dafür mangelt es nicht für den, der weniger das Wohl des russischen Volkes als den Glanz des russischen Staates im Auge hat. Und wenn dieses Dogma, einmal anerkannt, auch nicht die Lebensdauer des anderen Dogmas HAXTHAUSENscher Erfindung haben wird, so wird es doch weit gröfseres Unheil als dieses über das gesamte, nicht blos das bäuerliche Volksleben Rufslands bringen. Wenn WITTE alle die wissenschaftlichen Quellen, die er in überreichem Strome

---

[1] L'empire des Tsars.

fliefsen läfst, wirklich gründlich, und besonders wenn er sie selbst erforscht hätte, so hätte er an seinem Dogma und an seiner Autorität LEROY zweifelhaft werden müssen. Aber so gut WITTE unbedenklich annimmt, dafs die wissenschaftliche Rüstung seines Gegners GOREMYKIN von anderen Händen zusammengestellt wurde, so gut dürfen wir annehmen, dafs WITTE niemals die grofse Bibliothek gesehen oder doch durcharbeitet hat, auf die er sich beruft. Auch er hat sich seine wissenschaftliche Ausrüstung von „Zusammenstellern" machen lassen, auch er hat weder GNEIST noch HOLTZENDORFF noch gar FRIEDENTHAL, weder BARANTE, noch DICY, noch BROUGHAM, noch MARX, noch MILL, noch den Japaner JYENAGA u. s. w. studiert, um diese seine Denkschrift zu verfassen, und seine „Zusammensteller", wie der Ausdruck bei WITTE wörtlich lautet, haben die grofse Litteratur Europas nur in usum ministri verarbeitet, ohne ihm mehr davon zu sagen, als er hören wollte. Und hören wollte er nur, dafs Rufsland nicht anders regiert werden könne, als von einem zentralisierten Staats-Tschinowniktum, und dafs deshalb die Selbstverwaltung in Rufsland ein Unding sei.

Wenn das wissenschaftliche Turnier der beiden Minister uns allenfalls als Kennzeichen für die Art der Kriegführung zwischen russischen leitenden Staatsmännern interessiert, so wird doch unsere Aufmerksamkeit weit stärker in Anspruch genommen von den Abschnitten der Schrift, in denen uns eine kurze Geschichte der Kämpfe geboten wird, die von 1864—1900 zwischen den Landschaften und der Staatsregierung ausgefochten wurden. Und man wird die Objektivität anerkennen müssen, mit der der Minister diese Kämpfe darlegt, indem er, die Fehler der Landschaften wenig beachtend, hauptsächlich auf das gewaltsame Vorgehen der Staatsregierung hinweist. Wir folgen seinen Darlegungen in gedrängter Kürze.

Das allständische Prinzip, sagt der Minister, erschien in unseren Institutionen plötzlich, ohne einen ihm vorausgehenden langen historischen Prozefs, der die gesellschaftlichen und ständischen Unterschiede schrittweise ausgeglichen hätte. In dem Rufsland zu Anfang der sechziger Jahre vollzog sich ein tiefer Umschwung in den Anschauungen von Regierung und Gesellschaft. Die alten Ordnungen brachen zusammen; der politische Bau des Reiches, der so lange auf der ständischen Organisation und der

Hierarchie der örtlichen Gesellschaften geruht hatte, fand sich Auge in Auge dem allständischen Prinzip gegenübergestellt; man mufste das System der örtlichen Verwaltung radikal ändern. Die allgemeine Strömung war auf eine politische Änderung gerichtet und hatte ihren Brennpunkt in der „Glocke" HERZENS. Die liberalen Ideen und der Konstitutionalismus waren damals so stark, dafs sogar KATKOW die Berufung einer allrussischen Landschaftsversammlung zur Organisierung der öffentlichen Meinung befürwortete. Unter den Männern, die das Gesetz über die Organisation der Landschaften vorbereiteten, waren viele, die mit dem Führer in dieser Sache, MILUTIN, meinten, dafs die Einführung einer Konstitution verfrüht, aber prinzipiell zu wünschen sei. MILUTIN wollte den Bau von unten beginnen, mit örtlichen Wahlkörpern, in denen das Land zur Selbstverwaltung erzogen werden würde; die Wahlkörper sollten die Keime für eine kräftige repräsentative Reichsregierung werden. Es ist bemerkenswert, wie objektiv und warm WITTE an dieser Stelle die „hervorragenden Staatsmänner der sechziger Jahre" gegen Angriffe GOREMYKINS verteidigt, die „ihrer Zeit so viel Grofses vollbrachten, wie es ihre Nachfolger nicht leisteten, die sich um die Erneuerung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Baues nach ihren innigen Überzeugungen mit freier Ergebenheit gegenüber ihrem Herrscher und nicht gegen sein Streben bemühten." Rechnet W TTE sich zu ihren Gesinnungsgenossen?

In dem die Landschaftsinstitutionen ankündenden Manifest vom 31. März 1863 bezeichnete Alexander II die vernünftige Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung als die Grundlage des gesamten gesellschaftlichen Baues. Weiter hiefs es: „Indem wir diese Einrichtungen bewahren, behalten wir uns vor, wenn sie durch die Praxis erprobt sein werden, an ihre weitere Entwickelung nach Mafsgabe des nach Zeit und Ort Nötigen zu gehen." Und in einer Depesche vom 14. April desselben Jahres an den russischen Botschafter in London sagte der Reichskanzler Fürst GORTSCHAKOW: „Das von unserem allerhöchsten Monarchen angenommene System enthält in sich den Keim, der durch Zeit und Erfahrung entwickelt werden soll. Es hat die Bestimmung, auf Grund provinzieller und munizipaler Einrichtungen, die in England der Ausgangspunkt und die Grundlage von Gröfse und Wohlfahrt gewesen sind, zur administrativen Autonomie zu führen." In demselben Sinne sprach

sich der Zar im August gegen MILUTIN aus: er habe keine Abneigung gegen eine repräsentative Staatsleitung, aber die Russen seien für eine Konstitution noch nicht reif.

In der Kommission, die das Landschaftsgesetz von 1864 ausarbeitete, präsidierte ein so konstitutionell denkender Mann wie MILUTIN, und arbeitete man im Geist und in den Formen konstitutionellen Lebens. Aber sehr bald erstarkte neben der liberalen Strömung das Mifstrauen, die Furcht vor dem Reformeifer, besonders in dem von der Aufhebung der Leibeigenschaft erschütterten Adel und bald auch in den Regierungskreisen. Der neue Minister des Innern, WALUJEW, übernahm an Stelle MILUTINs den Vorsitz in der Kommission, und man begann in ihr zu lavieren, zwischen den beiden Prinzipien Ausgleiche zu suchen. Die Selbständigkeit der Landschaften wurde nicht mehr das klare Ziel der Arbeiten, sondern die ohne Gefährdung der staatlichen Autorität mögliche Befriedigung der hochgespannten Erwartungen der liberalen Menge. Das Landschaftsgesetz bekam den unbestimmten Charakter, der das Ergebnis des Bestrebens war, sowohl die Anhänger als die Gegner der Reform zufrieden zu stellen: die ersten wurden mit der Zukunft vertröstet, die anderen damit beschwichtigt, dafs die Kompetenzen der Landschaften äufserst elastisch bestimmt wurden. Insbesondere unterliefs man, die Grundlage des Baues, die allständische Gemeinde zu schaffen. Im ganzen blieb die gesetzgebende Gewalt des Staates unangetastet, seine verwaltende Macht aber wurde stark zu Gunsten der neuen landschaftlichen Institute eingeschränkt als der repräsentativen Organe der örtlichen Bevölkerung. Die Regierungsgewalt spaltete sich und mufste zum Antagonismus führen. Von den ersten Jahren des Bestehens der Landschaften an machte sich dieser Antagonismus bemerkbar. Gegenseitiges Mifstrauen und Verdacht, je nach Umständen offene oder geheime Opposition, passiver Widerstand und sogar offener Kampf — das sind die Züge und die einzelnen Episoden der Geschichte dieser Beziehungen. Auf seiten der Regierung war die Macht, und die Ausbrüche der Landschaften waren deshalb zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die äufsere Erscheinung dieser Beziehungen ist diese: von der einen Seite unterdrückt das gouvernementale Prinzip mehr und mehr das landschaftliche, andererseits strebt die Landschaft danach, aus dem engen Rahmen, den man ihr gegeben hatte, herauszukommen, zu einer realen Macht zu werden, sich ausführende

Organe zu schaffen und Teilnahme an der Zentralverwaltung zu erlangen. Dieser Kampf ist nicht zufällig, keine psychologische Verirrung, sondern ein Prinzipienkampf.

Die Selbständigkeit der Landschaften war schon durch das Grundgesetz von 1864 beschränkt. Manche ihrer Beschlüsse konnten vom Gouverneur oder vom Minister des Innern inhibiert werden, wenn sie „den Gesetzen oder dem allgemeinen Nutzen des Staates" widersprachen. Der elastische Begriff des staatlichen Nutzens ermöglichte eine immer fortschreitende Unterwerfung der Landschaften unter die Macht und Aufsicht des Gouverneurs. Durch Senatserläuterung vom 16. Dezember 1866 wurde den Gouverneuren das Recht eingeräumt, jeder von den Landschaften erwählten Person die Bestätigung wegen mangelnder Wohlgesinntheit zu verweigern. Im folgenden Jahre wurde die Disziplinargewalt des Vorsitzenden der Landschaftsversammlungen (Adelsmarschälle) stark vermehrt. Diese Versammlungen kamen damit ganz in die Hände des ständischen Vorsitzenden und des Gouverneurs. Im Jahre 1879 erhielten die Gouverneure das Recht, landschaftliche Beamte wegen mangelnder Wohlgesinntheit zu entfernen. Durch verschiedene Verordnungen wurden die landschaftlichen Ärzte und Apotheker abhängig gemacht von den staatlichen Medizinalbehörden und Gouverneuren, die Schulräte von den Schulkuratoren, die Lehrer von den Inspektoren u. s. w., woraus hervorgeht, dafs die Regierung strebte, die landschaftliche Selbständigkeit einzuschränken, zu blofsem Schein zu machen, die Landschaften selbst aus selbständigen, nur unter der Kontrolle der Regierung stehenden Organen allmählich auf die Stufe büreaukratischer, dem Willen des Gouverneurs gehorsamer Behörden herabzusetzen.

Damit parallel ging stufenweise eine Beschränkung der landschaftlichen Kompetenz. Durch Gesetz vom 21. November 1866 wurde das Recht der Landschaften, die Handels- und Industrieanstalten zu besteuern, eingeschränkt. Aber der ernstesten Einschränkung unterlag die Landschaft auf dem Gebiet des Volksunterrichtes. In den ersten Jahren war der Landschaft eine sehr weite Teilnahme an der Fürsorge für das Volkschulwesen auf Grund des Gesetzes von 1864 eingeräumt worden, so dafs thatsächlich die Landschaft fast volle Herrschaft in der Volksschule gewann. Nachdem Graf DIMITRI TOLSTOI Minister der Volksaufklärung geworden war, erging alsbald eine Reihe von Mafsregeln,

die den Zweck hatten, die Landschaft von der thatsächlichen Leitung des Volksunterrichtes zu beseitigen und sie auf die blos ökonomischen Interessen zu beschränken. Im Jahre 1869 wurden staatliche Inspektoren geschaffen, die 1871 das Recht erhielten, Volksschullehrer wegen mangelnder Wohlgesinntheit zu entfernen und Beschlüsse der Schulräte zu inhibieren; 1873 wurde durch kaiserliches Reskript offen die Sorge ausgesprochen, dafs die Volksschule zu einem Werkzeuge sittlicher Fäulnis des Volkes werden könnte, weshalb den Adelsmarschällen aufgetragen wurde, in dieser Hinsicht besonders wachsam zu sein. Im Jahre 1874 wurden die Adelsmarschälle zu Vorsitzenden in den Schulräten gemacht, die Kompetenz der Schulräte wurde auf blofse Formen herabgesetzt, und die ganze Verwaltung der Schulen in Wirklichkeit in die Hände staatlicher Direktoren gelegt. Die Landschaften protestierten heftig gegen die Bedrückungen. Die Landschaftskommission von Charkow klagte 1880, der Volksschullehrer sei in die Abhängigkeit von einer ganzen Reihe von Obrigkeiten geraten, angefangen bei den Schulräten, den Adelsmarschällen, den Inspektoren und Direktoren bis hinab zum Bezirkspolizisten und Landpolizisten, ja mittelbar bis zum Dorfgeistlichen und Gemeindeschreiber, von denen jeder in der Schule seine Rechte und Forderungen geltend mache. Der Lehrer verliere allen Boden, könne seine Pflicht nicht ernstlich erfüllen, und die Folge sei eine allgemeine Flucht der Volksschullehrer. Ähnliche Proteste kamen von anderen Landschaften und Schulräten. So schrieb der Nowgoroder Schulrat: „Wenn sich noch so selbstlose Lehrer finden, die unter solchen Umständen ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen, so mufs man sich darüber verwundern, mufs sich noch der Resultate freuen, die jetzt erzielt werden.“

Auf den anderen Gebieten der Selbstverwaltung, wie Medizinalwesen, Wegebau u. s. w., konkurrierten die Landschaften mit den in den Gubernien noch erhaltenen entsprechenden staatlichen Organen; „in dieser konkurrierenden Thätigkeit gewährte die Staatsregierung systematisch alle Vorzüge diesen letzteren, die sie als die ihrigen ansah, und überliefs der Landschaft nur eine untergeordnete, rein dienende Rolle. Diese Bevorzugung äufserte sich sogar in den unwesentlichsten, bedeutungslosesten Fragen, einschliefslich der bescheidenen Angelegenheit der Wegereparaturen.“

„So wurde,“ sagt WITTE weiter, „die Selbständigkeit, diese

Grundlage jeder Selbstverwaltung, und ebenso die Sphäre der landschaftlichen Kompetenz von der Regierung systematisch eingeengt. Offenbar traute sie der Landschaft nicht. Das Mifstrauen ist besonders klar zu erkennen in ihrem Verhalten zu den landschaftlichen Gesuchen. In Bezug auf diese Gesuche war die Regierung sogar nicht immer konsequent; sie äufserte sehr häufig ein übermäfsiges Mifstrauen, indem sie auch solche landschaftliche Gesuche abwies, die eine ernste Begründung für sich hatten.“ So wurden alle landschaftlichen Gesuche abgewiesen, die Ausschliefsung der Steuerschuldner von der Wählbarkeit in die landschaftliche Vertretung und Geldstrafen für die stimmenden Glieder der Landschaftsversammlungen wegen unbegründeten Ausbleibens von den Sitzungen beantragten. Ganz besonders scharf aber war das Mifstrauen der Regierung gegen die Bitten der Landschaften um Schaffung eines untersten kleinen Verwaltungskörpers, um eine Vereinheitlichung ihrer Thätigkeit und um Erlafs dieser oder jener allgemein staatlichen Gesetze.

„Nach dem Grundgedanken des Gesetzes von 1864 sollte die Landschaft ‚eine dauernde Verbindung mit der Örtlichkeit und der Gesellschaft‘ aufrecht halten, aber zur Erhaltung dieser Verbindung gab ihr das Gesetz keinerlei Mittel. Es wurde nicht nur die landschaftliche Kommune, diese Urzelle der Selbstverwaltung, nicht geschaffen, sondern den landschaftlichen Kreisbehörden wurde nicht einmal anheimgegeben, selbst die Beschlüsse der Landschaften auszuführen. Unmittelbar handeln konnten die Landschaften nicht, teils weil das vom Gesetz verboten war (z. B. rücksichtlich der Naturallasten), teils deshalb, weil der Kreis eine zu grofse Einheit darstellt, deren lokalen Verschiedenheiten und Besonderheiten nachzugehen die zentrale Kreisverwaltung aufser stande ist. Ohne festen Boden und die nötige Verbindung mit der Örtlichkeit, ohne eigene ausführende Organe waren die Landschaften nicht nur aufser stande, ihre Mafsregeln richtig durchzuführen, sondern konnten nicht einmal das richtige Eingehen der landschaftlichen Steuern sichern, weshalb zuweilen manche von ihnen in eine sehr bedrängte finanzielle Lage gerieten. Die niederen Polizeiämter waren schlechte Hüter der Interessen der Landschaften und erfüllten schlecht deren Anordnungen, während ihnen doch die Ausführung der landschaftlichen Mafsregeln oblag.

Den gekennzeichneten Mangel ihrer Organisation suchten die

Landschaften von den ersten Tagen seines Auftauchens an zu beseitigen. Diesem Ziele strebten die einzelnen Landschaften auf verschiedenen Wege zu ... Alle landschaftlichen Gesuche in dieser Richtung aber wurden systematisch abgewiesen, und man darf annehmen, dafs sich bei diesen Abweisungen die Regierung mehr von politischen Erwägungen leiten liefs; denn vom Standpunkte der Zweckmäfsigkeit kann es keinem Zweifel unterliegen, dafs die Landschaft ohne festen Boden und ohne Zusammenhang mit dem Wirkungsgebiet nicht erfolgreich wirken konnte und mit oder ohne ihren Willen manche ihrer wichtigsten Pflichten versäumen mufste. Ganz besonders mifstrauisch verhielt sich die Regierung zu den Versuchen der Landschaften, eine engere Verbindung zwischen sich und der bäuerlichen Selbstverwaltung herzustellen. Die Mehrheit der Bevölkerung der Gubernien machen die Dorfbewohner aus; auf Befriedigung der Bedürfnisse dieser Volksklasse waren denn auch anfänglich alle Bemühungen der landschaftlichen Ämter gerichtet. Die landschaftlichen Vertreter meinten, dafs die Sorge um die Bedürfnisse des bäuerlichen Standes die alltäglichste und hauptsächlichste sei, dafs zur Befriedigung dieser Bedürfnisse das sorgfältigste Bekanntwerden mit dem Sein und den Lebensbedingungen der örtlichen Bauern unumgänglich sei; sonst konnte es immer vorkommen, dafs Unwesentliches befriedigt wurde und Wesentlicheres nicht. Die Regierung jedoch erachtete nicht blos für unmöglich, die bäuerliche Selbstverwaltung [1] in den Bau der Landschaftsinstitutionen einzufügen, etwa durch Errichtung einer allständischen Dorfgemeinde, sondern verhielt sich zu den Bemühungen der Landschaften um die Bedürfnisse des Bauernstandes sogar höchst abwehrend.“ So verbot z. B. der Minister des Innern im Jahre 1874 der Landschaft von Taurien, die sich um die Volksernährung kümmern wollte, alle örtlichen Untersuchungen über die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die Ausstattung mit Land bei den Bauern. „So wurde der landschaftlichen Selbstverwaltung, die berufen war, ‚für die örtlichen Bedürfnisse und den Nutzen der Bevölkerung zu sorgen‘, in Wirklichkeit das Recht genommen, diese Bedürfnisse des Volkes durch Untersuchung seiner Lage zu erfahren.“

„Während die Regierung das Streben der Landschaften, im

---

[1] Die Bauerngemeinde ist das einzige ständische Institut in Rufsland, das sich seit lange einer unangetasteten gesetzlichen Selbstverwaltung erfreut.

Lande Wurzel zu schlagen, in eine engere Verbindung mit der bäuerlichen Selbstverwaltung zu treten, nicht erlaubte, verhielt sie sich mit womöglich noch gröſserem Miſstrauen gegenüber der Einigung der landschaftlichen Thätigkeit zur Herstellung einer Verbindung unter den einzelnen Landschaften.“ „Ganz zu Anfang ihres Bestehens hatten die landschaftlichen Ämter das Recht, unter ihrer Verantwortung und ohne Präventivzensur ihre Berichte, Unterlegungen und Journale zu drucken. Damals überboten sich die Zeitungen in dem Eifer, über die Thätigkeit der landschaftlichen Versammlungen zu berichten; die öffentliche Meinung interessierte sich lebhaft für diese Thätigkeit, und es begann eine Gemeinschaft zwischen landschaftlichen Kreis- und Gubernialämtern aufzutauchen. Aber schon am 13. Juni 1867 erschien ein Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsrats, das verbot, ohne vorgängige Erlaubnis der örtlichen Gubernialobrigkeit die in den landschaftlichen, städtischen und ständischen gesellschaftlichen Versammlungen gefaſsten Beschlüsse, Sitzungsberichte u. s. w. und ebenso die vorhergegangenen Debatten und Reden zu drucken. Trotz dieser ersten verbietenden Maſsregel, deren Wirkung, nach den Worten KOSCHELEWS, sehr scharf war, fuhren die Landschaften fort, mit allen Kräften nach einer Einigung ihrer Thätigkeit zu ringen. Sie setzten einen gegenseitigen Austausch der Berichte fest und bemühten sich, dem Punkt . . . des Gesetzes über die Landschaftsinstitutionen eine weite Anwendung zu geben, durch den ihnen erlaubt war, Beschlüsse zu fassen über Beziehungen oder Vereinbarungen mit anderen Versammlungen in Sachen, die allgemeine Verordnungen der Regierung und Fragen nach den gesetzlichen Grenzen der Kompetenz der Versammlungen betrafen. Zugleich begannen die Landschaften Gesuche anzuregen um Gestattung allgemeiner Versammlungen zur Beratung von Fragen, die mehrere Landschaften betrafen, und um Genehmigung der Herausgabe eines gesamtlandschaftlichen gedruckten Organs.“

„Man muſs, so scheint es, anerkennen, daſs alle diese Bestrebungen und Gesuche der Landschaften mit dem Grundgedanken des Gesetzes von 1864 übereinstimmten, dessen Ziel es war, die Landschaften zu einigen, in ihnen eine selbständige und regelrechte öffentliche Meinung heranzubilden.“ Man muſs ebenso zugeben, daſs das Streben nach Einigung der landschaftlichen Thätigkeit auch eine tiefe praktische Begründung hatte. Die Zerrissenheit der Landschaften und die Unmöglichkeit geschäftlichen Verkehrs

unter ihnen mufsten äufserst schädlich auf den Gang der landschaftlichen Sache wirken; in ihm konnte keine Einheitlichkeit sein, auch in den Zweigen der Wirtschaft, in denen eine solche Einheitlichkeit wesentlich notwendig war, nicht blos im Interesse der einzelnen Landschaften, sondern auch im Interesse des Reiches. ... Weiter kann man die unzweifelhafte Thatsache nicht leugnen, dafs die benachbarten Landschaften immer die engsten und unzerreifsbar miteinander verbundenen Interessen haben werden und haben müssen. ... Der Kampf mit Epidemien, mit schädlichen Tieren und Insekten kann von einer einzelnen Landschaft nicht mit Erfolg geführt werden. Der Bau der Verkehrsstrafsen zwischen benachbarten Gubernien, die Verteilung des Risikos bei landschaftlicher Versicherung auf ein breiteres Gebiet, die Gründung von Pensionskassen für die landschaftlichen Beamten u. s. w. — das alles ist nicht anders möglich, als nach Übereinkommen mehrerer an der Sache interessierter Landschaften. Endlich vermag man eine scharfe Grenze zwischen ‚örtlichen wirtschaftlichen Nutzen und Nöten' und ‚allgemeinen Reichsinteressen' gar nicht zu ziehen. ... Alles dieses zusammen rechtfertigt vollkommen das Streben der Landschaften nach Einigung ihrer Thätigkeit. ...

Die Regierung sah jedoch alle diese Versuche ... ganz anders an: sie sah ohne Zweifel in der Einigung der Landschaften eine Gefahr. Das von dem Grundgesetz von 1864 den Landschaften gewährte Recht, sich untereinander zu vereinbaren, wurde immer weiter eingeschränkt, erfuhr eine immer engere Auslegung, und alle Versuche der Landschaften, es anzuwenden, wurden von der Regierung abgeschnitten, sogar bei der gröfsten von den Landschaften angewandten Vorsicht, so dafs z. B. eine Landschaft (Charkow) eine Unterlegung einsandte, in der sie die Regierung bat, ihr die Möglichkeit der Anwendung des Gesetzes anzugeben. Weiter beschränkte ein Zirkularbefehl vom Jahre 1868 den Verkehr der Landschaften untereinander und ihre Öffentlichkeit; alle Zusammenkünfte mehrerer Landschaften, die Gründung eines gemeinsamen Organs, das alles wurde an der Wurzel abgeschnitten. Endlich verbot man, in der Presse überhaupt von den Zusammenkünften der Landschaften zu reden.

Ganz besonders eifersüchtig verhielt sich die Regierung zu den Versuchen der Landschaften, irgend einen Einflufs auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Am häufigsten baten die Landschaften

um solche Änderungen der Gesetze, die eine allgemein landschaftliche oder allgemein staatliche Bedeutung hatten. Viele davon verdienten ernstliche Beachtung und widersprachen keineswegs der Grundidee des Gesetzes von 1864. Alle solche Bitten wurden mit rein formeller Begründung abgewiesen. ... Die Tendenz zum Mifstrauen und zur Einengung der Kompetenz der Landschaften ging vom Zentrum aus zur Peripherie, nicht umgekehrt, wie GOREMYKIN meinte, und schuf im Lande die „traurige Chronik von Widersprüchen und Widerhandlungen, an denen die Geschichte der Landschaften so reich ist". War die Zentralgewalt mifstrauisch, so zeigten sich das Mifstrauen und das Bestreben, die Landschaft der gouvernementalen Bevormundung zu unterwerfen, noch stärker in den Handlungen der einzelnen Gouverneure: sie verletzten sehr oft die den Landschaften gesetzlich zustehenden Rechte. Und noch weiter gingen in diesem Kampf die staatlichen Gewalten der Kreise: Bedrückung der bäuerlichen Gemeinden bei der Wahl der Stimmhaber (stimmfähigen Glieder) für die Landschaften; Strafen für die Wahl der Administration nicht genehmer Personen, und sogar Zwangsmittel gegen die Stimmhaber selbst. „Hier," sagt WITTE, „begegnen wir in der Geschichte der Landschaft ganz traurigen Seiten."

Die Landschaft konnte natürlich nicht umhin, in allen diesen Handlungen der zentralen und der örtlichen Gewalten eine systematische Beschränkung ihrer Thätigkeit zu sehen. Sie mufste ebenso die Mängel und Unfertigkeiten ihrer Organisation erkennen und wandte sich deshalb in vielen Gesuchen an die Regierung, die viel bittere Wahrheiten enthielten. Angesichts des Mifstrauens der Regierung, der allseitigen Beengung, der Unmöglichkeit, die Entwürfe der landschaftlichen Versammlungen in dem nötigen Mafse zur Ausführung zu bringen, erkalteten viele der besten Leute für die Sache der Landschaft, und in dem Mafse, als sie sich von der landschaftlichen Thätigkeit zurückzogen, gingen die Wahlen mehr und mehr in die Hände einer besonderen Klasse von sich heraufarbeitenden Machern über, die auf das landschaftliche Budget als die Quelle guter Gehälter sahen. In der Thätigkeit der Landschaften zeigten sich solche Mängel und dunkle Seiten, die auch ihre eifrigsten Anhänger nicht leugnen können. „Bedrängt," sagt WITTE, „von gouvernementaler Reglementierung, unfertig in ihrer Organisation, wurde die Landschaft ohne Zweifel ein sehr schlechtes Werkzeug der Verwaltung."

Obwohl über diese Dinge viel gesprochen und geschrieben wurde, und ohne das Hindernis der Zensur noch mehr geschrieben worden wäre, so blieb die wahre Ursache dieser traurigen und unnormalen Lage der Sache doch im Schatten. „Wenn man von der unterirdischen Presse und der fremdländischen Litteratur absieht, die von ihrem Standpunkt aus eine ziemlich richtige Schätzung der Sachlage gaben, so bestanden im ganzen zwei herrschende Meinungen. Die liberale Presse sah die Ursache der Beschränkungen, denen die Landschaft unterworfen wurde, ebenso wie auch Ihre (GOREMYKINS) Denkschrift, hauptsächlich in der beleidigten beamtlichen Eigenliebe der einzelnen Minister und Gouverneure, in dem büreaukratischen Druck u. s. w. und forderte ihrerseits Gewährung möglichst weiter Freiheit für die Landschaft (was Ihre [GOREMYKINS] Denkschrift nicht im Auge hat), mit der Versicherung, es werden mit dem Aufhören der Bedrückungen auch alle Mängel der landschaftlichen Thätigkeit verschwinden. Umgekehrt wandte die konservative Presse die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die in der landschaftlichen Thätigkeit hervorgetretenen Mängel und forderte zu ihrer Abstellung eine Verstärkung der administrativen Bevormundung. Der Streit geriet auf eine solche Weise in einen verhexten Kreis: die Landschaft wurde ein schlechtes Werkzeug der Verwaltung, weil sie eingeengt wurde: man mufs sie einengen, weil sie ein schlechtes Werkzeug der Verwaltung geworden ist. Während dessen war der Ausweg aus diesem Kreise sehr einfach, aber die einen sahen ihn nicht, die anderen, und ihrer war ohne Zweifel die Mehrheit, wollten ihn nicht sehen, oder fürchteten sich, ihn zu bezeichnen. Die Landschaft geriet ohne Frage deshalb in Verfall, weil sie von der Regierung unter unnormale Bedingungen gestellt war, aber diese Bedingungen zu ändern, der Landschaft Freiheit zu geben ohne nachfolgende Änderung des selbstherrlichen Baues des Reiches war unmöglich."

Mag die Zentralregierung allzu mifstrauisch, mögen die Gouverneure oft von persönlicher Eigenliebe beherrscht gewesen sein: es wurde sehr bald klar, dafs der Grundgedanke des Gesetzes von 1864 „sich sehr schnell zu verwirklichen begann, dafs die Landschaft sich als eine gute Schule repräsentativer Einrichtungen erwies, und dafs man sie nicht in eine richtige Stellung bringen, noch ihr die nötige Entwickelung geben könne, ohne den gesamten Staatsbau zu ändern."

Wir können hier leider den höchst interessanten weiteren Schilderungen des Ministers von den Beziehungen und Kämpfen zwischen den Landschaften und der Regierung, auch nur flüchtig, nicht weiter so folgen, wie es auf den letzten Seiten geschehen ist. Der harmlose Leser dieser Schilderung wird aber, wie ich vermute, Herrn WITTE für einen glänzenden Verteidiger der freiheitlichen Landschaftsinstitutionen halten, dem nur das Schlufswort auf den Lippen erstarb, die Folgerung, man müsse also die autokratische Verfassung Rufslands ändern. Auch weist er nachdrücklich darauf hin, dafs diese Folgerung nicht blos in den Landschaften, sondern auch in einem wesentlichen Teile der Gesellschaft gezogen worden sei. Namentlich waren es fünfundzwanzig hervorragende Bürger Moskaus, die im Jahre 1880 dem damaligen Minister des Innern LORIS-MELIKOW eine Bittschrift zur Überreichung an den Zaren vorlegten, in der sie die Fortschritte der revolutionären Thätigkeit zum wesentlichsten Teil auf „das erzwungene Schweigen der Landschaften zurückführten".... „Die russische Gesellschaft," hiefs es weiter in der Bittschrift, „bestärkt sich immer mehr und mehr in der Überzeugung, dafs ein so weites Reich, wie das unsere, mit seinem komplizierten sozialen Leben nicht ausschliefslich von Staatsbeamten verwaltet werden kann." Und zum Schlufs heifst es: „Das einzige Mittel, das Land aus seiner gegenwärtigen Lage herauszubringen, besteht in der Berufung einer unabhängigen Versammlung von Vertretern der Landschaften, in der dieser Versammlung gewährten Teilnahme an der Regierung der Nation, und in der Ausarbeitung der notwendigen Garantie für die Rechte der Person, der Freiheit der Gedanken und des Wortes." Soweit hatten sich die Gegensätze zu Anfang der achtziger Jahre zugespitzt. „Die Regierung stand vor dem Dilemma: entweder den landschaftlichen Institutionen eine geregelte Stellung zu schaffen, ihnen weitere Entwickelung zu geben, und so, den Forderungen der Landschaften nachgebend, offen in die Bahn des Konstitutionalismus einzulenken, oder, die Grundlagen der Autokratie wahrend, allendlich jede Selbständigkeit und Selbstthätigkeit der landschaftlichen Institutionen zu unterdrücken und dem gouvernementalen Prinzip ein entschiedenes Übergewicht über das landschaftliche Wahlprinzip zu erteilen."

„LOR S-MELIKOW beschlofs offenbar, vorsichtig den ersten Weg zu versuchen, sofern er nicht etwa im Sinn hatte, das

Dilemma zu umgehen." Er sprach sich hierüber den Vertretern der Petersburger Tagespresse gegenüber im einzelnen aus, durch die dann sein Programm vor ganz Rufsland verkündet wurde. „In Wirklichkeit versprach dieses nichts Bestimmtes, aber die Agitation der Landschaften verdoppelte sich, und die Gesellschaft glaubte die Verheifsung eines neuen, auf eine Verfassung abzielenden Kurses erkennen zu können." In der Zusammenkunft von 1880 wurde von den Vertretern einer Verbindung, die sich der „landschaftliche Bund" nannte, die Notwendigkeit festgestellt, „eine zentrale Volksvertretung mit der unbedingten Schaffung eines Repräsentantenhauses und allgemeinen Stimmrechtes zu erlangen, d. h. auf breitester demokratischer Grundlage beschlofs man, Petitionen einzureichen um Erweiterung der landschaftlichen Rechte, um Zulassung der Landschaft zur Teilnahme an der Zentralverwaltung. Und in der That, die Petitionen schütteten von den Landschaften im Überflufs herab, wobei bemerkenswert ist, dafs die landschaftlichen Vertreter ,in dem Ausdruck ihrer Zustimmung zu der neuen Richtung der Politik der Regierung' eine grofse Mäfsigung zeigten." . . . Die brennende Teilnahme drückte sich hauptsächlich in beglückwünschenden Adressen der landschaftlichen Versammlungen an LORIS-MELIKOW, in seiner von vielen Stadtmagistraten beschlossenen Wahl zum Ehrenbürger aus. Und LORIS-MELIKOW kam ihren Wünschen entgegen. Es wurden Senatoren zur Untersuchung der Lage in die Gubernien geschickt, in deren Instruktionen die Frage nach der Erweiterung der landschaftlichen Thätigkeit sehr klar und bestimmt gestellt war. Alle die landschaftlichen Mifsstände, die oben berührt worden sind, sollten erforscht werden. Noch vor der Beendigung der Untersuchungen ging LORIS-MELIKOW an die Beantwortung der Fragen. Die Regierung berief zu Ende 1880 die Landschaften ein „zur Beratung über die aufgetauchten Fragen und zur Abänderung einiger Bestimmungen der Verordnung vom 27. Juni 1874 über die Errichtung örtlicher Bauernbehörden." . . . Besonders eifrig kam die Regierung dem Wunsch der Landschaften in Bezug auf den Volksunterricht entgegen. Der unbeliebte Minister der Volksaufklärung, Graf TOLSTOI, wurde entfernt, sein Nachfolger machte Versprechungen, dafs die eingegangenen Gesuche der Landschaften genau geprüft werden würden. Mit den Beziehungen zu der Zentralregierung besserten sich auch die Beziehungen der Landschaften zu den örtlichen Ver-

waltungsorganen. Nachdem sechzehn Jahre lang alle Versuche der Landschaften, an Fragen der Staatswirtschaft (soll heifsen der Volkswirtschaft im Reiche) heranzutreten, unterdrückt worden waren, erklärte der Gouverneur von Tschernigow am 12. Januar 1881 bei der Eröffnung der Landschaftsversammlung, „die Regierung bedürfe mehr als je der beratenden Stimme der Landschaft in vielen Zweigen der Staatswirtschaft".

LORIS-MELIKOW entschlofs sich, den grofsen Schritt weiter zu thun: Erwählte der Landschaften und Städte zur Teilnahme an der legislativen Thätigkeit zu berufen. Die Gerüchte von der Konstitution verstärkten sich. Zu Anfang 1881 schritt LORIS-MELIKOW zur Verwirklichung seines Planes: am 28. Januar unterbreitete er dem Zaren den Entwurf zur Einberufung einer Kommission, bestehend aus Erwählten der Landschaften, und wo diese noch nicht eingeführt waren, aus Personen, die von der Regierung eingeladen werden sollten. An die Spitze dieser Kommission sollte ein allerhöchst ernannter Vorsitzender treten, und sie sollte die Beteiligung der Volkskräfte an der zentralen Verwaltung in die Wege leiten, unterstützt von mehreren aus den verschiedenen Ressorts von der Regierung berufenen staatlichen Unterkommissionen, denen die Vorbereitung der nach allerhöchster Bestimmung zu machenden legislativen Vorlagen zustehen sollte. Die Kommission sollte eine beratende sein, die von den Unterkommissionen vorbereiteten, von der Hauptkommission beratenen Gesetzentwürfe sollten von den Ministern mit ihren Gutachten an den Reichsrat gebracht werden, der sie abändern durfte; die endliche Entscheidung blieb dem Monarchen vorbehalten.

Dieses war noch keine Konstitution, aber unleugbar, meint WITTE, wurde damit die Volksvertretung durch Wahl in das System der Legislative eingeführt, und alle Welt begriff, dafs damit ein weiterer Schritt zur Vollendung der landschaftlichen Reform gethan wurde, d. h. dafs die Regierung beschlossen hatte, eine Konstitution zu geben. Man sah klar, dafs eine vereinigte Landschaftsversammlung folgen müsse, die nichts anderes sein werde, als der preufsische Vereinigte Landtag von 1848, und dafs unstreitig diese Versammlung einen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt fordern und zuletzt erhalten werde. KENNAN versicherte in seiner im Jahre 1890 erschienenen Schrift,[1] der Ukas zur Einberufung

[1] KENNAN, Die letzte Erklärung der russischen Liberalen. (Russisch.)

der Kommission sei vom Zaren am 1. März 1881 unterschrieben und LORIS-MELKOW übergeben worden, und zwar nach Durchlesung der oben angeführten Petition der fünfundzwanzig Moskauer Bürger, in der die Frage nach der Konstitution sehr klar gestellt war, und die auf den Monarchen einen tiefen Eindruck gemacht habe.

Ich mufs mir versagen, den weiteren Darlegungen WITTEs über diese Angelegenheit zu folgen; doch will ich noch hervorheben, dafs nach diesen Mitteilungen LORIS-MELIKOW als früherer Minister des Innern dem neuen Zaren Alexander III eine Unterlegung wegen der Ausführung der von Alexander II gebilligten Mafsnahmen machte, worauf zum 8. März eine besondere Beratung der Minister anberaumt wurde. Was auf dieser Versammlung vorging, meint WITTE, und zu welchem Ergebnis sie gelangte, sei nicht zuverlässig bekannt geworden.

Von da ab ging es mit den Landschaften rasch abwärts. Alexander III entschlofs sich, umzukehren zu dem anderen Wege: zur Kräftigung der Selbstherrschaft durch Errichtung einer starken Regierungsgewalt. Im Jahre 1882 bekam Graf D. TOLSTO das Ministerium des Innern, und im Jahre 1890 erschien das Gesetz, wodurch das Landschaftsgesetz von 1864 umgestaltet wurde. „Graf TOLSTOI," sagt WITTE spitzig, „verliefs nicht die gewohnte Politik des Ministeriums des Innern gegenüber den landschaftlichen Institutionen. Seinen Gedanken, in Wirklichkeit die Landschaft aufzuheben, gab er in seinem Projekt offen Ausdruck; unter dem Anschein regelrechter Ausbildung der Prinzipien der Selbstverwaltung wünschte er deren äufsere Form zu erhalten, sie aber jedes Inhaltes zu berauben." So wurde das Gesetz von 1890 zu einer neuen Halbmafsregel: es schaffte die Landschaft nicht ab, nahm ihr aber Charakter und Farbe; es vernichtete nicht das allständische Prinzip, fügte aber eine ständische Färbung hinzu; es liefs Wahlämter bestehen, erklärte aber den Dienst in ihnen als Staatsdienst; es machte die landschaftlichen Ämter nicht zu Staatsbehörden, aber vermehrte ihre Bevormundung durch den Gouverneur; es liefs den landschaftlichen Versammlungen ihre bisherige selbständige Beschlufsfassung in den meisten ihrer Sorge zugewiesenen Dingen, aber verstärkte das blos negierende Einspruchsrecht des Gouverneurs. Von der Hauptmasse der Landbevölkerung, den Bauern, wurde die Landschaft völlig getrennt.

Zwischen beide wurde durch das Gesetz von 1889 die Gewalt der Landhauptleute gesetzt, die mit den Landschaften nichts gemein haben. Das Gesetz von 1890 war ein offenbarer Schritt zur Aufhebung der Landschaften.

Dennoch wurden die Landschaften nicht gehorsame Werkzeuge der Regierung. Man kann — immer nach WITTE — deshalb geradezu behaupten, dafs die gewünschte Vereinheitlichung ihrer und der staatlichen Thätigkeit solange nicht erreicht werden wird, solange die Landschaften in den staatlichen Zentralbehörden etwas ihnen Gegensätzliches sehen werden, solange nicht Erwählte aus den Landschaften aktiven Anteil an ihrer Thätigkeit nehmen, solange die Gesetze nicht als Ergebnisse der Beschlüsse dieser Erwählten erscheinen werden. Andererseits wird das Mifstrauen der Regierung nicht verschwinden, solange sich auch nur der Schatten von Selbständigkeit bei den landschaftlichen Institutionen erhalten wird.

Bei der Thronbesteigung Nikolaus II drückten neun Gouvernementslandschaften in ihren an den Thron gerichteten Adressen ihren Protest aus gegen die bestehende Ordnung und baten um Zulassung der Landschaften zur Teilnahme an der legislativen Arbeit. Die meisten anderen Landschaften äufserten wenigstens dieselbe Gesinnung, ohne sie in Adressen auszudrücken. WITTE hält die landschaftliche Bewegung, die sich in diesen Adressen zeigt, für weit ernster, als die leere und lärmende Opposition gegen die Gouvernementsobrigkeit. Weicher in der Form, sagt der Minister, ist sie doch nach ihrem inneren Gehalt weit bedeutsamer sogar als die heftige Bewegung von 1879—1883 war; man darf nicht vergessen, dafs die neueste Bewegung von der durch das Gesetz von 1890 verstümmelten Landschaft ausgeht.

Weder eine Verschmelzung mit den staatlichen Organen, noch eine Belebung und ein Erfolg in der landschaftlichen Thätigkeit, noch das Verschwinden der politischen Tendenzen in den umgestalteten Landschaften ist erfolgt. Umgekehrt bemerkt man in den neuen Landschaften ein neues Anschwellen der landschaftlichen Besteuerung gerade für Bedürfnisse, die von den Landschaften befriedigt werden sollen, darunter auch für solche, wie die Volksbildung, die nach der Meinung GOREMYKINS nicht der Landschaft unterstehen sollten. Der Hader zwischen Landschaft und Regierung ist gewachsen, und endlich ist das gleichgültige

Verhalten der landschaftlichen Stimmgeber gegenüber den Angelegenheiten der örtlichen Verwaltung gewachsen, und ebenso die thatsächliche Abhängigkeit der ausführenden Organe der landschaftlichen Wirtschaft von den Kanzleien. . . . „Unsere örtliche Verwaltung ist in der unnormalsten, traurigsten Lage. . . ."

In einer Schlufsbetrachtung sagt WITTE: „Nur unter der Bedingung gleichartiger Prinzipien in der Ordnung der obersten und der untersten Instanzen, der zentralen und der örtlichen Organe, erlangt man eine wirkliche Einheit der Verwaltung; der Staat erscheint wirklich als Herr in dieser Sache; nur unter dieser Bedingung können die örtlichen Organe zuverlässige Ausführer der Vorschriften der zentralen Gewalten sein, und gehören zu ihnen als ‚eigene', nicht als ‚fremde'. Ist die Regierung erst sicher aller Teile ihrer Verwaltung, bietet diese ihr erst eine zuverlässige Stütze, so werden Ausnahmemafsregeln überflüssig; sie gehören ins Gebiet der Ausnahmefälle. Nachdem die Regierung feste, bestimmte Rahmen des Gesetzes aufgestellt hat, kann sie ruhig die Äufserungen persönlicher und gesellschaftlicher Selbstthätigkeit, die Freiheit des Wortes und des Gedankens behandeln, indem sie nur darauf achtet, dafs niemand, auch die Administration nicht, aus dem Rahmen dieses Gesetzes trete, und indem sie von allen eine unweigerliche Befolgung und widerstandslose Unterwerfung darunter fordert." Das Schwanken ist vorüber, „die Regierung hat den Pfad der Verstärkung der Selbstherrschaft betreten, und — das Bild hat sich wieder geändert."

So gedrängt die Wiedergabe der Erörterungen des Ministers ist, die ich in dem Vorstehenden gegeben habe, so wird der Leser doch vielleicht einen Einblick in diese für die Zukunft unseres grofsen Nachbarreiches so bedeutungsvollen Kämpfe zwischen den beiden altbekannten Prinzipien des Staatslebens gewonnen haben. Ja allerdings, das Bild hat sich geändert, und nicht blos das Bild des Kampfes zwischen Landschaft und Regierung, sondern auch das Bild des Ministers, das wir zu Anfang seiner Erörterungen sahen. Es schien, als ob wir einen glänzenden Anwalt der bedrängten Landschaften vor uns hätten, und nun müssen wir ihn als Vertreter des starren büreaukratischen Absolutismus anerkennen. Und dennoch: sollte diese Schrift auf irgend eine Weise in Rufsland Verbreitung finden, so vermute ich, dafs der Anwalt der Selbstverwaltung weit mehr Gehör finden wird, als der Ver-

treter der Autokratie und des Tschinowniktums. Diese Schrift überzeugt nicht im Sinne des Ministers des Absolutismus, sondern weckt Sympathie mit den Vertretern der Selbstverwaltung. So hoch wir die Begabung eines Mannes wie des Ministers WITTE anerkennen müssen angesichts seiner übrigen praktischen Leistungen, so staunen wir doch über das in seiner Schlufsbetrachtung abgelegte Bekenntnis. Mag ihm auch vor dem Konstitutionalismus noch so sehr grauen, so können wir doch kaum verstehen, wie er an die Zukunft eines so offenbar bankerotten Systems zu glauben vermag, wie das ist, dem er hier Ausdruck giebt. „Homogene Prinzipien" oben wie unten, d. h. absolut herrschender Wille des Monarchen; „Einheit der Verwaltung", d. h. büreaukratischer Zentralismus; „Zuverlässigkeit" der unteren Organe, d. h. volle Abhängigkeit, alles in allem eben der altbekannte Absolutismus, wie er in Europa im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert, wie er in Rufsland noch unter Nikolaus I blühte. Also jedenfalls nichts Neues, was WITTE lehrt. Was aber sollen wohl die „festen Rahmen des Gesetzes" bedeuten, die, einmal aufgestellt und polizeilich bewacht, die „Selbständigkeit von Personen und Gesellschaften", sogar die „Freiheit von Wort und Gedanken" erlauben würden? Ist das nicht der echte und rechte alte Polizeistaat, der 1855 zusammenbrach, und den WITTE nun neu errichtet? „Widerstandsloser Gehorsam" — den fordert WITTE vor allem, und was er unter vernünftiger Selbstverwaltung versteht, das ist die selbständige Verwaltung des Gutes durch den Gutsbesitzer, der Fabrik durch den Fabrikherrn, kurz, der privaten Interessen durch private Personen und Gesellschaften. Das Verständnis für Selbstverwaltung in öffentlichen Dingen, für die erziehende, stärkende Kraft der politischen Selbstverwaltung, für die gewaltige Bedeutung, die sie in allen Kulturstaaten für Volk und Staat gehabt hat, vermissen wir. Wir vermissen auch den Nachweis, dafs die Landschaften ihre Pflichten nicht erfüllt hätten, ihrer Aufgabe nicht wären gewachsen gewesen. Solcher Mängel werden sie gar nicht beschuldigt, obwohl der Verfasser der Schrift ohne Zweifel reiches Material hätte herbeischaffen können, um zu beweisen, welche Fehler die Landschaften begangen haben. Denn dafs ein junges Institut wie dieses viele üble Erfahrungen durchmachen mufste in diesen bald vierzig Jahren seines Bestehens, dafs mancherlei Irrwege beschritten, Thorheiten begangen wurden, kann man annehmen auch

ohne Untersuchung und ist in der That geschehen. WITTE aber läfst dem Eifer, der Thätigkeit, den Erfolgen der Landschaften in ihrer anfänglich freieren Stellung Gerechtigkeit widerfahren, nur dafs es ihm darauf gar nicht ankommt, was die Selbstverwaltung leistete und leisten könnte, sondern nur darauf, dafs sie durch ihre Tendenz zur Bildung einer Gesamtlandschaft dieses Gespenst der Konstitution heraufbeschwört, vor dem der Minister den Staat um jeden, sogar um den Preis des Verdorrens, schützen will, weil der Bestand des Reiches, der äufsere Riesenleib, dadurch vielleicht gefährdet würde. Dieser Standpunkt scheint für jeden politisch denkenden Menschen ein bedenklicher, ein fast verzweifelter zu sein, besonders in einer Zeit, wo derselbe Minister alle Kräfte des Staates daransetzt, einen industriellen Mittelstand zu schaffen. Glaubt der Minister wirklich, ein sich industriell und kommerziell entwickelndes Reich zwischen Eismeer und Stillem Ozean, zwischen Pamir und Weichsel von St. Petersburg aus mit dem „homogenen Prinzip" des staatlichen Mechanismus dauernd regieren zu können? Nach den Erfahrungen, die uns anderen Europäern zu Gebote stehen, ist das unmöglich. Gerade der Minister, der sich mehr als einer vor ihm bemüht hat, wirtschaftliches und geistiges Leben in dem Reich zu wecken, müfste fürchten, dafs mit der Rückkehr zur büreaukratischen Alleinherrschaft die eine Hand zerstöre, lähme, was die andere schuf. Büreaukratische Alleinherrschaft würde weit mehr zu einem System POBEDONOSZEW passen, zur Niederhaltung der ganzen geistigen Volksentwickelung. In der Türkei ist dieses System vielleicht passend, aber Herr WITTE thut ja mehr als irgend jemand dazu, die Unähnlichkeit Rufslands mit der Türkei zu vergröfsern. Er holt eine ganze Bibliothek staatsrechtlicher Schriften zu seiner Beweisführung heran, ja er stützt sich auf eine Menge von Schriften, die, wenn er sie vor Jahren besessen und gelesen hätte, ihn vielleicht nach Sibirien statt an die Spitze der Regierung gebracht hätten: wenn er all diese Schriften aber nicht blos durch „Zusammensteller" seiner Denkschrift hätte herbeiholen lassen, sondern auch nur einen geringen Teil davon selbst gelesen hätte, so konnte es bei einem so bedeutenden Geist nicht ausbleiben, dafs eine mehr staatsmännische Auffassung von den sittlichen Kräften des Volkes und den politischen Aufgaben des Staates aus solchem Studium hervorgegangen wäre. Dem Verfasser der Denkschrift hätte es nicht entgehen sollen, dafs die vielen wissenschaftlichen

Autoritäten, die er nennt, an der Verderblichkeit einer staatlichen Uniformität und büreaukratischen Zentralisation von der Art und Ausdehnung, wie der Minister sie im Auge hat, keinen Zweifel lassen. Wissenschaftlich für diese zum Gemeinplatz gewordene Erfahrung des europäischen staatlichen Lebens noch ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. All der Gelehrsamkeit — nicht des Herrn Ministers, dem die Verantwortung zuzuweisen vermessen wäre, sondern des „Zusammenstellers" — erlaube ich mir nur ein Zitat aus einem Roman entgegenzustellen. BULWER sagt in seiner „Alice", Buch 6, Kapitel 2, von der staatlichen Zentralisation der Franzosen: „ein Grundsatz, der augenblickliche Kraft sichert, aber jedesmal mit plötzlicher Vernichtung der Staaten endet. Die Zentralisation ist wirklich ein gefährliches tonisches Mittel, das zwar das System zu stärken scheint, aber das Blut zu Kopf treibt und Schlagflufs oder Tollheit hervorzurufen pflegt. Durch Zentralisation werden die Provinzen geschwächt. . . ." Der Herr Minister hätte nur „Alice" zu lesen brauchen. Da er sich aber zu sehr auf seinen „Zusammensteller" verlassen hat, so ist das Ergebnis seiner Forschungen eine so flach mechanische Auffassung — soweit Auffassung und Progamm innerlich übereinstimmen —, wie sie allenfalls dem Gesichtskreise eines Kreispolizeichefs, nicht aber dem des leitenden Ministers eines grofsen Reiches entspricht. Hätte der Minister selbst auch nur die russische Geschichte bis zu den Reformen Alexanders II selbst studiert, so wüfste er, dafs das, was er als die allein segensreiche Grundlage der Regierung Rufslands neu festigen will, eben das abgewirtschaftete System ist, das zu den Reformen nötigte. Die reine Büreaukratie ist in Rufsland bankerott, und sie neu errichten, heifst ein gefährliches Spiel spielen. Aber der Minister will ja auch nur einem nach seiner Meinung noch gefährlicheren Spiele entgehen. Es ist, wenn die Frage so scharf gestellt wird, allerdings nicht ganz leicht, sich zu einer Antwort zu entschliefsen. Und auch dem Minister ist sie, wie ich schon oben vermutete, schwer genug gefallen. Aber sie ist doch gefallen.

Er will mit Selbstherrschaft und administrativer Zentralisation die Einheit Rufslands retten. Er kennt nur zwei Möglichkeiten: Selbstherrschaft oder Konstitutionalismus. Er bemerkt nicht, dafs es auch Mittelwege giebt, dafs z. B. die bestverwalteten Teile Rufslands, nämlich die Ostseeprovinzen und Finland, ihre Blüte durch

mehr oder minder freiheitliche Selbstverwaltung erreicht haben unter der Selbstherrschaft und ohne eine russische Konstitution. Er bemerkt nicht, dafs er aus Furcht vor einem Zerfall des Ganzen einem Zustande zustrebt, der eine Paralyse oder eine Explosion zur Folge haben mufs. Er bemerkt nicht, dafs, wenn seine Schultern vielleicht einer solchen Last, wie er sie schon heute trägt, noch gewachsen sind, die künftige Last des nach seinem Sinn neu geformten Staates von keiner Zentralregierung in nützlicher Weise wird getragen werden können. Er rechnet als Finanzminister, dafs die Staatsbeamten billiger seien als die landschaftlichen Beamten, und bemerkt nicht, dafs die Staatsbeamten oft deshalb schlecht sind, weil sie zu billig sind. Ja, es könnte sein, dafs der Finanzminister, der schon bald 2 Milliarden Rubel jährlich durch seine Hände fliefsen läfst, meint, es wäre besser, wenn auch die etwa 88 Millionen die von den Landschaften aufgebracht und verwandt werden, ihm zur Verfügung stünden. Er ist eine gewaltige Arbeitskraft und will ein Atlas werden. Sollten ihn nie Zweifel anwandeln an der Ausführbarkeit seines Unternehmens? Vorläufig scheint er noch an sich und an sein System zu glauben.

Wenn man die oben skizzierte Geschichte der russischen Landschaften überblickt, so fällt es auf, wie genau die Krisen in dem Leben der Landschaften mit den grofsen inneren Erregungen der Zeit und besonders mit den Krisen in dem Leben der Monarchen selbst zusammenfallen. Der politisch genommen tragische Tod Nikolaus I trieb zu den grofsen Reformen seines Nachfolgers an. Aber noch ehe diese Reformen bis zu den Landschaftsinstitutionen gediehen waren, brachen die Studentenunruhen vom Anfang der sechziger Jahre aus und 1863 der polnische Aufstand. Das kühlte den Liberalismus ab, und wenn man die Landschaftsverordnung 1864 auch durchführte, so trat doch zugleich eine Rückwirkung auf das System der Regierung ein: dem freiheitlichen Gange der neuen Institutionen wurden die ersten Steine in den Weg geworfen. Dann kamen von 1866 an die Attentate auf Zar und Minister, und parallel ging die Knebelung der Landschaften in einem von Jahr zu Jahr verstärkten Mafse. Endlich wird die Erregung in den Landschaften und Städten bedrohlich; man merkt im Zentrum, dafs man zu weit gegangen ist im Rückschritt. Da kommt die Adresse der fünfundzwanzig Moskauer, deren Gewicht grofs genug ist, dem Zaren die Zustimmung zur Einberufung einer die Verfassung

vorbereitenden Kommission, die Unterzeichnung des Befehls dazu zu entreifsen. An demselben Tage, am 1. März 1881, wird Alexander II ermordet. Noch halten der leitende Minister LORIS-MELIKOW und die meisten seiner Kollegen mit ihm an dem freiheitlichen Programm fest. Am 8. März ist Beratung darüber, ob der Ukas über die Einberufung der Kommission erfüllt werden solle, und — so können wir der Diskretion des Ministers, der nicht aus dem Amt plaudern will, nachhelfen — die meisten Minister sind von der Zustimmung der beratenden Ministerversammlung, sowie des neuen Zaren überzeugt. Da erhebt sich der Oberprokureur des Synods POBEDONOSZEW und erklärt sich dagegen, aber nicht blos sich, sondern auch den Zaren, den er insgeheim gewonnen hatte. Gegen die Mehrheit blieb der Ukas unausgeführt, POBEDONOSZEW ging als Sieger hervor und leitete fortan wie ein zweiter Pater LACHAISE den Kampf gegen alle freiheitlichen Bewegungen. Und was war das Mittel, nicht nur Alexander III, sondern auch einen so gewissenhaft und gerecht denkenden Monarchen wie Alexander II dazu zu bringen, sich selbst zu widerrufen? Es war die Furcht. Und mit diesem elenden Instrument hat man seither viel erreicht. . . .

In dieser Denkschrift vom Jahre 1899 sagt Herr WITTE: „Die landschaftlichen Institutionen sind jetzt fast aller Selbständigkeit beraubt und unter strenge administrative Bevormundung gestellt; sie haben einen ständischen Anstrich bekommen; ihre Exekutivorgane erhielten eine büreaukratische Färbung und sind in starke Abhängigkeit vom Gouverneur gesetzt worden; in kurzer Zeit beabsichtigt man die strengste Reglementierung der landschaftlichen Thätigkeit und ihre Herabsetzung auf ein Minimum."

Nun, das ist offen gesprochen, und wie die Erfahrung gezeigt hat, auch offen gehandelt. Am 12./25. Juni 1900 wurde gesetzlich verordnet, dafs die landschaftliche Immobiliensteuer um nicht mehr als 3 Prozent jährlich erhöht werden dürfe, und da dies die hauptsächliche Einnahmequelle der Landschaften ist, so ist ihre ganze Thätigkeit fast zum Stillstand gebracht worden. Zugleich verloren sie die Selbständigkeit völlig, da ihr Beschlufsrecht in die Befugnis verwandelt wurde, Anträge zu stellen und Vorschläge zu machen. Das heifst freilich gründlich reglementieren. Und wie kam dieses die Landschaften völlig lähmende Gesetz vom 12. Juni 1900, das WITTE schon 1899 voraussagte, zu stande? Nach den

Ergänzungen des Herausgebers der Denkschrift in der Weise, dafs in dem Reichsrate neunzehn Stimmen gegen, zehn Stimmen für den Entwurf abgegeben wurden, der Zar aber der Minderheit zustimmte. Der Finanzminister, Pobedonoszew, Sipägin vereint vermögen viel, und der Finanzminister am meisten. Eben deshalb mufs uns Deutsche seine Denkschrift doppelt interessieren. Denn wenn jeder Gebildete heute auch Anteil nehmen wird an der Erzählung staatlich sozialer Kämpfe, über die bisher wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, so werden wir ganz besonders acht haben müssen auf Äufserungen eines Mannes, der den Willen und die Macht gezeigt hat, unser grofses Nachbarreich in Bahnen zu zwingen, die vielleicht für lange Zeit entscheidend sein werden. Entscheidend nicht darüber, ob Rufsland büreaukratisch-zentralistisch oder dezentralistisch-selbstverwaltend regiert werden soll, denn für uns ist kein Zweifel an der Unhaltbarkeit des Witteschen, oder sagen wir lieber von Witte vertretenen Systems, für längere Dauer möglich. Zweifelhaft bleibt nur, welches Ende diese, nach der Ansicht des Herausgebers der Denkschrift „letzte Anstrengung des selbstherrlich-büreaukratischen Regimes“ nehmen wird. Die Empfindung von der Unhaltbarkeit dieses Regimes, von der Notwendigkeit, die Erstarrung zu brechen; das Bedürfnis nach freier Bewegung auf den Hauptgebieten des sittlichen Volkslebens, nach kirchlicher und politischer Freiheit und Selbstbestimmung, diese Empfindung, die schon zu einer Meinung geworden ist, ist heute sehr grofs in Rufsland, sehr verbreitet auch bis in die obersten Schichten des Beamtentums hinauf. Und diesem Drängen nach Luft und Licht setzt der thatsächlich leitende Minister die Erklärung entgegen, es solle Selbstverwaltung geben, aber nur auf dem Gebiete privater Interessen, d. h. in europäischer Sprache: es solle keine Selbstverwaltung geben. Es ist kaum möglich zu glauben, dafs Herr Witte im letzten Grunde wirklich in diesem Widerstreit zwischen Selbstherrschaft und Selbstverwaltung sich ganz und allendlich auf die Seite der unbedingten Erhaltung der Selbstherrschaft stellen will. Indem er den Gegensatz schroff zeichnet, läfst er die Wahl offen — das ist es, was viele zwischen den Zeilen dieser Schrift lesen. Und wenn Herr Witte auch nur einen Teil der Quellen gelesen hat, die hier angeführt werden, so wird er ohne Zweifel auch die Lehren kennen, die sich aus der französischen Geschichte vor 1789 aufdrängen. Damals waren es zwei Finanz-

minister, TURGOT und NECKER, die vielleicht die Greuel der Revolution hätten vermeiden können, wenn sie die Macht gehabt hätten, ihre Pläne voll durchzuführen. Was waren diese Pläne, diese Mittel? TURGOT suchte zu dezentralisieren durch Organisation selbständiger Körper in Gemeinde und Kreis; NECKER wollte diese durch Provinzialkörper ergänzen. So sollte eine Selbstverwaltung gegründet und entwickelt werden, die den Zentralorganismus entlastet hätte. Die Minister wurden gestürzt, die Reformen kamen nicht zur Entwickelung, und — der Staat brach zusammen. Der heutige Finanzminister ist stärker, als es TURGOT und NECKER waren. Sollte er wirklich nicht an diese Männer, sondern an CALONNE und die Notabeln gedacht haben, als er diese Denkschrift verfassen liefs? Haben wir Anlafs, an JULES POLIGNAC und die Ordonnanzen zu erinnern? Rufsland ist nicht Frankreich, aber die Russen sind denn doch auch, sozusagen, Menschen.



FÜNFZEHNTES KAPITEL

BÜREAUKRATIE

Man kann zweifelhaft sein, ob man den wahren Finanzminister WITTE in dem glänzenden Anwalt der verklagten Landschaften, als welcher er im ersten Teil seiner Denkschrift auftritt, oder in dem starren Büreaukraten des Absolutismus, wie er im zweiten Teil erscheint, zu erkennen habe. Herr WITTE hat die Geschichte der von den Landschaften erduldeten Mifshandlungen sicher nicht zu ihrem Schaden in der Meinung des lesenden Publikums geschrieben, und hat auch nicht geleugnet, dafs sie viel Segensreiches geleistet haben. Sind die Landschaften denn nun wirklich so gänzlich unfähig gewesen, die ihnen zunächst gestellte Aufgabe zu erfüllen? Denn dazu wurden sie doch vor allem geschaffen, in der Provinz, im Kreise, in der Gemeinde das Volksleben zu fördern, wozu bei dem staatlichen Beamtentum die Fähigkeit erfahrungsmäfsig selten und in Rufsland gar nicht vorhanden ist. Zur Selbstthätigkeit — so hiefs es in einer amtlichen oder halbamtlichen Auslassung vom Jahre 1863 — wurde die Bevölkerung berufen, wurden „selbständige Organe“ geschaffen, denen die „Wahrung der lokalen Interessen“ übertragen ward. Neben ihnen her sollte die ebenfalls auf ständischer Wahl ruhende neue Städteordnung von 1878 in ihrem Gebiet dasselbe leisten, wie die Landschaft in dem Landbezirk. Auch die städtische Verwaltung hat von der Eifersucht und Herrschsucht des Beamtentums viel zu leiden gehabt. Aber man fürchtete sie nicht, weil es nur wenig Städte in Rufsland giebt, und von ihnen wenige grofs genug sind, um politische Bedeutung zu gewinnen. Weit mehr Grund zu Beschwerden haben die Landschaften gegeben, wie ich schon an-

führte. Aber überall in den Gubernien sieht man auch gute Früchte ihrer Thätigkeit. Wie sah es auf dem platten Lande aus vor Einführung der Landschaft, und wie jetzt?

Wir haben gesehen, dafs die Landschaften über zwei Drittel aller Ausgaben für die Volksschule aufbringen. „Die Schriftkunde," lesen wir bei NOWIKOW,[1] „war gleich Null, da man doch die früheren Gemeindeschulen der Staatsdomänenverwaltung unmöglich für ‚etwas' rechnen kann. Auf den Kreis gab es einen Arzt. Nichts geschah weder für die Seele, noch den Leib, noch den Wohlstand des Bauern. Jetzt, so oder so, erscheint die Schule doch schon als ein Volksbedürfnis, das Medizinalwesen hat sich gegen früher verzehnfacht, der Kurpfuscherinnen giebt es weniger, man kämpft mit den Epizootien. Das sind alles Resultate der landschaftlichen Thätigkeit. Augenscheinlich zieht die Selbstverwaltung eine Menge von Thätigen heran, die sonst dem Dorfleben fern blieben: die Selbstthätigkeit der Gesellschaft hat nicht geringe Früchte getragen. Wenn man weiter in Betracht zieht alle Hindernisse, die sich auf dem Wege dieser Selbstthätigkeit finden, alle Knüppel, die in das landschaftliche Räderwerk gesteckt werden, so wird man die Resultate dieser Selbstthätigkeit noch höher schätzen können. Das ist das Aktivum der Landschaft; blicken wir nun auf das Passivum. Nehmen wir zwei benachbarte Kreise mit gleichen Lebensbedingungen, und vergleichen wir die Thätigkeit ihrer Landschaften. Wir sehen, dafs in dem einen das Schulwesen glänzend bestellt ist. Die Schulen sind das verwöhnte Kind der Landschaft; im Nachbarkreise giebt es fast keine landschaftlichen Schulen. In dem einen Kreis zieht das Medizinalwesen alle Beschäftigung der Landschaftsversammlungen an sich, der Spittel giebt es viele, die Kranken finden leicht eine Erleichterung ihrer Leiden; in dem anderen hält man das Medizinalwesen im Dorfe fast für einen überflüssigen Luxus. In dem einen wird auf die Wege viermal so viel verwandt als im anderen. So ist es auch in den Guberniallandschaften." . . . Vor zwei Jahren stellte ein russisches Blatt („Now. Wremä") neun Gubernien mit landschaftlicher Verfassung den neun ehemals littauisch-polnischen sogenannten westlichen Gubernien gegenüber, die dieser Verfassung entbehren. Danach kam in den westlichen Gubernien ein angestellter Arzt

[1] NOWIKOW, a. a. O. S. 147.

auf 83 000 Einwohner, in den russischen landschaftlichen Gubernien auf 35 000 Einwohner; in jenen kam eine weltliche Schule auf 7346 Einwohner, in diesen auf 1919 Einwohner. — Diese Zahlen sprachen damals ohne Zweifel für den Wunsch des Ministers GOREMYKIN, die Landschaften in dem Westgebiete einzuführen, und es lassen sich noch viele Zeugnisse für andere Früchte der landschaftlichen Thätigkeit aufweisen. Aber es wäre auch verständlich, wenn der verarmte Adel Neigung hätte, den doppelten Kampf mit den eigenen, den Nöten des Volkes und mit dem Übelwollen einer übermächtigen Beamtenschaft aufzugeben. Diese Verschiedenheit der Widerstandskraft drückt sich eben in jener ungleichen Thätigkeit aus, deren wir erwähnten.

Schon dieser Mangel an Gleichheit, an bequem zu übersehender Uniformität ist dem Beamtentum ein Greuel; dazu kommt jene Angst in den oberen Regionen vor den konstitutionellen Tendenzen der Landschaften. Und doch weisen die Erfahrungen immer wieder darauf hin, dafs von diesen Körpern der Selbstverwaltung noch am ehesten Abhilfe in den vielen Nöten des Volkslebens erwartet wird. So namentlich in den Hungersnöten. Eine Konferenz russischer Ärzte hat im Jahre 1899 in Kasan die Landschaften für die zur Hebung des Medizinalwesens kompetenteste Instanz erklärt. Die Sorge für die Volksverpflegung lag bisher den Landschaften ob und wurde im ganzen jedenfalls nicht schlechter wahrgenommen als von den Staatsbeamten. Aber sobald irgendwo eine Mifsernte konstatiert wurde, begann sofort der Konflikt zwischen Landschaft und Büreaukratie: man behauptete auf der einen Seite das Vorhandensein eines Notstandes, man leugnete ihn auf der anderen Seite, man stritt über die Höhe der Unterstützung, die nötig wäre, über den Ankauf des Korns, über seine Verteilung u. s. w. und das Ergebnis war natürlich schlimm für die Hungernden: die Hilfe kam meist zu spät oder gar nicht, oder in einer nutzlosen Weise.[1] Zuletzt hat dann die Regierung die Sache in ihre Hand genommen: die Landschaft soll seit dem Sommer 1901 mit der Volksverpflegung nichts mehr zu thun haben. Und was sehen wir jetzt in den notleidenden Ostgubernien? Die alte Klage: die Regierung habe zu wenig geleistet und das Getreide, das sie ankaufte, komme nicht

---

[1] Siehe: „Das hungernde Rufsland“, von LEHMANN und PARVUS, Stuttgart 1900.

rechtzeitig, liege irgend wo fest — und der Skorbut bricht aus (März 1902). Schon kündigt auch die Presse an, es werde den Landschaften das Wahlrecht ihrer obersten Beamten genommen werden, die von der Regierung fortan würden eingesetzt werden. Damit wären die Landschaften verstaatlicht, und mit den Anfängen von Selbstverwaltung hätte es ein Ende. Dann aber dürfte auch der letzte Versuch gemacht sein, den alten Landadel als führenden Stand zu retten. Denn ein Adel ohne öffentliche Rechte und Pflichten geht als Stand immer und überall zu Grunde, er wird Salonadel.

Wir wissen in Deutschland aus eigener Erfahrung, wie in einem Staat mit noch so pflichttreuen absoluten Alleinherrschern der Büreaukratismus leicht um sich frifst. Vom Aachener Kongrefs des Jahres 1818 bis zum März des Jahres 1848 hat die büreaukratische Wucherung, und nicht blos in Preufsen, das Blut im Volkskörper so ins Stocken gebracht, dafs ein schwächeres Volk schwerlich gegen Ende des Jahrhunderts zu solchem Aufschwunge wäre fähig gewesen, wie wir ihn erlebt haben. Die alte deutsche Kleinstaaterei mit all ihrem Elend hat vielleicht das Verdienst gehabt, das Beamtentum nicht zu dem Mafse von Verderbtheit herabsinken zu lassen, dem es in einem grofsen Reich leicht ausgesetzt ist. In dem Kleinstaat reicht der Blick des Ministers bis ins letzte Dorf, jede Meinung wird leicht eine öffentliche Meinung und gewinnt damit an einschränkendem Einflufs auch auf den Staatsbeamten. Der russische Minister kennt niemals die Beamten der Provinz persönlich, und eine öffentliche russische Meinung giebt es nicht und wird es nicht geben, aufser in sehr wenigen und ganz allgemeinen Fragen. In der Provinz mag man sehr einig sein in der Verurteilung einer amtlichen Person oder Handlung: diese Meinung einer Provinz wird es sehr schwer finden, auf das Beamtentum einen Einflufs zu gewinnen, und noch schwerer, sich bei der Zentralregierung Gehör zu verschaffen. Nicht eine provinzielle, sondern eine persönliche Meinung wird einige Aussicht haben durchzudringen. So bleibt der Beamte unter sehr schwacher Aufsicht sowohl von oben her als durch die Gesellschaft, und so ist das Bestechungswesen heute in Rufsland verbreiteter, als es in den Jahren nach den Reformen Alexanders II war, und nicht viel geringer als unter Nikolaus I. Die Unterschleife bei der Intendantur während der letzten chinesischen Wirren scheinen denen von 1877 wenig nachgestanden zu haben. Die einzigen Beamten, die man

dieses Fehlers nicht zeihen kann, die ihre sachliche, unabhängige Meinung sich bewahrt haben und sie vertreten, sind die der höheren und höchsten Justiz, und sie sind auch die einzigen, die bisher gesetzlich in ihrer amtlichen Thätigkeit unabhängig sind von der Willkür des Vorgesetzten oder der höheren Administration. Beides, Freiheit und Redlichkeit, geht hier also zusammen. Im übrigen heifst es in einer schon oben zitierten Schrift: „Die Büreaukratie verzweigt sich überall hin und ist bestrebt, das ganze russische Leben in die Ketten von Willkür und Formalismus zu verwickeln." Unter diesen Umständen hat die fortschreitende Zentralisation der Verwaltung zwar die Macht, aber nur wenig die sittliche Tüchtigkeit des Beamtentums gehoben. Wohl aber hat sie in hohem Grade die Verantwortlichkeit und das Interesse an den öffentlichen Dingen in weiten Kreisen der Bevölkerung erschlafft.

Wir haben gesehen, über wie ungeheure materielle Mittel das Finanzamt verfügt. Mit einem Ausgabebudget von weit über 300 Millionen Rubel wird ein Beamtenheer von Hunderttausenden unterhalten. Das Verkehrsministerium gebot schon im Jahre 1899 allein auf den Staatsbahnen über 339000 Bedienstete.[1] Nimmt man die Domänen und Forsten, die Post und Telegraphie und andere Regalien hinzu, so mag die Summe der im Zivildienst des Staates stehenden Personen weit über eine Million hinausgehen.

Wir haben gesehen, dafs 57 Prozent des Einnahmebudgets durch staatliche Verwaltung aufgebracht werden. Der Staat ist Eigentümer von zwei Fünftel des russischen Erdbodens, und zwar allein in dem europäischen Rufsland, die endlosen asiatischen Domänen und Apanagengüter gar nicht gerechnet.[2] Ist das meiste davon auch Waldland, so bleibt immer noch genug Kulturboden übrig, um den Minister der russischen Domänen zu dem Verwalter des gröfsten forst- und auch landwirtschaftlichen Betriebes der Welt zu machen. Der Staat ist ferner Unternehmer in Eisenbahnen, Branntweinhandel u. s. w. Der Gewinn, den er aus seinen Unternehmungen zieht, füllt den Staatssäckel, aber vermindert den Erwerb der Unterthanen. Ein Erwerbsfeld, aus dem der Staat solche Summen zieht, und aus dem, wenn es von Privaten gut ausgebeutet würde, vielleicht noch gröfserer Gewinn erzielt werden könnte, ist dem privaten Erwerbe entzogen. Auf grofsen Gebieten

[1] Russische Zeitung für Handel und Industrie, 1901.

[2] Vgl. TRUBNIKOW, Die Reichtümer Rufslands, T. I, S. 156.

wird so zu Gunsten des Fiskus das Erwerbsleben des Volkes eingeschränkt. Es ist ein Schritt nach dem sozialdemokratischen Idealstaate hin, der hier gemacht ist. Wollte man die Verstaatlichung weiter ausdehnen, den Tabakshandel, die Zuckersiederei monopolisieren, so könnten die Summen des Budgets noch weiter anschwellen, und man käme der sozialistisch-staatlichen Produktion, der Verstaatlichung der Produktionsmittel, um ein gutes Stück näher. Allein man darf sich darüber nicht täuschen, dafs der Staat, das Volk dadurch nicht reicher wird, dafs die Arbeit und das Verdienst aus privaten Händen in staatlich-beamtliche Hände übergeführt, dafs die Volkswirtschaft von der Staatswirtschaft aufgesogen und ersetzt wird. Herr WITTE scheint nicht immer und ganz gegen diese Täuschung gesichert zu sein. Die Einführung z. B. des monopolistischen Branntweinhandels mag dem Fiskus vorteilhaft sein, aber sie geht auf Kosten der Bevölkerung und ist also eine Art von neuer Steuer. Wo das Monopol Platz griff, verloren die Kommunen in Stadt und Dorf ihre Einnahme aus der Schanksteuer, die sie von einer im ganzen Reich nach Tausenden zählenden Menge von Trinkanstalten erhoben. Den Ausfall berechnete z. B. die Stadt Moskau auf 100000 Rubel jährlich und bat um eine Entschädigung, aber vergeblich. Jedes Dorf hatte wenigstens einen, oft viele Krüge, die heute durch die sogenannte Monopolbude verdrängt, ihres Erwerbes beraubt sind. Der Steuerverlust bildet einen grofsen Ausfall in dem Budget des Dorfes, denn diese Krüge waren oft die Hauptquelle der Einnahmen. Diese Einnahmen der Kommunen also wurden einfach in die Staatskasse übergeführt. Daran schliefsen sich andere Schädigungen der Steuerzahler zu Gunsten des Staates. Der Fiskus ist bestrebt, die Konkurrenz nicht blos des privaten Branntweins, sondern auch anderer alkoholhaltiger Getränke einzuschränken. Im Süden des Reiches mehrt sich der Weinbau. Nach einer Zeitungsmeldung („Rossija") hat der Finanzminister neuerdings ein Gesetz beantragt, welches den Absatz von Wein erschweren soll. Die Weinbauern sollen das Recht verlieren, Lokale für Weinverkauf im Grofs- und Kleinhandel zu eröffnen, wodurch der Weinbau natürlich leiden, aber der Fiskus auf dessen Kosten sich bereichern würde. Die Verwirklichung dieses Projektes erscheint nicht unwahrscheinlich angesichts der Erfahrungen, die man im Norden mit dem Bier gemacht hat. Dort wurde eine Menge von Krügen in Stadt und

Land durch die Entziehung der Schankberechtigung für Bier zur Schliefsung gezwungen; in Livland allein mufsten 600 Krüge, die bedeutende Einnahmen abwarfen, geschlossen werden, wodurch der Verkehr, besonders des Frachtfuhrwerks, im Winter sehr erschwert wird, das unterwegs keine Unterkunft mehr findet. In den drei baltischen Provinzen war der Bierkonsum sehr bedeutend, und der Verlust, den die Besitzer der Krüge und der Brauereien durch jene Mafsregel erleiden, ist entsprechend grofs, da keine Entschädigung gewährt wird. Der Vorteil ist wieder auf seiten des Branntwein verkaufenden Fiskus. Im inneren Reiche, wo weder Bier noch Wein gebräuchlich sind, herrscht der fiskalische Branntwein ohne Konkurrenz. Noch eine Gefahr aber drohte dem staatlichen Ausschank, nämlich die Mäfsigkeitsbestrebungen. Sie wurden offiziell gefördert, ja das Ministerium der Finanzen selbst rief eine Zentralleitung, ein Mäfsigkeitskuratorium, ins Leben. Die Trunksucht sollte offiziell bekämpft werden, es sollten Theebuden errichtet, Vereine gegründet werden und dergleichen. In jedem Kreise wurde ein Komitee mit einem Vorsitzenden aus dem Adel ernannt, das gegen die Trunksucht arbeiten soll und unter dem Gubernialkomitee steht. Im Lande aber werden diese Bestrebungen durch die Beamten desselben Ministeriums eifrig bekämpft, den Komitees werden Hindernisse bereitet. Oft und an vielen Orten hat die Bevölkerung selbst versucht, der Trunksucht zu steuern, indem sie um Abschaffung oder Verlegung der Monopolbuden petitionierte. Hier ein Beispiel von vielen: Das Landschaftsamt des Wolkower Kreises im Gubernium Charkow petitionierte, wie in dem offiziellen Blatt des Guberniums zu lesen war, darum, dafs hinfort keine fiskalische Branntweinschenke in den Dörfern auf den Kirchenplätzen und in den Strafsen, wo sich Kirchen, Schulen, Gemeindeverwaltungen befinden, errichtet werden möge. Die wüsten Szenen trunkener Volkshaufen sollten möglichst fern von diesen Anstalten gehalten und der Neigung, den Weg zu Kirche, Schule, Gemeindeverwaltung zu verfehlen, vorgebeugt werden. Die Petition gelangte durch das Gouvernements-Landschaftsamt an das Minister-Komitee und wurde dort abgelehnt. Das Interesse des Fiskus dominiert, aber das Interesse des Volkes leidet, die Mäfsigkeit macht Rückschritte. Der Nationalökonom BUCH giebt an, dafs im europäischen Rufsland in der Periode der Monopolisierung des Branntweinhandels von 1895—1900 durchschnittlich jährlich $24^1/_8$ Millionen

Eimer Branntwein verbraucht wurden gegen rund 23 Millionen im vorhergehenden Jahrfünft,[1] wobei man die zunehmende Verarmung im gröfsten Teil der Bevölkerung nicht aufser acht lassen darf. Der offizielle Bericht des Reichs-Kontrolhofes über das realisierte Budget für 1900 macht folgende Angaben: Der Branntwein hat dem Fiskus in diesem Jahre 316 807 550 Rubel eingebracht, d. h. um etwa $6^1/_2$ Millionen mehr als im Vorjahre und um 24 Millionen mehr als veranschlagt war. Davon kamen 14 Millionen aus den Provinzen, wo der Verkauf monopolisiert war. Das Monopol scheint auch hiernach, trotz aller Mifsernten und Armut, den Konsum des Alkohols zu heben, dem Fiskus zu nützen. Der Finanzminister giebt zur Bekämpfung der Trunksucht etwa ein Prozent vom Reingewinn aus dem Branntweinhandel her, um sich ein moralisches Mäntelchen umzulegen, wodurch der Eifer etwas verdeckt werden könnte, mit dem man die Ausbreitung des Branntweintrinkens fördert. Die Moral wird geschlagen und der Monopolschnaps siegt.

Diese rein fiskalische oder rein finanzielle Behandlung der Einnahmequellen zeigt sich auch auf anderen volkswirtschaftlichen Gebieten. So wird bis heute noch in einem Ackerbaustaate wie Rufsland ein so hoher Zoll auf Eisen und auf landwirtschaftliche Maschinen gelegt, dafs der Bauer ohne Radreifen fährt und der Landwirt die Maschinen doppelt so teuer bezahlen mufs, als sein Konkurrent im Westen.

Die Einfuhr von Kunstdünger ist mit einem Zoll belastet und die Ausfuhr eigener Düngemittel wird begünstigt; Knochenmehl, Ölkuchen werden in erheblicher Menge produziert, aber fast ganz ins Ausland verkauft, zu gröfserem Wohl der Handelsbilanz. In einem Lande, wo die Bestechlichkeit traditionell ist, wird dem Beamtentum alles wirtschaftliche und alles geistige Leben in die Hand gegeben. Handel und Industrie sollen gehoben werden, und kein Kaufmann kann einen Bahnwagen für seine Waren erhalten ohne Bestechung, kein Kaufmann weifs, ob seine Lieferung morgen oder nach 4 Wochen an ihre Bestimmung gelangen wird. Die Waren verderben unterwegs in Massen, die Unordung in der Verwaltung der Staatsbahnen ist beständig und für den Handel sehr störend. In Rufsland wird alles und jedes in den Strudel büreaukratischer Aufsicht, staatlicher Einmischung und Verwaltung hinein-

[1] „Europ. Bote", Oktober 1901.

gezogen. Die einzigen gröfseren Reedereien für den Aufsenhandel, die sogen. Freiwillige Flotte und die Donau-Schiffahrts-Gesellschaft, kosten dem Fiskus grofse jährliche Zuschüsse und stehen thatsächlich in halbstaatlicher Verwaltung. Die letztgenannte Gesellschaft soll den russischen Handel auf der Donau fördern; aber der Handel ist so gering, dafs, obwohl sie nur Fahrzeuge mit einem Gehalt von im ganzen 281000 Tonnen besitzt, es ihr an Fracht fehlt. Der Staat aber zahlt dieser Flotte jährlich 312000 Rubel Zuschufs. Die Hafenabgaben, die bisher den Kassen der Hafenplätze zuflossen, sollen verstaatlicht werden, wogegen der Staat die daraus bestrittene Erhaltung der Häfen übernimmt. „Aus der Gesellschaft des Roten Kreuzes," seufzt NOWIKOW, „ist ein Departement der Wohlthätigkeit mit Abteilungen und Revisoren gemacht worden. Die Wohlthätigkeit ist in Petersburg zentralisiert worden." Jedes öffentliche Wirken gleitet unversehens in die Hände der Beamten, hier, weil es schlecht geleitet wird, dort, obgleich es gut geleitet wird. Dazu treibt ebenso sehr von oben das herrschende System selbstherrlicher Büreaukratie, als umgekehrt das Bedürfnis und die Gewohnheit der oberen Volksschichten, beim Staat Versorgung zu suchen, die Regierung zu fortlaufender Vermehrung des Tschinowniktums drängt. Die Tausende verarmter Edelleute, die Tausende hungernder Popensöhne und Beamtensöhne betteln um Stellen, und die Regierung schafft welche durch Verstaatlichung privater und kommunaler Arbeit. Ausgleich, Assimilierung, Vereinfachung, kurz Uniformierung geben dazu leicht den Grund, oder doch die Begründung, selbst den Vorwand her. Aber die Volkskraft erschlafft dadurch immer weiter, die Unredlichkeit in der Verwaltung wächst und die Regierung vermag trotz Bahnen und Telegraphen immer weniger ihr Beamtenheer in Zucht zu halten. Die übertriebene Büreaukratisierung führt notwendig zu einem Zustande von Anarchie, der von oben bis unten heute spürbar ist. Zentralisation und Uniformierung gehen überall Hand in Hand; es sind Mahlsteine, zwischen denen die Selbstthätigkeit und die Selbständigkeit des Volkes zerrieben werden.

Wie viel freier, selbständiger, die Arbeitskraft, die Unternehmungslust, die Selbstthätigkeit des Volkes mehrender Erwerb ist denn noch übrig? Man denkt sofort: frei ist die Landwirschaft. Allerdings, die ist frei, nur dafs sie vom Staat als Maschine zur Erhaltung der Handelsbilanz verwertet, im übrigen aber vernachlässigt wird.

Ebenso gewaltsame Fortschritte hat die Verstaatlichung auf geistigem Gebiete gemacht.[1] Alexander II hatte im Jahre 1863 ein Universitätsstatut erlassen, das nach dem Vorbilde der Universität Dorpat die Verwaltung und Besetzung der Universitäten in die Hand der Lehrkörper legte. Aus einem persönlichen Zusammenstofs zwischen den damals mächtigen Leitern der „Moskauer Nachr." KATKOW und LEONTJEW und dem Rat der Moskauer Universität ergab sich am Schlufs der 70er Jahre ein Feldzug dieser Männer und der hohen Häupter der Reaktion gegen die Freiheiten der Universitäten, der mit der völligen Knebelung der Lehrkörper durch das neue Statut von 1884 endete. Seitdem werden alle Lehrstühle vom Minister besetzt, die Studenten stehen unter der Aufsicht der Polizei, die Lehrpläne werden ministeriell vorgeschrieben, die korporativen Bande unter den Dozenten sind aufgelöst und der Professor wurde ein ebenso abhängiger Mandarin wie andere Staatsdiener. Die Folge war, dafs die selbständigen, die oft tüchtigsten Kräfte sich vom Eintritt in das Lehrfach zurückhielten, und dafs der ohnehin schreiende Mangel an wissenschaftlichen Lehrern noch künstlich genährt wurde. Und was die weiteren Folgen der staatlichen Eingriffe sind, sehen wir daran, wie die Unruhen an allen Hochschulen damit ein Ende keineswegs genommen haben, dafs man die Universitäten ihrer Freiheiten beraubte. Seit dem Sommer 1901 scheint ein völliger Umschlag sich vorzubereiten. Aber was der neue Minister der Volksaufklärung in Aussicht stellt, das ist doch nur wieder Uniformität, wenn auch flach liberale, und steht in hartem Gegensatz zu dem System, welches die Herren WITTE und SIPÄGIN vertreten.

In die Justiz hat das büreaukratisch-zentralistische Prinzip gleichfalls einen Einbruch vollführt. Ich bemerkte schon, dafs die Unabhängigkeit, die den Gerichten durch die Verfassung von 1863 gewährt wurde, die besten Elemente des Landes diesem Beruf zuführte und ihn moralisch so weit läuterte, wie es in Rufsland wohl noch nie in einem staatlichen Beruf geschehen ist. Die untere Instanz der Friedensrichter und ein ständiges Glied der zweiten Instanz waren Wahlämter und erfüllten ihre Pflichten im ganzen zu allgemeiner Zufriedenheit. Da „erfuhr, wie es in

---

[1] Vgl. die vortreffliche Schrift: Rufsland am Vorabend des 20. Jahrhunderts, Berlin 1900, STEINITZ. (Russisch.)

der obigen Schrift heifst, Rufsland eines schönen Morgens zu seiner Überraschung, dafs die Friedensrichter, man wufste nicht warum, abgeschafft und durch Landhauptleute ersetzt werden. Das war einer der unerklärlichsten Akte der Gesetzgebung, denen man in der Geschichte begegnet." Diese anerkannt gute Institution wurde, es war im Jahre 1889, „ohne allen Anlafs zum Fenster hinausgeworfen und durch die vollste Willkür ersetzt." Denn die Landhauptleute sind nicht Wahlbeamte, sondern werden von der Regierung ernannt, und zwar sollen sie vorzüglich aus dem Adel ernannt werden. Das neue Gesetz erklärte sogar diesen letzten Umstand für den Beweis dafür, dafs diese Reform der besonderen Gnade des Zaren für den Adel zu danken sei. „Es ist klar," sagt unsere Schrift, „dafs der Zar auch in diesem Falle glatt betrogen wurde," wie es ihm schon bei dem Erlafs des Universitäts-Statuts von 1884 ergangen war, als einige Minister unter Führung des Oberprokureurs POBEDONOSZEW mit verteilten Rollen einen Schwank vor ihm aufführten, in dem dieser kirchliche Würdenträger, scheinbar das Reformprojekt verteidigend, unterlag, den Monarchen aber dadurch zu der tröstenden Erklärung brachte: „Sie sehen, die Majorität ist gegen Sie, ich mufs das Statut bestätigen." Der schlaue Jesuit der Orthodoxie lachte sich ins Fäustchen, denn das Statut war wesentlich sein Werk.

Für das Amt eines Landhauptmannes ist keinerlei Qualifikation der Vorbildung erforderlich. Die Landhauptleute üben die untere Justiz und die untere Verwaltung aus, sie sind allmächtig gegenüber den Bauern, sehr mächtig bei allen Wahlen der Landschaften. Man zählte ihrer im Jahre 1900 in 36 Gubernien 2012, von denen 880 ihre Bildung in Militärschulen empfangen, 473 Universitäten besucht hatten.[1] Wenn auch die Landhauptleute sich vielfach bewährt haben, so gehören sie doch zu dem grofsen Heere abhängiger Tschinträger und verstärken die Zentralisation. Das Wahlrecht ist für diesen wichtigen untersten Verwaltungsposten den Ständen genommen. „In den russischen Regierungssphären," sagt obige Schrift, „herrscht das Streben, alles umzustülpen und bis auf den Grund niederzubrechen." „Die unlängst erst angepflanzte Rechtspflege droht von dem Antlitz der russischen Erde wieder zu verschwinden." Indessen darf zur Ehre der Justiz

[1] „Russkoje Bogatstwo" (Russ. Reichtum) April 1901.

hinzugefügt werden, dafs in den oberen Instanzen, namentlich im Senat, heute noch das Recht seinen Schutz, den letzten freilich, gegen die Willkür der Ämter findet. Dorthin hat sich der Rest von Selbständigkeit, Gewissen und Mut geflüchtet, wie ehemals in Frankreich in die Parlamente.

Über die religiösen Verfolgungen ist man in Deutschland einigermafsen durch die Presse, durch die Schriften des Grafen LEO TOLSTOI und anderer unterrichtet. So wenig Hang das russische Volk zur religiösen Unduldsamkeit zeigt, so ist doch die Leitung der Staatskirche bemüht, die Unduldsamkeit zu schüren. In den Berichten des Oberprokureurs POBEDONOSZEW an den Monarchen werden die fremden Konfessionen stets beschuldigt, die Orthodoxie auf alle Weise zu schädigen, zu verfolgen, was eine einfache Verdrehung der wirklichen Lage ist. Der Synod, die kirchliche Zentralbehörde, hält sein Heer von Kirchenbeamten, die Weltgeistlichen, in finsterer Unwissenheit, aber in äufserem Gehorsam. Die Weltgeistlichkeit hat als Stand aus der früheren Abgeschlossenheit noch eine starke ständische Tradition überkommen. Aber die Popensöhne üben, wie man annehmen mufs, einen zersetzenden Einflufs auf die Geistlichkeit selbst aus, von der sie stammen, und kommt es einmal zu einer ernsten Volksbewegung, so wird man diese mifshandelten Dorfgeistlichen wahrscheinlich auf der Seite ihrer Söhne und nicht des Synods finden. Denn der Synod ist eine staatliche Behörde wie irgend ein Ministerium, nur dem Monarchen gegenüber mächtiger als jeder Minister. Von einem in den Mitteln so wenig bedenklichen Manne wie POBEDONOSZEW geleitet, so despotisch zentralisiert, setzt sich diese Behörde nicht nur dem heute in den höheren Klassen so weit verbreiteten Verlangen nach Gewissensfreiheit entgegen, sondern treibt seit dem Tode des der Duldsamkeit geneigten Zaren Alexander II die Regierung zu den harten, oft grausamen Mafsnahmen, von denen wir hören, und die dem russischen Volksgeiste widersprechen.

Die Leichtigkeit, mit der heute, dank der Eisenbahnen und Telegraphen, alle Dinge aus den entferntesten Provinzen zur Beurteilung und Entscheidung nach Petersburg gebracht werden können, macht, dafs alle Dinge einfach dorthin strömen, und dafs umgekehrt an der Zentralstelle wie als selbstverständlich bestimmt wird, was in jedem Dorf zu geschehen hat. Die Bestimmung ist oft völlig der Wirklichkeit widersprechend, völlig sinnlos, oft auch

undurchführbar, noch öfter aber bleibt sie ohne Erfolg aus Trägheit der unteren vollziehenden Instanzen. Aber im ganzen ist die Folge davon eine gänzliche Erlahmung der provinziellen Selbstthätigkeit und ein stumpfes Erwarten aller Bewegung von dem zentralen Anstofs. Und im Zentrum wird die Unfähigkeit, die provinziellen Dinge richtig zu sehen und zu leiten, immer gröfser, je mehr die Masse des Arbeitsstoffes sich anhäuft.

Hier ein Beispiel aus einer russischen Zeitungsnummer der letzten Zeit („Russk. Wedom."), dem man ähnliche täglich anreihen könnte: „Wie aus den Daten über die Konzessionierung von industriellen Etablissements in den beiden Hauptstädten während der Jahre 1896—1900 hervorgeht, sind die Angelegenheiten wegen Errichtung von Wurstmachereien, Schlosserwerkstätten, Schmieden, Etablissements zur Reinigung von Kleidern, Kartonnagenwerkstätten und Spitzenklöppeleien, in denen nicht mehr als ein Arbeiter beschäftigt war, vor das Finanzministerium gelangt, also ‚Angelegenheiten', welche ihrem Wesen nach nicht einmal der Konzession der niederen Behörden bedurften. Wie komische Dinge sich thatsächlich ereignen, ersieht man aus der Angelegenheit der Konzessionierung einer Färberei mit einem Lohnarbeiter, deren Abwasser auf fünf Wredo (Eimer) monatlich taxiert war. Die Entscheidung dieser Angelegenheit zog sich ungefähr ein Jahr hin: nach und nach wurde sie der Polizei, dem Landschaftsamt, der Medizinalverwaltung, dem Gouverneur und endlich dem Finanzminister unterbreitet. Ebenso ernste Schwierigkeiten werden den landwirtschaftlich-technischen und hausindustriellen Etablissements bereitet, bei deren Konzessionierung man von denselben Prinzipien ausgeht wie bei Fabrikunternehmungen mit Tausenden von Arbeitern."

Ein Beispiel dafür, wie die Zentralregierung aufser stande ist, die Menge des Arbeitsstoffes trotz des ungeheuren Beamtenheeres zu bewältigen, liegt in dem Schicksal vor, dem die Volkszählung von 1897 verfallen ist. In fünf Jahren hat die zur Verarbeitung des gesammelten Materials niedergesetzte Kommission nichts von sich hören lassen, aufser dafs sie des Stoffes nicht Herr werden könne. Sie hat in diesen fünf Jahren 4 Millionen gekostet und nichts veröffentlicht. Aber der zentralistische Eifer ist grofs genug, um jede Mitarbeit provinzieller Kräfte abzulehnen. Die livländischen Stände unterhalten in ihren Kanzleien tüchtige und praktisch bewährte statistische Abteilungen, weshalb sie die

Regierung um Überlassung des auf Livland bezüglichen Materials der Zählung zur Verarbeitung baten. Die Regierung hätte damit wenigstens für Livland ein Werk erlangt, das zum Muster hätte dienen können, und hätte es kostenlos erlangt. Die Bitte wurde aber abgeschlagen: solcher Separatismus wird nicht geduldet. Durchblättert man einige Nummern des offiziellen Reichsorganes, des „Regierungs-Boten", so muſs man über die Thätigkeit des Zaren staunen. Da stand im Frühjahr 1899 in dem „Zirkular für den Rigaschen Lehrbezirk" folgender „Allerhöchster Befehl" zu lesen: „Se. Maj. der Kaiser hat auf den alleruntertänigsten Bericht des Verwesers des Ministeriums der Volksaufklärung unterm 15. Oktober 1898 Allerhöchst genehmigt, die Schülerin der siebenten Klasse des Revaler Mädchengymnasiums Sinaida Koshewnikow wegen äuſserst schwacher Gesundheit von dem Unterricht in der deutschen Sprache zu befreien." Hiernach müssen die zwölf Arbeiten des Herkules als ein Kinderspiel erscheinen gegenüber der Arbeitslast, die auf dem Zaren von Ruſsland liegt.

Endlich noch ein Beispiel von der „papierenen Verwaltung" des Riesenreiches. Jemand hat einmal ausgerechnet, daſs, wenn einer der Minister eine Reise ins Ausland antritt und beendet, die Behörden des Reiches von diesem Ereignis durch amtliche Schreiben in Kenntnis gesetzt werden, deren Summe sich auf 17 000 beläuft.

Bei der maſslosen Anhäufung der Macht in den zentralen Ämtern und der ebenso maſslosen Konzentration der Geschäfte ist es unvermeidlich, daſs innerhalb des Ringes dieser zentralen Ämter ein ziemlich anarchischer Zustand herrscht. Ministerium steht gegen Ministerium, man sieht Bündnisse zwischen zwei oder drei Ministerien gegen andere sich schlieſsen, in dem einen wird despotisch, im anderen fast revolutionär regiert. Das Ministerium der Volksaufklärung oder des Unterrichtes hielt an einer soldatischen Disziplin im Schulwesen fest, womit natürlich chronische Unruhen in allen höheren Lehranstalten verbunden waren, bis endlich der Minister, Herr BOGOLEGOW, ermordet ward. Zu derselben Zeit wurden die vielen dem Finanzministerium unterstellten Schulen in liberaler Weise geleitet. Und dieser selbe Finanzminister ist im übrigen ein diktatorisch denkender Herr, schlägt die Landschaften zu Boden, erläſst Dekrete auf Dekrete, durch welche über Ausgaben und Einnahmen ganzer Klassen von Staatsbürgern verfügt wird, gerade wie seine Kollegen vom Innern und

vom Kriege auch. Die Justiz hat sich nach allen Seiten gegen die Willkür der übrigen Ressorts zu verteidigen, die Landwirtschaft kämpft mit den Finanzen, das Innere mit der Volksaufklärung. Und alles versichert, die zarische Selbstherrlichkeit schützen zu müssen.

Vor etwa drei Jahren ereignete sich folgendes:[1] Der jetzige Minister des Innern SIPÄGIN war Chef der Bittschriftenkanzlei des Kaisers. Er reichte bei seinem Herrn ein Projekt ein, in dem auseinandergesetzt wurde, das Wesen der Selbstherrschaft bestehe darin, dafs der Herrscher die Möglichkeit habe, alle Sachen zu entscheiden und eine Stätte der Zuflucht für das Volk zu sein. Daher solle der Chef der Bittschriftenkanzlei das Recht erhalten, alle Bittschriften in Sachen privater Natur oder in Bezug auf Sachen, die bei Verwaltungsämtern oder Gerichten anhängig sind, anzunehmen und vermittelst einfachen Vortrages beim Monarchen zur Entscheidung zu bringen. Herr SIPÄGIN wäre, wenn sein Plan die Billigung des Reichsrates und des Kaisers erlangt hätte, Diktator geworden. Man sieht aber aus diesem Vorgange, welche Stellung der gegenwärtige Minister des Innern zu den anderen Ressorts, ja zu Senat und Reichsrat im Grunde einnimmt. Das sind eben Zustände, die aus der Hypertrophie des Gehirns, wie man die Verteilung der Kräfte im heutigen Rufsland bezeichnen kann, notwendig sich ergeben. Und vielleicht hat auch der Verfasser der genannten Schrift recht, wenn er die Regierungszeit Alexanders III beschuldigt, demoralisierend auf die obersten Kreise der Regierung gewirkt zu haben. „In Rufsland," meint er, „war der moralische Stand der höchsten Sphären der Regierung niemals hoch; aber unter Alexander III sank er so, dafs es alle Wahrscheinlichkeit übersteigt."

[1] Rufsland am Vorabend des 20. Jahrhunderts.



SECHZEHNTES KAPITEL

BÜREAUKRATIE

(Fortsetzung)

Die Meinung ist sehr verbreitet, dafs ein so ungeheures Reich wie Rufsland nicht anders als monarchisch und zentralistisch regiert werden könne. Wir haben gesehen, dafs der Mann, der heute den meisten Einflufs hat, Herr WITTE, auch dieser Meinung ist oder doch sich als einen Verteidiger dieser Meinung giebt. Und in der That kann man sich schwer vorstellen, wie es möglich sein sollte, diese Ländermassen etwa parlamentarisch und zugleich zentralisiert, wie heute, zu regieren. Wir nehmen also die Notwendigkeit der monarchischen Staatsform an. Allein daraus, dafs die Regierung monarchisch sein mufs, um dieses Reich erhalten zu können, folgt noch nicht, dafs sie gut sei, und eine anschliefsende Frage wäre, ob diese Ländermasse notwendig dieses Reich bilden und diese zentralistische Regierung haben müsse. Denn zuletzt ist doch wohl das Wohlergehen der Regierten, nicht die Form und Macht der Regierung der Zweck und Sinn allen Staatslebens. Wenn es sich erwiese, dafs die zentralistische Form der Selbstherrschaft nur das Regieren, nicht aber das gut Regieren ermöglicht, dann müfste man zu dem Rückschlufs kommen, dafs das heutige Rufsland nicht von Bestand sein könne. Dann würde man wieder an den unglücklichen Prinzen Alexei Petrowitsch erinnert, der dafür starb, dafs er von einer russischen kulturellen Weltmacht nichts wissen wollte.

Solange man von Petersburg aus nur auf drei oder vier Heerstrafsen seine Befehle ins Land senden konnte, war „der Himmel hoch und der Zar weit". Aber durch die Eisenbahnen und Tele-

graphen ist das anders geworden, der Zar ist nirgends mehr weit, selbst in Wladiwostok nicht, und seine Minister kommen den Menschen und Dingen oft näher, als diesen letzteren gut ist. Sie finden nur zu leicht, dafs ihre Anwesenheit, dafs ihre Beamten in jedem Winkel des Reiches nötig, dafs ihr Einflufs allgegenwärtig sein müsse, und dafs ihre Bequemlichkeit eine immer stärkere Konzentration der Interessen und Geschäfte in der Residenz erfordere. Sie zentralisieren um so eifriger, je weniger sie der Tüchtigkeit, der Ehrlichkeit, dem Fleifse ihrer Unterbeamten trauen, je schlechter das Material ist, aus dem sie ihre Unterbeamten wählen müssen; sie kommen bald dazu, zwischen schlechtem und gutem Material nur undeutlich unterscheiden zu können. Die Vielregiererei blüht und die Vermehrungskraft des Beamtentums ist erstaunlich.

Das sind Eigentümlichkeiten, die mehr oder minder bei jeder staatlichen Büreaukratie beobachtet werden. Indessen unterscheidet sich die russische Beamtenschaft doch in einigen Stücken von derjenigen der westlichen Staaten.

Man kennt die 14 Klassen des „Tschin", in welche die ganze Beamtenschaft geordnet ist. Der „Tschin" stammt wie so vieles in Rufsland ohne Zweifel aus der Zeit der mongolischen Herrschaft und ist ein chinesisches Wort. Die chinesische Schrift hat ein Zeichen „Tschin", welches Minister oder Diener bedeutet,[1] ursprünglich aber einen Mann in tief vorgebeugter Haltung darstellte. Dieser Mann mit dem krummen Rücken, der chinesische Beamte, herrscht bekanntlich über ein Reich, das an Volkszahl Rufsland weit übertrifft, und doch ebenso starr büreaukratisch wie Rufsland regiert wird. Um die Herrschaft über das Beamtenheer zu behalten, werden die Mandarinen nie lange, meist nur drei Jahre an einem Ort im Amte gelassen; sie werden fortwährend im Reiche herumgeschoben, damit keiner an einer Stelle mit der Bevölkerung verwachse, damit Beamten und Volk durch Vereinigung nicht politisch gefährlich werden, damit der Beamte nicht vom Volke abhängig und von der Regierung unabhängig werde. Das Interesse kommt hinzu, die herrschende Mandschurasse, die die Hälfte der Beamten stellt, nicht mit den Chinesen sich verschmelzen zu lassen.

[1] Das Zeichen sieht so aus: 臣.

Blickt man nun wieder nach Rufsland zurück, so scheint es, als ob nicht die Benennung des Beamten allein aus dem fernen Osten herübergekommen wäre. Das russische Beamtenheer wandert fortwährend durch das weite Reich und fafst nirgends Wurzel. In kleineren Staaten bedeutet das weniger, denn wer in Koburg einwurzelt, ist auch in Gotha zu Hause. Aber in einem Reich, in dem mehr denn 120 Sprachen, wie geschrieben steht, gesprochen werden, in dem die Kultur solche Unterschiede zeigt, ist der nomadisierende Tschinownik nicht das wünschenswerte Ideal des Beamten. Ich entsinne mich, dafs nach Einführung der russischen Rechtsverfassung in den Ostseeprovinzen unter den hereinströmenden russischen Friedensrichtern sich einer befand, der direkt aus Transkaukasien dorthin versetzt worden war. Er erzählte aus seiner dortigen Amtsführung folgendes: „Ich mufste einen Mann nach den geltenden Gesetzen zu einigen Monaten Gefängnis verurteilen. Da nun dort Gefängnisse nicht vorhanden sind, übergab ich ihn, wieder den Gesetzen gemäfs, dem nächsten Gemeindeältesten, der ihn einsperren und in Haft halten mufste. Dieser Älteste aber und seine Gemeinde waren Nomaden und lebten in Filzzelten, sogenannten Jurten. Nach einigen Wochen hatte ich Veranlassung, nach dem Gefangenen zu fragen, und erhielt die Antwort, er sei verschwunden. Auf weitere Anfragen erklärte der Gemeindeälteste, er habe in den Filzzelten den Gefangenen doch nicht an der Flucht hindern können, das Bewachen hätte zu viel Mühe gemacht; und da die Gemeinde annahm, der Friedensrichter doch nicht mehr nach ihm fragen werde, so hätten sie ihn gleich umgebracht.“ Also hier eine Justiz, die Gefängnisstrafe anordnet ohne Gefängnisse, ohne jede Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse. Und dieser Friedensrichter wird aus solchen Verhältnissen in die völlig anders gearteten der baltischen Provinzen versetzt, in nach Recht, Sitte, Kultur höchst komplizierte und ihm völlig fremde Provinzen, deren Sprachen er nicht kennt, deren Gesetze er nicht kennt. Die natürliche Folge ist nicht nur eine mangelhafte Erfüllung seiner amtlichen Obliegenheiten, sondern das Bestreben, so bald als möglich dieses Land wieder zu verlassen, das ihm ebenso fremd erschien wie die Kirgisensteppe. Die Justiz ist das einzige Ressort, welches heute noch immer einige Unabhängigkeit gegenüber der administrativen Willkür des Zentrums sich bewahrt hat, und in dem sich die fleifsigsten und

redlichsten Elemente des Landes zusammenfinden. In der Justiz und in einigen Landschaften hat sich noch am meisten von dem Schwunge, dem Pflichteifer, der Hingebung erhalten, die durch die Reformen der sechziger Jahre geweckt wurden. Aber wie kann Pflichteifer bestehen, ohne dafs dem Beamten zugleich die Genugthuung offen stände, die wohlthätigen Folgen seiner Pflichterfüllung zu beobachten, zu geniefsen? Wie kann der Beamte ein Interesse an seiner Arbeit haben ohne ein Interesse an den Wirkungen seiner Arbeit? Was kann ihm an den Wirkungen gelegen sein, wenn ihm das Gebiet seines Wirkens fremd ist und fremd bleiben mufs, weil er, von fern hergekommen, es bald wieder verlassen wird? Der nomadisierende Tschinownik, der heute in den Verhandlungen seines Amtes der Sprache der Kirgisen, morgen der Letten und der Deutschen, übermorgen der Littauer und Polen lauscht, er mufs zum toten Instrument werden, er kann nicht mit dem Lande seines Wirkens bekannt werden, geschweige denn an ihm Interesse gewinnen. Die Thätigkeit eines solchen Beamten mufs zu der „papierenen Verwaltung" werden, als welche sie in Rufsland längst einheimisch ist. Die natürliche Folge hiervon ist, dafs sein Interesse sich um so ausschliefslicher dem eigenen Vorteil zuwendet. Sein Interesse stuft sich so ab: das ich, d. h. die persönliche Gunst des Vorgesetzten, vielleicht auch die Bereicherung der eigenen Tasche; der Staat, d. h. das Erkennen oder Erraten der allgemeinen Wünsche der oberen Gewalten; der Amtsbezirk, d. h. die Sorge, dafs nichts vorfalle, was ihm, dem Beamten, nach oben hin schaden könnte. Das wirkliche Wohl des Volkes und Landes, dem er eigentlich dienen sollte, steht fast immer an allerletzter Stelle. Und dazu kommt, dafs der Bedarf an Beamten ein ungeheurer, der Vorrat an guten Beamten aber ein sehr beschränkter ist.

Redlichkeit ist in der russischen Beamtenschaft nie zu Hause gewesen; sie ist es auch heute noch nicht. Die Unredlichkeit und das Vielregieren drängen zur Zentralisation von unten her; Herrschsucht, Bequemlichkeit, Mifstrauen nach unten und Vertrauen zu sich selbst reizen die Zentralorgane von oben her zur übermäfsigen Zentralisation nicht nur der Macht, sondern der Leitung der Geschäfte im Einzelnen und in weitab liegenden örtlichen Angelegenheiten. Die Zentralisation hat unter der gegenwärtigen Regierung eine schwindelhafte Höhe erreicht. Je thatkräftiger ein

Minister ist, um so eher ist er bereit, auftretenden Mifsständen in der Provinz dadurch abzuhelfen, dafs er sie seiner persönlichen Behandlung unterzieht, und allgemeine Bedürfnissen dadurch zu befriedigen, dafs er in seiner Hand alle Machtmittel vereinigt. Dies ist eine Tendenz, aus der sich mit Notwendigkeit die andere ergiebt, in den Zuständen des Staates eine möglichst tiefgehende Gleichförmigkeit zu schaffen. Je uniformer die Verhältnisse sind, um so leichter wird der Minister sie überschauen, überwachen, lenken können; ihm ist jede Abweichung von dem Durchschnitt, von der Mittelmäfsigkeit hinderlich, jede Selbstbethätigung einer Provinz, einer Kommune, eines Standes, einer Klasse, einer Person verdächtig. Sein Prinzip ist: Mafsregeln, nicht Männer! Und je stärker zentralisirt und uniformiert wird, um so gröfseres Gewicht wird auf den Erlafs von Gesetzen und Verordnungen gelegt, und um so mehr treten die Personen, die Charaktere zurück. Die papierene Verwaltung blüht, die lebendigen Triebe individueller Kraft verdorren. Und so erstickt zuletzt auch der stolzeste Baum!

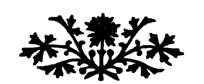
Wollte man die unterscheidenden Merkmale zwischen Rufsland und England oder Rufsland und den Vereinigten Staaten von Amerika einzeln aufzählen, man fände ihrer kein Ende. Zu den augenfälligsten Verschiedenheiten aber gehört die Verteilung der Kraft in dem einen und dem anderen Staate. In Rufsland sitzt sie ganz in der Regierung, in den angelsächsischen Staaten ganz im Volke; in Rufsland geht alle Bewegung, alles Leben von oben aus, in den Vereinigten Staaten alles von unten; in Rufsland türmt sich die Lava des ewig speienden Kraters der Gesetze und Verordnungen zu unförmlicher Masse auf, in England giebt es keine systematisch geordnete Sammlung der Gesetze, und in Amerika werden Gesetze und Verordnungen von einigen dreifsig Landesteilen, die sich selbst regieren, erlassen. In Rufsland wird alle Initiative in Provinz, Kreis, Gemeinde, alle Persönlichkeit erdrückt, in Amerika liegt alle schaffende Kraft bei Individuen, Gemeinden, im Einzelstaat. In Rufsland ist die Arbeit des Einzelnen durch den Staat auf ein Minimum herabgedrückt, gelähmt, mifstrauisch bewacht, eingeengt in hundert Vorschriften: in Amerika ist jeder Nerv lebendig, jeder Muskel angespannt in unbehindertem Ringen und Arbeiten. In Rufsland schleicht durch alle Glieder, vom Kopf bis zu den Füfsen, die Furcht; in Amerika ist alles und jeder erfüllt von Selbstvertrauen. In Rufsland wird jede Selbständigkeit in Recht, Sitte,

Sprache, Glauben, in materieller und immaterieller Gestaltung des Lebens in Schwanken gehalten, gefesselt, geknickt: in Amerika treibt das freie Ringen aller individuellen und kollektiven Kräfte stündlich neue Rechte, Sitten, neue Formen des Glaubens, des materiellen und immateriellen Lebens hervor. Kann es bei solchen Gegensätzen dem geringsten Zweifel unterliegen, welcher Seite der in so vielen Dingen konkurrierenden Staaten der Sieg zufallen mufs? Kann man in Rufsland noch immer sich dem Wahne hingeben von der Jugend des russischen Volkes, von der potenziellen Kraft, die nur der richtigen Leitung bedarf, um Gewaltiges zu leisten? Wird man sich von der empirischen Kraft der angelsächsischen Reiche nicht endlich eines Besseren belehren lassen?

Vor der Hand scheint das nicht in Aussicht zu stehen. Die gröfste Arbeitskraft, die seit lange einen russischen Ministersessel eingenommen hat, bemüht sich heute, wie wir gesehen haben, die Grundsteine einer Selbstverwaltung, die vor 40 Jahren gesetzt wurden, wieder wegzuräumen. Herr WITTE zentralisiert und uniformiert weiter, und andere Minister stehen ihm bei. Das Feuerwerk der Finanzen ist blendend genug, um vieles zu verdecken, was dunkel ist. Mit einem Budget von bald 2000 Millionen meint man die Welt erobern zu können. Nachdem das Wunder geschehen, dafs russisches Gold in Jedermanns Tasche zu finden ist — wenn er Geld hat —, glaubt man fast, zaubern zu können. Der Finanzminister ist heute in Wirklichkeit Kanzler des Reichs: in einem Budgetbericht kündigt er eine Agrarreform an, als wäre er Minister des Innern, in einem nächsten erörtert er die chinesischen Wirren und die auswärtige Politik im Tone eines Ministers des Äufsern. Das Eisenbahnwesen beherrscht er so völlig, dafs der Verkehrsminister nur wie sein Departementschef erscheint. Endlich übernimmt er den Vorsitz in einer Konferenz von Ministern und hohen Würdenträgern zur Beratung über die vorzunehmende Agrarreform. Selbst die Justiz wagt sich nur schwer an ihn heran. Indem der Minister die Selbstherrschaft verteidigt, verteidigt er die in seiner Hand gesammelte Macht. Eine so grofse Macht kann in einem Staate wie Rufsland zeitweilig sehr nützlich sein, wenn sie dazu verwandt wird, die erschlafften Teile des Reiches zu beleben. Das hat der Finanzminister, wie wir sahen, versucht durch Hebung der Industrie. Inzwischen ist die Lebenskraft dieser erkünstelten Industrie sehr gesunken, und man hat mit den 2—3 Millionen

Menschen, die in der Industrie beschäftigt sind, keine feste industrielle Arbeiterschaft, die der fremden Konkurrenz gewachsen wäre, geschaffen. Zugleich aber geschah bisher fast nichts zur Belebung von hundert Millionen Ackerbauern, zur Belebung der eigentlichen, fundamentalen Volkswirtschaft. Mit dem Bau von Bahnen und Fabriken allein springt man nicht über die tiefe Kluft, die das russische Volk von der westlichen Kultur bis heute noch trennt.

Herr WITTE hat sich nun auch an diese Aufgabe gemacht, indem er eine grofse Kommission zur Reform des Agrarwesens unter seiner Leitung beim Monarchen durchsetzte. Die Macht des Finanzministers wird durch das allgemeine Bewufstsein gestützt, dafs er allein den Zusammenbruch vielleicht verhindern kann. TURGOT soll gesagt haben: man gebe mir fünf Jahre gesicherte Diktatur, und ich werde Frankreich retten. Vielleicht denkt Herr WITTE ähnlich. Aber wenn er Rufsland retten sollte, so wird nicht das heutige Rufsland daraus hervorgehen: es wird nur eine Revolution von oben sein, durch die man suchen wird, der Volkserhebung vorzubeugen.



SIEBZEHNTES KAPITEL

VERFASSUNGSFRAGEN

Es ist ein verzweifelter Kampf, den Rufsland mit den Kulturvölkern Europas und Amerikas kämpft. Dort im Westen senkt sich die Kraft, die ehemals ihren Schwerkpunkt in der Spitze, in Fürst und Regierung hatte, in immer breitere Schichten des Volkes hinab, und gewinnt damit an Umfang, Stetigkeit, Festigkeit, freilich mit Verlust an kriegerischer, erobernder Beweglichkeit nach aufsen. Rufsland hingegen ist sehr beweglich für Unternehmungen nach aufsen, indem es alle Kräfte des Volkes aus den unteren Schichten nach oben zieht und den Schwerpunkt in der selbstherrlichen Spitze zusammenhält, wodurch die Kräfte handlicher für die Verwendung werden, aber im Wert für die Entwickelung des Volkes sinken. Die politische Gestaltung des heutigen Europa der parlamentarischen Ära ist dahin gelangt, dafs viele zweifelhaft werden an dieser Regierungsform, die doch hundert Jahre lang als politisches Zaubermittel verehrt worden ist. Das Vertrauen wurde in Europa durch die Erfahrung erschüttert, dafs die vollendetste Konstitution, der schönste Parlamentarismus nur zu immer neuen sozialen Gärungen führten, und dafs, je tiefere Schichten an dem politischen Leben teilnahmen, um so roher die Formen des politischen Lebens und auch um so schwieriger die Behandlung des Inhaltes wurde. Das Vordringen des Einflusses der Massen auf die Politik vergröfsert die politische Technik, engt das Denken durch das Wollen ein und fördert eine Gewaltsamkeit in dem Ringen der Interessen, die oft einen übermäfsigen Verbrauch an Arbeitskraft ohne die entsprechenden Früchte zur Folge hat. Logik und Erfahrung sprechen

gleichmäfsig dafür, dafs, sobald die politische Macht zu tief hinuntersinkt, der Staat Gefahr läuft, plötzlich umgestülpt zu werden, indem die Gewaltsamkeit in die Massen oder in die Hand eines einzelnen übergeht.

Die Russen, die stets mit sehr gespanntem Interesse dem politischen Leben Europas folgen, haben längst das Sinken des Ansehens bemerkt, welches sich gegenüber den Parlamenten Europas in den meisten Ländern kund thut. Voreilig folgern sie daraus oft, dafs der Parlamentarismus überlebt sei, indem sie übersehen, dafs, soviel auch gegen die Blöfsen, die die Parlamente sich geben, selbst in Deutschland gewettert wird, es kaum einen Deutschen giebt, der ernstlich wünscht, dafs die Volksvertretung beseitigt werde und der Kaiser selbstherrlich regieren möge. Und wenn sie diese Folgerung, dafs die konstitutionelle Staatsform sich abgelebt habe, nicht immer ernstlich ziehen, so treibt das Bedürfnis nach Selbstverherrlichung sie leicht dazu, die eigene zarische Verfassung als urrussisch und als den repräsentativen Verfassungen Europas weit überlegen darzustellen. Es ist dasselbe Bedürfnis nach Originalität, welches die Ursache war, dafs die russische Dorfverfassung zu einem nationalen Heiligtum gestempelt und zum Unheil des Volkes bis heute erhalten wurde, oder dafs heute Individualismus und Kollektivismus von konfusen Köpfen für urrussische grofse Prinzipien erklärt werden. Man wird zwischem dem Drange nach innerer Entwickelung und der Scheu, das Unvermögen einzugestehen, hin und her geworfen, und kommt so nicht von der Stelle. Und die Lage ist nicht nur für den sein Vaterland liebenden Russen, sondern auch für den praktischen Staatsmann allerdings eine aufserordentlich schwere. Denn auch er mufs anerkennen, dafs die innere Entwickelung Rufslands im Sinne europäischer Kultur in ihrem weiteren Verfolge nur möglich ist unter Verzicht auf eine Tradition und auf äufsere Ansprüche, von denen kein Staat und kein Volk sich leicht trennen können. Rufsland wird nicht Kulturstaat werden, solange es die bisher verfolgte Weltpolitik und national-propagandistische Politik treibt, und es kann diese Weltpolitik nicht weiter treiben, wenn es seine bisherige despotisch-büreaukratische Zentralisation aufgiebt. Täglich 438 Quadratkilometer Land hinzuerwerben und zugleich aus einer mehr denn 120 Sprachen redenden Bevölkerung eine national und kirchlich gleichförmige russische Masse machen, das kann nur einer

despotisch zentralisierten Regierung, ich sage nicht gelingen, sondern in den Sinn kommen. Mit einer Bevölkerung, wie die Vereinigten Staaten sie haben, kann das gröfste Reich der Welt in den freiesten staatlichen Formen ohne grofse Schwierigkeiten gelenkt werden. Mit einer russischen Bevölkerung, wie sie noch heute ist, sich in den Parlamentarismus zu stürzen, wäre ein gefährliches Unternehmen, auch wenn man die weltpolitische Stellung aufgeben wollte, die Rufsland heute geniefst. Und doch ist es wiederum aussichtslos, mit dem heutigen System der Regierung das russische Volk zu einer Entwickelung zu heben, die es den europäischen und amerikanischen Kulturvölkern gegenüber konkurrenzfähig machen könnte. So wie dieses Volk heute ist, kann es besten Falles noch für eine nicht gar lange Zukunft ein stehendes Heer von anderthalb Millionen und ein ungeheures Budget ertragen, aber es vermag weder wirtschaftlich noch geistig den Vorsprung der leitenden Kulturvölker einzuholen, hinter denen es vielmehr immer weiter zurückbleibt. Dies könnte nur in einer langen Periode langsamer innerer Erziehung zu Selbstthätigkeit, Arbeit und Freiheit erreicht werden, und unter einer Regierung, die allen äufseren Glanz auf staatlichem und auf nationalem Gebiet entsagend sich ausschliefslich dem wirtschaftlichen und geistigen inneren Volksleben widmete. Zu einem solchen Bruch mit Tradition und Neigung wird sich jede Regierung nur in der äufsersten Notlage entschliefsen, und ganz besonders schwer eine Regierung, deren Ansehen gerade in äufserer Politik und in der Befriedigung nationaler und kirchlicher Empfindungen hauptsächlich wurzelt. Ein solcher Bruch könnte kaum anders als infolge grofser Erschütterungen durch Krieg oder Revolution zur Ausführung gelangen. Es scheint aber, dafs zahlreiche Elemente in Rufsland auch diese Bedingung anzunehmen entschlossen sind, nur um aus der völligen Stockung herauszukommen, in die das Volksleben in dem gröfsten Teile des Reiches geraten ist.

Man kann sich kaum vorstellen, dafs in Rufsland eine Revolution ausbrechen könnte, wie sie in anderen Ländern möglich war. Die natürlichen Verhältnisse des Landes sowohl als der Charakter des russischen Volkes sprechen dagegen. Die einzigen gröfseren Aufstände, die im 17. und 18. Jahrhundert vorkamen, wurden zu stande gebracht unter der vorgespiegelten zarischen Autorität. STENKA ROSINS Flotte hatte an ihrer Spitze eine reichgeschmückte,

angeblich zarische Bawka, in der man den Zaren Alexei verborgen glaubte. PUGATSCHEW gab sich für Peter III aus. Heute bringt man das Landvolk durch gefälschte zarische Manifeste auf die Beine. Allein es läſst sich doch nicht leugnen, daſs noch niemals so viel Stoff für revolutionäre Erhebungen vorhanden war als jetzt. Die Bevölkerung der wenigen groſsen Städte nimmt immer offener den Geist in sich auf, den die revolutionäre Propaganda verbreitet; Mittelklassen, zum Teil auch obere Schichten sind vielfach staatsfeindlich; das Landvolk wird vom Hunger getrieben: die Fragestellung ist bereits die, ob das Heer noch sicher ist. Und die Frage kann man nicht mehr ohne weiteres bejahen. Ruſsland ist nicht mehr vor Revolutionen sicher, die weitere Kreise erfassen könnten, als blos Palastverschwörer. Finanzen, Volkswirtschaft, Selbstverwaltung — das sind die Dinge, von denen die nächste Zukunft des Reiches wird bestimmt werden.

Wir haben in einem früheren Kapitel gesehen, wie der heute mächtigste Mann Ruſslands scheinbar für Aufrechthaltung des Absolutismus eintritt. Ihm kann man die Schrift eines sehr angesehenen und gereiften russischen Staatsmannes als Antwort gegenüberstellen, auf die ich schon hingewiesen habe.[1] Der Verfasser gehört nicht zu den jungen Stürmern, sondern zu den besonnenen und erfahrenen Leuten, die unter den Schlägen der Reaktion ihr Gleichgewicht behalten haben. Er weist die parlamentarische Regierungsform als für Ruſsland ungeeignet zurück, weil es an politischer Erfahrung und Schulung fehle. Aber er fordert, daſs der unbegrenzten Gewalt Schranken gesetzt werden und der Monarch dem korrumpierenden Einfluſs der herrschenden Büreaukratie entrissen werde. Hierzu genüge es, wenn in die Residenz eine Versammlung Erwählter berufen werde, etwa zwei oder drei von jeder Guberniallandschaft, welche Versammlung die Gesetzesvorlagen und das Budget zu beraten hätte. Zugleich solle der Reichsrat von den blos dem Tschin nach ihm angehörenden Gliedern gereinigt und zum Oberhause gemacht werden. Damit wäre die Verfassung gegeben, und man brauche sich weiter nicht viel den Kopf zu zerbrechen. Nur müſsten notwendig die Erwählten mit Rechten ausgestattet werden, da eine blos beratende Versammlung immer von der regierenden Büreaukratie abhängig sein

---

[1] „Ruſsland am Vorabend des 20. Jahrhunderts."

würde, auf deren Zügelung es gerade ankomme. Ein Gegengewicht gegen die den Thron umgebende Tschinownikschaft könne nur ein ganz unabhängiges Organ bieten mit beschliefsender Stimme für die inneren Angelegenheiten. Nur eine mit Rechten ausgestattete Versammlung könne den Willen des Monarchen selbst einschränken, was die erste Bedingung einer gesetzlichen Ordnung bilde. „Solange," sagt der Verfasser mit feinem Verständnis der Lage, „der Monarch sich nicht an den Gedanken gewöhnt, dafs sein Wille nicht alles vermag, dafs es ein von ihm unabhängiges Gesetz gebe, dem er sich anpassen mufs, ist es vergeblich, über irgend welche Garantien des Rechts und über die Zügelung der Beamtenwillkür zu grübeln: Alles wird beim Alten bleiben . . . ."

Das ist ohne Zweifel sehr wahr und sehr klar. Nur bleibt es fraglich, auf welchem Wege dieses Ziel erreicht werden könnte in einem Staat, wo das Bedürfnis nach Recht bei der grofsen Masse der Unterthanen so wenig entwickelt und das Bedürfnis nach Macht bei den Organen der Regierung so stark ist. Wenn man in Rufsland die Gewohnheit, die Geduld, Verständnis für organisch langsame Entwickelung hätte, so fände man vielleicht jene Wege. Man gebe es auf, Weltmacht und Kulturmacht zugleich zu spielen. Man versuche, das Budget nicht durch Anleihen und Grofsindustrie zu balanzieren, sondern, vom anderen Ende anfangend, den Ackerbau, die lokale Arbeit, den Bauern, das Kleingewerbe zu fördern. Man versuche zu sparen, indem man die Ausgaben für das Heer auf die Hälfte herabsetzt. Denn diese Kriegsstärke dient wohl dazu, nach aufsen zu drohen und in Asien zu erobern, ist aber zum Schutz eines friedlichen, an seiner inneren Entwickelung arbeitenden Rufsland entbehrlich, da es keinen Gegner giebt, der Rufsland zu Lande bedroht. Dieser Staat ist schon geographisch für eine defensive Politik so günstig gelegen, dafs er, will er ernstlich abrüsten, es thun kann, ohne jemand zu fragen und ohne jemand zu fürchten. Niemand ist ihm bedrohlich in seinem Bestande aufser etwa die Polen, und gegen die bedarf es keines Heeres von Millionen an Soldaten. Die westlichen Grenzgebiete sind heute wirtschaftlich und kulturlich die stärksten Träger des Staates; sie können es auch politisch werden, sobald der Staat den nationalen und konfessionellen Kampf in diesen Gebieten aufgiebt, und sobald die Westgrenze weiterem Einströmen westlicher Kultur geöffnet wird. Deutschland ist der bequemste und sicherste

Nachbar, den Rufsland hat, und kann der nützlichste werden, wenn Rufsland sich entschliefst, sich ihm politisch und wirtschaftlich eng anzuschliefsen. Es ist in Deutschlands Interesse, dafs Rufsland Weltmacht bleibe, und dasselbe gilt auch umgekehrt. Ein enges Zusammengehen beider Staaten giebt Rufsland die Möglichkeit, Weltmacht zu bleiben und seine Kriegsrüstung zu Lande in grofsem Mafsstabe einzuschränken. Erst dann wird es materiell und kulturlich die Mittel gewinnen, seine innere Entwickelung kräftig zu fördern.

Niemand ist ihm in seinen wirtschaftlichen Interessen bedrohlich, aufser etwa England, und gegen dieses sich durch eine Flotte zu schützen, ist die Flotte Rufslands allein viel zu klein, sie kann auch nie so vergröfsert werden, dafs sie der englischen gewachsen wäre; schon die geringe nutzbare Küstenausdehnung verbietet das. Die Werte, die die Flotte schützen soll, stehen nicht im Verhältnis zu den Kosten der Marine, solange die Marine sich nicht sicher an andere Seemächte anlehnen kann. Ohne eine verbündete Seemacht hat die heutige russische Flotte geringen Wert, ebenso wie das Heer weit mehr kostet, als die Interessen wert sind, die es schützen soll. Und ähnlich liegt es mit der Verteidigungsstellung, die Rufsland auf dem Boden der Kultur einnimmt. Es will nationale russische Kultur erzwingen und Kultur läfst sich nicht erzwingen. Statt nationaler Eroberung im Westen nachzujagen, die viel kostet und nichts einbringt, müfste die Grenze dem Einströmen fremder Kultur weit geöffnet werden, müfsten die Provinzen mit eigenen Kulturelementen in ihrer Eigenart gefördert werden, müfste überall dezentralisiert und provinzielles Sonderleben von Petersburg bis Odessa gefördert werden. Seit der Absolutismus in Europa seine einigende, zentralisierende Aufgabe erfüllt hat, ist der föderative Staatsorganismus zum leitenden Prinzip in den Kulturstaaten geworden. Hierin gehen die germanischen Völker in Amerika, Deutschland, England voran, und je gröfser ein Staat ist, um so mehr bedarf er der inneren Mannigfaltigkeit, um die äufsere Einheit sich zu erhalten, und mehr noch um sich kulturlich zu entwickeln. Das gilt durchaus auch für Rufsland, nur dafs es sich hier um eine andere, mildere Form des föderativen Prinzips, um provinzielle Dezentralisation handelt. In der Provinz müfste die Schule gepflanzt werden, wo politische Erfahrung gesammelt, wo die Kunst der Selbstverwaltung erlernt werden könnte, an deren

Mangel das Reich hauptsächlich krankt. Im ganzen Reiche müfste das religiöse Gewissen unbehindert sein und die Bedrückung der Sekten und der nicht orthodoxen Konfession aufhören. Aber in Rufsland geht man in diesen inneren Angelegenheiten selten den langsamen und sicheren Gang; man will auf der einen Seite die gestern gepflanzten Setzlinge einer provinziellen Selbstverwaltung ausrotten, weil sie heute noch keine reife Frucht tragen, und man will auf der anderen Seite sich an grofser Weltstellung und an slawischer Kultur berauschen, ehe man die Mittel dazu erworben und die Kultur geschaffen hat.

Und dann: sind denn die Leute, die ein Parlament wünschen, dessen so sicher, dafs mit einer beschliefsenden Volksvertretung, einer Verfassung moderner Form, auch die Freiheit begründet werden wird, nach der man sich so sehnt? Ja, man wird die Freiheit erlangen zu reden und zu schreiben, was man auf dem Herzen hat. Aber die Freiheit individueller, kommunaler, provinzieller Entwickelung? Die lokale Sicherheit vor dem zentralen Zwang? . . . Revolutionen sind despotischer als Monarchen, und der liberale Doktrinarismus ist ebenso gewaltsam wie selbstherrliches Beamtentum. Noch heute steht der grofsen Masse des niederen Volkes nur ein mit öffentlichen Pflichten wenig vertrauter Adel und eine „Intelligenz" gegenüber, die mit wenigen Ausnahmen von praktischer politischer Arbeit erst recht nichts versteht, umsomehr aber von theoretischer Schulweisheit erfüllt ist, die sie zu verstehen glaubt. Der Russe ist von Natur demokratisch, er neigt zur abstrakten Doktrin, und bei dem Mangel an politischer Bildung und Erfahrung würde sich eine russische Volksvertretung von Doktrinen beherrschen lassen. Eine Volksvertretung des ganzen Reiches würde Gefahr laufen, ebenso gewaltsam und unbesonnen zu dekretieren, ebenso verständnislos das Recht, die Voraussetzung aller gesitteten Staatsordnung, zu mifsachten, wie die alte Beamtenschaft, und die uniformierte Zentralisation wäre wieder da. Ohne vorhergehende Dezentralisation in Verwaltung, Rechtspflege, partikularer Gesetzgebung, ohne politische Schulung in provinzieller Selbstverwaltung, wird eine russische Volksvertretung sich leicht dazu hinreifsen lassen, die vernünftigen Grenzen ihres Wirkens zu überschreiten, und viel Schlamm, vielleicht Blut würde über die russische Ebene sich ergiefsen, ehe man zu der ersehnten Ordnung, zu Freiheit und Recht gelangte.

Wir haben einen sehr mächtigen Minister gehört, der die Selbstherrschaft für den prinzipiellen Feind der Selbstverwaltung erklärt, und einen angesehenen Staatsmann, der die Selbstherrschaft zu beschränken wünscht durch verfassungsmäfsiges Volksrecht. Das scheinen vollkommene Gegensätze zu sein, und sind es doch im Grunde nicht. Die Macht ist auf Seiten des Ministers und der Büreaukratie, und die Erfahrung spricht freilich dafür, dafs der Absolutismus sich freiwillig nicht selbst aufgiebt. Die staatliche Omnipotenz aber hat Grenzen in sich selbst, die nicht überschritten werden ohne die Gefahr, bei kulturlicher Impotenz anzulangen und wirtschaftliche und soziale Katastrophen herbeizuführen. Und dafs man in Rufsland diesen Grenzen gefährlich nahe gekommen ist, scheint auch Herr WITTE selbst erkannt zu haben.

